

---

## Inhaltsverzeichnis

1. Editorial
2. Die Aktion und ihre Darstellung in Pressemitteilungen
3. Die sechs wichtigsten Kritikpunkte
4. OB Schröter im Visier der Kritiker der Aktion
5. Email Zuschriften zur Aktion
6. Stellungnahmen israelischer und deutscher Organisationen
7. Berichte in Zeitungen und Zeitschriften und Richtigstellungen
8. Hinweise auf Berichte in Funk und Fernsehen und Richtigstellungen
9. Reaktionen des Einzelhandels
10. Reaktionen der Politik: Kleine Anfrage im Bundestag und EU
11. Schritte zur Durchsetzung von Kennzeichnung
12. Die Diskussion um die Aktion innerhalb von pax christi

Zusammengestellt von: Dr. Manfred Budzinski, Sprecher der pax christi Nahostkommission, und Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi Vizepräsidentin

Oktober 2012

Kontakt: [nahost@paxchristi.de](mailto:nahost@paxchristi.de)

Weitere Informationen: Impulse 22 (Mai 2010): Keine Waren aus israelischen Siedlungen in den Einkaufskorb: Konsequenzen aus den Urteilen des EuGH und IGH.

Impulse 6 (Oktober 2004): Besatzung kennt Regeln: Humanitäres Völkerrecht im Nahostkonflikt. Materialien zur Diskussion.

Download unter [www.paxchristi.de/nahost.infos.2/index.html](http://www.paxchristi.de/nahost.infos.2/index.html)

## 1. Editorial

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

pax christi setzt sich gemeinsam mit israelischen und palästinensischen Partnern für einen gerechten Frieden in Nahost ein. Uns verbindet die Überzeugung, dass ein gerechter Frieden die konsequente Achtung des geltenden Völkerrechts verlangt. Daher fordert die deutsche Sektion von pax christi seit 2005 die Kennzeichnung von Waren, die aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen stammen. Großbritannien hat diese Kennzeichnung bereits 2009 eingeführt. Die von der Nahostkommission getragene Aktion "Besatzung schmeckt bitter" hat nun auch Interessierten in Deutschland Materialien in die Hand gegeben, um hierzu in einen Dialog mit Einzelhändlern, Handelsketten, Verbraucherzentralen und dem zuständigen Bundesministerium zu treten.

Das Echo auf die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ zu Kennzeichnung und Kaufverzicht für Siedlungsprodukte war geteilt, es gab neben positiven Reaktionen kritische Rückfragen und ablehnende Stellungnahmen – letztere nicht selten in hoch emotionaler Form. Auch das Echo in den Medien war uneinheitlich. Neben zahlreichen gut recherchierten Beiträgen, die Befürworter und Kritiker der Aktion sachlich zu Wort kommen ließen, gab es einige Presseberichte, in denen das Anliegen grob verzerrt und in den Zusammenhang antijüdischer Hetzparolen („Kauft nicht bei Juden“) gestellt wurde.

Mit diesem Impulseheft wollen wir die Aktion vorstellen und die interne und öffentliche Diskussion darüber nachzeichnen.

Dr. Manfred Budzinski  
pax christi Nahostkommission

Wiltrud Rösch-Metzler  
pax christi Vizepräsidentin

---

## 2. Die Aktion und ihre Darstellung in den Pressemitteilungen

### Siedlungsprodukte – eine kurze Chronologie

**2000:** EU-Israel-Assoziationsabkommen gewährt israelischen Waren Zollpräferenzen, der Vertragsstaat Israel wendet dieses Abkommen auch auf israelische Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet an.

**2002:** Europäische Hilfswerke thematisieren das Problem der rechtswidrigen Gewährung von Zollvergünstigungen für Waren aus israelischen Siedlungen.

**2003:** Bundestagsabgeordnete verschiedener Fraktionen greifen das Problem auf; die Bundesregierung muss in Reaktion auf zahlreiche parlamentarische Anfragen immer wieder dazu Stellung nehmen.

**2004:** Das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zum Mauerbau bekräftigt die Rechtswidrigkeit bestimmter israelischer Besatzungsmaßnahmen, darunter den Bau von Siedlungen und bestätigt die Rechtspflicht aller Staaten, diesen Maßnahmen „keine Beihilfe oder Unterstützung (not to aid or assist)“ zu gewähren.

**2005 (Juli):** Am ersten Jahrestag des IGH-Gutachtens rufen im sogenannten „BDS-Call“ Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft, darunter die drei palästinensischen pax christi Mitgliedsorganisationen, zu Boykott, Divestment/Investitionsabzug, und Sanktionen zur Durchsetzung des IGH-Gutachtens und zur Beendigung der Besatzung auf. Der Aufruf findet große internationale Aufmerksamkeit, wird aber auch sehr kritisch diskutiert.

**2005 (November):** Zwischen der EU und Israel wird nach jahrelangem politischem Streit eine zolltechnische Vereinbarung geschlossen. Israelische Waren müssen anhand von Postleitzahlen ihren Herkunftsort belegen. Die Zollbehörden der EU-Länder prüfen anhand einer Liste, ob es sich beim Herkunftsort um eine Siedlung handelt, und verweigern in diesem Fall die Zollbegünstigung. Für die entsprechenden Produkte muss der reguläre Zollsatz bezahlt werden, da sie nach EU-Rechtsauffassung keine Waren aus Israel darstellen. Dass diese Praxis rechtmäßig ist, wird im Februar 2010 auf die Klage eines deutschen Importeurs hin vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) bestätigt.

**2009:** Im „Kairos Palästina“ Dokument rufen Vertreter palästinensischer Kirchen zum „Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besatzung hergestellten Güter“ auf. Großbritannien empfiehlt seinen Groß- und Einzelhändlern, Waren aus israelischen Siedlungen eindeutig zu kennzeichnen. Diese Empfehlung kommt einer Kennzeichnungspflicht gleich, da sich Händler ansonsten der Gefahr aussetzen, wegen irreführender Kennzeichnung rechtlich belangt zu werden.

**2010 (Februar):** Der Europäische Gerichtshof (EuGH) weist die Klage der deutschen Firma „Brita“ zurück, die für die von ihr importierten Produkte der israelischen Firma Soda Club (Produktionsstandort: Siedlung Mishor Adumim) Zollbegünstigung beansprucht. Das Urteil des EuGH bestätigt, dass die Verweigerung von Zollpräferenzen rechtmäßig ist, da diese nur für Importe aus Israel gelten. Siedlungen seien jedoch nicht Teil des israelischen Staatsgebiets.



### Die Obsttüten-Aktion der pax christi Nahostkommission

Die bundesweite Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“, die am 22. Mai 2012 gestartet ist,

- macht auf das Problem aufmerksam, dass deutsche Verbraucherinnen und Verbraucher bislang unwissentlich dazu beitragen, dass völkerrechtswidrige Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten profitabel sind, und möchte sie dafür sensibilisieren, beim Kauf israelischer Produkte im Einklang mit geltendem Völkerrecht zu handeln;
- lädt Verbraucherinnen und Verbraucher dazu ein, eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln zu fordern, die aus israelischen Siedlungen stammen;
- verweist kritische Verbraucher/innen auf das bundesweite öffentliche Webportal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de), über das man mit wenigen Mausklicks Beschwerden über irreführende Produktkennzeichnungen einreichen kann;
- ruft dazu auf, im Sinne eines kritischen Konsums bis zur Umsetzung einer Kennzeichnungspflicht auf Lebensmittel mit der unklaren Ursprungsangabe „Israel“ zu verzichten, wenn es sich dabei um Siedlungsprodukte handeln könnte;
- empfiehlt, Produkte mit der Kennzeichnung „Israel“ nur zu kaufen, wenn man sicher ist, dass sie tatsächlich aus Israel stammen.



<http://www.paxchristi.de/nahost.infos.2/nahost.infos.2.2.3/index.html>

#### I. Pressemeldung Berlin, 22.5.2012

##### **Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ startet**

**pax christi fordert eindeutige Kennzeichnung der Waren aus israelischen Siedlungen**

**Angesichts der derzeitigen unklaren Deklaration empfiehlt die Nahostkommission Kaufverzicht**

*Die pax christi-Nahostkommission startet heute eine bundesweite Aktion für die Kennzeichnung von Waren aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet. Mit farbig bedruckten Papiertüten macht sie Verbraucher/innen darauf aufmerksam, dass Obst und Gemüse mit der Ursprungsangabe „Israel“ vielfach aus völkerrechtswidrigen Siedlungen stammen, und fordert sie dazu auf, sich für eine eindeutige Kennzeichnungspflicht einzusetzen. „In Großbritannien besteht längst Kennzeichnungspflicht: Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen werden dort seit einigen Jahren eindeutig deklariert“, informiert Kommissionssprecher Dr. Manfred Budzinski und betont: „Das stillschweigende Hinnehmen von Völkerrechtsbruch kommt uns nicht länger in die Tüte. Angesichts der derzeitigen unklaren Kennzeichnung empfehlen wir Kaufverzicht, wenn die Waren aus Siedlungen stammen können. Denn Besatzung schmeckt bitter.“ Die pax christi-Kommission lädt ein, sich über das bundesweite Verbraucherportal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de) für eine klare Kennzeichnung dieser Waren einzusetzen und bis zur Umsetzung der Kennzeichnungspflicht auf Produkte mit der unklaren Ursprungsangabe „Israel“ zu verzichten, weil es sich dabei um Siedlungsprodukte handeln könnte.*

---

Der Europäische Gerichtshof hat 2010 geurteilt, dass Siedlungen nicht zum Staatsgebiet Israels zählen. Auch die Bundesregierung erklärt unmissverständlich, dass sie Israels Siedlungen für völkerrechtswidrig hält und unterscheidet strikt zwischen dem Gebiet des Staates Israel und den besetzten Gebieten. Schon seit 2005 sind israelische Unternehmen verpflichtet, bei Exporten in die Europäische Union Zusatzangaben zu machen, anhand derer die hiesigen Zollbehörden Siedlungsprodukte erkennen können. Die Verbraucher/innen werden hingegen im Unklaren gelassen.

Im Rahmen der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ können Verbraucher/innen nun deutlich machen, dass ihnen die stillschweigende Hinnahme von Völkerrechtsbruch nicht länger „in die Tüte kommt.“ Die pax-christi-Nahostkommission ruft dazu auf, im Dialog mit Einzelhändlern, Handelsketten, Verbraucherzentralen und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) die Korrektur der irreführenden Kennzeichnung von Siedlungsprodukten zu fordern.

Israelische Siedlungen in der Westbank und in Ostjerusalem sind ein Haupthindernis auf dem Weg zu einem gerechten Frieden in Nahost. Firmen haben die Wahl, wo sie investieren und produzieren wollen. Bislang ist es für sie profitabel, sich für Standorte in völkerrechtswidrigen Siedlungen zu entscheiden, zumal sie dafür staatliche Vergünstigungen erhalten. Für diese Firmen hat ihre Beteiligung an einer Völkerrechtsverletzung keine praktischen Konsequenzen. An diesem Punkt können kritische Konsumenten/innen ansetzen und ihre Kaufentscheidung im Sinne eines gerechten Friedens in Palästina und Israel treffen. Der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ geht es um die Achtung geltender Menschen- und Völkerrechtsstandards. Wer im Laden vor Waren steht, die möglicherweise aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen kommen, ohne dass dies kenntlich wäre, hat die Wahl, diese Produkte zu kaufen oder auf ihren Kauf zu verzichten. Der Verzicht auf den Kauf von Siedlungsprodukten ist für uns eine Form von kritischem Konsum: Es geht uns darum, die individuelle Kaufentscheidung im Einklang mit geltenden Menschen- und Völkerrechtsstandards zu treffen.

Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ wird über pax christi hinaus unterstützt von Prof. Dr. Andreas Buro (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Prof. Dr. Ulrich Duchrow (Professor für systematische Theologie, Universität Heidelberg), Iris Hefets (Kritische Juden und Israelis), Shir Hever (Wirtschaftswissenschaftler, Alternative Information Center/Jerusalem), Matthias Jochheim (Vorsitzender IPPNW Deutschland), Dr. Rupert Neudeck (Vorsitzender Grünhelme e.V., Gründer von Cap Anamur), Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin (Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, deutsche Sektion), Prof. Dr. Rolf Verleger (Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland 2006-2009) sowie Dr. Albrecht Schröter (Oberbürgermeister in Jena) mit der Ergänzung: "Einen generellen, pauschalen Boykott von Produkten aus dem israelischen Staatsgebiet halte ich nicht für richtig."

Alle Materialien zur Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ können kostenlos bestellt werden unter: pax christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de. Download der Materialsammlung „Keine Waren aus israelischen Siedlungen in den Einkaufskorb: Konsequenzen aus den Urteilen des EuGH und IGH (pax christi Impulse 22)“ und weitere Informationen unter [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de).

## II. Pressemeldung Berlin, 31.5.2012

**Beim Verzicht auf den Kauf von israelischen Siedlungsprodukten geht es um kritischen Konsum im Einklang mit geltendem Völkerrecht  
pax christi weist Kritik an Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ zurück**

pax christi weist den Versuch, die Empfehlung zum Verzicht auf Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen mit antisemitischen Hetzparolen wie „Kauft nicht bei Juden“ gleichzusetzen, auf das Schärfste zurück. „Es ist unangemessen und inakzeptabel, eine zivilgesellschaftliche Aktion zur Stärkung der Menschenrech-

te und des Völkerrechts durch NS-Vergleiche diffamieren zu wollen“, betont Manfred Budzinski, der Sprecher der pax christi-Nahostkommission. „Kaufverzicht“, so Budzinski, „ist etwas, dass Menschen tagtäglich mit großer Selbstverständlichkeit vor dem Regal im Supermarkt üben, wenn sie sich gegen Waren entscheiden, deren Herkunftsumstände ihnen fraglich oder problematisch erscheinen. Vielen Verbrauchern ist aber nicht bewusst, dass sich hinter der Ursprungsbezeichnung „Israel“ irreführenderweise auch Waren verbergen, die mit Besatzung und Völkerrechtsbruch in Zusammenhang stehen. Mit der bundesweiten Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ wollen wir für dieses Problem sensibilisieren und seine Korrektur durch Kennzeichnungspflicht bewirken.“

Die Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der pax christi-Nahostkommission richtet sich nicht gegen Einzelpersonen oder Unternehmen, sondern gegen die strategische Entscheidung der betreffenden Akteure, in völkerrechtswidrigen Siedlungen zu investieren und zu produzieren. Sie wendet sich auch gegen die politische Entscheidung der israelischen Regierung, trotz jahrelangen Streits auf EU-Ebene auf der Kennzeichnung dieser Waren mit der Ursprungsangabe „Israel“ zu beharren. Ebenso richtet sie sich explizit gegen die Untätigkeit der deutschen Behörden, für die Verbraucher Klarheit über die tatsächliche Herkunft der Siedlungsprodukte zu schaffen, obwohl dem deutschen Zoll entsprechende Informationen vorliegen.

Die Aktion hat über pax christi hinaus unter anderen auch jüdische Unterstützer, die damit ihrem Wunsch nach einer Friedenslösung für Israel und Palästina Ausdruck verleihen. Zu den prominenten Befürwortern dieser Aktion gehört auch der für seinen Einsatz gegen Neonazis, gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mit dem „Preis für Zivilcourage“ des Förderkreises des Holocaust-Denkmal in Berlin und der dortigen Jüdischen Gemeinde ausgezeichnete Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter. Schröter hat 1985 den „Jenaer Arbeitskreis Judentum“ zur Aufarbeitung der Geschichte der Verfolgung der Juden in Jena gegründet und im Jahr 2000 ein „Stadtprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz“ angeregt.

In den Begleitmaterialien zur Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ hebt die Kommission unmissverständlich hervor: „Es darf in Deutschland niemals wieder einen Boykott geben, der die Menschenwürde mit Füßen tritt. Deshalb ist es gut und richtig, dass Kaufverzichtaktionen in der Öffentlichkeit mit besonders wachem und kritischem Blick verfolgt werden. Die Erinnerung an den von Gewalt und antisemitischen Hetzparolen begleiteten Boykott jüdischer Unternehmen im Jahr 1933 muss in unserer Gesellschaft immer Mahnung bleiben. Boykottmaßnahmen, die Menschen Unrecht antun, und zivilgesellschaftliche Aktionen, die Menschen Recht verschaffen wollen, sind jedoch zwei unterschiedliche Dinge. Menschen- und völkerrechtswidrigen Umständen seine Unterstützung zu verweigern, ist eine legitime ethische Entscheidung. Wer im Laden vor Waren steht, die möglicherweise aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen kommen, ohne dass dies kenntlich wäre, hat die Wahl, diese Produkte zu kaufen oder auf ihren Kauf zu verzichten. Der Verzicht auf den Kauf von Siedlungsprodukten ist für uns eine Form von kritischem Konsum: Es geht uns darum, die individuelle Kaufentscheidung im Einklang mit geltenden Menschen- und Völkerrechtsstandards zu treffen.“

Völkerrechtswidrige Siedlungen, in denen gewinnbringend investiert und produziert wird, sind aus Sicht von pax christi ein Hindernis für einen gerechten Frieden. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat im Jahr 2004 jede Beihilfe oder Unterstützung der völkerrechtswidrigen Aspekte israelischer Besatzungspolitik für rechtswidrig erklärt. Die Entscheidung für den Verzicht auf Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen bedeutet, dem Gutachten des IGH auf der Ebene der individuellen Konsumententscheidung Nachdruck zu verleihen.

### **III. Pressemeldung Berlin, 7. Juni 2012**

#### **Transparenz statt bitterer Beigeschmack**

**pax christi-Nahostkommission begrüßt geplante Schritte in Südafrika, Dänemark und der Schweiz zur Kennzeichnung von Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen**

Die Nahostkommission von pax christi begrüßt die Entscheidung der Schweizer Supermarktkette Migros, ab

---

2013 Waren aus israelischen Siedlungen klar zu kennzeichnen. Das Unternehmen hat angekündigt, künftig auf den Verpackungen von Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet „Westbank, israelisches Siedlungsgebiet“ oder „Ostjerusalem, israelisches Siedlungsgebiet“ anzugeben, um für die Kunden/innen Transparenz zu schaffen.

„In immer mehr Ländern erkennt man, dass es nicht akzeptabel ist, dass die Verbraucher/innen über die tatsächliche Herkunft von Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen im Unklaren gelassen werden. Nun ist es an der Zeit, dass auch die Bundesregierung diese problematische Praxis überdenkt“, erklärt der Sprecher der Nahostkommission von pax christi, Dr. Manfred Budzinski. „Produkte aus Israel haben bei deutschen Konsumentinnen und Konsumenten zu Recht einen guten Ruf. Aber solange unklar ist, ob die Früchte in meinem Einkaufskorb aus dem Staatsgebiet Israels oder aus völkerrechtswidrigen Siedlungen kommen, hat ihr Kauf einen bitteren Beigeschmack. Deshalb müssen wir als Verbraucher/innen endlich Klarheit darüber bekommen, dass Waren, auf denen ‚Israel‘ steht, auch tatsächlich aus dem Staatsgebiet Israels kommen.“

Die Vermarktung von Siedlungsprodukten unter der irreführenden Ursprungsangabe „Israel“ stößt international auf wachsende Kritik. Im Mai 2012 hat die Regierung von Südafrika einen offiziellen Hinweis herausgegeben, in dem die Handelsunternehmen aufgefordert werden, die unzutreffende Kennzeichnung von Siedlungsprodukten als Waren „Made in Israel“ zu beenden. Damit folgt Südafrika dem Beispiel Großbritanniens, wo seit Ende 2009 eine separate Kennzeichnung von Siedlungsprodukten eingeführt ist. „Auch Dänemark plant die Einführung einer eindeutigen Kennzeichnung der Waren, die aus israelischen Siedlungen stammen“, erläutert Budzinski. „Es ist Zeit, jetzt auch in Deutschland Klarheit zu schaffen.“

Mit der bundesweiten Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ fordert die Nahostkommission von pax christi die eindeutige Kennzeichnung von Waren, die aus israelischen Siedlungen stammen. Die Siedlungen verstoßen nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs, der Europäischen Union und der deutschen Bundesregierung gegen das humanitäre Völkerrecht, das Israels Besatzung der palästinensischen Gebiete rechtliche Schranken auferlegt. Die Nahost-Kommission empfiehlt Verbraucher/innen, denen die Achtung geltender Menschen- und Völkerrechtsstandards im israelisch-palästinensischen Konflikt wichtig ist, bis zur Umsetzung einer Kennzeichnungspflicht für Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen nur Produkte zu kaufen, von denen sicher ist, dass sie tatsächlich aus Israel stammen.

Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ wird über pax christi hinaus unterstützt von Prof. Dr. Andreas Buro (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Prof. Dr. Ulrich Duchrow (Professor für systematische Theologie, Universität Heidelberg), Iris Hefets (Kritische Juden und Israelis), Shir Hever (Wirtschaftswissenschaftler, Alternative Information Center/Jerusalem), Matthias Jochheim (Vorsitzender IPPNW Deutschland), Dr. Rupert Neudeck (Vorsitzender Grünhelme e.V., Gründer von Cap Anamur), Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin (Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, deutsche Sektion), Prof. Dr. Rolf Verleger (Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland 2006-2009) sowie Dr. Albrecht Schröter (Oberbürgermeister in Jena) mit der Ergänzung: "Einen generellen, pauschalen Boykott von Produkten aus dem israelischen Staatsgebiet halte ich nicht für richtig."

#### **IV. Pressemeldung Berlin, 5. Juli 2012**

##### **Frieden braucht die Achtung des Völkerrechts**

**Ja zu kritischem Konsum - Nein zum pauschalen Boykott israelischer Waren  
Kennzeichnungsforderung erhält Unterstützung durch israelische Befürworter**

„Frieden in Grenzen?“ war das Thema einer gemeinsamen Tagung von Evangelischer Akademie Bad Boll und der pax christi-Nahostkommission am vergangenen Wochenende in Bad Boll. Bei der Reflexion der Rahmenbedingungen für einen gerechten Frieden in den zwei Staaten Israel und Palästina war die Forderung nach Einhal-

tion des Völkerrechts zentral. Gerade der Siedlungsbau schafft systematisch Fakten, die einem gerechten Frieden im Weg stehen. Die völkerrechtswidrigen Siedlungen in der Westbank und Ostjerusalem verbauen buchstäblich eine Zwei-Staatenlösung. Der fortgesetzte Siedlungsbau untergräbt aber auch insgesamt das Vertrauen in die internationale Gemeinschaft, die dieser Völkerrechtsverletzung nicht Einhalt gebietet. Die Forderung nach Kennzeichnung der Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen ist Teil des Engagements von pax christi für die Einhaltung des Völkerrechts. Die pax christi-Forderung nach Kennzeichnungspflicht und Kaufverzicht von Waren aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen wie sie in der Obsttütten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ zum Ausdruck kommt, unterscheidet sich von einem allgemeinen Boykott israelischer Waren. „pax christi geht es um den spezifischen Verzicht auf den Kauf von Siedlungsprodukten. Wir möchten unterscheiden können – und genau deshalb bestehen wir auf klarer Kennzeichnung. Denn uns geht es um die Möglichkeit zu einer gezielten Kaufentscheidung im Einklang mit geltendem Völkerrecht“, stellt der Sprecher der Nahostkommission, Dr. Manfred Budzinski klar. „Einen generellen, pauschalen Boykott von Produkten aus Israel halten wir nicht für den richtigen Weg. Damit würden ungerechterweise die israelischen Unternehmen getroffen, die sich an geltendes Völkerrecht halten und ausschließlich im israelischen Staatsgebiet produzieren.“

In den Begleitmaterialien zur Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ ruft die Nahostkommission die Verbraucher/innen ausdrücklich dazu auf, Waren aus Israel zu kaufen, allerdings nur, wenn sie sicher sind, dass diese tatsächlich aus dem Staatsgebiet stammen. Damit unterscheidet sich die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der pax christi-Nahostkommission von der internationalen Kampagne zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), die einen Boykott aller israelischen Waren vorsieht, bis die Besatzung beendet ist, bis gleiche Grundrechte für die Palästinenser in Israel garantiert sind und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge anerkannt wird.

Die europaweit lauter werdende Forderung nach einer Kennzeichnung von Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen auf besetztem Gebiet erhält nun auch Unterstützung von prominenten Stimmen aus Israel. In einem Gastbeitrag für den Tages-Anzeiger vom 22. Juni 2012 begrüßt Alon Liel, früherer Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, die Bemühungen, die irreführende Kennzeichnung von Siedlungsprodukten europaweit zu beenden. Die Kennzeichnung, die in Großbritannien bereits seit 2009 eingeführt und nun auch in der Schweiz und Dänemark geplant sei, ist aus Sicht Liels ein bedeutsamer Akt, um Israels Regierung daran zu erinnern, dass die Siedlungen internationales Recht verletzen: „Diese Vorstöße verdienen Applaus, andere Länder und Firmen sollten dem Vorbild folgen.“

Eine Woche zuvor hatte bereits Avraham Burg, ehemaliger Sprecher der Knesset, in einem Gastkommentar in der Neuen Zürcher Zeitung erklärt, er sehe in den wachsenden internationalen Bemühungen um eine völkerrechtsgemäße Deklaration von Siedlungsprodukten ein Hoffnungszeichen für die Friedensaussichten in Nahost. Israels Regierung müsse eindringlich daran erinnert werden, dass die Siedlungen außerhalb des international anerkannten Staatsgebiets Israels liegen, schrieb der ehemalige israelische Spitzenpolitiker in seinem Beitrag vom 14. Juni 2012. Burg erklärte darin, er werde künftig auf Produkte aus Siedlungen verzichten, und betonte, es sei „weder antisemitisch noch antiisraelisch“, wenn in Europa gefordert werde, diese Waren zu kennzeichnen. Versuche, spezifische Kaufverzichtssaktionen als pauschalen Boykott Israels darzustellen, wies Burg zurück. Ähnlich wie die pax christi-Nahostkommission in Deutschland engagieren sich unter anderem auch die Organisation United Civilians for Peace (UCP) in den Niederlanden und das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) für die Deklaration.

---

### 3. Die sechs wichtigsten Kritikpunkte

In der Auseinandersetzung mit kritischen Zuschriften und Pressebeiträgen möchten wir auf sechs zentrale Vorwürfe eingehen und dabei Anliegen und Argumentation der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ noch einmal verdeutlichen.

#### I. Geschichtsvergessen?

Von vielen Kritikern/innen wurde der Aktion mangelnde historische Sensibilität vorgeworfen. Der Aufruf zum Verzicht auf den Kauf von Siedlungsprodukten sei „Wasser auf den Mühlen“ von antijüdisch und antiisraelisch gesinnten Gruppen in der deutschen Gesellschaft.

Auf diesen Kritikpunkt ging die Pressemeldung vom 31.05.2012 ein. Es hieß darin:

*„Es darf in Deutschland niemals wieder einen Boykott geben, der die Menschenwürde mit Füßen tritt. Deshalb ist es gut und richtig, dass Kaufverzichtaktionen in der Öffentlichkeit mit besonders wachem und kritischem Blick verfolgt werden. Die Erinnerung an den von Gewalt und antisemitischen Hetzparolen begleiteten Boykott jüdischer Unternehmen im Jahr 1933 muss in unserer Gesellschaft immer Mahnung bleiben.“*

Die Nahostkommission verwarnte sich entschieden gegen den Versuch, den Aufruf zu kritischem Konsum im Einklang mit geltendem Völkerrecht mit antisemitischen Hetzparolen gleichzusetzen:

*„Boycottmaßnahmen, die Menschen Unrecht antun, und zivilgesellschaftliche Aktionen, die Menschen Recht verschaffen wollen, sind (...) zwei unterschiedliche Dinge. Menschen- und völkerrechtswidrigen Umständen seine Unterstützung zu verweigern, ist eine legitime ethische Entscheidung.“*

Es wurde unterstrichen, dass es bei der Aktion nicht um *Akteure*, sondern um *Policies* geht:

Die Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der pax christi-Nahostkommission richtet sich nicht gegen Einzelpersonen oder Unternehmen, sondern gegen die strategische Entscheidung der betreffenden Akteure, in völkerrechtswidrigen Siedlungen zu investieren und zu produzieren. Sie wendet sich auch gegen die politische Entscheidung der israelischen Regierung, trotz jahrelangen Streits auf EU-Ebene auf der Kennzeichnung dieser Waren mit der Ursprungsangabe „Israel“ zu beharren. Ebenso richtet sie sich explizit gegen die Untätigkeit der deutschen Behörden, für die Verbraucher Klarheit über die tatsächliche Herkunft der Siedlungsprodukte zu schaffen, obwohl dem deutschen Zoll entsprechende Informationen vorliegen.

Uns war bewusst, dass die Aktion historische Assoziationen wachrufen kann, die für uns als Deutsche mit Trauer, Schmerz und Scham verbunden sind. Zugleich haben wir darauf vertraut, dass in der Öffentlichkeit eine sachliche Diskussion über diese Assoziationen geführt werden kann. Den Reflex, Kaufverzichtaktionen in Deutschland mit besonders wachem und kritischem Blick zu verfolgen, sehen wir als richtig und wichtig an. Er ist das untrügliche Zeichen dafür, dass innerhalb der deutschen Bevölkerung eine große historische Sensibilität besteht.

Im Kontext einer öffentlichen Debatte bedürfen Reflexe jedoch der Reflexion und der argumentativen Vermittlung. Es ist uns wichtig, wahr und ernst zu nehmen, dass es nicht *die* Erinnerung an die Shoah gibt sondern vielfältige Narrative der Erinnerung und des Gedenkens – so vielfältig wie die Lebenserfahrungen der Menschen, die den Zivilisationsbruch Auschwitz als historische Mahnung im persönlichen und öffentlichen Bewusstsein halten. Bereits auf dem Kasseler Nahost-Ratschlag der Deutschen Sektion von Pax Christi im Jahr 2003 hat der israelische Soziologe Prof. Dr. Moshe Zuckermann eindringlich über diese Pluralität innerhalb der Erinnerungskultur gesprochen – und über die Vielstimmigkeit der politischen Konsequenzen und Handlungsimpulse, die Menschen dementsprechend aus der Erinnerung an die Shoah ziehen.

Als Friedensbewegung wissen wir uns vor allem den Anliegen der israelischen Friedensorganisationen verbunden, die eindringlich mahnen, dass Europa glaubwürdiger für die Einhaltung der Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Konflikt und für ein Ende der Besatzung eintreten muss. Die Stimme der israelischen Friedenskräfte, denen wir in Solidarität verbunden sind, repräsentiert nicht den Mainstream der Erinnerungskultur ihres Landes. Sie bringen ein als unbequem und widerständig erlebtes Potential geschichtlicher Erinnerung zur Geltung. Aus Verbundenheit und langjährigen Partnerschaft mit jüdischen Friedensorganisationen in Israel und der Bundesrepublik können wir nicht umhin, dies in unseren Auseinandersetzungen um eine angemessene historische Sensibilität mit zu bedenken und zu reflektieren.

## **II. Delegitimierend?**

Teilweise verknüpft mit dem Vorwurf der Geschichtsvergessenheit warfen einige Kritiker/innen der Aktion vor, einer Delegitimierung Israels das Wort zu reden. Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ setze sich nicht klar genug von den Forderungen der internationalen BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) ab.

Zunächst war es in diesem Zusammenhang wichtig, zu vermitteln, dass die Aktion keineswegs zu einem *generellen* Boykott israelischer Produkte aufruft, sondern zu einem *spezifischen* Verzicht auf Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen. In der Pressemeldung vom 05.07.2012 stellte die Nahostkommission klar:

„Einen generellen, pauschalen Boykott von Produkten aus Israel halten wir nicht für den richtigen Weg. Damit würden ungerechterweise die israelischen Unternehmen getroffen, die sich an geltendes Völkerrecht halten und ausschließlich im israelischen Staatsgebiet produzieren.“

Die Pressemeldung vom 05.07.2012 erinnerte daran, dass die Nahostkommission die Verbraucher/innen in den Begleitmaterialien zur Aktion ausdrücklich dazu aufruft, Waren aus Israel zu kaufen, allerdings nur, wenn sie sicher sind, dass diese tatsächlich aus dem Staatsgebiet stammen:

„Damit unterscheidet sich die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der pax christi-Nahostkommission von der internationalen Kampagne zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), die einen Boykott aller israelischen Waren vorsieht, bis die Besatzung beendet ist, bis gleiche Grundrechte für die Palästinenser in Israel garantiert sind und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge anerkannt wird.“

In der Diskussion ging es außerdem um das Rechtsverständnis, das dem Argument zugrunde liegt, beim Verzicht auf den Kauf von Waren aus den völkerrechtlich illegitimen Siedlungen gehe es um eine Delegitimierung Israels. Diese Argumentation macht sich nämlich die problematische israelische Rechtsposition zu Eigen, Siedlungen als Teil des israelischen Staatsgebiets zu verstehen. Es war wichtig, darauf zu verweisen, dass sich in Israel die prominenten Stimmen mehren, die den Versuch für gefährlich halten, die „Grüne Linie“ zwischen dem Staatsgebiet Israels und dem besetzten Westjordanland schleichend zu verwischen. So äußerte sich etwa Avraham Burg, ehemaliger Sprecher der Knesset, in einem Gastkommentar in der Neuen Zürcher Zeitung. Israels Regierung müsse eindringlich daran erinnert werden, dass die Siedlungen außerhalb des international anerkannten Staatsgebiets Israels liegen, schrieb der ehemalige israelische Spitzenpolitiker in seinem Beitrag vom 14. Juni 2012. Burg erklärte darin, er werde künftig auf Produkte aus Siedlungen verzichten, und betonte, es sei „weder antisemitisch noch antiisraelisch“, wenn in Europa gefordert werde, diese Waren zu kennzeichnen. Versuche, spezifische Kaufverzichtsaktionen als pauschalen Boykott Israels darzustellen, wies Burg zurück.

Das Völkerrecht delegitimiert völkerrechtlich unzulässige Handlungen von Staaten, nicht diese Staaten als solche. Dieser Unterschied liegt auf der Hand und sollte nicht – in welcher Absicht auch immer – verwischt werden.

---

### III. Einseitig?

In der Auseinandersetzung mit kritischen Rückfragen ging es drittens darum, auf die Wahrnehmung einzugehen, das Engagement von pax christi im israelisch-palästinensischen Konflikt sei einseitig. Es ist unstrittig, dass uns als Friedensbewegung der Einsatz für die Achtung des Völkerrechts zu einer Parteilichkeit führt – allerdings nicht Parteilichkeit mit einer Konfliktpartei (dies wurde in der Formel von der „*doppelten* Solidarität“ unterstrichen), sondern mit den Regeln der Menschlichkeit, die in Konflikt- und Besetzungssituationen Menschen auf beiden Seiten des Konflikts schützen, insbesondere das humanitäre Völkerrecht. Es geht also um Parteilichkeit mit fundamentalen Rechtsnormen, die universale Geltung beanspruchen (dies wird in der Formel von der „*ungeteilten* Solidarität“ unterstrichen). Dazu heißt es im Positionspapier der Deutschen Sektion von pax christi (2010):

„Wenn wir von der Solidarität mit Menschen reden, die sich konsequent für Frieden einsetzen, dann ist diese Solidarität immer ungeteilt. (...) In diesem Sinne schreiben wir die Position der ‚Doppelte Solidarität‘ fort zu einer Position der ‚Ungeteilten Solidarität für einen gerechten Frieden‘. Es ist eine Solidarität mit den Menschen in Palästina und Israel, die in je unterschiedlicher Weise unter der Situation der Gewalt leiden und den Menschen, die sich in Friedens- und Menschenrechtsorganisationen für gewaltfreie Konfliktlösungen einsetzen.“

Im konkreten Zusammenhang mit der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ galt es, zu erläutern, warum wir die von der Bundesregierung über Jahrzehnte verfolgte außenpolitische Strategie gegenüber der *einen* Konfliktpartei, nämlich der israelischen, so beständig in den Fokus nehmen:

Die Bundesregierung äußert zu Recht regelmäßig schärfste Kritik an Völkerrechtsverstößen auf Seiten der palästinensischen Konfliktpartei und setzt eine strikte Konditionierung jeglicher Kooperation mit den Palästinensern um. Diese Botschaft ist eindeutig und unmissverständlich. Im Blick auf die israelische Konfliktpartei verfolgt die Bundesregierung dagegen eine problematische Strategie der Doppelbotschaften: Auf verbaler Ebene werden Völkerrechtsverstöße wie Siedlungs- und Abriegelungspolitik kritisiert, faktisch werden sie toleriert. *Auf der einen Seite* verleiht die Bundesregierung also gemeinsam mit ihren EU-Partnern dem Völkerrecht praktische Geltung und fühlbare Konsequenzen, *auf der anderen Seite nicht*. Hierin liegt die problematische Einseitigkeit, die es mit beharrlichem Engagement zu korrigieren gilt.

Das Dilemma, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen stecken, die sich für die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts im israelisch-palästinensischen Konflikt engagieren, ist allerdings offensichtlich: Solange sie nur über Menschen- und Völkerrechte *reden*, ohne durch konkrete Aktionen geltendem Völkerrecht praktische Konsequenzen zu verleihen, scheren sie aus der Strategie, die die Bundesregierung verfolgt, als Zivilgesellschaft nicht aus. Erst wenn Einzelpersonen und Organisationen beginnen, im Sinne des Völkerrechts zu *handeln*, setzen sie ein wirkliches Signal. Dies natürlich um den Preis, dass ihr Einsatz bisweilen als provokativ empfunden wird, weil das humanitäre Völkerrecht eben eindeutig Partei ergreift - für den Schutz der Menschenrechte von Zivilisten im Kontext von Konflikt und Besatzung.

Wenn internationales Recht geachtet wird, sind einer Besatzungsmacht in vieler Hinsicht die Hände gebunden. Wenn geltendes Völkerrecht ignoriert wird, hat eine Besatzungsmacht freie Hand, eine Besetzungssituation im Sinne ihrer eigenen Interessen auszunutzen. Das Völkerrecht an den Rand zu drängen, heißt daher, einen Anreiz für die Fortsetzung und Konsolidierung von Besatzung zu schaffen. Deshalb ist es so wichtig, sich dafür einzusetzen, dass Verletzungen des humanitären Völkerrechts praktische Konsequenzen haben. Das kann ein Umdenken in Gang setzen – in Richtung auf ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden in Palästina und Israel.

#### **IV. Selektiv?**

Ein Dauerbrenner in der Diskussion war die immer wiederkehrende Frage: Warum arbeitet die Nahostkommission von pax christi nicht zu Menschen- und Völkerrechtsproblemen im Zusammenhang anderer Ländern der Nahostregion (etwa Syrien oder Iran)?

Auf diese Rückfrage hin haben wir deutlich gemacht, dass unsere Arbeit als katholische Friedensbewegung weltweit in konkrete Partnerschaften eingebunden ist, durch die sich bestimmte Schwerpunkte ergeben haben. Die Nahostarbeit der deutschen Sektion von pax christi ist aus jahrzehntelangen Verbindungen zu israelischen und palästinensischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen erwachsen, für die die Frage der Achtung des Völkerrechts die zentrale Frage ist, um zu einem gerechten Frieden zu finden. In Israel und den Palästinensischen Gebieten gibt es eine sehr aktive Zivilgesellschaft, mit der die Nahostkommission seit Jahren durch Reisen und gemeinsame Veranstaltungen vielfältige Kontakte pflegt. Im Kontext dieser gemeinsamen Arbeit zu Menschen- und Völkerrechtsstandards haben wir 2005 erstmals die fehlende Kennzeichnung von Siedlungsprodukten problematisiert. In Syrien oder dem Iran haben wir als deutsche Sektion der internationalen Friedensbewegung Pax Christi keine vergleichbaren zivilgesellschaftlichen Partner. Die Arbeit zu diesen beiden Ländern - und vielen anderen Konfliktgebieten weltweit - läuft über unser weltweites Netzwerk Pax Christi International.

#### **V. Entwicklungspolitisch kontraproduktiv?**

Sehr häufig begegnete uns in der Debatte schließlich der Vorwurf, die Aktion sei kontraproduktiv. Diese Einschätzung wurde entweder entwicklungspolitisch oder friedenspolitisch begründet.

Einige Kritiker/innen hielten der Aktion vor, entwicklungspolitisch kontraproduktiv zu sein, und verwiesen darauf, dass die Siedlungen für bis zu 25.000 palästinensische Beschäftigte Arbeitsplätze bieten. Dass landwirtschaftliche und industrielle Produktion in Siedlungen und nicht zuletzt der Ausbau bestehender Siedlungen faktisch Einkommensmöglichkeiten für zahlreiche palästinensische Familien schaffen, entspricht zweifelsfrei den Tatsachen. Dies allerdings in ein entwicklungspolitisches Argument ummünzen zu wollen, erscheint fragwürdig.

In einem aktuellen Bericht weist die Weltbank zum wiederholten Male eindringlich darauf hin, dass die Beschränkungen durch Israels Besatzungspolitik „das größte Hemmnis für privatwirtschaftliches Wachstum auf Seiten der Palästinenser“ darstellen (vgl. World Bank, Stagnation or Revival? Palestinian Economic Prospects, March 21, 2012, S. 19, Download über die Länderseite „West Bank & Gaza“ unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org))

Die palästinensische Bevölkerung ist in hohem Maße abhängig von internationaler Entwicklungshilfe. Gleichzeitig entstanden über Jahrzehnte auf besetztem palästinensischem Gebiet Siedlungen, Industriegebiete und ein eigenes Straßennetz für israelische Bürger – abgeschirmt durch Mauern und Zäune, die zu einem maßgeblichen Teil auf palästinensischem Land verlaufen. Um für die Siedler, die in den völkerrechtswidrigen Siedlungen leben, Sicherheit zu schaffen, wird die palästinensische Bevölkerung mitsamt ihren Wirtschaftsaktivitäten einer Abriegelungspolitik unterworfen, die vielfache Beschränkungen, Planungsunsicherheiten sowie zeit- und kostenintensive Transport- und Vermarktungswege mit sich bringt.

Aber nicht zuletzt die völkerrechtswidrigen Siedlungen selbst, die laut israelischen Menschenrechtsorganisationen rund 42% der Westbank kontrollieren, berauben die palästinensische Bevölkerung wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Gerade das Jordantal ist nach Einschätzung der Weltbank das „potentielle Wirtschaftszentrum“ für eine „exportorientierte palästinensische Landwirtschaft mit hohem Wertschöpfungspotential“. Im genannten Bericht wird daher die Beschränkung palästinensischer Wirtschaftsaktivitäten im Jordantal als besonders schwerwiegend bezeichnet.

---

## VI. Friedenspolitisch kontraproduktiv?

In der Mehrzahl der kritischen Stellungnahmen wird abschließend das Fazit gezogen, dass es friedenspolitisch kontraproduktiv sei, in Deutschland öffentlich zum Verzicht auf den Kauf von Siedlungsprodukten aufzufordern und ihre Kennzeichnung zu fordern. Zum einen seien die Siedlungen nicht – wie von der Nahostkommission behauptet – das zentrale Friedenshindernis für einen Frieden im Nahen Osten. Zum anderen sei es ungemessen, den komplexen Nahostkonflikt von außen beeinflussen zu wollen. Eine Friedenslösung könne nur von den Konfliktparteien selbst auf dem Verhandlungswege erreicht werden.

Zum ersten Einwand: Ob die Siedlungen tatsächlich ein zentrales Friedenshindernis darstellen, ist eine Frage, über die nicht zuletzt in Israel selbst höchst kontrovers gestritten wird. Nicht zu übersehen allerdings, ist, dass der völkerrechtswidrige Transfer von einer halben Million israelischer Zivilisten auf besetztes palästinensisches Gebiet schwerwiegende menschenrechtliche Folgen hat. Er bedingt – dies hat der Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten von 2004 detailliert erläutert – den rechtswidrigen Verlauf der israelischen Mauer- und Sperranlagen ebenso wie die flächendeckenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für die im Westjordanland lebenden Palästinenser/innen bis hin zu völligen Abriegelungen. Durch die Siedlungspolitik werden die Palästinenser wertvoller Ressourcen beraubt, insbesondere Land und Wasser. Dadurch wird der palästinensischen Bevölkerung die Zukunft systematisch verbaut. Nimmt man all diese Aspekte zusammen, scheint es nicht überzogen, die Siedlungspolitik als zentrales Friedenshindernis zu sehen. Diesen Schluss zu ziehen, bedeutet indessen nicht, andere Friedenshindernisse zu übersehen, insbesondere die scharf zu kritisierenden Menschen- und Völkerrechtsverstöße auf palästinensischer Seite.

Zum zweiten Einwand: Ist es kontraproduktiv, den Konflikt von außen lösen zu wollen? Sicherlich – und nicht nur das, es wäre nachgerade vermessen. Die Lösung des Nahostkonflikts kann nur durch die Konfliktparteien des Nahostkonflikts erfolgen. Die Frage ist, welche Qualität diese Lösung haben wird. Wird es auf einen *peace deal* auf der Grundlage faktischer Machtasymmetrien hinauslaufen oder auf einen gerechten Frieden im Einklang mit geltendem Völkerrecht? Wird es einen prekären und brüchigen Frieden geben oder einen dauerhaften Frieden, der auf wechselseitiger Achtung der Rechte und Interessen des anderen beruht? Und vor allem: Wann wird dieser Friede und das Ende der Besatzung kommen?

Ob es für die israelische Regierung rational ist, das Siedlungsprojekt weiter voran zu treiben (und sei es lediglich durch den Ausbau bestehender Siedlungen), oder ob die Siedlungspolitik beginnt, zu einer Bürde für Israels politische und wirtschaftliche Interessen zu werden, entscheidet sich am Verhalten externer Akteure. Das Positionspapier der Deutschen Sektion hält fest, woran dieses Verhalten zu messen ist:

„Kriterien zur Beurteilung einer Politik, die dem Ziel gerechten Frieden dient, sind das Völkerrecht und die Menschenrechte. (...) In der Konfliktsituation der Besatzung, die von einer extremen Asymmetrie gekennzeichnet ist, ist eine am Interessenausgleich orientierte Konfliktlösung nur möglich, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung wahrnimmt und das internationale Recht einfordert.“

Artikel 1 der Vierten Genfer Konvention verpflichtet alle Staaten, für die Durchsetzung der Einhaltung des geltenden Völkerrechts, das laut Artikel 49 Bevölkerungstransfer bzw. Siedlungsbau untersagt, Sorge zu tragen. Diese Drittstaatenpflichten sind nicht durch bloße Rhetorik zu erfüllen. Sie können nur dann das politische Kalkül der Konfliktparteien verändern, wenn ihnen praktische Konsequenzen folgen. Die Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen ist eine solche praktische Konsequenz. Wenn wir die Deklaration von Siedlungsprodukten fordern, bedeutet es nicht, dass wir erwarten, dass die Bundesrepublik in ungebührlicher Weise innerhalb des Nahostkonflikts Partei ergreift. Es bedeutet lediglich, dass wir erkennen, dass die Bundesregierung durch die stillschweigende Hinnahme israelischer Völkerrechtsbrüche auf der praktischen Ebene längst Partei ergrif-

fen hat<sup>1</sup>. Und zwar in einer kontraproduktiven Weise, die aus unserer Sicht der Korrektur – zumindest aber einer kritischen Diskussion – bedarf. Die vorliegende Dokumentation möchte hierzu Anstöße und Materialien bieten.

#### 4. Oberbürgermeister Schröter im Visier der Kritiker der Aktion

Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ wird über pax christi hinaus von prominenten Einzelpersonlichkeiten unterstützt. Namentlich von: Prof. Dr. Andreas Buro (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Prof. Dr. Ulrich Duchrow (Professor für systematische Theologie, Universität Heidelberg), Iris Hefets (Kritische Juden und Israelis), Shir Hever (Wirtschaftswissenschaftler, Alternative Information Center/Jerusalem), Matthias Jochheim (Vorsitzender IPPNW Deutschland), Dr. Rupert Neudeck (Vorsitzender Grünhelme e.V., Gründer von Cap Anamur), Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin (Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, deutsche Sektion), Prof. Dr. Rolf Verleger (Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland 2006-2009) sowie Dr. Albrecht Schröter (Oberbürgermeister in Jena). Letzterer wurde mit einer Hetzkampagne überzogen, die vor allem im Internet und in der Jerusalem Post stattfand.

##### ■ Artikel in der Jerusalem Post

##### **NGOs: German mayor's Israel boycott anti-Semitic**

By BENJAMIN WEINTHAL JERUSALEM POST CORRESPONDENT

05/30/2012 02:17

**Leading German NGOs accuse Mayor Schröter of promoting boycott that recalls Nazi-era campaign "Don't buy from Jews."**

*Leading German NGOs on Tuesday accused Social Democratic Mayor Albrecht Schröter, from the city of Jena in the state of Thuringia, of advocating a boycott of Israeli products that is so aggressive it recalls the Nazi-era campaign "Don't buy from Jews" and contributes to the delegitimization of the Jewish state.*

*In an email to The Jerusalem Post on Tuesday, Kevin Zdiara, deputy representative of the German- Israeli friendship society in Erfurt, Thuringia's capital city, wrote, "The campaign makes no distinctions; de facto, all Israeli products are to be boycotted, which does not contribute to peace. It also strongly recalls the Nazi slogan 'Don't buy from Jews.'" Zdiara added that "Schröter has been known for years for his attitude toward Israel. The mayor has participated in pro-Palestinian demonstrations in the West Bank and with a lecture at a pro-Hamas conference in Bad Boll. Schröter is an example of the classic Christian peace activist who only accuses Israel but closes his eyes to Palestinian crimes."*

*Klaus Faber and Daniel Kilpert, two representatives of the Coordinating Council of German Non-governmental Organizations against Anti-Semitism, told the Post on Tuesday in a statement that the mayor's conduct "crosses the line into anti-Semitism and delegitimizes the state of Israel. Why does Mr. Schröter see no occasion to call for a boycott against products from the anti-Semitic Islamic Republic of Iran, or from North Sudan, which has engaged in many massacres?" Klaus Faber, a prominent member of the Social Democratic Party, served as a high level minister in the department for education, science, research, culture and religious communities in the East German state of Saxony-Anhalt.*

---

<sup>1</sup> Beispiele dafür sind etwa ihre damalige Ablehnung eines Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofs zum Mauerbau; das langjährige Zögern der Bundesregierung, Siedlungsprodukte von Zollpräferenzen auszuschließen und – aktuell – ihre Zurückhaltung hinsichtlich einer Kennzeichnungspflicht für Siedlungsprodukte.

---

*Dr. Reinhard Schramm, the deputy chairman of the Jewish community in Thuringia, told the Post on Tuesday in a telephone interview that the “boycott call is indecent and painful. The Mayor Dr. Schröter should not resign because he is not an anti-Semite. But he should know that with his signature he fosters anti-Semitic tendencies. Pax Christi is steeped in anti-Semitism because its variation of anti-Zionism is anti-Semitism. “ Dr. Schramm is a retired professor of engineering and survived the Holocaust in hiding with his mother, Rosel. Mayor Schröter signed the German catholic peace organization Pax Christi’s petition “Occupation tastes bitter” that calls for a sweeping boycott of Israeli goods.*

*Dr. Shimon Samuels, director of international relations for the Simon Wiesenthal Center, told the Post that Schröter’s call for a boycott “can work both ways. It is bad for Jena businesses.” Samuels said that what Schröter was doing was “racist,” adding that the mayor had “brought a shadow over the city of light.” Jena is known for its optics-based industries.*

*Barbara Glasser, a spokeswoman for Schröter, told the Post by phone that the mayor is “guaranteed not an anti-Semite. He is for peace. He was awarded a civil courage prize.”*

*Zdiara, of Erfurt’s German-Israeli friendship society, says Pax Christi is known for its anti-Israel attitude. “For years it has demonized only Israel and now, with its call for a boycott, has taken the side of the most aggressive Israel haters, whose goal is to delegitimize the Jewish state,” he said of the organization.*

Der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter reagierte darauf mit der folgenden Pressemitteilung vom 31. Mai 2012: Besatzung schmeckt bitter



**■ Ein Artikel in der Jerusalem Post vom 30.5.2012, in dem ich als „Antisemit“ verunglimpft werde, der zum Boykott gegen Waren aus Israel aufrufe, veranlasst mich, folgendes zu meiner Position zu sagen:**

*Anlass der Kritik ist meine Unterstützung der Aktion von pax christi „Besatzung schmeckt bitter“, deren Ziel es ist, eine Kennzeichnungspflicht von Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischen Gebiet einzufordern – so wie sie z.B. in Großbritannien schon seit längerem besteht. Der Verbraucher soll selbst entscheiden können, ob er Waren mit völkerrechtswidrigem Ursprung kaufen will oder nicht. Dort, wo die Herkunft unklar ist, wird eine Kaufverzicht empfohlen (!) – aber auch nur dort – und zwar solange, bis die Kennzeichnungspflicht auch in Deutschland gilt. Die Aktion wird übrigens von prominenten Juden in Deutschland unterstützt.*

*Aus diesem Ansatz den Schluss zu ziehen, pax christi rufe zu einem pauschalen Boykott aller israelischen Waren auf, ist falsch und irreführend. Insbesondere durch die unsachliche Verbindung mit der schlimmen Parole der Nazis „Kauft nicht bei Juden“, wird das Anliegen von pax christi bewusst entstellt. Dieser Vorwurf muss entschieden zurück gewiesen werden! Er soll ganz offensichtlich vom eigentlichen Anliegen der Aktion ablenken.*

*Meine Position ist ganz klar: Ich werbe ausdrücklich für den Kauf israelischer Produkte, deren Herkunft unzweifelhaft ist. Ich selbst werde z.B. auf den von mir sehr geschätzten Karmel-Wein nicht verzichten und freue mich über jedes Glas Macabee-Bier oder über die berühmte Sharon-Frucht! Israel muss unterstützt werden – auch wirtschaftlich. Aber Produkte, die im Unrecht entstanden sind, demütigen die Enteigneten und bringen den Erzeugern keinen Segen - das ist meine Meinung.*

*Entschieden weise ich den böswillig gegen mich erhobenen Antisemitismus-Vorwurf zurück! Seit vielen Jahren engagiere ich mich aktiv gegen den Antisemitismus: 1985 habe ich den „Jenaer Arbeitskreis Judentum“ zur Aufarbeitung der Geschichte der Verfolgung der Juden in meiner Stadt gegründet, habe das Buch „Juden in Jena“ mitverfasst und mitherausgegeben. Stadt und Arbeitskreis erinnern auf meine Initiative hin seit 1985 jährlich am 9.11. in einer öffentlichen Veranstaltung an den faschistischen Pogrom „Kristallnacht“ und den Holocaust. Ich habe im Jahr 2000 unser „Stadtprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz“ angeregt und mit verfasst. 2001 habe ich in Yad Vashem die Mitschuld meiner Stadt an der Verfolgung und Ermordung von Juden öffentlich bekannt. Mein kompromissloser Einsatz gegen die Neonazis, der im letzten Jahr mit dem „Preis für Zivilcourage“ des Förderkreises des Holocaust-Denkmal in Berlin und der dortigen Jüdischen Gemeinde geehrt wurde, ist vor allem durch meinen Einsatz für die Würde des Menschen (Art. 5 GG) und meinen Kampf gegen den Antisemitismus der (Neo)Nazis motiviert. Ich habe viele Freunde in Israel, die mich darin bestärken, mich gegen das Unrecht der Besatzung und gegen die Siedlungspolitik zu engagieren.*

*Meine Haltung zum palästinensisch-israelischen Konflikt wird durch das Wort eines Freundes aus der Westbank treffend zum Ausdruck gebracht: „Das Glück des einen Volkes hängt vom Glück des anderen ab. Es kann den Palästinensern nicht gut gehen, wenn es Israel nicht gut geht, und es kann Israel nicht gut gehen, wenn es den Palästinensern nicht gut geht.“ Dem ist nichts weiter hinzuzufügen als der Hinweis darauf, dass es den Palästinensern als Volk tatsächlich nicht gut geht. In einer Reihe von Reisen nach Israel und in die Westbank habe ich persönlich soviel gesehen und erlebt, dass ich nicht mehr schweigen kann, wenn jüdische und palästinensische Freunde unter Verletzungen von Menschen- und Völkerrecht leiden. Ich habe das Verhalten von Soldaten und Siedlern gegenüber Palästinensern erlebt, unnötige Demütigungen an den Checkpoints, Zerstörung von Häusern. Dazu kann ich nicht schweigen. Allein in den fast zwanzig Jahren, in denen ich Israel immer wieder besucht habe, sind große Gebiete enteignet und entgegen Völkerecht bebaut worden. Olivenhaine sind mutwillig zerstört worden, Bauern kommen durch die Mauer nicht mehr an ihr Land, das dann enteignet wird, weil es eine Zeit lang nicht bewirtschaftet wurde. Dazu kann ich nicht schweigen. Es zerreißt mich innerlich.*

*Wie sehr viele engagierte Menschen bin enttäuscht ich darüber, dass die Gespräche über eine Friedens- und eine Zweiten-Staaten-Lösung nicht voran kommen sondern die Hoffnung immer mehr sinkt. Der israelisch-palästinensische Konflikt wird von der jetzigen israelische Regierung heruntergespielt.*

*Die Pax-Christi-Aktion will und soll vor allem Diskussionen über den die Zukunft der israelisch-palästinensischen Nachbarschaft auslösen. Wenn Menschen, die sich diesem Ziel verpflichtet fühlen, gezielt diffamiert werden, ist das kein Signal der Hoffnung.*

*Ich habe mich immer schon gegen Unrecht und für Menschenwürde eingesetzt – vor allem Hinblick auf das jüdische Volk. Das werde ich auch weiterhin tun. Aber niemand kann mir das Recht nehmen, mich aktiv dafür*

---

*einzusetzen, dass das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat endlich umgesetzt wird. Dies ist auch die Position der Bundesrepublik Deutschland.*

*Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister*

### ■ **German controversy over Israel boycott**

*By BENJAMIN WEINTHAL, JPOST CORRESPONDENT*

*03/06/2012*

***Politicians reject German mayor's Israel boycott.***

***Schröter: goal is to label goods from 'illegal' settlements.***

*BERLIN – Social Democratic, Left Party and Christian Democratic politicians rejected last week Jena Mayor Albrecht Schröter's campaign for a wide-ranging boycott of Israeli products.*

*Critics accused Schröter, 57, the Social Democratic mayor of Jena in Thuringia state, of fostering modern anti-Semitism with his support for a call by the German branch of Pax Christi, an international Catholic "peace movement," to not buy Israeli goods.*

*Wiltrud Rösch-Metzler, Pax Christi vice president, wrote last week, "I am not buying goods with the origin specification 'Israel' because under this designation products could come from the settlements. Our action goes against policies that do not designate settlement products."*

*Schröter signed a Pax Christi petition for labeling products from Israel.*

*Tobias Dünow, a spokesman at the Berlin headquarters of the Social Democratic Party (SPD), told The Jerusalem Post in a phone interview on Friday, the "SPD does not support boycotts against Israel. The SPD does not support the Pax Christi boycott."*

*René Lindenberg, the party's state secretary in Thuringia, wrote in an email to the Post, "The SPD Thuringia would not have signed the call to action."*

*Kevin Zdiara, deputy chairman of the German-Israel friendship society (DIG) in Thuringia's capital Erfurt, equated the boycott effort with the Nazi-era slogan "Don't Buy from Jews."*

*DIG-Erfurt garnered support from Katharina König, a Left Party state representative in Thuringia and a Jena city councilwoman. Schröter's signature on the Pax Christi petition and his support for a boycott are "false and inappropriate," König told the Post. In the final analysis, the boycott "has the same meaning as 'Don't Buy from Jews,'" she said.*

*In a two-page page statement sent to the Post on Thursday, Schröter wrote, "The conclusion that Pax Christi calls for a wholesale boycott of all Israeli goods... is incorrect and misleading. In particular, the impertinent connection with the fatal slogan of the German Nazis 'Do not buy from Jews' deliberately distorts the concern of Pax Christi."*

*He added, "I reject the maliciously pronounced accusation against me of anti-Semitism!" The mayor wrote that his "aim is to demand mandatory labeling of goods from illegal Israeli settlements that occupy Palestinian territory – an initiative that exists for example in the UK for quite some time. The consumer should be able to decide whether he wants to buy goods which disobey international law or not."*

*Schröter cited his participation in Holocaust remembrance events and commitment against neo-Nazis, which was honored last year with the Award of Courage of the Foundation for the Memorial to the Murdered Jews of Europe in Berlin and the local Jewish community.*

*Kevin Zdiara, from DIG, said the “organization should reconsider rescinding the award” because Schröter has not “engaged in reconciliation, but rather has divided.”*

*Levi Salomon, a spokesman for the Berlin-based Jewish Forum for Democracy and Against Anti-Semitism, told the Post that “there are people who fight against right-wing extremism and at the same time are strong critics of Israel.*

*This took place in the German Democratic Republic [East Germany] and the Soviet Union.” He added that the Pax Christi boycott campaign “Occupation tastes bitter” contributes to the “delegitimization of Israel.”*

*Thuringia was part of the East German socialist state.*

*Vera Lengsfeld, a prominent civil rights activist who fought against the now-defunct German Democratic Republic and was born in Thuringia, wrote on the popular website “The Axis of Good” that “Jena must immediately vote in a new head of the city because the good man can no longer govern. It would be better for the city.”*

*The mayor failed to focus the city’s resources on preventing the delivery of weapons to a neo-Nazi terrorist group, the National Socialist Underground, and is consumed instead with criticizing Israel, Lengsfeld wrote. She blasted Schröter for seeking to keep the city “pure from Jewish goods.” Lengsfeld served as a deputy from Christian Democratic Union in the Bundestag.*

*Barbara Glasser, a spokeswoman for Schröter, told the Post that the mayor did not plan to resign.*

*Prof. Gerald Steinberg, the head of the Jerusalem-based NGO Monitor, wrote in an email to the Post on Friday that the boycott sponsored by Pax Christi and the mayor “is fundamentally immoral. The goal of this campaign, as clearly stated, is to demonize the right of the Jewish people to self-determination and sovereign equality. This agenda is inherently discriminatory and erases the history of brutal warfare and Arab terrorism waged against Israel, which is the cause of the post-1967 ‘occupation.’ By promoting the false Palestinian narrative, the organizations involved in BDS [boycott, divestment and sanctions] campaigns become combatants in this form of warfare.”*

*He continued, “If Pax Christi, as a Christian organization claiming an ethical agenda, were actually interested in promoting peace and human rights, it would focus its resources on the real abuses in Syria, Gaza and elsewhere, instead of joining the latest efforts to deprive the Jewish people of sovereign equality.”*

*Christine Hoffmann, the general secretary of the German division of Pax Christi, wrote the Post that “the call for customary market standards has nothing to do with discrimination against persons or with anti-Semitism.” It was a matter of “consumer- friendly designation for purchase decisions,” she said.*

*Thomas von der Osten-Sacken, a Middle East expert and head of relief assistance NGO Wadi, told the Post that “so long as one does not find a call by Pax Christi that from now on products from Syria, Iran or Saudi Arabia (to name just three examples) should come with the logo that the goods come from a country in which torture exists in violation of human rights, the action [to boycott] is completely anti- Israel and anti-Semitic, because Israel is issued special treatment.”*

---

## ■ An die Jerusalem Post Redaktion

**Bezug: Artikel "German controversy over Israel boycott", 3.6.2012**

Richtigstellung:

Die Jerusalem Post zitiert falsch aus einer privaten Mail von mir an Professor Reinhard Schramm.

Die Jerusalem Post schreibt: "Ich kaufe keine Waren mit der Ursprungsangabe "Israel", weil unter dieser Bezeichnung auch Produkte aus Siedlungen sein könnten. Unsere Aktion richtet sich gegen eine Politik, die Siedlungsprodukte nicht kennzeichnet." ("I am not buying goods with the origin specification 'Israel' because under this designation products could come from the settlements. Our action goes against policies that do not designate settlement products.")

Richtig heißt es in meiner Mail an Professor Schramm:

„Die Siedlungen verstoßen gegen das Völkerrecht, weil sie auf besetztem Land errichtet werden. Wir möchten diese Siedlungen nicht unterstützen. Und wir möchten, dass jede und jeder die Chance hat, diese Siedlungen nicht zu unterstützen. Deshalb treten wir für eine Kennzeichnungspflicht für Waren aus Siedlungen ein, wie sie in England bereits eingeführt ist. Bis es soweit ist, verzichte ich auf Waren mit der Ursprungsangabe „Israel“, weil derzeit unter dieser Bezeichnung auch Siedlungsprodukte sein können. Unsere Aktion richtet sich gegen eine Politik, die Siedlungsprodukte nicht kennzeichnet.“

Mit freundlichen Grüßen

Wiltrud Rösch-Metzler

pax christi Vizepräsidentin

Stuttgart, den 4.6.2012

[http://www.kibush.co.il/show\\_file.asp?num=53289](http://www.kibush.co.il/show_file.asp?num=53289)

## Deutsche Zeitungen

### ■ Jüdische Allgemeine (Keine Abdruckerlaubnis)

#### »Ich bin doch kein Antisemit«

#### **Oberbürgermeister steht nach Boykottaufruf gegen Israel in der Kritik**

07.06.2012 – von Benjamin Weinthal

Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) hat mit seiner Unterstützung einer antiisraelischen Boykottaktion heftige Kritik auf sich gezogen. Schröter hatte sich hinter die Kampagne »Besatzung schmeckt bitter« der katholischen Friedensbewegung Pax Christi gestellt. Dort wird versucht, den Vertrieb von »Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen« zu verhindern....

### ■ Jüdische Allgemeine

#### **Leserbrief zum Artikel**

„»Ich bin doch kein Antisemit« Oberbürgermeister steht nach Boykottaufruf gegen Israel in der Kritik“,

07.06.2012, Benjamin Weinthal

In seinem Artikel vom 07.06.2012 bezeichnet Benjamin Weinthal die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der Nahostkommission von Pax Christi als antiisraelisch. Dieser diffamierenden Bewertung widerspricht die Kommission mit Nachdruck. Wir fordern Verbraucherinnen und Verbraucher ausdrücklich dazu auf, Waren aus Israel zu kaufen – allerdings nur solche, deren Herkunft aus dem Staatsgebiet zweifelsfrei feststeht.

Unsere bundesweite Verbraucheraktion richtet sich somit nicht – wie fälschlich unterstellt – gegen den Staat Israel, sondern gegen die von seiner Regierung verantwortete Siedlungspolitik, die vom Internationalen Gerichtshof, der Europäischen Union und nicht zuletzt der Bundesregierung als völkerrechtswidrig angesehen wird.

Die vom Autor erhobene Behauptung, Ziel der Aktion sei es, „den Vertrieb von Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen zu verhindern“, entspricht nicht den Tatsachen, wie aus den Pressemeldungen und Begleitmaterialien zur Aktion klar hervor geht: Die Aktion wendet sich gegen die konkrete politische Entscheidung der israelischen Regierung, trotz jahrelangen Streits auf EU-Ebene auf der irreführenden Kennzeichnung von Waren aus israelischen Siedlungen mit der Ursprungsangabe „Israel“ zu beharren. Ebenso richtet sie sich explizit gegen die Untätigkeit der deutschen Behörden, für die Verbraucher Klarheit über die tatsächliche Herkunft der Siedlungsprodukte zu schaffen, obwohl dem deutschen Zoll entsprechende Informationen vorliegen.

Es geht der Aktion „Besetzung schmeckt bitter“ um kritischen Konsum im Einklang mit geltendem Völkerrecht. Sie hat unter anderem auch jüdische Unterstützer/innen, die damit ihrem Wunsch nach einer gerechten Friedenslösung für Israel und Palästina Ausdruck verleihen. Die Anschuldigungen gegenüber Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter, der sich über Jena hinaus gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzt, weisen wir als unsachlich und diffamierend zurück.

Die Vermarktung von Siedlungsprodukten unter der irreführenden Ursprungsangabe „Israel“ ist aus unserer Sicht friedenspolitisch problematisch und stößt inzwischen international auf wachsende Kritik. Im Mai 2012 hat die Regierung von Südafrika einen offiziellen Hinweis herausgegeben, in dem die Handelsunternehmen aufgefordert werden, die unzutreffende Kennzeichnung von Siedlungsprodukten als Waren „Made in Israel“ zu beenden. Damit folgt Südafrika dem Beispiel Großbritanniens, wo seit Ende 2009 eine separate Kennzeichnung von Siedlungsprodukten eingeführt ist. Auch Dänemark plant die Einführung einer eindeutigen Kennzeichnung der Waren, die aus israelischen Siedlungen stammen. Unsere Aktion möchte bewirken, dass auch in Deutschland auf diese Weise für die Verbraucherinnen und Verbraucher Klarheit geschaffen wird.

Dr. Manfred Budzinski  
Sprecher der pax christi-Nahostkommission

■ Thüringer Landeszeitung 6. Juni 2012

<http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Nach-Pax-Christi-Aufruf-Massive-Verbalangriffe-auf-Jenas-OB-2042429165>

**Nach Pax-Christi-Aufruf: Massive Verbalangriffe auf Jenas OB**

Abgeschaltet ist der Facebook-Auftritt von Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD). Seine Stadt-Pressesprecherin hat zudem bereits einen dicken Ordner angelegt, der Unflätigkeiten enthält. Am Dienstag erstattete Schröter Anzeige bei der Polizei gegen unbekannt. Denn wer ihn tatsächlich wegen seines Einsatzes für den Pax-Christi-Aufruf "Besetzung schmeckt bitter" verbal attackiert, bleibt vorerst unklar.

Jena. Beispiel für eine Attacke, die namentlich gekennzeichnet ist: "Schröter, Sie haben bis heute 18:00 Uhr Zeit für ein Statement, welches ehrlich Ihren wahlkampftechnisch bedingten schweren Irrtum einsehend, Gabriel und Grass als Mittäter einschliessend, Ihre Ehre wiederherstellen kann. Solange werden alle Informationen über Sie, Ihre Studienzeit, Ihre Familie in der NS-Zeit und Ihre Eskapaden zurückgehalten. Es ist unglaublich was einem zwei Privatdetektive in 24-Stunden an Material zu liefern in der Lage waren. Was die noch herausbekommen werden, wage ich nicht mal zu ahnen. MANN handeln Sie, sonst wird es wirklich peinlich!"

Für Schröter war zunächst nicht klar, wie er darauf reagieren sollte. "Es kann nicht sein, dass auf diese Weise Kritiker unter Druck gesetzt werden", sagte er unserer Zeitung. Daher habe er sich zum Handeln gegen solche Angriffe entschlossen und gehe dabei auch den Weg an die Öffentlichkeit. Einer harten Diskussion in der Sache würde er nicht ausweichen, macht Jenas OB deutlich. Dass ihm nun aber unverhohlen gedroht werde, dass er offenbar mundtot gemacht werden solle, das will er sich nicht gefallen lassen. Seinen Facebook-Account habe er stillgelegt.

---

Schröter spricht sich im Pax-Christi-Aufruf für die Kennzeichnungspflicht von Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischen Grund aus. Derweil wird Schröter weiterhin von der Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Thüringen, vertreten durch Ricklef Münnich, aufgefordert, seine Unterschrift beim Pax-Christi-Aufruf zurückzuziehen. Dies geschieht auch mit dem Hinweis, dass die Jenaer NPD "mit einem Schmunzeln" Schröters Appell zur Kenntnis genommen hat. "Diese Art der Argumentation" von Münnich gegen Schröter empört Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow: "Das ist nicht mehr sachgerecht", betont er an die Adresse von Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum und Deutsch-Israelischer Gesellschaft.

■ Thüringer Allgemeine Zeitung

■ Thüringische Landeszeitung

■ Ostthüringer Zeitung

**Pax Christi sagt: Besetzung schmeckt bitter – Pro und Contra um Warenkennzeichnung**

**Es geht um Völkerrecht 4.6.2012**

**Jenas Oberbürgermeister unterstützt Pax-Christi-Aufruf**

Von Albrecht Schröter

Die Aktion von Pax Christi „Besetzung schmeckt bitter“ will Diskussionen über die Zukunft der israelisch-palästinensischen Nachbarschaft auslösen. Deshalb habe ich den Aufruf mit unterzeichnet, bei dem es darum geht, Produkte zu kennzeichnen, die aus israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischen Gebiet kommen. Diese Kennzeichnungspflicht ist in Großbritannien bereits eingeführt, Dänemark und Südafrika planen sie, und die Schweizer Ladenkette „Migros“ will Produkte, die aus israelischen Siedlungsgebieten stammen, künftig speziell kennzeichnen. Der Verbraucher soll selbst entscheiden können, ob er Waren kaufen will, die auf völkerrechtswidrig besetztem Land produziert worden sind.

Es ist falsch, ja diffamierend, wenn jetzt behauptet wird, Pax Christi rufe zu einem pauschalen Boykott israelischer Waren auf. Bewusst entstellt wird das Anliegen durch den unsachlichen Vergleich mit der schlimmen Nazi-Parole „Kauft nicht bei Juden“. Ich verwahre mich aufs Schärfste gegen diese irreführende Polemik. Die Aktion von Pax Christi richtet sich gegen die Entscheidung der israelischen Regierung, trotz jahrelangen Streits mit der EU auf der Israel-Kennzeichnung der Waren aus illegalen Siedlungen zu beharren. Die Aktion richtet sich auch gegen die Untätigkeit deutscher Behörden, für die Verbraucher Klarheit über die Herkunft der Siedlungsprodukte zu schaffen. Im Übrigen hat die Aktion auch jüdische Unterstützer wie etwa Iris Hefets von den „Kritischen Juden und Israelis“ oder Professor Rolf Verleger, ehemaliges Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland. Die Aktion will Menschenrechte und Völkerrecht stärken.

Meine Position ist ganz klar: Ich werbe ausdrücklich für den Kauf israelischer Produkte, deren Herkunft unzweifelhaft ist. Ich selbst werde zum Beispiel auf den von mir sehr geschätzten Karmel-Wein nicht verzichten und freue mich über ein Glas Macabee-Bier. Israel muss unterstützt werden. Aber Produkte, die im Unrecht entstanden sind, demütigen Enteignete und bringen Erzeugern keinen Segen – das ist meine Überzeugung.

Wenn nun Pax Christi und Unterstützer der Aktion gezielt diffamiert werden, ist das kein Signal der Hoffnung. Den gegen mich erhobenen Vorwurf des Antisemitismus weise ich entschieden zurück. Ich habe 1985 in Jena den Arbeitskreis Judentum gegründet, am Buch „Juden in Jena“ mitgearbeitet und das „Stadtprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz“ mit auf den Weg gebracht. Ich engagiere mich deshalb so stark gegen (Neo)Nazis, weil Antisemitismus konsequent bekämpft werden muss.

Israelischen Freunde bestärken mich darin, mich gegen die Siedlungspolitik zu engagieren. Ich habe selbst das Verhalten von Siedlern und Soldaten gegenüber Palästinensern erlebt, Demütigungen an Checkpoints, Zerstörung von Häusern, Abholzen von Olivenhainen. Palästinensische Bauern kommen wegen der Mauer nicht mehr an ihr Land, das dann enteignet wird, weil es eine Zeit lang nicht bewirtschaftet wurde. Dazu kann ich nicht

mehr schweigen. Es ist enttäuschend, dass die Gespräche über eine Friedens- und eine Zwei-Staaten-Lösung nicht vorankommen.

Dabei hängt das Glück des einen Volkes vom Glück des anderen ab. Ein palästinensischer Freund sagte: „Es kann den Palästinensern nicht gut gehen, wenn es Israel nicht gut geht, und es kann Israel nicht gut gehen, wenn es den Palästinensern nicht gut geht.“ Die völkerrechtswidrigen Siedlungen sind ein Hindernis für den Frieden. Im Übrigen hat auch der Internationale Gerichtshof 2010 die israelische Besatzungspolitik verurteilt. Die Aktion von Pax Christi ist eine praktische Umsetzung des Gerichtsgutachtens. Ich bin und bleibe ein Freund Israels. Aber niemand kann mir das Recht nehmen, mich aktiv dafür einzusetzen, dass das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat endlich umgesetzt wird. Das ist auch die Position der Bundesrepublik Deutschland.

Albrecht Schröter (SPD) ist Oberbürgermeister in Jena.

■ **Moralisch fragwürdig 4.6.2012**

**Mitglied der Deutsch-Israelische Gesellschaft gegen Boykott**

Von Kevin Zdiara

Am Freitag wurde bekannt, dass der israelische Ministerpräsident Netanyahu die Räumung von Häusern in der Siedlung BeitEl verkünden wird. Netanyahu setzt damit ein Urteil des Obersten Gerichtshof Israels um, der der Klage eines Palästinensers stattgegeben hatte. Dieser konnte belegen, dass die Häuser auf seinem Grundeigentum errichtet wurden. Netanyahu unterstreicht mit seinem Schritt die Rechtsstaatlichkeit Israels.

Der Boykottaufruf der katholischen Organisation Pax Christi, der auch vom Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter unterstützt wird, versucht hingegen den Eindruck zu vermitteln, Israel sei ein Staat, der systematisch Völker- und Menschenrechte missachte. Deshalb wird ein „Kaufverzicht“ empfohlen, der, wie die Vize-Präsidentin von Pax Christi Rösch-Metzler auf Nachfrage bestätigt, generell auf „Waren mit der Ursprungsangabe ‚Israel‘“ zielt – de facto handelt es sich also um einen Boykott israelischer Produkte...

Kevin Zdiara ist stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Seit August 2012 ist Zdiara nicht mehr im Vorstand der DIG Erfurt.

■ **Thüringer Allgemeine Zeitung**

■ **Thüringische Landeszeitung**

■ **Ostthüringer Zeitung**

**Sehr geehrte Redaktion,**

auch in einem Kommentar müssen die Fakten stimmen, und es darf nicht einfach etwas behauptet werden, was nicht stattgefunden hat. Bitte bringen Sie deshalb folgende Gegendarstellung an geeigneter Stelle in Ihrer Printausgabe und in Ihrer Webausgabe.

Mit freundlichen Grüßen

Wiltrud Rösch-Metzler

**Gegendarstellung**

Zum Beitrag: Kevin Zdiara 04.06.12 / TLZ Contra: Kevin Zdiara hält den Boykott für moralisch fragwürdig

Dort heißt es:

"Deshalb wird ein "Kaufverzicht" empfohlen, der, wie die Vize-Präsidentin von Pax Christi Rösch-Metzler auf Nachfrage bestätigt, generell auf "Waren mit der Ursprungsangabe 'Israel'" zielt de facto handelt es sich also um einen Boykott israelischer Produkte."

---

*Richtig ist dagegen, dass ein Herr Kevin Zdiara mich nie angefragt hat und ich eine solche Aussage nicht gemacht habe.*

Daraufhin nahmen die Thüringer Zeitungen den Artikel wegen Falschbehauptung von Zdiara aus dem Netz.

■ **Thüringer Landeszeitung 7. Juni 2012**

<http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Nach-Streit-um-Warenboykott-Aufruf-Faire-Debatte-von-Noeten-1962319405>

**Nach Streit um Warenboykott-Aufruf: Faire Debatte von Nöten**

*Die Gemüter sind erhitzt in der Frage um eine Kennzeichnungspflicht von Produkten aus israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischen Gebiet, wie sie Pax Christi mit der Aktion "Besatzung schmeckt bitter" anregt. Viele lehnen diesen Vorstoß ab; manche mit heftigen Vorwürfen an die Adresse von Jena's Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD), der zu den Erstunterzeichnern gehörte.*

*Jena/Erfurt. Schröter ist weiterhin nicht bereit, seine Unterschrift zurückzuziehen. Er zeigt aber Gesprächsbereitschaft mit denen, die seine Haltung kritisch sehen. So will er sich mit Professor Reinhard Schramm treffen, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde. Und auch das Angebot von Martin Borowsky von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) in Thüringen zu einer fairen Debatte nimmt Schröter gerne an.*

*"Gegen den Boykottaufruf haben sich mittlerweile zahlreiche Einzelpersonen und Institutionen ausgesprochen, auch der DGB. Insoweit sind unsere Ziele weitgehend erreicht jetzt geht es um eine Überleitung in eine faire Debatte", heißt es in einem Schreiben Borowskys, das auch unserer Zeitung vorliegt.*

*Borowsky regt ein "baldmöglichstes Treffen" an, "um die Differenzen zu erörtern und eine nach Möglichkeit gemeinsame Erklärung zu erarbeiten, wobei die Frage der Siedlungspolitik nicht im Mittelpunkt stehen sollte, sondern vielmehr die gemeinsamen Anstrengungen gegen Rechts und für Israel", wie er schreibt. Sein Vorschlag ist auch, dass sich DIG-Vorstandsmitglieder rasch mit Albrecht Schröter treffen.*

*Borowsky nennt jüngste Reaktionen in Israel auf den "Pax Christi"-Aufruf "übertrieben". Das gelte etwa, "wenn vor einem Besuch Jena's gewarnt werden soll", macht er deutlich. Zu denen, die den "Pax Christi"-Boykottaufruf von Anfang an öffentlich nicht gut hießen, gehört Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow (wir berichteten). Ramelow sieht aber auch einen Teil der Reaktionen auf Schröters Unterschrift kritisch und hat dies mit Blick auf DIG und Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum deutlich gemacht. Als "nicht mehr sachgerecht" hatte Ramelow auch den Hinweis von Pfarrer Ricklef Münnich wahrgenommen, der auf die Reaktion der Jenaer NPD auf Schröters Boykott-Aufruf hingewiesen hatte. "Nähe aber findet Dr. Schröter nun bei der NPD", hatte Münnich in einer Mail erklärt. Im Gespräch mit unserer Zeitung betonte Münnich am Mittwoch, dass der Aufruf von "Pax Christi", Waren zu kennzeichnen und solange das nicht geschieht nichts mehr aus Israel zu kaufen, "absolut nicht zu rechtfertigen und zu vertreten" sei. "Wenn jetzt von Herrn Ramelow und anderen unsere Hinweise darauf verantwortlich gemacht werden" für Verbalattacken gegen Schröter etwa im Netz, verkehre dies Ursache und Wirkung. Er bedauere die heftigen Angriffe. Er selbst habe aber "nicht mit der NPD argumentiert, sondern nur darauf hingewiesen, dass die NPD sich freut".*

■ **Jenaer Gemeinsame Erklärung**

Nach einem Treffen des Jenaer Oberbürgermeisters mit Vertretern der DIG Erfurt und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen am 10. Juni 2012 wurde folgende Erklärung veröffentlicht:

*Am 10.6. fand im Zusammenhang mit der Debatte, die durch den Aufruf von pax christi vom 22.5. d.J. ausgelöst worden war, ein offenes und konstruktives Gespräch zwischen Martin Borowsky (Vorsitzender der Deutsch-*

Israelischen Gesellschaft in Erfurt - DIG), Reinhard Schramm (stellv. Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen), Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag) und Albrecht Schröter (Oberbürgermeister in Jena) statt. Dabei erklärte Schröter: „Es war und bleibt mein Anliegen, auf eine Kennzeichnung von Produkten aus besetzten Gebiete hinzuwirken, damit der Verbraucher frei entscheiden kann, ob er kaufen möchte oder nicht. Einen generellen Boykott israelischer Waren halte ich nicht für richtig. Ich werde meine Unterschrift des Aufrufs mit dieser Klarstellung versehen.“

Martin Borowsky machte deutlich, dass die DIG den Aufruf von pax christi ablehnt. Gleichzeitig bedauerte er im Namen der DIG, dass die Sachfragen überlagert worden seien von persönlichen Diffamierungen und Angriffen auf die Person des Oberbürgermeisters Schröter. Die DIG distanzieren sich davon in aller Form und sei der Auffassung, dass die Gemeinsamkeiten zwischen ihr und Albrecht Schröter stärker als bisher in den Vordergrund gestellt werden sollten.

Gemeinsam sind die Gesprächspartner davon überzeugt, dass nur die Einhaltung von Völker- und Menschenrechten den von allen ersehnten Frieden im Nahen Osten sichern wird. Deshalb stehen Gewalt - wie der Beschluss israelischer Siedlungen – als auch der Verstoß gegen internationales Recht - wie die Errichtung illegaler Siedlungen - dem Frieden und einer Zwei-Staaten-Lösung entgegen. „Nur der Verzicht auf Gewalt und die wechselseitige Anerkennung des Existenzrechtes eines jüdischen und eines palästinensischen Staates können Grundlage eines gerechten Friedens sein“, betonte Martin Borowsky. „Das Glück des einen Volkes hängt vom Glück des anderen ab. Es kann den Palästinensern nicht gut gehen, wenn es Israel nicht gut geht und es kann Israel nicht gut gehen, wenn es den Palästinensern nicht gut geht“, fügte Albrecht Schröter hinzu.

Reinhard Schramm war es ein besonderes Anliegen, dass es zwischen der Jüdischen Landesgemeinde, der DIG und der Stadt Jena weitere Aktivitäten gibt, die das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden sowie das gute Verhältnis zu Israel, aber auch zu den Palästinensern stärken. Dazu zählen der kompromisslose Einsatz gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, die Intensivierung von Kontakten zu Nachfahren jüdischer Emigranten, Suche einer israelischen Partnerstadt für Jena. Eine besondere Rolle sollten künftig gemeinsame Diskussionsforen spielen.

Martin Borowsky

Bodo Ramelow Reinhard Schramm

Albrecht Schröter

#### ■ Thüringer Landeszeitung

<http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Offenes-Gespraech-nach-Streit-um-Pax-Christi-Aufruf-1627586390>

#### **Offenes Gespräch nach Streit um Pax-Christi-Aufruf**

Der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) will weiter auf eine Kennzeichnung von Produkten aus besetzten Gebiete hinwirken, "damit der Verbraucher frei entscheiden kann, ob er kaufen möchte oder nicht. Einen generellen Boykott israelischer Waren halte ich nicht für richtig." Archiv-Foto: Lutz Prager  
Der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) will weiter auf eine Kennzeichnung von Produkten aus besetzten Gebiete hinwirken, "damit der Verbraucher frei entscheiden kann, ob er kaufen möchte oder nicht. Einen generellen Boykott israelischer Waren halte ich nicht für richtig." Archiv-Foto: Lutz Prager

Ein "offenes und konstruktives Gespräch" fand jetzt zwischen Martin Borowsky, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Erfurt (DIG), Reinhard Schramm, dem Vize-Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, Bodo Ramelow, Linke-Fraktionsvorsitzender, und Jenas OB Albrecht Schröter (SPD) statt. Auslöser für die Begegnung war die Debatte, die durch den Aufruf von "Pax Christi" ausgelöst worden war.

Erfurt/Jena. Jenas OB Schröter will weiter auf eine Kennzeichnung von Produkten aus besetzten Gebiete hinwirken, "damit der Verbraucher frei entscheiden kann, ob er kaufen möchte oder nicht. Einen generellen Boykott

---

israelischer Waren halte ich nicht für richtig. Ich werde meine Unterschrift des Aufrufs mit dieser Klarstellung versehen."

Borowsky machte beim Gespräch am Sonntag deutlich, dass die DIG den Aufruf von "Pax Christi" ablehnt. Gleichzeitig bedauerte er im Namen der DIG, dass die Sachfragen überlagert worden seien von persönlichen Diffamierungen und Angriffen auf die Person Schröter. Die DIG distanzieren sich davon in aller Form, so Borowsky. Er vertritt die Auffassung, dass die Gemeinsamkeiten zwischen der DIG und Albrecht Schröter stärker als bisher in den Vordergrund gestellt werden sollten.

Gemeinsam sind die Gesprächspartner davon überzeugt, dass nur die Einhaltung von Völker- und Menschenrechten den von allen ersehnten Frieden im Nahen Osten sichern wird. Deshalb stehen Gewalt wie der Beschuss israelischer Siedlungen als auch der Verstoß gegen internationales Recht wie die Errichtung illegaler Siedlungen dem Frieden und einer Zwei-Staaten-Lösung entgegen. "Nur der Verzicht auf Gewalt und die wechselseitige Anerkennung des Existenzrechtes eines jüdischen und eines palästinensischen Staates können Grundlage eines gerechten Friedens sein", betonte Borowsky. "Das Glück des einen Volkes hängt vom Glück des anderen ab. Es kann den Palästinensern nicht gut gehen, wenn es Israel nicht gut geht und es kann Israel nicht gut gehen, wenn es den Palästinensern nicht gut geht", fügte Schröter hinzu.

Reinhard Schramm war es ein besonderes Anliegen, dass es zwischen der Jüdischen Landesgemeinde, der DIG und der Stadt Jena weitere Aktivitäten gibt, die das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden sowie das gute Verhältnis zu Israel, aber auch zu den Palästinensern stärken. Dazu zählen der kompromisslose Einsatz gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, die Intensivierung von Kontakten zu Nachfahren jüdischer Emigranten, Suche einer israelischen Partnerstadt für Jena. Eine besondere Rolle sollten künftig gemeinsame Diskussionsforen spielen.

[http://www.bodo-ramelow.de/nc/politik/texte/detail\\_texte/zurueck/texte/artikel/dekonstruktion-einer-kampagne-wie-feinde-israels-erfunden-werden-1/](http://www.bodo-ramelow.de/nc/politik/texte/detail_texte/zurueck/texte/artikel/dekonstruktion-einer-kampagne-wie-feinde-israels-erfunden-werden-1/)

#### ■ 28. JUNI 2012 Hermann Christian Mohro

##### **Dekonstruktion einer Kampagne: Wie „Feinde Israels“ erfunden werden**

Die „Nahostkommission“ der katholischen Organisation „Pax Christi“ initiiert im Mai 2012 eine Aktion „Besatzung schmeckt bitter“. Man wolle „Verbraucher/innen darauf aufmerksam machen, dass Obst und Gemüse mit der Ursprungsangabe „Israel“ vielfach aus völkerrechtswidrigen Siedlungen stammt“, heißt es dazu auf der Homepage der Organisation. Weiter wird erläutert: „Verzichten Sie – bis die Kennzeichnungspflicht erfüllt ist – auf Lebensmittel, die die unklare Ursprungsangabe „Israel“ tragen, wenn es sich dabei um Siedlungsprodukte handeln könnte. Kaufen Sie nur Produkte, von denen Sie sicher wissen, dass sie aus Israel stammen.“ (1)

In einer späteren Pressemitteilung, als Reaktion auf Kritik, wird eine weitere Begründung angeführt: „Völkerrechtswidrige Siedlungen, in denen gewinnbringend investiert und produziert wird, sind aus Sicht von pax christi ein Hindernis für einen gerechten Frieden.“ (2)

„Pax Christi“ ist nach eigenen Angaben „als katholische Friedensbewegung regional, überregional und international tätig“. Weltweit seien „über 60.000 Frauen und Männer Mitglieder von pax christi“, in Deutschland habe die Bewegung Mitte 2006 über 4.500 Mitglieder gezählt. Die Arbeit von Gruppen und Einzelmitglieder, die sich eigene Schwerpunkte wählen, werde „in allen Bistümern Deutschlands durch pax christi-Bistumsstellen unterstützt“. (3) Die Organisation beteiligt sich am Ökumenischen Friedensdienst des Weltkirchenrats in Palästina und Israel (EAPPI). (4)

Den Aufruf „Besatzung schmeckt bitter“ unterzeichnet auch der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albecht Schröter. Der Aufruf ist wegen seiner Fehlinterpretierbarkeit und seiner Undifferenziertheit sehr umstritten und fand in Thüringen keine weiteren Unterzeichner.

Am 30.5.2012 veröffentlicht der Journalist Benjamin Weinthal in der englischsprachigen israelischen Zeitung „Jerusalem Post“ einen Artikel mit heftiger Kritik an Schröter, in welchem es heißt: „Führende deutsche Nichtregierungsorganisationen klagten den Sozialdemokratischen Bürgermeister von Jena im Bundesland Thüringen, Albrecht Schröter, wegen der Unterstützung des Boykotts israelischer Produkte an, der so aggressiv ist, dass er die Nazi-Kampagne „Kauf nicht bei Juden“ wiederholt und zur Delegitimierung des jüdischen Staates beiträgt“. (5) Der Titel von Weinthals Artikel lautet „Nichtregierungsorganisationen: Israel-Boykott des deutschen Bürgermeisters ist antisemitisch“. (6)

Weinthal wird auf der Homepage der Zeitung als Europa-Korrespondent der Jerusalem Post vorgestellt, der in Berlin lebt. (7) Verschwiegen wird in seinem Artikel: es handelt sich nicht um einen Boykottaufruf, sondern um das Plädoyer zum Kaufverzicht bei Waren, die aus völkerrechtswidrigen Siedlungen stammen.

Am 3.6. folgt ein Online-Artikel Weinthals auf der Homepage der „Jerusalem Post“: Kevin Zdiara (der bereits im Artikel vom 30.5. als jemand vorgestellt wird, der sich bezüglich Schröter per E-Mail der „Jerusalem Post“ mitteilte), stellvertretender Vorsitzender der deutsch-israelischen Gesellschaft (DIG) in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt, habe den Boykottaufruf mit dem Slogan der Nazizeit „Kauft nicht bei Juden“ gleichgesetzt. (8)

Zitiert wird von Weinthal in diesem Beitrag auch Vera Lengsfeld. Die hatte sich am 1.6.2012 auf der Homepage des Blogs „Achse des Guten“ zum Thema geäußert. Ihr Hauptvorwurf an Schröter: „Immer mehr deutsche Lokalpolitiker fühlen sich berufen, sich zu Israel zu positionieren. Auch Jenas wieder gewählter Oberbürgermeister Schröter fühlt sich mit den Problemen der Stadt, etwa die Waffenlieferungen aus Jena an die NSU, nicht ausgelastet. Deshalb hat er sich eine Nebentätigkeit als Israel-Kritiker zugelegt.“ (9) Selbst Lengsfelds völlig irrer Vorwurf der „Waffenlieferungen aus Jena“ an die Neonazi-Terrorgruppe NSU wird von Weinthal übernommen und sogar noch zugespitzt: der Bürgermeister habe versagt, die Ressourcen der Stadt gebündelt einzusetzen, um Waffenlieferungen an eine Neonazi-Terrorgruppe zu verhindern. (10) Obwohl diese Behauptungen an sich schon absurd sind, wird noch dazu von Lengsfeld wie Weinthal verschwiegen, dass die späteren NSU-Terroristen schon längst untergetaucht waren und in Sachsen lebten, als sie sich für ihre Verbrechen bewaffneten.

In einem weiteren Artikel in der „Jerusalem Post“ schreibt Weinthal am 5.6., Schröter habe einen Aufruf der „linksradikalen Nichtregierungsorganisation Pax Christi“ unterzeichnet. (11) In einem Beitrag mit ganz ähnlichem Inhalt, kurz darauf in der deutschsprachigen „Jüdischen Allgemeinen“ veröffentlicht, wagt es Weinthal nicht, seinen hiesigen Lesern diese unzutreffende Kategorisierung unterzujubeln. Hier ist wertungsfrei von „der katholischen Friedensbewegung Pax Christi“ die Rede. (12)

Weinthal, 1968 geboren (13), hat an der New York University und der University of Cambridge (England) graduiert. (14) Er war 2006/2007 Teilnehmer des 8. Jahrgangs der Europäischen Journalisten-Fellowships der Freien Universität Berlin. Dort hat er das Projekt „Linker Antisemitismus: Versuch einer Analyse“ bearbeitet. (15) Er schreibt nicht nur für die „Jerusalem Post“, sondern u.a. auch für den „Tagesspiegel“, „The Weekly Standard“ (Washington), „Foreign Policy“ und weitere Zeitungen und Zeitschriften.

Offenbar ist Weinthal nicht nur journalistisch tätig. So wird er von der in Washington ansässigen „Foundation for Defense of Democracies“ als Wissenschaftlicher Mitarbeiter geführt. (16) Die Stiftung wurde nach eigenen Angaben nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegründet. Zu ihrem derzeitigen „Beratenden Ausschuss“ gehören u.a. der langjährige CIA-Mitarbeitende (stellvertretender Direktor) und Geheimdienstchef des

---

US-Bundesbehörde Homeland-Security, Charles E. Allen, zwei frühere hochrangige FBI-Mitarbeiter, darunter ein stellvertretender Direktor, sowie ein Viersternegeneral und ehemaliger Kommandeur des US Marine Corps.(17)

Zum Führungsgremium „Leadership Council“ der Stiftung zählen u.a. der frühere CIA-Direktor James Woolsey, der frühere FBI-Direktor Louis J. Freeh sowie Robert McFarlane, Sicherheitsberater von Präsident Ronald Reagan und einer der Hauptprotagonisten der „Iran-Contra-Affäre“.(18) Bei manchen seiner Artikel (u.a. in „The Weekly Standard“) wird Weinthal als Mitarbeiter dieser „Foundation for Defense of Democracies“ präsentiert.(19)

Ein Kronzeuge gegen Schröter in den vier genannten Artikeln Weinthals ist Kevin Zdiara. Der hatte schon am 27.5. auf der Homepage „Achse des Guten“ gegen Schröter wegen dessen Unterstützung für den „Pax Christi“-Aufruf heftig polemisiert. Hier dürfte auch der Beginn der gegen Schröter gerichteten Kampagne liegen.

Doch Zdiara, Graduiertenstudent an der Universität Erfurt (20), arbeitet sich schon seit längerem in einer obsessiv anmutenden Form an Schröter ab. Als der Jenaer Oberbürgermeister im November 2011 etwa mit dem „Preis für Zivilcourage“ des Förderkreises des Holocaust-Denkmal in Berlin und der dortigen Jüdischen Gemeinde ausgezeichnet wird, kommentiert Zdiara am 19.11.2011 auf der Homepage der „Achse des Guten“ hämisch, der gegen Neonazis gerichtete „Aktionsismus Schröters“ fiele zumindest noch unter eine sehr weite Definition des Preises“.(21)

Die „Thüringische Landeszeitung“ berichtet am 6.6.2012 über anonyme Schmähungen und offene Drohungen gegen Schröter. Zudem werde „Schröter weiterhin von der Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Thüringen (...) aufgefordert, seine Unterschrift beim Pax-Christi-Aufruf zurückzuziehen. Dies geschieht auch mit dem Hinweis, dass die Jenaer NPD „mit einem Schmunzeln“ Schröters Appell zur Kenntnis genommen hat.“ (22) In dem Bericht wird auch Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zitiert, den diese Art der Kritik an Schröter empöre: „Das ist nicht mehr sachgerecht“, so der Politiker.

Ramelow erreicht auf seinem Dienstrechner eine E-Mail eines Absenders, der sich Benjamin Weinthal nennt und vorgibt, Journalist der „Jerusalem Post“ zu sein. Ramelow teilt ihm am 8.6.2012 mit: „Mich trennt zu Albrecht Schröder lediglich der Aufruf von Pax Christi, denn in seiner Undifferenziertheit und in seiner Pauschalität finde ich den Aufruf falsch und nicht zielführend. Über diesen Aufruf ist zu diskutieren und die freie Meinungsäußerung gebietet es, auch und gerade sachlich dies zu tun. Nun aber Herr Schröder zum Antisemiten zu stempeln, ihn und seine Familie anzugreifen und das Klima durch solche Debatten zu verlassen, ist genauso falsch wie der Pax Christi Aufruf.“ Damit ist auch Ramelow, ohne es zu wissen, endgültig ins Visier von Strippenziehern und deren Handlangern geraten, denen es um alles andere geht als um eine sachliche Diskussion des Aufrufs und eine differenzierte Sicht auf Schröter.

Es kommt auf Bitten des Vorsitzenden der DIG Erfurt zu einem Treffen, bei dem eine „Gemeinsame Erklärung“ formuliert wird: „Am 10.6. fand im Zusammenhang mit der Debatte, die durch den Aufruf von pax christi vom 22.5. d.J. ausgelöst worden war, ein offenes und konstruktives Gespräch zwischen Martin Borowsky (Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Erfurt - DIG), Reinhard Schramm (stellv. Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen), Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag) und Albrecht Schröder (Oberbürgermeister in Jena) statt. (...) Gemeinsam sind die Gesprächspartner davon überzeugt, dass nur die Einhaltung von Völker- und Menschenrechten den von allen ersehnten Frieden im Nahen Osten sichern wird. Deshalb stehen Gewalt – wie der Beschuss israelischer Siedlungen – als auch der Verstoß gegen internationales Recht – wie die Errichtung illegaler Siedlungen – dem Frieden und einer Zwei-Staaten-Lösung entgegen.“ (23) Ein „konstruktives Gespräch“ und als dessen Ergebnis Gemeinsamkeiten mit Schröter und nicht dessen Stigmatisierung als „Antisemit“ – bei den Strippenziehern und ihren Handlangern müssen die Alarmglocken geläutet haben.

Der Gegenschlag folgt. Henryk M. Broder, einer der Besitzer der Homepage „Achse des Guten“ (bei der man nicht selten die „Achse des guten Geschmacks“ sehr weiträumig umschiffte), wird dort am 15.6.2012 höchstselbst publizistisch tätig. Die „Gemeinsame Erklärung“ und ihre vier Unterzeichner werden von Broder recht ungnädig abgeputzt: „Nun haben ausgerechnet der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Erfurt - DIG, Martin Borowsky, und der stellvertretende Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, Reinhard Schramm, eine „gemeinsame Erklärung“ zugunsten des Jenaer OB Martin Schröter abgegeben und ihm persilscheinmäßig bescheinigt, kein Antisemit zu sein. Das ist er in der Tat nicht, weil er viel zu jung ist, um jemals in der NSDAP, der Waffen-SS oder irgendeinem anderen sozialen Netzwerk im 3. Reich mitgemacht haben. Er ist nur ein deppoter Sozialdemokrat, der einen Beitrag zur Lösung der Palästinafrage leisten möchte, obwohl er es bis jetzt nicht einmal geschafft hat, die Neonazi-Frage vor seiner eigenen Haustür zu lösen.“ (24) Doch Broder behauptet zudem noch: „Diese „gemeinsame Erklärung“ wurde von Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der SED/PDS/Linkspartei im Thüringer Landtag eingefädelt. Auch Ramelow ist kein Antisemit, er hat sogar „Freunde“ in Israel, auf die er sich gerne beruft, er ist nicht einmal ein Ossi, aber er hat die Ossi-Nummer voll drauf.“ Laut Angabe auf der Homepage ist Broders Text 11.35 Uhr veröffentlicht worden. Das ist nicht ganz unwichtig.

Ramelow erhält kurz darauf eine E-Mail von dem Absender, der sich ihm gegenüber Benjamin Weinthal nennt und dessen Mail-Adresse zur „Jerusalem Post“ gehören soll. Der macht Ramelow auf Broders Vorwürfe aufmerksam und nach fragt nach seiner Meinung zu Broders Text. Ramelow antwortet diesem Phantom-Weinthal per Mail.

Am späten Abend des 15.6. folgt ein weiterer Artikel Broders, laut Zeitangabe auf der Homepage der vorgebliehen „Achse des Guten“ 23.32 Uhr veröffentlicht. Er trägt den Titel „Eine ganz übele Methode!“

Broder leitet ein, Ramelow habe „den arroganten, rechthaberischen und weinerlichen Ossi-Ton (...) schon gut drauf“, denn als Reaktion auf seinen, Broders, Text von 11.35 Uhr habe Ramelow einem Journalisten etwas mitgeteilt.(25) Dann wird in Broders Artikel Ramelows Mail an denjenigen, der sich ihm gegenüber als Journalist Weinthal ausgegeben hatte, im Volltext abgedruckt:

„= Mehr als seltsam!

Es geht wohl die Phantasie mit Herrn Broder durch, denn die Darstellungen der Abläufe sind einfach falsch! Weder habe ich das Gespräch eingefädelt, noch ist der Text von mir! Aber es wundert mich nicht wie hier Ehrverletzend und Unlauter vorgegangen wird! Herr Broder merkt nicht einmal das alle (also auch ich) den Pax Christi Aufruf falsch finden und ablehnen und Herr Schröter eine sehr einschränkende Bewertung mit dem Gespräch vorgenommen hat, die jetzt auch von Pax Christi so verbreitet werden muss. Auch habe ich die Sätze zum Gesprächsklima überhaupt nicht formuliert(wie ich auch den Rest nicht formuliert habe)...so will man jedenfalls behaupten wer Feinde von Israel seien oder als Feinde selbst definieren um sie dann besser zu bekämpfen! Ich finde das eine übele Methode! Wer gibt Herrn Broder das Recht über meine Freunde in Israel sich so zu äußern? Warum ist Herr Schröter jetzt ein Antisemit und ich ein Antizionist? Ist Herr Broder der Geschmacksbestimmer oder der Oberzensor? Warum stellt er sich über Herrn Prof Schramm? Bei der Vita der Familie Schramm ist das schon sehr mies! Bodo Ramelow =“

Der Mail-Schreiber, der als Benjamin Weinthal und Journalist der „Jerusalem Post“ bei Ramelow anfragte, hat also die Antworten, zu denen er Ramelow überhaupt erst animiert hat, an einen Dritten weitergeleitet, noch dazu an denjenigen, um den es geht – nämlich an Broder. Oder wie ist Broder sonst innerhalb kurzer Zeit an die Antworten gekommen? Nutzt er selbst den Namen Benjamin Weinthal und eine Mail-Adresse der „Jerusalem Post“? Broder veröffentlicht nämlich in seinem Beitrag eine weitere Mail von Ramelow an denjenigen, der sich als Weinthal vorgestellt hat, im Volltext. Darin heißt es u.a.: „= Sehr geehrter Herr XYZ, Ich bitte Sie diesen Kon-

---

takt zu löschen und nicht mehr zu benutzen! Wenn Sie Fragen an mich haben bitte ich Sie meine Dienstadresse zu benutzen, bzw. kontaktieren Sie meine Pressestelle!“ (26)

Anonymisiert hat Broder lediglich den Namen des Journalisten („XYZ“), der bei Ramelow angefragt hatte. Der nannte sich Ramelow gegenüber „Weinthal“. Auch die Mail eines Mitglieds der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Erfurt an einen Journalisten, in der es heißt, mit „Herrn Ramelow und Herrn Schröter sind wir als DIG seit vielen Jahren im Kampf gegen den Rechtsextremismus verbunden“, veröffentlicht Broder in seinem Beitrag am 15.6., kurz vor Mitternacht. Adressat der Mail war wiederum ein Benjamin Weinthal. Dieser unseriöse „Journalist“, dem Berufsethik und Vertrauensschutz offenbar nichts gelten, gibt, ohne bei den Verfassern um Erlaubnis zu fragen, komplette E-Mails mit vertraulichem Inhalt sozusagen im Akkord an Dritte weiter!

Daraufhin schreibt am 17.6. bei Twitter ein Nutzer namens „Kevin“ mit dem Account @kzdiara „Ich bepiss’ mich, Broder vs Ramelow“ und verlinkt auf den Artikel „Eine ganz übele Methode!“ auf der Homepage der un-guten „Achse des Guten“. Retweetet wird das u.a. von einem Twitter-Nutzer namens Benjamin Weinthal (Twitter-Account @BenWeinthal).

Am gleichen Tag hat auch Zdiara wieder einmal einen eigenen Beitrag bei der „Achse des Guten“ (bei der es sich eher um eine „Axt des alles andere als Guten“ handelt) untergebracht. Dort formuliert er zunächst sachlich: „Am 10. Juni verabschiedeten Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag), Reinhard Schramm (stellvertretender Vorsitzender der jüdischen Landesgemeinde in Thüringen), Martin Borowsky (Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Erfurt) und Albrecht Schröter eine gemeinsame Erklärung.“ Weiter heißt es in Zdiaras Text: „Im Mai 2012 unterzeichnete Schröter einen Boykottaufruf von Pax Christi, der u.a. vom Autor dieses Textes kritisiert wurde. Diese Kritik wurde von der Jerusalem Post, der Jüdischen Allgemeinen und anderen Medien aufgegriffen.“ Ungesagt bleibt: Autor der Beiträge zu diesem Thema für „Jerusalem Post“ und „Jüdische Allgemeine“ war jeweils Benjamin Weinthal, für die „Jerusalem Post“ darüber hinaus in einem Fall Zdiara selbst. Doch der Student will auf etwas anderes hinaus: „Schröter sah sich durch einen Artikel in der Jerusalem Post vom 30. Mai als „Antisemit verunglimpft“, wie er in einer Stellungnahme schrieb. Doch eine genaue Lektüre des Artikels zeigt, dass weder der Journalist Schröter als solchen bezeichnet noch einer der im Artikel zitierten Schröter-Kritiker.“ (27) Dann wäre allerdings Weinthals reißerische Artikelüberschrift „Nichtregierungsorganisationen: Israel-Boykott des deutschen Bürgermeisters ist antisemitisch“ (28) ein ganz falsches Etikett?

Besonders perfide: Zdiara selbst hat am 9.6. auf dem englischsprachigen israelischen Internetportal „ynetnews“ behauptet, jemand wie Schröter „versinnbildlicht den „neuen“ Antisemitismus in Deutschland“. Dieser Antisemitismus komme „mit einem Lächeln und behaupte, sich nur für „Menschenrechte“ einzusetzen“. (29) Das hindert Zdiara nicht, Schröter in einem am 14.6.2012 veröffentlichten Interview mit der Zeitschrift „jungle world“ vorzuwerfen: „Er stellt sich als Opfer einer Kampagne dar, die ihn als Antisemiten stigmatisieren wolle.“ (30)

Warum also dieser erneute unfaire Angriff auf Schröter? Zdiara wird sehr deutlich: „Albrecht Schröter hat sich um den Kampf gegen Rechts verdient gemacht. Das ist aber hinsichtlich des Verhältnisses zum jüdischen Staat nicht von Belang.“ (31) Es geht um das Verhältnis zum Staat, nicht um das Verhältnis zu Juden – diese Aussage Zdiaras ist wichtig, um den Kern der Kampagne zu verstehen!

Auch Henryk M. Broder veröffentlicht am 17.6. einen Beitrag. Der ist wieder gegen Ramelow gerichtet und besteht nur noch aus persönlicher Herabwürdigung. Ramelow, über Broders Schmähungen („mit der Rechtschreibung und der Zeichensetzung hapert es noch ein wenig“, „So also äußert sich die deutsche Bildungskatastrophe. Aber für den Fraktionsvorsitz der SED/PDS/Linkspartei im Landtag von Thüringen reicht es allemal. Wer dort einen Blutwurz von einer Lutherrose unterscheiden kann, gilt schon als Intellektueller.“) empört, hat als Reaktion auf den „Mitternachtstext“ vom 15.6. getwittert: „Henryk M. Broder heißt bei mir ab sofort ‘Sudelbroder!’

*Ich bin bekennender Legastheniker und er ein Hetzer!” Broder macht daraus Antisemitismus: „Von einem polnischen Juden lässt er sich schon gar nicht vorführen. Da wachen seine besten Reflexe auf: Sudelbroder, Hetzer. Hieß das früher nicht Volksschädling?“ Broder endet gewohnt krawallig und droht: „Und nun zurück nach Osterholz-Scharmbeck, zu Grünkohl und Roter Grütze, Du Ladenschwengel aus dem Geschlecht Fresenius, bevor ich mich vergesse!“ (32) Nun ist die Zuschreibung „Sudel-Broder“ aber von „Sudel-Ede“ (33) abgeleitet, dem Schmähenamen des berühmten SED-Fernsehpropagandisten Karl-Eduard von Schnitzler. Das hat Broder, der sonst eigenem Bekunden nach in der „Gemeinsamen Erklärung“ einen Text erschnüffelt, der „wie ein Kommuniqué des Politbüros der KPdSU zur Zeit von Leonid Breschnew“ (34) klinge, nicht einmal bemerkt! Oder wollte es nicht bemerken, denn das passt ja einfach nicht in seine Kampagne. Ironischer Farbtupfer in einer ansonsten höchst unappetitlichen Angelegenheit.*

*Die Kampagne ist jedenfalls umgeschwenkt, Hauptziel ist nun nicht mehr Schröter, sondern Ramelow.*

*Broder wettet schon am 18.6. nochmals gegen „die üblichen losen Assoziationen von Gutmenschen“. Der von ihm ausgemachte Hauptfeind steht jetzt ganz vorn: „Zuletzt haben Bodo Ramelow (SED), Martin Borowsky (Deutsch-Israelische Gesellschaft), Reinhard Schramm (Jüdische Landesgemeinde Thüringen) und Albrecht Schröter (OB von Jena) eine „gemeinsame Erklärung“ abgegeben, die sich liest wie ein Kommuniqué des Politbüros der KPdSU zur Zeit von Leonid Breschnew. Hinter den Kulissen ist aber die wilde Wutz los.“ Den Beweis bleibt Broder allerdings schuldig, denn diese „wilde Wutz“ gibt es eben nicht, trotz aller Bemühungen von Zdiara, trotz aller Kettenmails von Pseudo-Weinthal, der reihum Statements einsammelt und weiterverteilt, um sie wiederum kommentieren und von Broder veröffentlichen zu lassen, trotz aller Bemühungen von Broder, mit immer neuen Schmähungen und der Veröffentlichung fremder E-Mails zu provozieren. Auch diesmal wird von Broder eine Mail abgedruckt, die ein Journalist erhalten hat (wahrscheinlich Weinthal), sie kommt aus der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens.(35)*

*Was auffällt: Anscheinend ähnelt das Vorgehen gegen Schröter und Ramelow nicht zufällig den Kampagnen gegen den renommierten Historiker Wolfgang Benz, langjähriger Leiter des „Zentrums für Antisemitismusforschung“ der TU Berlin, und gegen Hilde Scheidt (Bündnis 90/Die Grünen), Bürgermeisterin von Aachen. Hinsichtlich des Vorgehens gegen Benz hat die Journalistin Sabine Pamperrien in ihrem lesenswerten Beitrag „Anatomie einer Kampagne“, die das Vorgehen detailliert nachzeichnet, betont: „Der Fall Benz ist entscheidend für die Diskussion um die Zukunft des Journalismus.“ (36)*

*Scheidt wiederum hatte als Mitglied der Deutsch-israelischen Gesellschaft Aachen dagegen protestiert, dass die ihren Ehrenpreis ausgerechnet an Broder vergibt und sich so dessen Wut zugezogen.(37) Broder habe sich durch „üble Hetze“ gegenüber Israel-Kritikern hervorgetan, hatte Scheidt seinerzeit betont.(38)In beiden Fällen waren teils die gleichen Protagonisten tätig, bei Benz wie bei Scheidt traten Broder und Weinthal auf (die Ehrenpreis-Laudatorin in Aachen gab Vera Lengsfeld, die dort Broders Intoleranz besonders hervorhob (39)).*

*Broder hat eine Parallelität in einem Beitrag am 15.6. sogar indirekt bestätigt: „Bleibt nur noch ein Problem: Jena sucht eine Partnerstadt in Israel, um sich von dem Ruf, eine Hochburg der Neonazi-Szene zu sein, zu rehabilitieren. Falls daraus nix wird, weil sich der schlechte Ruf der Stadt sogar bis nach Israel rumgesprochen hat, empfehlen wir eine diesbezügliche Anfrage in Aachen. Dort hat man das gleiche Problem und eine sehr kooperationsbereite grüne Bürgermeisterin.“ (40)*

*Der Journalist Alan Posener hat Broder und Weinthal zudem als „Strippenzieher der Kampagne gegen den Expertenkreis“ (41) bezeichnet – gemeint ist der „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ des Deutschen Bundestages. Auch hier haben sich beide offenbar entsprechend aufgeführt, folgt man Poseners Einschätzung: „Wer sich ihrem Ansinnen widersetzt, hat mit Diffamierung zu rechnen.“ Posener weiter: „Jedoch haben sie*

---

nicht das Recht, sich als unabhängige Journalisten (im Falle Weinthals) (...) oder unabhängige beleidigte Leberwüste (im Falle Broders) auszugeben. Sie sind Partei, und sie sollten das offen bekennen.“

Dem ist nur noch eines hinzuzufügen, die Erbärmlichkeit, die diese Kampagne kennzeichnet: Die von den Strippenziehern selbst angezettelte und mit dubiosen Mitteln weiter befeuerte Kampagne wird (vor allem in ausländischen Zeitungen) zu einer „bundesweiten Kontroverse“ (42) hochstilisiert, Äußerungen ihres Handlangers Zdiara werden zur Reaktion „führender deutscher Nichtregierungsorganisationen“ aufgeblasen.

Und warum nun die Kampagnen ausgerechnet gegen Schröter und gegen Ramelow? Es bleibt vor allem ein schlimmer Verdacht: anscheinend machen Strippenzieher wie Handlanger – Broder, Phantom-Weinthal und Zdiara – wegen des Engagements der zwei Politiker gegen Neonazis und für das Erinnern an die im Holocaust ermordeten europäischen Juden gegen beide mobil.

Zdiara hat mehrfach klar gemacht, nur Hohn für derlei Engagement übrig zu haben. Als Angela Merkel israelische Siedlungspläne in Gilo in Ostjerusalem kritisiert, kommentiert Zdiara am 2.10.2011 auf der Homepage der grenzwertigen „Achse des Guten“: „Was für eine Infamie! Kein Aufschrei von Hobby-Historikern, die jedes Jahr den Opfer des deutschen Judenmords gedenken, goldene Pflastersteine in den Gehweg einlassen, Straßen nach deutschen Juden umbenennen und längst vergangene und ermordete jüdische Kultur feiern. Alle routinierten Antifaschisten lässt es kalt, dass eine deutsche Bundeskanzlerin es wagt, vom jüdischen Staat ein Wohn- und Bauverbot für Juden in der israelischen Hauptstadt zu fordern.“ (43) Nun ist die Hauptstadtfrage international heftig umstritten. Tel Aviv ist aus diesem Grund Botschaftssitz. Aber was stören solche Nebensächlichkeiten, wenn man sprachlich Ostjerusalem gleich mit zum israelischen Staatsgebiet erklärt.\*

Noch perfider hat Zdiara Schröter angegriffen, nachdem der mit dem Toleranzpreis ausgezeichnet worden ist. In Zdiaras Text, natürlich ebenfalls auf der Homepage der „Achse des Guten“ veröffentlicht, heißt es: „Parteien des „konservativen Spektrums“ hätten über Jahre Rechtsextremismus nicht ernst genommen, so Schröter im Deutschlandradio, sie hätten diesen sogar verharmlost. Das ist harter Tobak, erklärt sich wohl aber vor allem anderem aus Schröters Vorstellung, wie der Kampf gegen Rechts zu laufen hat. Denn der Jenaer Oberbürgermeister setzt sich zwar für Meinungsfreiheit ein, aber nicht für alle. Die widerliche Nazibrut hat, selbst wenn es gerichtlich erlaubt ist, für ihn nicht das Recht, sich öffentlich zu äußern.“ (44) Dieser Text erscheint am 19.11.2011, die Zeitungen sind gerade voll mit Berichten über die Neonazi-Terrorgruppe NSU und das Versagen der Sicherheitsbehörden!

Dieser Zdiara, der seine Magisterarbeit ausgerechnet über „Pluralismus, Intersubjektivität und Toleranz“ angefertigt hat und der angesichts des Toleranzpreises für Schröter das Recht von Neonazis auf Meinungsfreiheit betont, denunziert nur zwei Monate später, am 26.1.2012, wieder auf der „Achse des Guten“, Menschen, die ihre Meinung äußern wollen und wahrlich keine Nazis sind: „In Berlin versammeln sich Menschen, die Israel aus tiefster Überzeugung hassen, um angeblich der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft über die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost bis zur Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft werden in der Nähe des Deutschen Historischen Museums alle zusammenkommen, die in Deutschland in Sachen Israelhass Rang und Namen haben.“ (45) Was für ein Weltbild!

Auch Weinthal hat sich am 23.4.2012 in einem Artikel im Blog „The Corner“ der „National Review Online“ sehr deutlich erklärt: „Die Deutschen zitieren bei Veranstaltungen zur Erinnerung an den Holocaust häufig die Phrase „Es im Keim ersticken“ [gemeint ist: „Wehret den Anfängen“, H.C.M.]. Aber bei den Deutschen und anderen Europäern bezieht „es“ sich auf den Aufstieg des Neofaschismus in den modernen, industriellen Nationen in Europa, und nicht auf die repressive islamistische Regierungen des Iran oder deren Stellvertreter Hamas in Gaza und die Hisbollah im Libanon.“ (46)

*Wird also das Engagement gegen Neonazis und für das Andenken an die im Holocaust ermordeten europäischen Juden bewusst diskreditiert, da es nach Ansicht von Zdiara und Weinthal in eine falsche Richtung führt? Schlimmer noch: wird der, der sich selbst ernannten höchsten und letzten Instanzen (Broder) nicht unterwirft, einfach generell als „Antisemit“ denunziert?*

*Noch bis zum 26.6.2012 laufen Mail eines Benjamin Weinthal mit der Mail-Adresse der „Jerusalem Post“ (benn@jpost.com) bei Bodo Ramelow ein (gefragt wird u.a.: „Wie finden Sie die neue Kritik von Herrn Broder an Ihnen?“, „Haben Sie Nazi-Sprache gegen Herrn Broder verwendet?“), dessen Antworten werden, trotz der mehrfach geäußerten Forderung, sie nicht an Dritte weiterzugeben, von den „Achsen-“Mächten auf wundersame Weise veröffentlicht. Wird hier der Name einer angesehenen Tageszeitung für private Spielchen missbraucht? Auch der mehrmals von Ramelow geäußerten Forderung, sich überhaupt erst einmal prüfbar zu identifizieren, kommt Pseudo-Weinthal nicht nach. Verhält sich so ein Journalist? Ist das Journalismus?*

*Doch diese Masche läuft inzwischen leer, da man sie erkennt. Einem Mitglied der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen war im Zusammenhang mit der „Gemeinsamen Erklärung“ von Broder per E-Mail vorgeworfen wurde, es sei „zum alibi-juden ernannt“ worden. Originalton Broder: „kann man sie für solche gelegentlichen buchen?“ Das Mitglied der Jüdischen Landesgemeinde hat sich jetzt an Weinthal gewandt: „Bitte schreiben Sie mir nicht mehr und schicken Sie mir auch keine Kopien. Ich bin enttäuscht von Ihnen und Menschen wie Herrn Broder. (...) Wir sind stolz, gerade in der jungen Generation in Thüringen im Kampf gegen Antisemitismus und im Verständnis für Israel Beachtliches erreicht zu haben. Wir Juden werden das mit unseren zahlreichen nicht-jüdischen Freunden in Thüringen weiter tun. Aber bitten lassen Sie und Ihr Umfeld uns in Ruhe. Ohne es zu wissen und zu wollen, beginnen Sie zu zerstören, was wir mit Herz im Kampf gegen Antisemitismus und im Verständnis für Israel aufgebaut haben. Nochmals, ich will nichts mehr von Ihrer Art Journalismus und Ihren Mitstreitern erleben.“*

*Hermann Christian Mohro*

*\* Ursprüngliche Formulierung am 2.7.2012 präzisiert, vielen Dank für die freundlichen Hinweise aus Tel Aviv.*

*Nachtrag 19.7.2012: Phantom-Weinthal hat sich wieder bei Bodo Ramelow gemeldet und ihm mitgeteilt: "Sie haben bis Freitag um 1700 Uhr meine Anfrage zu beantworten." Hier findet sich die Mail-Zumutung dieses "Journalisten" (PDF).*

*Nachtrag 23.7.2012: Die Kampagne geht weiter. Am 22.7.2012 hat Benjamin Weinthal auf der Homepage der „Jerusalem Post“ erneut einen Artikel nach seinem bekannten Strickmuster veröffentlicht. „Hauptbelastungszeuge“ gegen Bodo Ramelow, der diesmal namentlich von Weinthal attackiert wird, ist – man vermutet es schon – der unvermeidliche Kevin Zdiara. Dessen angebliche Bedeutung ist in den letzten Tagen trotz seines Rückzugs aus dem Erfurter Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) und der Twitter-Ankündigung, er wolle aufgrund seiner Erlebnisse am liebsten in die USA auswandern, sogar noch gewachsen. Student Zdiara firmiert in Weinthals trüber Buchstabensuppe inzwischen als jemand, der „bundesweit von proisraelischen Aktivistinnen als einer von Israels treuesten Unterstützern angesehen wird“ („Zdiara, widely viewed by pro-Israel activists across Germany as one of Israel's most robust supporters“). Außerdem diesmal im Visier des dubiosen „Journalisten“ und Kettenmail-Spezialisten Weinthal: Reinhold Robbe, Bundesvorsitzender der DIG, Martin Borowsky, Vorsitzender der DIG Erfurt, Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter und der CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz.*

*Auch im israelischen Internetportal „Aretz Sheva“ verbreitet sich seit dem 23.7.2012 der zunehmend neurotisch wirkende Kevin Zdiara. Hier gibt er die Gruselgeschichte zum Besten, Bodo Ramelow habe in der DIG Erfurt gegen ihn intrigiert. Im Vorspann des Beitrags wird der Eindruck erweckt, Zdiara sei stellvertretender Vorsitzender der gesamten DIG („a vice-chairman of DIG“) gewesen. Hinsichtlich der DIG Erfurt versteigt sich Zdiara zu*

---

der denunziatorischen Behauptung, es handle sich um „eine Organisation, der es wichtiger ist, mit Israel-Hassern zu kooperieren, anstatt sie anzugreifen“ („an organization that thinks cooperating with Israel-haters is more important than confronting them“).

V.i.S.d.P. für diesen Text: Bodo Ramelow

- (1) [www.paxchristi.de/nahost.infos.2/nahost.infos.2.2/nahost.infos.2.2.3/index.html](http://www.paxchristi.de/nahost.infos.2/nahost.infos.2.2/nahost.infos.2.2.3/index.html)
- (2) [www.paxchristi.de/news/kurzmeldungen/one.news.km/index.html](http://www.paxchristi.de/news/kurzmeldungen/one.news.km/index.html)
- (3) [www.paxchristi.de/paxchristi.2/arbeit.2/index.html](http://www.paxchristi.de/paxchristi.2/arbeit.2/index.html)
- (4) [www.paxchristi.de/nahost.infos.2/index.html](http://www.paxchristi.de/nahost.infos.2/index.html)
- (5) [www.jpost.com/LandedPages/PrintArticle.aspx](http://www.jpost.com/LandedPages/PrintArticle.aspx) „Leading German NGOs on Tuesday accused Social Democratic Mayor Albrecht Schröter , from the city of Jena in the state of Thuringia, of advocating a boycott of Israeli products that is so aggressive it recalls the Nazi-era campaign “Don’t buy from Jews” and contributes to the delegitimization of the Jewish state.”
- (6) „NGOs: German mayor’s Israel boycott anti-Semitic“.
- (7) [www.jpost.com/Authors/AuthorPage.aspx](http://www.jpost.com/Authors/AuthorPage.aspx) „Benjamin Weinthal is a European correspondent at The Jerusalem Post. He is based in Berlin, Germany. “
- (8) [www.jpost.com/International/Article.aspx](http://www.jpost.com/International/Article.aspx) „Kevin Zdiara, deputy chairman of the German-Israel friendship society (DIG) in Thuringia’s capital Erfurt, equated the boycott effort with the Nazi-era slogan „Don’t Buy from Jews.” “
- (9) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/will\\_jenas\\_ob\\_die\\_stadt\\_judenwarenrein\\_halten/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/will_jenas_ob_die_stadt_judenwarenrein_halten/)
- (10) [www.jpost.com/International/Article.aspx](http://www.jpost.com/International/Article.aspx) „The mayor failed to focus the city’s resources on preventing the delivery of weapons to a neo-Nazi terrorist group“.
- (11) [www.jpost.com/LandedPages/PrintArticle.aspx](http://www.jpost.com/LandedPages/PrintArticle.aspx) „left-wing NGO Pax Christi“.
- (12) [www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/13170](http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/13170)
- (13) [www.perlentaucher.de/ptautor/benjamin-weinthal.html](http://www.perlentaucher.de/ptautor/benjamin-weinthal.html)
- (14) [www.jpost.com/Authors/AuthorPage.aspx](http://www.jpost.com/Authors/AuthorPage.aspx)
- (15) [www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/institut/journalistenkolleg/ejf/fellows/fellows\\_06\\_07/index.html](http://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/institut/journalistenkolleg/ejf/fellows/fellows_06_07/index.html)
- (16) [www.defenddemocracy.org/about-fdd/team-overview/research-fellow/](http://www.defenddemocracy.org/about-fdd/team-overview/research-fellow/)
- (17) Vgl. [www.defenddemocracy.org/about-fdd/team-overview/category/board-of-advisors](http://www.defenddemocracy.org/about-fdd/team-overview/category/board-of-advisors)
- (18) Vgl. [www.defenddemocracy.org/about-fdd/team-overview/category/leadership-council](http://www.defenddemocracy.org/about-fdd/team-overview/category/leadership-council)
- (19) Vgl. [www.weeklystandard.com/author/benjamin-weinthal](http://www.weeklystandard.com/author/benjamin-weinthal)
- (20) Vgl. [www.uni-erfurt.de/max-weber-kolleg/personenverzeichnis/kevin-zdiara/](http://www.uni-erfurt.de/max-weber-kolleg/personenverzeichnis/kevin-zdiara/)
- (21) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/der\\_richtige\\_preis\\_fuer\\_den\\_richtigen\\_mann/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/der_richtige_preis_fuer_den_richtigen_mann/)
- (22) [www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Nach-Pax-Christi-Aufruf-Massive-Verbalangriffe-auf-Jenas-OB-2042429165](http://www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Nach-Pax-Christi-Aufruf-Massive-Verbalangriffe-auf-Jenas-OB-2042429165)
- (23) [www.bodo-ramelow.de/nc/politik/texte/detail\\_texte/zurueck/texte/artikel/gemeinsame-erklaerung/](http://www.bodo-ramelow.de/nc/politik/texte/detail_texte/zurueck/texte/artikel/gemeinsame-erklaerung/)
- (24) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/nicht\\_nur\\_sauber/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/nicht_nur_sauber/)
- (25) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/eine\\_ganz\\_uebele\\_methode/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/eine_ganz_uebele_methode/)
- (26) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/eine\\_ganz\\_uebele\\_methode/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/eine_ganz_uebele_methode/)
- (27) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/gefuehlt\\_wie\\_brueder/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/gefuehlt_wie_brueder/)
- (28) [www.jpost.com/LandedPages/PrintArticle.aspx](http://www.jpost.com/LandedPages/PrintArticle.aspx) „NGOs: German mayor’s Israel boycott anti-Semitic“.
- (29) [www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4240101,00.html](http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4240101,00.html) „Someone like Schröter is emblematic of the „new“ anti-Semitism in Germany. It comes with a smile and claims to only care for „human rights“.“
- (30) [jungle-world.com/artikel/2012/24/45645.html](http://jungle-world.com/artikel/2012/24/45645.html)
- (31) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/gefuehlt\\_wie\\_brueder/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/gefuehlt_wie_brueder/)
- (32) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/graf\\_bobby\\_gibt\\_sich\\_die\\_ehre/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/graf_bobby_gibt_sich_die_ehre/)
- (33) Vgl. [de.wikipedia.org/wiki/Karl-Eduard\\_von\\_Schnitzler](http://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Eduard_von_Schnitzler)
- (34) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/kleiner\\_mann\\_was\\_tun/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/kleiner_mann_was_tun/)

(35) Vgl. [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/kleiner\\_mann\\_was\\_tun/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/kleiner_mann_was_tun/)

(36) [starke-meinungen.de/blog/2010/09/16/anatomie-einer-kampagne/](http://starke-meinungen.de/blog/2010/09/16/anatomie-einer-kampagne/)

(37) Vgl. [www.aweyermann.de/aus-der-giftkche-henryk-m-broder-und-die-jagd-auf-hilde-scheidt/](http://www.aweyermann.de/aus-der-giftkche-henryk-m-broder-und-die-jagd-auf-hilde-scheidt/).

(38) [www.aachener-zeitung.de/artikel/1949941](http://www.aachener-zeitung.de/artikel/1949941)

(39) Vgl. [www.dig-aachen.de/dig-aachen-new/Laudatio%20Vera%20Lengsfeld.htm](http://www.dig-aachen.de/dig-aachen-new/Laudatio%20Vera%20Lengsfeld.htm)

(40) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/nicht\\_nur\\_sauber/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/nicht_nur_sauber/)

(41) [starke-meinungen.de/blog/2009/12/08/was-ist-los-in-der-antisemitismuskommission-des-bundestags/](http://starke-meinungen.de/blog/2009/12/08/was-ist-los-in-der-antisemitismuskommission-des-bundestags/)

(42) Der Titel des „Jerusalem Post“-Artikels von Weinthal vom 3.6.2012 lautete: „German controversy over Israel boycott“.

(43) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/frech\\_wie\\_angela/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/frech_wie_angela/)

(44) [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/der\\_richtige\\_preis\\_fuer\\_den\\_richtigen\\_mann/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/der_richtige_preis_fuer_den_richtigen_mann/)

(45) [http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/zivilisation\\_oder\\_barbarei/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/zivilisation_oder_barbarei/) Student Zdiara hat sich als „Gastautor“ der „Achse des Guten“ auch an „den Überzeugungstätern bei der Süddeutschen Zeitung“ sowie am CDU-Bundestagsabgeordneten Ruprecht Polenz abgearbeitet, vgl.

[www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/die\\_sz\\_macht\\_sich\\_sorgen\\_um\\_die\\_demokratie\\_in\\_israel/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/die_sz_macht_sich_sorgen_um_die_demokratie_in_israel/)

sowie [www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/polenz\\_in\\_den\\_fussstapfen\\_von\\_steiner/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/polenz_in_den_fussstapfen_von_steiner/)

(46) <http://www.nationalreview.com/corner/296800/have-we-learned-holocaust-benjamin-weinthal> „The Germans frequently invoke the phrase “nip it in the bud” at Holocaust remembrance events in the Federal Republic. But to Germans and other Europeans, „it“ refers to the rise of neo-Nazi fascism in the modern, industrial nations of Europe, rather than the repressive Islamist governments of Iran, or its proxies Hamas in Gaza and Hezbollah in Lebanon. “

## 5. Email-Zuschriften zur Aktion

### Beispiele für Ablehnung

■ „Nur wenn Israel sich gegen Islamisten zur Wehr setzt, bekommt Ihr Eurer antisemitisches Schandmaul auf. Warum hört man denn gar nichts von der "Friedensbewegung" gegenüber Syrien,... Kurden und den 57 andren Krisenregionen. Wieso schweigt Ihr eigentlich gegen Christenverfolgung. Wo sind Eure Aufrufe für Gleichberechtigung von Mann und Frau und gegen Homophobie. Verlogenes reaktionäres Pack“

■ „"Deutsche, kauft nicht bei Juden" - HATTEN wir das nicht schon einmal ? Daß Ihr Verein den Namen Christi führt ist eigentlich obszön.“

■ „Als mittelbare oder unmittelbare Nachkommen der größten Raubmörder des 20. Jahrhunderts wundert mich Ihr Verhalten gegenüber Israel - vermutlich gegen die Juden - ohnehin nicht. Ich kann nur nahelegen, eine tiefenpsychologische Analyse vorzunehmen, um Ihre Projektionen endlich zu überwinden.“

■ „Bitten Sie Gott um Vergebung wegen ihrer großen Sünde und tun Sie den Juden etwas Gutes. Ja, die Juden haben kein Öl, wie die reichen Araber, sie sind nur so wenige ca. 15 Mill. weltweit, gegen die Masse der Muslime. Und sie haben nur dieses kleine Land, Gerade mal so groß wie Hessen. Und davon sollen sie noch abgeben.“

■ „Ich möchte Ihnen auf diesem Weg mein Missfallen über Ihre Boykottaktion für jüdische Waren mitteilen. Sie tragen damit nichts zum Frieden bei, befeuern aber den bereits vorhandenen Antisemitismus in Deutschland und antijüdische und antiisraelische Resentiments. Sie bewegen sich damit auf die antisemitischen Boykottaufrufe im 3. Reich zu.“

---

■ „Über die Politik Israels kann man denken, was man will. Aber erstens ist Israel als einziges Land der Region eine funktionierende Demokratie und man muss davon ausgehen, dass sie ihre Fehler selbst korrigiert. Und zweitens bleiben bestimmte Haltungen und Äusserungen von Deutschen gegenüber Juden und Israel einfach tabu.“

■ „Ich kann also das Anliegen der Nahostkommission nur im vollen Umfang verwirklichen, wenn ich generell nix kaufe, das aus Israel kommt. Das, was die Kommission macht, ist also nichts anderes als ein Boykott-Aufruf, der sich nur nicht so nennt. Der Rest ist Lyrik, wenn auch nicht von Grass verreimt, und der obligate Jude, der das auch so sieht, darf als Kronzeuge natürlich auch nicht fehlen.“

■ „für die Zusendung der verschiedenen Texte danke ich. Allerdings erklären sie eigentlich nichts – denn der Punkt ist genau der, dass Europa bzw. die EU sich einfach darauf verständigt hat, die kritischen Stimmen von Völkerrechtlern zur Frage der behaupteten Illegalität der Siedlungen zu ignorieren – und im Großen und Ganzen schließt sich die katholische Kirche hierzulande (D und A) leider dieser Einäugigkeit an.“

■ „Vielen Dank für Ihre schnelle und ausführliche Antwort. Völkerrechtliche Fragen interessieren mich eigentlich gar nicht. Das Westjordanland hat bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967 zu Jordanien gehört und wird seitdem von Israel kontrolliert. Eine Änderung dieses seit zwei Generationen bestehenden Zustandes könnte nur durch einen weiteren Krieg erreicht werden, den Israel verlieren müsste. Ich fürchte, dass Israel einen verloren Krieg gegen seine arabischen Nachbarn mit seiner Vernichtung bezahlen würde. Das will von uns doch niemand. Jordanien hat übrigens schon in den 90er Jahren auf das Westjordanland verzichtet; es ist also "Niemandland". Es als palästinensisch zu bezeichnen, ist fragwürdig. Ein Boykott von gekennzeichneten Waren aus diesen Gebieten würde übrigens auch palästinensische Produzenten treffen. Das kann ja nicht die Absicht der Aktion sein... Lassen wir es gut sein, und verstehen Sie meine Kritik bitte keinesfalls als grundsätzlich gegen Ihre Organisation gerichtet. Aber mit dieser speziellen Aktion werde ich mich nicht anfreunden können.“

#### **Antwort-Beispiel**

■ „vielen Dank für Ihre Anfrage. Sie sprechen zu Recht das Dilemma an, in dem sich Verbraucherinnen und Verbraucher befinden, weil Produkte aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen nicht entsprechend gekennzeichnet sind, sondern unter "Israel" als Herkunftsland verkauft werden. Deshalb fordern wir die klare Kennzeichnung der Siedlungsprodukte - übrigens bereits seit 2005. Wer auf Siedlungsprodukte verzichten will und nicht weiß, woher die Produkte aus "Israel" wirklich stammen, kann im Augenblick nur auf die Produkte mit der Herkunftsangabe "Israel" insgesamt verzichten. Das ist bedauerlich. Wir von Pax Christi sind gegen einen generellen Boykott israelischer Produkte, wie Sie aus der nachfolgenden Pressemitteilung ersehen können.“

#### **Beispiele für Zustimmung**

■ „herzlichen Dank für Eure Siedlungswaren Aktion! Ihr helft damit allen, die sich schon immer die Mühe gemacht haben, verantwortungsbewußt einzukaufen. Meine Frage ist nun, ob Ihr Eure Informationen und Begründungen auch an den Bundespräsidenten schickt? Ich bitte sehr darum.“

■ „Liebe Pax Christi-Zentrale, danke für die Information bzw. gedankliche Stütze, nicht unbesehen Produkte "Made in Israel" zu kaufen! Ich meide zusätzlich landwirtschaftliche Produkte der langen Frachtwege. Da ist Israel dabei. Der Friedensauftrag mit der zu hegenden Schöpfung (Gen 2,15) müsste uns in Fleisch und Blut übergehen.“

■ „Hallo, ich habe durch Zufall von eurer Aktion (keine Waren aus besetztem Land in Palästina) gehört und finde sie dringend notwendig. Das versuche ich schon länger zu praktizieren. Soweit mir bekannt, ist zumindest in Dänemark die genauere Kennzeichnung gesetzliche Vorschrift. Da wir hierzulande auf so eine Pflicht noch lange warten, wäre es sinnvoll an die Unternehmen direkt sich zu wenden. Die Aktion mehr in die Öffentlichkeit

*tragen und alle möglichen Unterstützer zu gewinnen wie Einzelpersonen, Gewerkschaften, Parteien, Medien, weitere kirchliche Organisationen“*

■ *„Ich moechte Ihnen persoendlich danken, dass Sie Pax Christi zu diesem Schritt begleitet haben. Und viel Widerstandskraft wuenschen angesichts der programmierten Missverstaendnisse, Etikettierungen und womoeglich auch Anfeindungen, denen Sie sich damit ausgesetzt haben... Pax Christi ist hier ja wegweisend vorangegangen, wie es einer prophetischen Einrichtung der Kirche entspricht, die selber nicht insgesamt prophetisch auftreten zu duerfen glaubt. Nochmals danke also – und wenn auch noch nicht praktisch-institutionell, so doch faktisch in solidarischer, strategischer Gemeinschaft...“*

■ *„als ein deutscher Franziskaner der in Jerusalem taetig ist, hat mich die unzutreffende und boesartige Kritik in den Medien gegen die m.E. sehr sinnvolle Aktion zur Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen u. besetzt. Gebiet gaergert. Ich moechte Ihnen gern mein Protestschreiben an Herrn Rickleff Muennich von "Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Thueringen" zusenden, welches ich in Kopie auch der zustaendigen Landesbischoefin Junkermann habe zukommen lassen. Bleibt mir nur, Ihnen Gottes Segen fuer Ihre Arbeit zu wuenschen!“*

*Jerusalem, 07.06.2012*

*Sehr geehrter Herr Muennich, ...Ich moechte mit Ihnen nicht in eine Diskussion ueber die widerrechtliche Besatzung der palaestinensichen Gebiete eintreten – hier ist die voelkerrechtliche Position eindeutig und klar und wird durch die deutsche Regierung in allen offiziellen Gespraechen und Verlautbarungen immer klar unterstrichen.*

*Sie irren sich jedoch gewaltig, zu behaupten, „pax christi“ wuerde sich hier in „antiisraelische Hetze“ einreihen. Das ist nicht nur eine voellig unzutreffende Bemerkung – das ist eine boesartige Verleumdung, gespickt mit dem gern benutzten aber wieder unzutreffenden Vergleich mit dem Nationalsozialismus.*

*Weiter sprechen Sie davon, dass der Jenaer Oberbuergermeister sich „umgehend von dem unsaeglichen Aufruf“ distanzieren solle. Sehr geehrter Herr Muennich, eben das macht Demokratie aus: dass man fuer Gerechtigkeit und Frieden einsteht. Hochachtung fuer einen Jenaer Oberbuergermeister. Was Sie jedoch da – als evangelischer Pfarrer! – unterschrieben haben, kann ich nur ablehnen und Sie auffordern, diese boesartige Hetze in Zukunft einzustellen.“*

■ *„Die Aktion Besatzung schmeckt bitter kommt gerade passend, da wir vom Versöhnungsbund aus ein Friedensgebet für den 30.4. planen im Rahmen der ÖRK-Aktionswoche. Ich hatte schon selbst ein Schreiben entwerfen, das ich Ihnen zur Kenntnis und eventuellen Verwertung sende, und das wir nun nicht weiter bearbeiten müssen, weil wir von Ihnen das Material bestellen werden. Danke. „*

■ *„Unterstützen Sie bitte die Aktion "Besatzung schmeckt bitter" Mit der Bitte um Unterstützung der Aktion mit herzlichen Grüßen – Vielen Dank! P. R.“*

■ *„Ein Aufruf von Pax christi ("Besatzung schmeckt bitter") ist diesem Brief beigefügt, ebenso ein Protestbrief der Freunde des Jenin Freedom Theatres gegen Gewaltübergriffe und Inhaftierungen. Ein Protestbrief von Givat Haviva zu den rassistischen Angriffen auf Neue Shalom/Wahat al-Salam ist auf [www.juedisches-forum.de](http://www.juedisches-forum.de) zu finden... Mit Friedensgrüßen, (für JFF)..“*

#### **Andere Beispiele**

■ *„würde gerne mitmachen bei der Aktion "Besatzung schmeckt bitter". Ich kenne die Diskussion beim Internationalen Versöhnungsbund, dt. Zweig e.V. zu diesem Thema. Es macht deutschen Menschen Probleme, weil sie*

---

nicht in die Schublade von Antisemiten gesteckt werden wollen. Thema: "Kauft nicht beim Juden!" Was raten Sie, wie ich damit umgehen kann? Bei "Kauft keine Früchte aus Südafrika" war das einfacher."

**Antwort**

■ „vielen Dank für Ihre Mail, die wir gerne beantworten. In dieser Aktion der pax christi Nahostkommission geht es um die von Israel errichteten Siedlungen in Ostjerusalem und in der Westbank. Aus unserer Sicht, die auch die Position der EU und der Bundesregierung ist, stellen sie ein Friedenshindernis dar. Wo z.B. soll der Staat Palästina entstehen, wenn immer mehr Land in Ostjerusalem und Westbank völkerrechtswidrig zu israelischen Siedlungen wird? Diese Siedlungen nicht mehr zu unterstützen, indem wir keine Waren mehr aus ihnen kaufen, macht unser Eintreten für das Völkerrecht deutlich. Auch der Weltkirchenrat befürwortet den Kaufverzicht von Waren aus Siedlungen.

Doch sind in Deutschland diese Waren aus Siedlungen nicht gekennzeichnet. Mit der Obsttüten-Aktion wollen wir auf dieses Manko aufmerksam machen.

In den Begleitmaterialien zur Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ hebt die pax christi-Nahostkommission die konsequent menschen- und völkerrechtliche Argumentationslinie der Obsttüten-Aktion hervor: „Es darf in Deutschland niemals wieder einen Boykott geben darf, der die Menschenwürde mit Füßen tritt. Deshalb ist es gut und richtig, dass Kaufverzichtaktionen in der Öffentlichkeit mit besonders wachem und kritischem Blick verfolgt werden. Die Erinnerung an den von Gewalt und antisemitischen Hetzparolen begleiteten Boykott jüdischer Unternehmen im Jahr 1933 muss in unserer Gesellschaft immer Mahnung bleiben.“ Gerade deshalb ist dies in keiner Weise eine Aktion oder ein Aufruf "Kauft nicht beim Juden!"

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Manfred Budzinski

Nahost-Kommission von pax christi Deutsche Sektion

Stellvertretend für einen Mail-Austausch und wie er an die Presse ohne Abstimmung mit der Betroffenen weitergegeben wurde, wird hier der Austausch zwischen Prof. Reinhard Schramm, stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen und Vizepräsidentin Wiltrud Rösch-Metzler dokumentiert:

■ Gesendet von Schramm: Dienstag, 29. Mai 2012 13:47

Betreff: Ihr Boykottaufruf gegen Israel

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Erneuerung der Karfreitagsfürbitte für die Juden durch den Nachfolger des von uns sehr geschätzten polnischen Papstes hatte mich genauso schmerzlich getroffen wie Ihr aktueller Boykottaufruf gegen Israel. Die Art, wie Ihre Boykott-Umschreibungen einstigen Losungen ausweichen, macht Ihren Aufruf fuer uns noch schmerzlicher. Der Kälte, die uns deutschen Juden durch die Aktivitäten von bei Pax Christi engagierten Christen entgegen schlägt, können wir nicht ausweichen. Zu stark nimmt eine feindselige Atmosphaere gegen uns Juden in Deutschland zu, die Sie gewollt oder ungewollt mit missionarischem Eifer begünstigen.

Ich moechte keinen Kontakt zu Ihnen aufbauen. Ich moechte nur dieses eine Mal Ihrem Aufruf meine Sicht entgegen setzen. Ich moechte keine Antwort. Nachfolgend finden Sie meine Sicht, wie ich Sie zwei von mir sehr geschätzten Thüringer Politikern mitgeteilt habe. Einer von beiden Partnern, Herr OB Dr. Albrecht Schroeter, ist leider Mitunterzeichner Ihres Aufrufes. Vielleicht lesen Sie diese Zeilen. Ich habe Ihren Aufruf auch gelesen, obwohl die grobe und unzulässige Einseitigkeit Ihrer Kritik (nicht Kritik als solche) sehr schmerzlich ist.

Mit freundlichen Gruessen

Reinhard Schramm

Prof. Dr.-Ing. Reinhard Schramm  
Stellv. Vorsitzender der Juedischen Landesgemeinde Thuringen

■ Am 30.05.2012 19:15, schrieb paxchristi@roesch-metzler.de:

Sehr geehrter Herr Professor Schramm,

Ihr Brief hat mich sehr berührt, deshalb möchte ich Ihnen gerne antworten. Sie schreiben, dass Sie Kälte spüren, die von uns ausgeht. Das darf nicht sein. Wir sind froh darum, dass Juden in Deutschland leben. Wir finden dies nicht selbstverständlich nach den grausamen Verbrechen des Holocaust und schätzen dieses jetzige Miteinander sehr. Zum pax christi Engagement gehört die Erinnerung an den Holocaust, die Gedenkstättenpflege, gehören Gebete, Gedenktage und Kontakte zu jüdischen MitbürgerInnen heute. Wir möchten, dass jeder Mensch ohne Anfeindungen in unserer Gesellschaft leben kann, und dass wir alle zusammen unsere Gesellschaft friedlich gestalten.

Das andere ist die Politik Israels. Wir sind seit Jahrzehnten in Kontakt und im Gespräch mit Menschen aus der israelischen Friedensbewegung. Sie besuchen uns, wir besuchen sie. Wir sind überzeugt, dass die Besatzung von Westbank, Ostjerusalem und Gaza beendet werden muss. Sicherheit und Frieden für Israel kann erreicht werden, wenn den Palästinensern ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht verwehrt wird. Doch wie soll das geschehen? Wenn wir die Westbank und Ostjerusalem betrachten, stellen wir fest, dass dort die israelischen Siedlungen immer mehr zunehmen. Wie soll so ein möglicher Staat Palästina entstehen? Die Siedlungen verstoßen gegen das Völkerrecht, weil sie auf besetztem Land errichtet werden. Wir möchten diese Siedlungen nicht unterstützen. Und wir möchten, dass jede und jeder die Chance hat, diese Siedlungen nicht zu unterstützen. Deshalb treten wir für eine Kennzeichnungspflicht für Waren aus Siedlungen ein, wie sie in England bereits eingeführt ist. Bis es soweit ist, verzichte ich auf Waren mit der Ursprungsangabe „Israel“, weil derzeit unter dieser Bezeichnung auch Siedlungsprodukte sein können. Unsere Aktion richtet sich gegen eine Politik, die Siedlungsprodukte nicht kennzeichnet.

Wir sind froh, dass unsere Aktion prominente Unterstützer gefunden hat, auch in der jüdischen Gemeinde in Deutschland. Es sind Menschen, die wie wir, im Siedlungsbau ein Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden sehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie meine Gedanken ebenfalls annehmen könnten.

Viele Grüße

Wiltrud Rösch-Metzler  
pax christi Vizepräsidentin

■ Datum: Wed, 30 May 2012 22:15:35 +0200

Sehr geehrte Frau Roesch-Metzler,

ich danke Ihnen, dass Sie mein Schreiben beantwortet haben. Nicht die Kritik am Siedlungsbau bereitet mir Schmerzen. Sicher gibt es auch weitere Kritikpunkte an der israelischen Politik. Schmerzlich ist die Einseitigkeit Ihrer Kritik, da Sie nur eine Seite des Konflikts als Schuldigen sehen und bekämpfen.

Ich bin erschüttert, dass Sie aufrufen, jeden israelischen Produzenten zu boykottieren. Von den Überlebenden unserer ehemaligen deutschen Gemeinden ist ein Großteil ihrer Familien heute Ihrem Boykottwunsch ausgesetzt. Ich empfinde das empörend. Wegen ca 7% jüdischer Siedler rufen Sie zur Bestrafung eines ganzen Volkes auf. Wo ist Ihre Kritik und Bestrafung für die Verweigerung des Existenzrechts des jüdischen Nationalstaates und Untaten der Hamas und anderer? Wo ist Ihre Kritik am arabischen und muslimischen Umfeld Israels?

In dieser Einseitigkeit liegt die Kälte zumindest eines Teils Ihrer katholischen Friedensbewegung uns Juden in Deutschland gegenüber. Der jetzige Papst hat Ähnliches gegen uns erreicht, indem er die von Papst Johannes Paul II ausgehende menschliche Wärme mit seiner Karfreitagssübbitte für die Juden in Kälte verwandelt hat.

---

*Für zahlreiche Christen ist der Holocaust Vergangenheit, die eher stört als betroffen macht. In unseren jüdischen Familien ist das vorwiegend anders. Deshalb sehen manche Christen auch nicht die Verletzungen, die sie uns antun. Hoffentlich kehren Teile der Kirchen nicht zu den für uns schmerzlichen Traditionen zurück. Ihr Aufruf bedeutet praktisch, nichts im jüdischen Nationalstaat zu kaufen. Das ist eine schreckliche Methode, auch wenn Sie dafür prominente Unterstützer, selbst einige Juden gefunden haben. Hoffentlich werben Sie nicht Anhänger ein, die auch der katholischen Kirche unangenehm sein müssten. Auch ich möchte Hindernisse auf dem Weg zu einem Frieden beseitigen, aber Ihren Weg werden wir deutsche Juden nicht mitgehen.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Reinhard Schramm*

■ Datum: Fri, 01 Jun 2012 23:52:23 +0200

*Sehr geehrter Herr Professor Schramm,  
unsere Aktion richtet sich gegen eine Besatzungspolitik, die Siedlungen im besetzten Gebiet zulässt. Es ist doch nun mal so, dass nicht die Palästinenser in Israel palästinensische Siedlungen errichten oder eine Sperranlage in Israel bauen. Tatsache ist doch immer noch, dass die israelische Regierung Gebiete besetzt hält. Diese Situation ist nicht ausgewogen. Was schlagen Sie vor, wie diese ungleiche Situation überwunden werden kann?*

*Von der Produktion in den Siedlungen profitieren viele, palästinensische Arbeiter, internationale Firmen und israelische. pax christi anerkennt das Existenzrecht Israels. Und wir sind für ein Ende der Besatzung. Wenn wir Menschenrechtsverletzungen verurteilen, verurteilen wir Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten, die Raketen der Hamas und die Bombardierung durch Israel.*

*Ich weiß nicht, ob wir beide politisch anderer Meinung sind. Es könnte sein, dass Sie Siedlungen befürworten. In diesem Fall kommen wir nicht zu einer Annäherung, solange ich überzeugt bin, Siedlungen sind ein Haupthindernis für den Frieden. Aber wir kommen immerhin in eine Diskussion.*

*Ich möchte aber betonen, dass ich nicht dazu aufrufe, "jeden israelischen Produzenten" zu boykottieren, wie Sie es mir unterstellen. Wir haben eine globale Welt, in der israelische Produzenten genauso wie deutsche oder chinesische überall zu finden sind. Ich persönlich verzichte aber auf Waren, die als Herkunftsangabe "Israel" tragen (egal, ob sie von einem israelischen oder schwedischen Produzenten sind) solange (und das ist temporär zu verstehen) ich nicht sicher sein kann, dass sie nicht aus einer Siedlung stammen. Wie dieses Problem gelöst werden kann, zeigt die Handelskette Migros in der Schweiz. Dort wird Obst und Gemüse aus Siedlungen nun gekennzeichnet.*

*Ich habe inzwischen auch Ihre Aussage über pax christi in der Jerusalem Post gelesen: "Pax Christi is steeped in anti-Semitism because its variation of anti-Zionism is anti-Semitism." Ist es Anti-Zionismus, wenn man die Besatzungspolitik nicht unterstützen möchte? Ist es Antisemitismus, wenn man Besatzung, die nach Ihrer Definition dann wohl zum Zionismus gehört, ablehnt? Noch einmal, wir sind gegen die israelische Besatzungspolitik, die gegen das Völkerrecht verstößt, und möchten diese nicht unterstützen.*

*Ich verahre mich gegen Ihren Vorwurf des Antisemitismus und bitte Sie, diesen Vorwurf gegen pax christi zurückzunehmen.*

*Viele Grüße  
Wiltrud Rösch-Metzler  
pax christi Vizepräsidentin*

■ Gesendet: Samstag, 2. Juni 2012 01:07

Betreff: Pax Christi - Pressemeldung vom 31.5.2012

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Frau Roesch-Metzler, sehr geehrte Frau Generalsekretärin Hoffmann, sehr geehrte Damen und Herren des Praesidiums der deutschen Pax Christi - Bewegung,

Ihr Hinweis in Ihrer Pressemeldung vom 31.5.2012 auf prominente jüdische Unterstützer Ihres Boykott-Aufrufes gegen Israel könnte den Anschein größerer jüdischer Zustimmung in Deutschland erwecken. Das trifft auf unsere Gemeinden in Deutschland wirklich nicht zu. Sie, aber auch wir können nach den zahlreichen Argumenten der unterschiedlichen Seiten des Meinungs-austausches zu Ihrem Aufruf nunmehr klarere Positionen, aber auch eine gewisse Verhärtung erkennen. Die vorherrschenden jüdischen Positionen in Deutschland zu einem Israel- Boykott, die bei diesem Thema verstaendlicherweise auf einer großen familiaeren Betroffenheit basieren, ignorieren Sie in Ihrer Pressemitteilung vollständig. Damit fehlt auch die Chance und die Notwendigkeit eines Dialogs mit Ihrer Organisation. Zumindest ist das meine gegenwaertige Einschätzung, die ich in unseren Gremien vertreten werde. Die Atmosphaere des Briefwechsels mit Frau Vizepraesidentin Roesch-Metzler scheint das zu bestätigen.

Mit freundlichen Gruessen  
Reinhard Schramm

## 6. Kritische und zustimmende Stellungnahmen israelischer und deutscher Organisationen

■ Deutsch-Israelische Wirtschaftsvereinigung e.V.

Berlin, 11. Juni 2012

Lieber Herr Schnettler

Mit Erstaunen habe ich den Aufruf „Besatzung schmeckt bitter“ von Pax Christi durch die Medien erfahren. Ich kann weder den Aufruf noch die dazu aufgeführten Argumente so mittragen und möchte Ihnen gerne meine Bedenken zum Kaufverzicht von Lebensmitteln mitteilen: Mit dem Aufruf „Besatzung schmeckt bitter“ durch Pax Christi wird meines Erachtens der Versuch unternommen, den Vertrieb von Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen zu verhindern. Dieser Aufruf ist für mich persönlich, aber auch als Präsidentin der Deutschen-Israelischen Wirtschaftsvereinigung unbedingt gegen Israel aufzufassen. Im Grund genommen meint der Aufruf alle israelischen Produkte und ist für mich nicht nachvollziehbar.

Der Aufruf schafft eindeutig eine antiisraelische und antijüdische Stimmung. Für mich sind dauerhafter Frieden und ein Miteinander im Nahen Osten nur denkbar, wenn Israel und Palästina als Staaten sich gegenseitig achten und nebeneinander friedlich bestehen können. Die gegenseitige Verpflichtung beider Staaten (siehe unter anderem „Osloer Abkommen“), nicht einseitig zu handeln, darf nicht ignoriert werden.

Jede internationale Initiative sollte ausgewogen und realistische Vorgaben machen, die die Interessen, Forderungen und nötigen Kompromisse beider Parteien einbeziehen und somit künftige Verhandlungen eine Chance auf Erfolg geben. Ein einseitiger Aufruf, der nur die palästinensische Forderung berücksichtigt, Ursachen und Wirkungen von Maßnahmen nicht umfassend beleuchtet, ohne auf die Folgen für die wirtschaftlichen Ströme innerhalb und außerhalb der betroffenen Länder einzugehen, ist nicht akzeptabel.

Auch als Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken bin ich enttäuscht über Ihr Vorgehen. Pax Christi sollte – gerade auch vor dem Hintergrund seiner Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Deutschen Katho-

---

liken – meines Erachtens keine einseitigen Festlegungen zu diesem Thema vornehmen, ohne in einem umfangreichen Diskussionsprozess die berechtigten Belange aller Teilnehmer einzubeziehen.

Für eine Reaktion auf meine Einwände wäre ich Ihnen sehr dankbar. Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

#### ■ Antwortschreiben

Aachen, den 19.09.12

Liebe Frau ...,

herzlich danke ich Ihnen für Ihren Brief zur pax christi Aktion „Besatzung schmeckt bitter“. Auch wenn Sie ihr Unverständnis gegenüber dieser Aktion äußern, weiß ich Ihre Zeilen sehr zu schätzen. Denn Sie laden mit Form und Inhalt Ihres Schreibens ein zu einem Dialog in dieser Sache. Das ist in der deutschen Debatte um die Nahostpolitik nicht selbstverständlich. Umso mehr bin ich Ihnen daher dankbar für Ihre Reaktion und will ihnen gerne antworten.

Ich erkenne in Ihrem Schreiben viele Gemeinsamkeiten mit unserer pax christi Position. Ihre Anmerkungen zu den Grundvoraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in Nahost finden sich sinngemäß auch in unserem Positionspapier „Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden“ aus dem Jahre 2010. Uns verbindet der Wunsch nach einem Miteinander zwischen Israelis und Palästinensern in friedlicher Koexistenz und wechselseitigem Respekt voreinander. Das, so meine ich, ist eine gute Grundlage, politische Forderungen zur Erreichung dieses Ziels kontrovers diskutieren zu können.

Die Kontroverse zwischen uns liegt sicherlich in der Frage, was die „ausgewogenen und realistischen Vorgaben“ sind, die ein Stück weiter führen auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden. In unseren Kontakten mit den Menschen in Israel und Palästina erfahren wir zunehmend eine große Ohnmacht auf Seiten der Palästinenser, wie denn endlich – bald zwanzig Jahre nach dem Oslo-Abkommen - eine Lösung für das friedliche Miteinander bewerkstelligt werden kann. Da sind es dann auch die kleinen Aktionen, die wieder Mut machen, am politischen Prozess weiter mitzuwirken. In diesem Sinne haben wir uns entschlossen, in Übereinstimmung mit unseren Partnern in Palästina und Israel für eine Kennzeichnungspflicht der Waren aus den besetzten palästinensischen Gebieten einzutreten.

Es liegt uns fern, dabei zu einem generellen Boykott israelischer Waren aufzurufen. Ich bedauere daher sehr, dass bei Ihnen und der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung die Empfehlung eines Kaufverzichts bei fehlender Deklaration der Herkunftsregion als genereller Boykottaufruf verstanden wird. Wie aber können wir eine solche Kennzeichnungspflicht erreichen, die die europäische Union verbindlich vorschreibt und die in England und Dänemark selbstverständliche Praxis sind? Jüngst hat auch der Schweizer Handelskonzern Migros eine solche Kennzeichnung als Voraussetzung zum Vertrieb dieser Waren in seinen Märkten gemacht. Warum ist das, was andernorts möglich ist, nicht auch in unserer Gesellschaft möglich? Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Kennzeichnung Transparenz und Klarheit schafft, in deren Konsequenz auch ein unverstellter und ehrlicher Blick auf die Situation in Nahost möglich wird.

Liebe Frau ..., wenn es uns gelingt, in diese Fragen tiefer einzudringen und nach Lösungen für einen gerechten Frieden zu suchen, werden die Gemeinsamkeiten im Blick auf Israel und Palästina sicherlich noch deutlicher werden. Leider fehlen aus unserer Sicht dazu die Orte und Gelegenheiten, kontrovers, aber zielführend zu diskutieren. Ich bin daher den Verantwortlichen im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken sehr dankbar, dass auf dem diesjährigen Katholikentag in Mannheim eine Podiumsdiskussion zum ebenfalls sehr umstrittenen „Kairos-Dokument“ palästinensischer Christen möglich wurde. Diesen Weg des wechselseitigen Hörens und Verstehens

*sollten wir fortsetzen. Deshalb rege ich ein Gespräch zwischen unseren beiden Organisationen an, das Gelegenheit zum Austausch und gegenseitigem Verständnis bieten kann.*

*In diesem Sinne verbleibe ich*

*mit freundlichen Grüßen*

*Johannes Schnettler*

*pax christi Vizepräsident*

**■ Israelisch-Deutsche Industrie und Handelskammer**

*Tel Aviv, 12. Juli 2012*

*Betreff: pax christi-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“*

*Sehr geehrter Herr Schnettler,*

*die Vizepräsidentin der AHK Israel, Frau ..., war so freundlich, den kürzlich zwischen Ihnen erfolgten Briefwechsel bezüglich der pax christi-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ mit uns zu teilen.*

*Als Deutsch-Israelische Industrie- und Handelskammer ist es uns wichtig, die ökonomischen Konsequenzen des „Besatzung schmeckt bitter“-Aufrufes zu skizzieren. Sie schreiben, es läge Ihnen fern, zu einem generellen Boykott israelischer Waren aufzurufen. Leider ist ein genereller Boykott die unbedingte Konsequenz aus dem Unwissen darüber, ob es sich nun um ein israelisches Produkt oder ein israelisches Produkt aus den Siedlungen handelt. Denn solange keine Kennzeichnung erfolgt – und zwischen Ihrem Aufruf und der eventuellen Einführung der Kennzeichnungsvorschrift wird noch einige Zeit verstreichen – ist eine Unterscheidung unmöglich und alle „Made in Israel“-Produkte sind betroffen, unabhängig davon, wo und auf welcher legalen Basis sie hergestellt wurden.*

*Das schadet auch der deutschen Wirtschaft. Das Handelsvolumen zwischen Israel und Deutschland betrug im Jahre 2011 6,5 Milliarden US-Dollar. Eine Nachfragereduktion auf deutscher Seite würde tausende von bilateralen Geschäftskontakten beeinträchtigen – und damit auch die Arbeitsplätze, die unmittelbar an diese gebunden sind, auf deutscher und israelischer Seite. Übrigens arbeiten in Betrieben in israelischen Siedlungen in der Westbank geschätzte 15,000 bis 25,000 Palästinenser zu viel besseren Bedingungen als im Rest der Westbank und in Gaza (und vermutlich auch zu viel besseren Bedingungen, als es sie Jahre nach einer hypothetischen palästinensischen Staatsgründung gäbe).*

*Unabhängig von diesen Argumenten möchten wir betonen, dass es in Deutschland keine allgemeine Kennzeichnungspflicht gibt, lediglich der Importeur muss ausgewiesen werden – dies gilt natürlich mit Ausnahme von Obst und Gemüse. In diesem Zusammenhang ist befremdlich, dass Sie die Kennzeichnungspflicht nur für Produkte aus israelischen Siedlungen fordern – nicht aber für Länder, die es mit dem Selbstbestimmungsrecht eigener und fremder Bevölkerungsgruppen nicht allzu genau nehmen – aber das sei nur am Rande erwähnt.*

*Ich würde mir wünschen, dass Sie diese Aspekte in Ihre Überlegungen mit einschließen.*

*Mit freundlichen Grüßen*

**■ An Israelisch-Deutsche Industrie und Handelskammer**

*25. Juli 2012*

*Sehr geehrter Herr ...,*

*haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. Juli 2012 an den Vizepräsidenten von pax christi Deutsche Sektion, der uns um eine Antwort an Sie gebeten hat.*

*In Ihrem Schreiben stellen Sie einige kritische Rückfragen an die pax christi-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“. Insbesondere weisen Sie auf mögliche wirtschaftliche Folgen der Forderung nach einer Kennzeichnung für Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen hin. Auch uns geht es darum, die ökonomischen Konsequenzen für*

---

israelische Unternehmen, die sich an geltendes Völkerrecht halten und im Staatsgebiet Israels produzieren, zu begrenzen. In den Begleitmaterialien zur Aktion empfehlen wir kritischen Konsumenten/innen ausdrücklich den Kauf israelischer Waren, deren Herkunft aus dem israelischen Staatsgebiet zweifelsfrei ist.

Einzelne deutsche Handelsketten haben auf unsere Nachfrage hin bereits begonnen, schriftliche Erklärungen ihrer israelischen Zulieferer einzuholen, dass sie im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehungen mit dem entsprechenden Unternehmen keine Produkte aus Standorten in den völkerrechtswidrigen Siedlungen ausliefern. Diese Schritte sind ermutigend – geben sie doch den Käufern/innen des betreffenden Unternehmens bereits heute Klarheit.

Zahlreiche Unternehmen sind allerdings bislang nicht entsprechend tätig geworden. Daher sehen wir zu einer verbindlich vorgeschriebenen Kennzeichnungspflicht für Siedlungsprodukte keine Alternative – gerade im Blick darauf, eine dauerhafte Nachfragereduktion zu vermeiden. Die Verunsicherung der Verbraucher/innen besteht schließlich bereits seit dem zähen jahrlangen Ringen um die Frage der Zollpräferenz für Siedlungsprodukte. Wir hoffen, dass israelische Unternehmen, die nach wie vor in völkerrechtswidrigen Siedlungen produzieren, mittelfristig ihre Geschäftspolitik überdenken werden. Zwar ist es richtig, dass Zehntausende Palästinenser/innen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Stagnation in den besetzten Gebieten die Entscheidung treffen, sich und ihren Familien durch Arbeit in den israelischen Siedlungen ein Einkommen zu sichern. Diese Tatsache in ein „entwicklungspolitisches“ Argument ummünzen zu wollen, erscheint uns allerdings fragwürdig. In ihrem aktuellen Bericht weist die Weltbank zum wiederholten Male eindringlich darauf hin, dass die Beschränkungen durch Israels Besatzungspolitik „das größte Hemmnis für privatwirtschaftliches Wachstum auf Seiten der Palästinenser“ darstellen (vgl. World Bank, Stagnation or Revival? Palestinian Economic Prospects, March 21, 2012, S. 19).

Die palästinensische Bevölkerung ist in hohem Maße abhängig von internationaler Entwicklungshilfe. Gleichzeitig entstanden über Jahrzehnte auf besetztem palästinensischem Gebiet Siedlungen, Industriegebiete und ein eigenes Straßennetz für israelische Bürger – abgesichert durch Mauern und Zäune, die zu einem maßgeblichen Teil auf palästinensischem Land verlaufen. Um für die Siedler, die in den völkerrechtswidrigen Siedlungen leben, Sicherheit zu schaffen, wird die palästinensische Bevölkerung mitsamt ihren Wirtschaftsaktivitäten einer Abriegelungspolitik unterworfen, die vielfache Beschränkungen, Planungsunsicherheiten sowie zeit- und kostenintensive Transport- und Vermarktungswege mit sich bringt.

Aber nicht zuletzt die völkerrechtswidrigen Siedlungen selbst, die laut israelischen Menschenrechtsorganisationen rund 42% der Westbank kontrollieren, berauben die palästinensische Bevölkerung wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Gerade das Jordantal ist nach Einschätzung der Weltbank das „potentielle Wirtschaftszentrum“ für eine „exportorientierte palästinensische Landwirtschaft mit hohem Wertschöpfungspotential“ (a.a.O.). Im genannten Bericht wird daher die Beschränkung palästinensischer Wirtschaftsaktivitäten im Jordantal als besonders schwerwiegend bezeichnet. Der vollständige Bericht steht über die Länderseite „West Bank & Gaza“ unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org) zum Download zu Verfügung.

In der Hoffnung, dass wir Ihnen die Überlegungen, die unser Anliegen leiten, mit diesen Ausführungen noch einmal näher verdeutlichen konnten, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Manfred Budzinski, pax christi Nahostkommission

## Weitere Erklärungen

### ■ Deutsch-Israelische Gesellschaft Erfurt

#### **Presseerklärung: Boykotte helfen weder den Menschen noch dem Frieden**

*In der vergangenen Woche hat die katholische Organisation pax christi zu einem Boykott israelischer Waren aufgerufen, der auch vom Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter unterstützt wird.*

*Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Erfurt und die Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Thüringen schließen sich den Forderungen des Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold Robbe, an, der den Jenaer Oberbürgermeister zur Rücknahme seiner Unterschrift und pax christi zur Annullierung dieses Boykottaufrufs auffordert.*

*Entgegen der Behauptung von pax christi wird durch einen solchen Boykott nicht die palästinensische Zivilgesellschaft unterstützt.*

*Mehr als 25.000 Palästinenser arbeiten alleine in sogenannten israelischen Siedlungen, bis zu 100.000 Palästinenser sind von diesen Arbeitsplätzen und den verdienten Löhnen abhängig. Laut Angaben des Palästinensischen Büros für Statistik (PCBS) sind über 14 Prozent der Palästinenser bei israelischen Unternehmen angestellt. Ferner verdienen diese Palästinenser nach diesen Angaben doppelt so viel wie sie bei einem palästinensischen Arbeitgeber verdienen würden und arbeiten durchschnittlich 3 Stunden weniger.*

*Ein Boykott israelischer Waren würde zuerst diese Menschen und ihre Familien treffen, die pax christi vorgibt, mit ihrem Boykott angeblich zu unterstützen.*

*Die „Boykott, Desinvestition und Sanktionen“-Bewegung, die international diese Kampagne organisiert, fordert unter anderem "die israelische Besatzung und Kolonisierung aller arabischen Gebiete zu beenden", wozu auch das heutige Israel gehört. Ziel und Auswirkung der Maßnahmen soll sein: "Israel verliert seine Legitimität!" Damit wird das Existenzrecht Israels offen infrage gestellt. Mit ihrem Aufruf reiht sich pax christi in diese anti-israelische Hetze ein.*

*Zu einem Frieden zwischen Israelis und Palästinensern kann es nur über eine friedliche Verständigung kommen. Da sich der Aufruf von pax christi aber ausschließlich gegen Israel richtet und alleine Israel für den Konflikt verantwortlich macht, spaltet er und führt nicht zusammen. Statt Lösungen, liefert der Aufruf wieder einmal nur einen jüdischen Sündenbock.*

*Schließlich ruft eine deutsche Forderung nach einem Boykott aller Produkte und Waren aus dem einzigen jüdischen Staat Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus wach. Auch während der Nazi-Zeit wurde die Schuld alleine bei den Juden gesucht und Boykotte gegen jüdische Geschäfte waren der Anfang eines präzedenzlosen Völkermords an den europäischen Juden.*

*Oberbürgermeister Dr. Schröter, der für seinen verdienstvollen Kampf gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet wurde, sollte sich nicht zuletzt aus diesem Grund umgehend von dem unsäglichen Aufruf distanzieren.*

Erfurt, 30.05.2012

Ricklef Münnich – Dr. Martin Borowsky – Kevin Zdiara

---

■ AJC

**AJC Alarmed by Expanding European Boycott Campaign against Israel**

**June 6, 2012 – Berlin – AJC has raised concern about the growing number of European boycott campaigns targeting Israel.**

*In recent days the large Swiss supermarket coop Migros began labeling products originating in the West Bank and East Jerusalem, while the German branch of the church-based peace organization Pax Christi launched its "Occupation Tastes Bitter" boycott campaign against Israeli products.*

*"Boycott campaigns that target Israel hinder rather than promote peace," said Deidre Berger, director of AJC Berlin. "Organizations that promote boycotts against democracies instead of censuring autocracies discredit themselves."*

*At the recent annual meeting of Deutsche Bank shareholders, Pax Christi officials called on the bank to divest from Israeli companies with business interests in the occupied territories.*

*Berger also expressed dismay that the mayor of a German city has called for a boycott of Israeli products. Social Democratic mayor of the eastern German city of Jena, Albrecht Schröter, signed the Pax Christi boycott appeal, claiming he could no longer be silent about his experience in the occupied territories.*

*Berger questioned why Schröter felt compelled to criticize Israeli government policy while remaining silent about terror groups Hamas and Hezbollah that threaten Israel on a daily basis, or about grave human rights violations in Iran, Syria and the Palestinian territories.*

*"There are dozens of disputed territories worldwide but only Israel is singled out for a boycott," said Berger. "Those with true interest in a two-state agreement between Israelis and Palestinians understand that it can only be realized through direct negotiations between the parties."*

■ **Unterstützer-Brief der "Jews for Israeli Palestinian Peace" (www.JIPF.nu)Sweden**

*"On behalf of the Board of "Jews for Israeli Palestinian Peace" (www.JIPF.nu), a jewish organisation In Sweden, I want to express our full support for your initiative (<http://www.paxchristi.de/nahost.infos.2/nahost.infos.2.2.3/index.html>) requiring "the obligatory identification of products originating from settlements in the way the UK already does". In your response to the Jerusalem Post article dated June 3rd» you write in addition that "until then I will abstain from buying products which carry the declaration of origin `Israel`, because there might be products stemming from settlements amongst these".*

*You and your supporters are being publicly accused of being antisemites and anti-israel by people, who should know better, to say the least. In an article published in "The Independents" on June 7th with the title: Even I – an Israeli – think settlement goods are not kosher» Avraham Burg, Speaker of the Knesset (1999-2003) and Chairman of the Jewish Agency and the World Zionist Organization, writes: The large-scale and expansionist settlement enterprise erodes the Green Line every day. Residential communities, now housing more than 500,000 settlers, were established within occupied Palestinian territory in order to make us forget the Green Line's existence and prevent the establishment of an independent Palestinian state. It should long have been clear to every Israeli that anything located inside the Green Line is the democratic, legal, normative Israel, and anything beyond the line is something else: undemocratic, illegal, not normative. Not ours."and "It is not anti-Semitic and not anti-Israel to convey these messages. On the contrary: the settlers, the conquerors and their political allies – including Benjamin Netanyahu, the Prime Minister of Israel – are the real enemies of Israel's future."*

*I can assure you that we support any initiative of the kind you have started also in Sweden.*

*Please convey our support to your supporters, who are under illegitimate attack by false friends of Israel.*

*Best wishens and shalom*

*Vice chairman of JIPF*

*jipf - Judar för Israelisk Palestinsk Fred :: Kontakta oss på redaktionen@jipf.nu*

■ **Presseerklärung der Solidarischen Kirche im Rheinland: Wir schließen uns der Aktion von Pax Christi an Israel und Palästina – der schwierige Weg zu Gerechtigkeit und Frieden.** Unter diesem Thema lud die Solidarische Kirche im Rheinland am 21./22.9.12 zu einer gut besuchten Tagung in Essen- Altenessen ein. Referenten waren Andreas Zumach und Christian Sterzing.

*Mit überwiegender Mehrheit wurden folgende Beschlüsse gefasst:*

1. *Wir schließen uns der Aktion von Pax Christi an: Besatzung schmeckt bitter - Kaufverzicht für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. „pax christi fordert eindeutige Kennzeichnung der Waren aus israelischen Siedlungen. Angesichts der derzeitigen unklaren Deklaration empfiehlt die Nahostkommission Kaufverzicht“. (Näheres unter: [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de) Siehe unter Kurzmeldung vom 22.5.12 mit Link zum Infoblatt „Besatzung schmeckt bitter“.)*

2. *Wir wenden uns gegen Rüstungsexporte in den Nahen Osten, insbesondere gegen U-Boot-Lieferungen nach Israel und nach Ägypten, sowie Panzerlieferungen an Saudi-Arabien und Katar.*

*Die Solidarische Kirche im Rheinland bemüht sich gemeinsam mit anderen Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirche, den Weg des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu gehen. Die Solidarische Kirche ging 1983 aus der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland hervor, in der sich 1933 Vikare, Hilfsprediger und Gemeindeglieder gegen eine von den Nationalsozialisten dominierte Reichskirche zusammen schlossen. Das Gespräch mit der Ökumene führte seit den 70er Jahren zu einer bewussten Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System als Ursache für die globale, soziale und ökologische Zerstörung. Die Solidarische Kirche versteht ihren Auftrag im Sinne eines „Wächteramtes“, einer kritischen Begleitung vorrangig kirchlicher, jedoch ebenso gesellschaftlicher Politik, mit dem Ziel, neuerliche zerstörerische Tendenzen möglichst frühzeitig zu erkennen und nach besten Kräften gegensteuern zu können.*

■ **Gush Shalom Occupation Magazine June 5, 2012 (and some earlier articles)**

**HELP : SILENCE KILLS !**

*Settlers `expanding illegal outpost` near Hebron*

*Ma`an - Settlers from Avigayil outpost digging up land belonging to the Jabarin and Muhammad families in Masafer Yatta, an area at the southern tip of the West Bank. Who Profits June Newsletter is out*

*Ahava uses natural resources from the occupied area in its mud products // With Agrexco liquidated, settlers have begun to look for alternative marketing options.*

*German debate on labeling settlement products continues*

*Wiltrud Roesch-Metzler - Pax Christi (Germany) - "We want everybody to have the chance not to support the settlements. This is why we advocate the obligatory identification of products originating from settlements in the way the UK already does. Until then I will abstain from buying products which carry the declaration of origin `Israel`, because there might be products stemming from settlements."*

*Fayyad calls on world to boycott settlement products Khaled Abu Toameh - Jerusalem Post - Palestinian Authority Prime Minister Salam Fayyad on Sunday called on the international community to follow South Africa's example and boycott products of Israeli settlements.*

---

## 7. Berichte in Zeitungen und Zeitschriften und Reaktionen

Es werden die Veröffentlichungen in Printmedien, sofern dazu eine Abdruckgenehmigung vorliegt, im vollen Wortlaut dokumentiert.

### ■ Swiss Jews slam supermarket boycott of settlement products

By BENJAMIN WEINTHAL, JPOST CORRESPONDENT

06/12/2012 06:32

*Jewish leaders say decision “purely political,” singling out Israel and not boycotting goods from other countries where human rights violations are taking place.*

*BERLIN – Swiss-Jewish organizations sharply criticized last week a full-page advertisement in the Swiss paper Neue Zürcher Zeitung promoting the Migros supermarket’s decision to boycott products from Israeli settlements.*

*A Swiss Protestant aid organization sponsored the ad and urged readers to support the boycott.*

*In a letter to Claude Ruey, the president of the Zurich-based aid organization of the Protestant Churches of Switzerland (HEKS), Swiss-Jewish leaders wrote, “We protest this discrimination against the State of Israel and are disappointed that the HEKS as a recognized aid organization fosters anti-Israel sentiments, which have a direct effect on us Jews in Switzerland.”*

*The letter to Ruey was signed by Dr. Herbert Winter, Nicole Poëll and Gabrielle Rosenstein.*

*The Jewish leaders added that the decision is “purely political,” singling out Israel and not boycotting goods sold in Migros from other countries where human rights violations are taking place.*

*The Berlin-based office of the American Jewish Committee said in a statement last week, that the “AJC has raised concern about the European relationship to Israel, given the growing number of boycott and BDS [boycott, divestment and sanctions] campaigns targeting Israel in Europe. In recent days, the large Swiss supermarket co-op Migros began labeling products originating in the West Bank and east Jerusalem, while the German branch of the church-based peace organisation Pax Christi launched its ‘Occupation Tastes Bitter’ boycott campaign against Israeli products.”*

*Deidre Berger, director of AJC Berlin’s Ramer Institute for German- Jewish Relations, said, “Boycott campaigns that target Israel hinder rather than promote peace. Organizations that promote boycotts against democracies instead of censures for autocracies discredit themselves.”*

*She added that “At the recent annual meeting of Deutsche Bank shareholders, Pax Christi officials called on the bank to divest from Israeli companies with business interests in the occupied territories.”*

*In Friday’s Berlin daily B.Z., the popular columnist Gunnar Schupelius criticized Berlin Cardinal Rainer Maria Woelki for remaining silent about the Pax Christi boycott. Woelki told B.Z. that he will not “assess” the Pax Christi boycott against Israeli products. Critics in Germany told The Jerusalem Post last week that Pax Christi is steeped in anti-Semitism.*

*According to an article in Neue Zürcher Zeitung, Israel's Embassy in Bern condemned the boycott as a one-sided "political action" and part of a "campaign."*

■ **June 20: Outside the box**

By JERUSALEM POST READERS

06/19/2012 22:59

**Not anti-Semitic**

*Sir, – With reference to "Swiss Jews slam supermarket boycott of settlement products" (June 12), I wish to formally deny the accusation of anti-Semitism concerning our initiative "Occupation Tastes Bitter."*

*The accusation tries to divert the matter of concern, namely the strengthening of international law by not buying products from the settlements. The Jewish supporters of the initiative in Germany look at it the same way.*

*Pax Christi keeps the memory of the Shoah alive and supports friendship between Germans and Israelis, and a just peace.*

WILTRUD METZLER

Stuttgart

*The writer is vice president of Pax Christi Germany*

■ **Die Welt online 07.06.12**

**Israel und Europa Streit um Markierung von Waren aus Siedlungsgebieten**

*Mehrere Länder wollen Waren aus israelischen Siedlungen kennzeichnen. Eine katholische Friedensbewegung fordert das auch für Deutschland. Vertreter Israels kritisieren die Kennzeichnung als rassistisch....*

■ **Die Katholische Nachrichten-Agentur: KNA-Basisdienst vom 08.06.2012**

**Kennzeichnung von Waren aus israelischen Siedlungen gefordert**

*Berlin (KNA) Die katholische Friedensbewegung Pax Christi begrüßt Pläne in mehreren Ländern, Waren aus israelischen Siedlungen zu kennzeichnen. Auch Deutschland solle hier Klarheit schaffen. Das forderte der Sprecher der Pax Christi-Nahostkommission, Manfred Budzinski, am Donnerstag in Berlin. „Solange unklar ist, ob die Früchte in meinem Einkaufskorb aus dem Staatsgebiet Israels oder aus völkerrechtswidrigen Siedlungen kommen, hat ihr Kauf einen bitteren Beigeschmack.“ Die Bundesregierung müsse „diese problematische Praxis“ überdenken.*

*Die Schweizer Supermarktkette „Migros“ hatte angekündigt, ab 2013 auf Verpackungen „Westbank, israelisches Siedlungsgebiet“ oder „Ostjerusalem, israelisches Siedlungsgebiet“ anzugeben. Auch Dänemark und Südafrika planen eine Kennzeichnung von Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen. In Großbritannien werden seit 2009 Siedlungsprodukte kenntlich gemacht.*

*Die Kennzeichnung ist umstritten. Organisationen wie Pax Christi und das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (Heks) begrüßen diese Praxis; israelische Vertreter dagegen kritisieren sie als „rassistisch“. Produkte anderer Krisenherde würden auch nicht gekennzeichnet. Das American Jewish Committee äußerte sich besorgt über eine „Ausweitung der Boykott-Kampagne gegen Israel“.*

*(KNA - lmkqkr-bd-1008.33to-1)*

---

■ **B.Z. (Springer-Presse) vom 7. Juni 2012**

**Katholiken rufen zum Israel-Waren-Boycott auf**

Gerechter Zorn

**07. Juni 2012 21:36 Uhr, Gunnar Schupelius | Aktualisiert 14:45 Gunnar Schupelius: Berliner Katholiken fordern Boycott von Waren aus Israel. Der Kardinal schweigt....Hat Schupelius recht? Rufen Sie an: 030/2591 73153 oder Mail: [gunnar.schupelius@axelspringer.de](mailto:gunnar.schupelius@axelspringer.de)**

Im Vorfeld hatte Manfred Budzinski mehrere Fragen beantwortet und folgende Mail von G. Schupelius erhalten:

■ **Gesendet: Mittwoch, 6. Juni 2012 15:59 An: [sekretariat@paxchristi.de](mailto:sekretariat@paxchristi.de)**

„Betreff: Zitate Herr Budzinski

...Die folgenden Zitate würden wir gerne verwenden:

- 1) Wir gehen davon aus, dass Unternehmen im Staatsgebiet Israels selbst ein Interesse daran haben, dass ihnen die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik keinen wirtschaftlichen Schaden zufügt und – in unserem Sinne – an einer klaren Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen interessiert sind.
- 2) Die Verbraucher werden im Unklaren darüber gelassen, dass diese Waren mit Völkerrechtsbruch in Verbindung stehen. Anders als bei Produkten aus anderen Konfliktregionen, in denen das Völkerrecht verletzt wird, haben Konsumenten bislang nicht die Wahl, ob sie diese Waren wollen oder nicht, weil sie nicht kenntlich sind. Uns geht es um die korrekte Kennzeichnung dieser Waren.
- 3) Es geht nicht um Israel als Staat, sondern um eine konkrete Besatzungspolitik, die von IGH, EU, Bundesregierung kritisiert wird – allerdings, ohne dass man bislang die Konsequenzen für die Handelsbeziehungen bis auf die Ebene der Verbraucher in den Blick genommen hat. Auf dieses Manko weisen wir hin und machen einen konkreten Vorschlag für mehr Transparenz und Klarheit im Sinne geltender Menschen- und Völkerrechtsstandards.

Mit freundlichem Gruß, Ihr Gunnar Schupelius“

■ **Meinungen zum B.Z. Beitrag**

**Der Freitag 08.06.2012 | 19:17 1 Abstimmung für die pax christi-Kampagne "Besatzung schmeckt bitter"**

Ein Artikel in der in Berlin erscheinenden "BZ", die zum Axel-Springer-Verlag gehört, eröffnet jetzt die Möglichkeit, die Kampagne der katholischen Friedensorganisation pax christi "Besatzung schmeckt bitter" per Mausclick zu unterstützen: [www.bz-berlin.de/aktuell/berlin/katholiken-rufen-zum-israel-waren-boykott-auf-article1476428.html](http://www.bz-berlin.de/aktuell/berlin/katholiken-rufen-zum-israel-waren-boykott-auf-article1476428.html) Der Autor, Herr Schupelius, findet diese Kampagne "billig". Es kein Mangel an Respekt für ihn, wenn ich mir hier nicht eingehender mit seinen Argumenten auseinandersetze, sondern einfach nur sage: sie überzeugen mich nicht und deshalb habe ich unter "Hat Schupelius recht?" den Button "Nein" gedrückt. Das hatten am Freitag, den 08.Juni gegen 14:30 Uhr bereits 60% derjenigen getan, die sich bis dahin an der Befragung beteiligten. Wie der Stand jetzt ist, weiß ich nicht, denn das erfahren die Benutzerin und der Benutzer nur, wenn sie einen der beiden Buttons drücken. Und da ich nicht gemogelt und nicht ein zweites abgestimmt habe, bleibt mir der derzeitige Spielstand verborgen. Es ist jedenfalls spannend, und es besteht hier die einfache Chance, einen gewaltlosen Weg zur Überwindung von Besatzung und Kolonialismus in Israel/Palästina zu unterstützen - während, wegen, trotz des Fußballspiels - oder einfach danach. pax christi hat sehr klar gemacht, worum es in der Kampagne geht: "pax christi fordert eindeutige Kennzeichnung der Waren aus israelischen Siedlungen. Angesichts der derzeitigen unklaren Deklaration empfiehlt die Nahostkommission Kaufverzicht."

■ **Leserbrief an die B.Z.**

„Werter Herr Schupelius, auch unter Berücksichtigung der editorialen Vorgaben für Mitarbeiter Ihres Hauses bleibt bei Ihrem Artikel ein übler Nachgeschmack. Hat beispielsweise im Falle der Apartheid Südafrikas jemals jemand gefordert, Boycott-Aufrufe mit gleichen gegen die VR China zu verbinden? Und, wissen Sie nicht, dass sowohl Syrien wie auch Iran seit langem mit zahlreichen Wirtschaftsboykott-Maßnahmen belegt sind? Was

haben Sie eigentlich dagegen? Mit dem Besatzungsregime Israel verbinden die Bundesrepublik, auch als Mitglieder der VN, hingegen zahlreiche Sonderbeziehungen. Die sich daraus für den Partner Israel ergebenden Verpflichtungen, darunter das Einhalten der Menschenrechte und des allgem. Völkerrechtes - auch nach einem angeblich von gegnerischer Seite unternommenen Angriffskrieges! neueste Dokumente belegen, dass es sich im Jahr 1967 um einen von Israel bewusst provozierten Angriff seitens der Ägypter handelte - wurden vom israel. Partner allesamt bisher nicht eingehalten.

Boykottaufrufe gelten selbstverständlich nur bedingt, nämlich bis zur Erfüllung völker- und menschenrechtlicher Bedingungen. Haben Sie wirklich etwas dagegen? Es wäre bedenklich, wenn Ihre - was ich nicht glauben will - Israel-Verbundenheit in Gestalt von Philosemitismus nichts anderes wäre als die Kehrseite der übelste Form von Diskriminierung, nämlich Antisemitismus. An Beispielen fehlt es ja nicht.“

#### ■ Publik Forum schrieb am 9. Juni 2012 in Personen und Konflikte



Manfred Budzinski, Sprecher der Nahostkommission der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, hat die Kritik an der Obsttüten-Aktion »Besatzung schmeckt bitter« aufs Schärfste zurückgewiesen. Mit dieser Aktion ruft Pax Christi zum Boykott von israelischen Siedlungsprodukten auf. Kritiker hatten die Aktion mit antisemitischen Hetzparolen wie »Kauft nicht bei Juden« verglichen. »Es ist unangemessen und inakzeptabel, eine zivilgesellschaftliche Aktion zur Stärkung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch NS-Vergleiche diffamieren zu wollen«, sagte Budzinski. Vielen Verbrauchern sei aber nicht bewusst, dass sich hinter der Ursprungsbezeichnung »Israel« auch Waren verbergen, die mit Besatzung und Völkerrechtsbruch in Zusammenhang stünden.

#### ■ In der Jüdischen Allgemeinen erschien am 14. Juni 2012 folgender Beitrag:

Jüdische Allgemeine vom 14.06.2012

**Seite:** 1 bis 1 **Jahrgang:** 2012

**Ressort:** Seite 1 **Nummer:** 24

**Quellrubrik:** Seite 1

EINSPRUCH

Boykott light

Pax Christi will einen "gerechten Frieden in Palästina und Israel" erzwingen, indem Produkte aus dem Westjordanland und Ost-Jerusalem nicht mehr als israelisch deklariert werden dürfen. Im Zuge dieses "Boykott light" sollen Verbraucher selbst entscheiden, ob sie etwa Gemüse aus "illegalen Siedlungen" kaufen wollen -denn "Besatzung schmeckt bitter"...

Der Autor ist Chef vom Dienst beim "Kölner Stadt-Anzeiger".

**Urheberinformation:** (c) Axel Springer AG

© PMG Presse-Monitor GmbH

#### ■ Ebenfalls am 14. Juni 2012 in jungle world:

## »Eine gewisse Note«

Die katholische Organisation Pax Christi empfiehlt in ihrer neuen Kampagne »Besatzung schmeckt bitter«, keine israelischen Produkte zu kaufen, solange Waren aus israelischen Siedlungen im Westjordanland nicht eindeutig gekennzeichnet sind. Der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) unterstützt dies. Kevin Zdiara, der

---

stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) in Erfurt, hat mit der Jungle World über den Fall gesprochen.

Small Talk von Markus Ströhlein

**Sie haben Schröter öffentlich kritisiert. Was werfen Sie ihm vor?**

Er hat seine Unterschrift unter den Aufruf von Pax Christi gesetzt. Die Kampagne richtet sich einseitig gegen Israel und ist implizit ein genereller Boykottaufruf. Das hat angesichts der deutschen Geschichte eine gewisse Note, ein Vergleich mit dem Aufruf »Kauft nicht beim Juden« liegt nahe. Das zu unterstützen, werfe ich Schröter vor.

**Pax Christi behauptet, es gehe nur um Waren aus »völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen«. Schröter sagt, er wolle nicht generell israelische Produkte boykottieren.**

Das sind Versuche, die Sache schönzureden. Zum einen gibt es Äußerungen der Vizepräsidentin von Pax Christi, in denen sie ihren Willen zum generellen Boykott israelischer Waren bekundet. Zum anderen gibt es nun mal keine gesonderte Kennzeichnung für Waren aus israelischen Siedlungen. Praktisch gesehen können diese Leute also nur pauschal israelische Produkte boykottieren. Das gibt Pax Christi auch selbst zu.

**Wie hat die Öffentlichkeit auf den Vorfall reagiert?**

Schröter ist in Thüringen bekannt für sein Engagement gegen den Rechtsextremismus und für die jüdische Gemeinde. Er stellt sich als Opfer einer Kampagne dar, die ihn als Antisemiten stigmatisieren wolle. Die bürgerliche Öffentlichkeit ist deshalb still geblieben. Die NPD hat Schröter gelobt. Aber der Beifall der Nazis hat niemanden zum Nachdenken gebracht.

**Martin Borowsky, der Vorsitzende der DIG Erfurt, hat verlangt, sich wieder »stärker auf die Gemeinsamkeiten« mit Schröter zu konzentrieren.**

Ich bin über diese Aussage nicht gerade glücklich. Schröter hat mehrmals an Demonstrationen in Israel gegen den Sicherheitswall teilgenommen, in Bad Boll hat er 2010 auf einer der Hamas sehr freundlich gesinnten Konferenz einen Vortrag gehalten, er hat sich gegen die Gaza-Blockade ausgesprochen, er hat den israelischen Sicherheitswall mit der Berliner Mauer verglichen. Über Selbstmordattentate, den Raketenbeschuss aus Gaza oder die Anstachelung zum Hass auf Juden hat er kaum gesprochen.

Anmerkung: Zdiara wiederholt mit seinen Worten „Zum einen gibt es Äußerungen der Vizepräsidentin von Pax Christi, in denen sie ihren Willen zum generellen Boykott israelischer Waren bekundet“ eine Behauptung aus der Jerusalem Post, der die Vizepräsidentin dort bereits widersprochen hat.

■ In die tageszeitung (taz) vom 29. Juni 2012 wurde berichtet  
(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der taz - die tageszeitung)

**SPD Jena will Waren aus Israel kennzeichnen**

Bitterer Nachgeschmack

**Der SPD-Oberbürgermeister von Jena unterstützt einen Aufruf von Pax Christi: Waren aus israelischen Siedlungen in Palästina zu kennzeichnen. Dafür steht er jetzt in der Kritik. VON DANIEL BAX**

BERLIN taz | Weil er einen Aufruf der katholischen Menschenrechtsorganisation Pax Christi unterstützt, die eine Kennzeichnungspflicht von Produkten aus israelischen Siedlungen fordert, hat Jenas SPD-Oberbürgermeister Albrecht Schröter viel Ärger auf sich gezogen. Im Internetblog des Publizisten Henryk M. Broder, „Achse des Guten“, und in Springers Welt wurde ihm vorgeworfen, einem Israelboykott das Wort zu reden, und ein besonders rühriger Broder-Freund unterstellte Schröter in der nationalistischen israelischen Zeitung Jerusalem Post „Antisemitismus“. Die Protestbriefe, die der 57-jährige Politiker seitdem aus dem gesamten Bundesgebiet erhält, füllen inzwischen ganze Aktenordner.

**Ironisch: Die EU ist auf Seite der Jenaer SPD**

Zudem sah sich das Stadtoberhaupt gezwungen, seine Facebookseite abzuschalten und Anzeige gegen unbekannt zu erstatten, weil ihm die Beschimpfungen im Netz zu viel wurden. Die Ironie dieser Affäre ist, dass Schrö-

ter in dieser Sache eine in der EU gängige Position vertritt. Denn dass die israelischen Siedlungen dem Völkerrecht nach illegal sind, ist internationaler Konsens. In der EU sind sich viele Staaten längst einig, dass Produkte aus israelischen Siedlungen besonders gekennzeichnet sein müssten. Die Verbraucher werden dadurch in die Lage versetzt, selbst zu entscheiden, ob sie Produkte aus den umstrittenen Gebieten kaufen oder nicht. Großbritannien verlangt diese Kennzeichnung bereits seit längerer Zeit, in Skandinavien ist Dänemark kürzlich nachgezogen.

### **„Besatzung schmeckt bitter“**

Mit seinem Aufruf „Besatzung schmeckt bitter“ fordert Pax Christi, dass sich die Bundesrepublik diesen Ländern anschließt. Das ist vielleicht auch der Grund, warum die Kritik an Schröter jetzt so scharf ausfällt. Denn die EU-Außenminister haben Israel erst im Mai eine Frist gesetzt, den Siedlungsbau einzustellen und ein Zeichen für einen friedlichen Ausgleich mit den Palästinensern zu setzen. Sonst, so drohten die versammelten Minister, werde man zu gemeinsamen Strafmaßnahmen wie etwa der Kennzeichnungspflicht israelischer Produkte greifen. Natürlich kann man sich fragen, ob es zu den Aufgaben eines deutschen Bürgermeisters gehört, sich zu außenpolitischen Fragen zu äußern. Und dass der Nahostkonflikt in Deutschland ein besonders vermintes Gelände ist, musste schon der Linkspartei-Politiker Helmut Dierkes in Duisburg vor drei Jahren erfahren: Nachdem er sich öffentlich für einen Boykott israelischer Produkte ausgesprochen hatte, musste er als Oberbürgermeisterkandidat seiner Partei zurücktreten.

### **CDU: Lieber Lokal-Nazis bekämpfen statt Menschenrechte verfechten**

Schröter beeilte sich deswegen, rasch klarzustellen, dass es ihm keineswegs um eine generelle Ablehnung israelischer Produkte gehe – sondern eben nur um die Pflicht zur Deklaration, ob sie aus illegalen Siedlungen stammen oder nicht. Besonders geschmerzt haben muss es Schröter, dass die CDU-Politikerin Vera Lengsfeld, mit der er früher in der DDR-Bürgerrechtsbewegung war, ihn aufforderte, sich lieber um die Nazis in seiner Stadt kümmern. Tatsächlich haben die Taten der Thüringer Terrorzelle, die ursprünglich aus Jena stammt, die Stadt in ein schlechtes Licht gesetzt. Doch Schröter engagiert sich seit Jahren gegen den Rechtsextremismus in der Region und hat die Szene erfolgreich eingedämmt. Für seinen Einsatz wurde er deshalb im vergangenen Jahr – unter anderen von der Jüdischen Gemeinde in Berlin – mit einem „Preis für Zivilcourage“ ausgezeichnet.

### **Wer palästinensische Zustände kennt, kann als Humanist nicht tatenlos bleiben**

Auch den Kampf gegen Antisemitismus nimmt Schröter ernst. Er hat ein Buch über „Juden in Jena“ herausgegeben und dafür gesorgt, dass in seiner Stadt öffentlich an Verbrechen der NS-Zeit erinnert wird. Sein Einsatz für die Rechte der Palästinenser rührt daher, dass er die Region oft bereist hat und die Verhältnisse vor Ort gut kennt.

Als ihm die Kampagne über den Kopf zu wachsen drohte, setzte sich Schröter deshalb mit der Deutsch-Israelischen Gemeinschaft in Erfurt und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen in Verbindung. Zusammen verfassten sie eine Erklärung, mit der sie sich gegen die Anwürfe gegen Jenas Oberbürgermeister verwahrten. Die Erklärung hat die Wogen etwas geglättet.

### **■ Welt Online am 15.6.2012:**

**WELT** **ONLINE**

"Maxeiner & Miersch"

### **Manche werden ihren "Judenknacks" niemals los**

Einst kämpften Linksradikale in Deutschland mit Bomben gegen Israel. Heute rufen "Pax Christi" und die Linkspartei zum "Kaufverzicht" von Waren aus den jüdischen Siedlungen im Westjordanland auf. Von Dirk Maxeiner und Michael Miersch

Die Autoren haben zahlreiche Sachbücher zu Politik und Wissenschaft verfasst und betreiben den Blog [achgut.com](http://www.achgut.com) (Link: <http://www.achgut.com/dadgdX/>) .

*Pax Christi fordert Kennzeichnung von Produkten aus jüdischen Siedlungen im besetzten Palästina*

## „Besatzung schmeckt bitter“

**B**esetzte Gebiete oder israelische Militärbesatzung sind Begriffe, die man in der deutschen Presselandschaft selten liest. Stattdessen ist von „umstrittenen Gebieten“ oder von „durch Israel verwaltete Gebiete“ die Rede, manchmal auch von Gebieten der Palästinensischen Autonomiebehörde. Doch die Autonomie gilt nur im A-Gebiet des West-Jordanlandes, also gerade einmal auf 18 Prozent des Gebietes, das fast zweimal auf die Fläche der Erzdiözese Bamberg passt.

Seit 45 Jahren sind das West-Jordanland, Ost-Jerusalem und der Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung – mit Auswirkungen für das tägliche Leben der dort lebenden fast vier Millionen Palästinenser: Israel kontrolliert alle Außengrenzen und damit Ein- und Ausreise sowie Ein- und Ausfuhr, den Luftraum und die Überflugsrechte von Fluggesellschaften und das Bevölkerungsverzeichnis – mit zum Teil katastrophalen Folgen: Möchte ein Palästinenser umziehen, muss Israel zustimmen. Will ein mit einer Ausländerin Verheirateter diese zu sich holen, muss er einen Antrag auf Familienzusammenführung stellen: Zehntausende solcher Anträge stapeln sich in israelischen Amtsstuben, manche schon seit zehn Jahren.

Ein Aspekt der Besatzung dürfte vielen Menschen – im Gegensatz zu den vorgenannten – jedoch hin-

reichend bekannt sein: Landenteignung mit folgender Besiedlung durch jüdische Siedler. Seit 1967 sind, laut israelischer Menschenrechtsorganisation B'tselem, 124 Siedlungen im West-Jordanland und 12 weitere in Ost-Jerusalem entstanden. Die Gesamtzahl der Siedler: 498 000. Die Kolonien sind laut 4. Genfer Konvention völkerrechtswidrig. Deren Artikel 49 stellt klar fest: „Besatzungsmächte dürfen Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerungen nicht in besetzte Gebiete umsiedeln.“

Auf diese Problematik lenkt Pax Christi mit einer Obststübenaktion nun den Blick. Die Nahostkommission der Friedensorganisation macht mit farbig bedruckten Papiertüten Verbraucher darauf aufmerksam, dass Obst und Gemüse mit der Ursprungsangabe Israel oft aus den illegalen Kolonien stammen. Obwohl israelische Unternehmen schon seit 2005 dazu verpflichtet sind, Exporte in die EU so zu kennzeichnen, dass der Zoll Siedlungsprodukte erkennen kann, sind Verbraucher hierzulande bis heute darüber im Unklaren.

Diese ruft Pax Christi nun auf, von Obsthändlern, Handelsketten, Verbraucherzentralen und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine eindeutige Kennzeichnungspflicht einzufordern. Eine solche besteht in Großbritannien schon seit Jahren, erklärt Kommissions-



Der palästinensisch-christliche Friedensaktivist Daoud Nassar empfängt eine palästinensische Gruppe auf seinem Grundstück, dem so genannten Dahers Weinberg bei Bethlehem, wo er vor etwa zehn Jahren das Begegnungsprojekt Zelt der Völker begonnen hat. Der Ort ist von fünf Siedlungen umgeben, immer wieder kam es zu Gewalt seitens der Siedler gegen das Projekt (Zerstören von Wassertanks, Ausreißen von jungen Olivenbäumen, etc.).



Die jüdische Siedlung Har Homa wurde in den 1990-er Jahren auf enteignetem und beschlagnahmtem palästinensischem Land zwischen Jerusalem und Bethlehem gebaut. Fotos: Johannes Zang

(vor allem im Jordantal) stammen könnten. „Denn Besatzung schmeckt bitter.“

Die Kampagne wird über Pax Christi hinaus von Organisationen und Personen unterstützt, darunter von Dr. Rupert Neudeck (Grünhelme e.V., Cap Anamur), der deutschen Jüdin Iris Hefets (Kritische Juden und Israelis) und Dr. Albrecht Schröter, dem Oberbürgermeister von Jena, dem jedoch folgende Ergänzung wichtig ist: „Einen generellen, pauschalen Boykott von Produkten aus dem israelischen Staatsgebiet halte ich nicht für richtig.“

Dass dies das angebliche Ziel der Aktion sei, legt die Berliner Zeitung BZ nahe, die am 8. Juni titelte: „Berliner Katholiken fordern Boykott von Waren aus Israel. Der Kardinal schweigt.“ Für Chefreporter Gunnar Schupelius wirkt der „selbstgerechte Boykott der saturierten Katholiken aus dem sicheren Berlin geschmacklos und auf viele Juden wie Verrat.“ Am Ende des Beitrags werden die Leser gefragt, ob Schupelius recht habe und zu einer Stellungnahme via Telefon oder Email aufgefordert.

Wie so oft, wenn es um Israel, Palästina und den Nahostkonflikt geht, stehen sich zwei Lager gegenüber. Kritik und Vorwürfe werden geäußert, manchmal auch der Gegenseite böse Absichten unterstellt. Der Berlin-Korrespondent

der israelischen Zeitung Jerusalem Post machte aus der Obststüben-Unterstützung des Jenaer Oberbürgermeisters die Schlagzeile: „Nichtregierungsorganisationen: Der Israel-Boykott eines deutschen Bürgermeisters ist antisemitisch.“ Im Artikel werden „führende deutsche Nichtregierungsorganisationen“ zitiert, in deren Augen Dr. Schröters Unterstützung so „aggressiv“ sei, dass sie an die Nazi-Parole Kauff nicht bei Juden erinnere.

Pax Christi beabsichtigt jedoch in keinster Weise einen generellen Boykott israelischer Produkte, sondern, wie Manfred Budzinski mehrfach betont hat: „Das alleinige Ziel unserer Aktion ist die differenzierte Kennzeichnung der Waren.“

Den derzeit tobenden verbalen Kleinkrieg hat Professor Rolf Verleger, deutscher Jude und Mitunterzeichner der Pax Christi-Kampagne, eine Glosse schreiben lassen. Titel: „Auch Politiker dürfen für Völkerrecht sein.“ Das Beispiel von OB Schröter imponiert ihm und er empfiehlt es anderen Politikern zur Nachahmung. Sein Fazit: „Man kann sich gegen Israels Besatzungspolitik einsetzen und trotzdem im Amt bleiben.“

Johannes Zang

[www.btselem.org](http://www.btselem.org)  
[www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)  
[www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de)

■ In Welt-Sichten Nr. 8/2012 stand

SCHWEIZ

## Datteln made in Westjordanland

In der Schweiz ist ein Streit über die Kennzeichnung von Produkten aus Israel entbrannt

Es waren zwölf Zeilen mit großer Wirkung: Der größte Schweizer Einzelhändler Migros kündigte Ende Mai an, ab dem kommenden Jahr Produkte aus israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischen Gebiet zu kennzeichnen. Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) begrüßte das und zog sich prompt Kritik dafür zu.

Das HEKS hatte der Migros in einem ganzseitigen Inserat in der Neuen Zürcher Zeitung zum „mutigen ersten Schritt“ gratuliert. Dabei dürfe es aber nicht bleiben. HEKS appellierte an die Migros und andere Einzelhändler, nicht weiter Waren zu verkaufen, die „unter Verletzung des internationalen Rechts hergestellt werden“. Es gehe nicht um einen generellen Boykott israelischer Produkte. Man wolle gemeinsam über Wege diskutieren, wie die Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen für soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten sind.

Für diese Anzeige muss sich das HEKS Kritik gefallen lassen, auch bei der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK). Das Inserat stehe in Kontrast zum Stiftungszweck, wurde moniert. HEKS dürfe nicht rüfen und zu Strafmaßnahmen aufrufen. „Das Werk muss zum Frieden beitragen“, sagte ein Abgeordneter, aber das Inserat sei kein Statement für den Frieden, sondern eine Verurteilung.

Jüdische Vereinigungen wie der Schweizerische Israelitische Gemeindebund werfen dem HEKS „anti-israelische Stimmungsmache“ vor. Da im Inserat ausschließlich Israel erwähnt werde, scheine es, „dass der Appell in erster Linie für Produkte aus Israel gilt“. In den Supermärkten gebe es jedoch auch Waren aus anderen Teilen der Welt, die aus völkerrechtlicher oder menschenrechtlicher Sicht problematisch seien.

HEKS-Direktor Ueli Locher erklärte zu den Vorwürfen im „Kirchenboten online“, HEKS nehme nur Stellung zu Menschenrechtsfragen in Ländern, in denen es tätig sei. Und das ist in Palästina der



Logo der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der deutschen Sektion von Pax Christi.  
MAX CHRISTI

WELT SICHTEN | 8/2012

54 JOURNAL SCHWEIZ

Fall. Die ökumenischen Begleiter, die der Weltkirchenrat dorthin sendet, meldeten regelmäßig Übergriffe und Demütigungen aus den besetzten Gebieten. „Als kirchliches Hilfswerk haben wir den Auftrag, auf der Seite der Schwächsten zu stehen“, betonte Locher. Es gehe aber nicht darum, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen.

Pax Christi weist den Vorwurf des Antisemitismus zurück  
Die katholische Friedensbewegung Pax Christi aus Deutschland begrüßte den Beschluss der Migros ebenfalls. Die Organisation macht derzeit mit ihrer Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ darauf aufmerksam, dass Obst und Gemüse mit der Herkunftsangabe „Israel“ oft aus israelischen Siedlungen in den Palästinensergebieten stammt, und fordert die Verbraucher auf, sich für eine eindeutige Kennzeichnung solcher Waren einzusetzen. Kritiker der Kampagne haben das schon mit antisemitischen Hetzparolen gleichgesetzt – einen Vorwurf, den Pax Christi weit von sich weist. Es handle sich um eine zivilgesellschaftliche Aktion zur Stärkung der Menschenrechte und des Völkerrechts.

In der Schweiz hat HEKS alle großen Einzelhändler zum einem Runden Tisch eingeladen und will mit ihnen über den Verkauf von Produkten aus den besetzten Gebieten diskutieren. Im Übrigen erfüllt die Migros mit der präzisen Deklaration der Herkunft etwa von Datteln Schweizer Recht. „Für Waren aus dem besetzten palästinensischen Gebiet ist der Hinweis auf Israel als Produktionsland nicht zulässig“, heißt es in einer Antwort des Bundesrates, der Schweizer Regierung, auf eine parlamentarische Anfrage. Die internationale Gemeinschaft erkenne das von Israel besetzte palästinensische Gebiet einschließlich der Siedlungen nicht als israelisches Territorium an. Deshalb gelten auch andere Zollregelungen. Die zweitgrößte Schweizer Einzelhandelsgruppe Coop deklariert schon seit einiger Zeit die Soda-Club-Geräte mit „Made in Westjordanland“.

Rebecca Vermot

# Jüdische Siedler boykottieren?

Die Nahostkommission der katholischen Friedensbewegung Pax Christi ruft auf zur Aktion »Besatzung schmeckt bitter«. Boykottiert werden sollen Waren aus den völkerrechtswidrigen jüdischen Siedlungen im besetzten Palästina. Da Israel sich weigert, die Waren aus den besetzten Gebieten eigens auszuzeichnen, läuft die Aktion hinaus auf einen Kaufverzicht israelischer Produkte. Ein Pro und Contra



**Wiltrud Rösch-Metzler**, 53, ist Politologin, Nahostexpertin und Vizepräsidentin der katholischen Friedensbewegung Pax Christi in Deutschland.

## »Keine Waren aus den illegalen Siedlungen kaufen«



Außerhalb der international anerkannten Grenzen Israels lässt die israelische Regierung Siedlungen bauen und erweitern. Städte, Industriezonen und ein Straßennetz, das diese mit Israel verbindet, durchziehen und zerteilen die von Israel besetzten Gebiete Westbank und Ostjerusalem. 42,8 Prozent der Westbank werden bereits von den Siedlungen beansprucht.

Weil eine Besatzungsmacht gemäß der *Vierten Genfer Konvention* ihre eigene Bevölkerung nicht in besetztem Gebiet ansiedeln darf, gelten die Siedlungen als völkerrechtswidrig. Dennoch wächst die Bevölkerung in den Siedlungen. In der Westbank mit 300 000 Siedlern hat sie sich in zwölf Jahren fast verdoppelt. Weitere rund 200 000 Siedler leben in Ostjerusalem.

Wenn Politik versagt, ist die Zivilgesellschaft gefordert. Im Rahmen der Obsttüten-Aktion von Pax Christi »Besatzung schmeckt bitter« können Verbraucherinnen und Verbraucher über das Portal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de) dem Bundesverbraucherministerium in Berlin deutlich machen, dass sie diesen Völkerrechtsbruch nicht länger stillschweigend hinnehmen wollen.

Anders als in Großbritannien gibt es in Deutschland aber bislang keine eindeutige Kennzeichnung der Waren aus Israel. Obst und Gemüse mit der Ursprungsangabe »Israel« stammt vielfach aus völkerrechtswidrigen Siedlungen außerhalb des israelischen Staatsgebiets. Verbrauchern, die sichergehen wollen, dass sie keine Siedlungsprodukte kaufen, bleibt derzeit nur die Möglichkeit, bis zur Einführung der Kennzeichnung auf Waren mit der unklaren Ursprungsangabe »Israel« zu verzichten.

Es geht um kritischen Konsum im Einklang mit geltendem Völkerrecht. Wenn immer mehr Verbraucher auf den Kauf von Siedlungsprodukten verzichten, tragen sie dazu bei, dass sich eine Produktion unter Verletzung des Völkerrechts nicht mehr lohnt. ■

Info: [www.paxchristi.de/nahost](http://www.paxchristi.de/nahost)

## »Eine unsinnige und rechthaberische Aktion«



Wir können uns »im Bemühen um Aussöhnung und Verständigung im Nahostkonflikt nicht an einem Kaufboykott von Waren aus Israel beteiligen«, schrieb die Regionalstelle Osnaabrück-Hamburg von Pax Christi an ihre Generalsekretärin. Offenbar gelingt es der Aktion »Besatzung schmeckt bitter« schon bei den eigenen Leuten nicht, den feinen Unterschied zu vermitteln, auf den sie so großen Wert legt: Um Verbraucheraufklärung ginge es – nicht um einen Boykott israelischer Waren. Der Käufer solle erfahren, welches Gemüse aus »völkerrechtswidrigen Siedlungen auf besetztem palästinensischen Gebiet« stammt – und wird dann doch aufgefordert: »Verzichten Sie ... auf Lebensmittel, die die unklare Ursprungsangabe ›Israel‹ tragen.«

»Einen gerechten Frieden in Palästina und Israel« will Pax Christi. Doch der ist nun mal nicht so billig zu haben. Das macht Pax Christis Aktion so unsinnig und rechthaberisch. Kürzlich mussten zwei palästinensische Händler im Westjordanland knapp 12 000 Euro Strafe an die *Palästinensische Autonomiebehörde* zahlen. Das Verbrechen: Sie hatten Datteln aus israelischen Siedlungen verkauft. Die rund 1,4 Tonnen Datteln wurden vernichtet.

Es passt eben dort wie hier nicht ins Bild, dass inzwischen Hunderttausende von Palästinensern von einer Zusammenarbeit mit Israelis als Partnern oder Arbeitgebern leben – egal wie man zu den Siedlungen stehen mag. Aber so muss Friede letztlich wachsen: Nicht ideologisch und agitatorisch, sondern zwischen den Menschen, im Zusammenleben und in Verhandlungen!

Der geschmacklose Boykottaufruf von Pax Christi hilft keinem einzigen Palästinenser, sondern dient deren Strategien der Feindschaft, das Westjordanland »judenrein« zu machen, wie das früher mal hieß. ■



**Ricklef Münnich**, 57, Pfarrer in Erfurt, ist evangelischer Präsident im Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

■ Leserbriefe in Publik-Forum



**Völkerrechtswidrige Besatzung: Ein Palästinenser nahe der Westbank betrachtet seine Olivenbäume, die von jüdischen Siedlern zerstört wurden**

## Waren aus besetztem Land

Zu: »Jüdische Siedler boykottieren?« (16/12)

Die Argumentation von Pfarrer Münnich läuft auf eine Akzeptanz der israelischen Besatzung des Westjordanlandes hinaus. Wir kommen einem Frieden zwischen Israel und Palästina nicht dadurch näher, dass wir die mit dem Völkerrecht unvereinbare Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels unterstützen. Das Unrecht der Besatzung wird nicht dadurch legitimiert, dass viele Palästinenser, der wirtschaftlichen Not gehorchend, für die israelischen Besatzer arbeiten. Höchst unangebracht ist die Aussage, der Boykottaufruf von *Pax Christi* diene den Strategen der Feindschaft, das Westjordanland »judenrein« zu machen. Hiermit werden die Realitäten vor Ort auf den Kopf gestellt, denn es ist schließlich die israelische Regierung, die durch ihre Politik der Landnahme und der Repression zahlreiche Palästinenser zwingt, ihre Heimat zu verlassen. Diese Aussage mutet zudem wie purer Hohn an, wenn man sich vor Augen führt, dass die arabischen Bürger Ostjerusalems einem starken Druck ausgesetzt sind, ihre Stadt zu verlassen und Agitatoren der israelischen Siedlerbewegung, unter ihnen leider auch Rabbiner, offen für ein »araberfreies« Jerusalem eintreten. ■

Helmut Krings, Achern

Schade, Frau Rösch-Metzler hätte für ihre Position einen besseren Widerpart verdient. Denn der Beitrag von Ricklef Münnich ist einfach nicht ernst zu nehmen! Da weist die Aktion darauf hin, dass Israel seit Jahrzehnten Palästina völkerrechtswidrig besetzt hält und entgegen den Bestimmungen der EU Exportwaren falsch deklariert. Es ist schlimm genug, dass die Völkergemeinschaft das Unrecht duldet; aber eine Gruppe, die das Unrecht Unrecht nennt, »rechthaberisch« zu nennen, ist schon ziemlich quer, auch dreist. In der Argumentation das Beispiel mit den Datteln zu bringen ist geradezu gemein. Da müssen viele Palästinenser Arbeit suchen, wo sie sie finden, weil die Wirtschaft in Palästina von Israel systematisch kleingehalten wird, und der Verfasser sieht das offenbar als einen Weg zur Problemlösung an. Glaubt Herr Münnich wirklich, dass Friede in Palästina/Israel wachsen kann »im Zusammenleben und in Verhandlungen«? Verhandlungen sind gut zwischen gleichen Parteien. Die Parteien in Palästina/Israel sind nicht

*Uns erreichen so viele Leserbriefe, dass wir leider nur einen Teil davon abdrucken können. Kürzungen sind unvermeidlich. Wir bitten dafür um Verständnis.*

vergleichbar. Israel ist der rechtsbrechende Besatzer, Palästina ist der schwache Besetzte. Besonders abstrus ist der letzte Absatz: Da wird der Wunsch der Palästinenser, die völkerrechtswidrige Besetzung des eigenen Landes durch Israel endlich zu beenden, in Zusammenhang gebracht mit dem Begriff »judenrein«. Das ist an sich schon eine Unverschämtheit. Schlimmer wird die Sache noch dadurch, dass diese Ansicht geäußert wird, während zu gleicher Zeit der Staat Israel viele Bemühungen einsetzt, um den Staat Israel »für Juden rein« zu machen, indem auf vielerlei Weise den Palästinensern das Leben in Israel schwer gemacht wird. Der Diskussionsbeitrag von Herrn Münnich liest sich, als sei der Verfasser mit der Problematik nicht so recht vertraut. ■

Georg Fritzen, Düren

Israel hat sich im Assoziationsabkommen mit der EU dazu verpflichtet, Produkte aus den Siedlungen im völkerrechtswidrig besetzten Palästinensergebiet zu kennzeichnen, tut dies aber nicht. So wie es jeden Tag das Völkerrecht und die Menschenrechte verletzt, indem es sich weigert, die im Juni-Krieg 1967 besetzten Gebiete zu räumen. Darum haben Großbritannien und vor Kurzem auch die Handelsgesellschaft *Migros* (Schweiz) sich entschlossen, selbst zu recherchieren und die Produkte aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen zu kennzeichnen. Auch diese Länder handeln also laut Ricklef



■ In Der Tagesspiegel (Berlin) vom 27.8.2012 erschien folgender Beitrag

## DER TAGESSPIEGEL



*Israel „Made in Israel“ – oder in der Westbank? (Mit freundlicher Abdruckgenehmigung des Tagesspiegels)*

🌐 27.08.2012 00:00 Uhr von Andrea Nüsse

**Immer mehr Länder führen die Kennzeichnung von Produkten aus den besetzten Palästinensergebieten ein. Jüdische Organisationen kritisieren Einseitigkeit.**



*Auch die Produkte der israelischen Kosmetiklinie Ahava werden in den Siedlungsgebieten hergestellt. - Foto: AFP*

*Berlin - Die Welt kritisiert seit Jahrzehnten die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Palästinensergebieten als völkerrechtswidrig – ohne Folgen. Nun wollen weltweit immer mehr Verbraucher keine Produkte aus diesen Siedlungen mehr kaufen und fordern deren Kennzeichnung. Das südafrikanische Kabinett beschloss nun, dass Produkte aus den besetzten Palästinensergebieten künftig nicht mehr mit der Herkunftsbezeichnung „Ma-*

de in Israel“ vertrieben werden dürfen. Die britische Regierung empfiehlt dies britischen Unternehmen bereits seit 2009, die Schweizer Ladenkette Migros will Waren aus den Siedlungen ab Mitte 2013 kenntlich machen. In Deutschland fordert die katholische Friedensbewegung Pax Christi eine solche Kennzeichnung, damit der Verbraucher weiß, was er kauft. Aus Sicht der Bundesregierung spricht rechtlich nichts gegen eine solche Kennzeichnung. Aber sie ist umstritten.

### **Worum es geht**

Jaffa-Orangen sind ein Begriff. Angebaut werden sie vielfach in der Gegend um die Stadt Jaffa, die heute in Israel liegt, und daher tragen sie zu Recht das Label „Made in Israel“. Doch auch Rotwein aus der Golan Heights Winery oder die Cremes der Kosmetiklinie Ahava mit Produkten vom Toten Meer werden als „Made in Israel“ ausgezeichnet – eigentlich müsste hier stehen: „Golan, israelisches Siedlungsgebiet“ oder „Westbank, israelisches Siedlungsgebiet“. Denn diese Produkte werden in israelischen Siedlungen hergestellt, die laut Völkerrecht sowie Urteilen des Internationalen und Europäischen Gerichtshofs illegal auf palästinensischem Gebiet errichtet wurden und nicht zum Territorium des Staates Israel gehören. Laut Genfer Konvention ist es verboten, die eigene Bevölkerung dauerhaft in besetzten Gebieten anzusiedeln und die dortigen Bodenschätze und Ressourcen wirtschaftlich auszunutzen. Bislang ist es für israelische Unternehmen profitabel, sich für Standorte auf palästinensischem Land zu entscheiden, zumal sie dafür staatliche israelische Vergünstigungen erhalten.

Die EU dagegen unterscheidet genau: Waren aus israelischen Siedlungen fallen nicht unter das Assoziationsabkommen von 1995, das israelischen Waren Zollfreiheit oder Vorzugszölle einräumt. Immer mehr Konsumenten in Europa wollen nun genau wissen, woher Wein, Zitronen oder Hautcremes stammen. In Großbritannien ist die Bewegung kritischer Verbraucher am stärksten. So hat die britische Regierung schon vor drei Jahren Unternehmen offiziell empfohlen, Produkte aus den Siedlungen für den Kunden kenntlich zu machen. Im Mai kündigte die dänische Regierung an, Siedlungsprodukte gesondert zu kennzeichnen. Im Juni zog die Schweizer Ladenkette Migros nach. Die Waren wie etwa Datteln oder Zitrusfrüchte sollen künftig mit „Westbank, israelisches Siedlungsgebiet“ oder „Ostjerusalem, israelisches Siedlungsgebiet“ bezeichnet werden, bestätigte Migros-Sprecher Urs-Peter Naef dem Tagesspiegel. „Wir wollen unser Ziel bis 2013 erreichen.“ Dabei handele es sich nicht um einen Boykott gegen israelische Waren. „Nein, ein Boykott ist für uns keine Option.“ Naef betonte, die Migros wolle mit den Etiketten „mehr Transparenz“ bieten.

### **Die Situation in Deutschland**

In deutschen Geschäften ist bisher nicht ersichtlich, ob Waren aus Israel oder aus israelischen Siedlungen in den besetzten Palästinensergebieten stammen, die von der Bundesregierung als völkerrechtswidrig eingestuft werden. Aber die Bundesregierung hat auf eine kleine Anfrage der Links-Fraktion am 19. Juli geantwortet, dass es rechtlich keine Einwände gegen eine solche Kennzeichnung gibt. In Deutschland fordert die katholische Friedensbewegung Pax Christi eine eindeutige Kennzeichnung der Siedlungsprodukte; ihren Anhängern rät sie, solche Waren nicht zu kaufen, wenn ihnen die Achtung von Menschen- und Völkerrechtsstandards wichtig ist. Mit ihrer neuen Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“ klärt sie über die israelische Siedlungspolitik und die Folgen für die palästinensische Bevölkerung auf: Durch Abriegelungen, Zäune, Landbeschlagnahme und Ausbeutung der Naturressourcen würde die Zukunft der Palästinenser in ihrem eigenen Land systematisch verbaut. Die Bewegung ruft ihre Mitglieder dazu auf, in Supermärkten beim Filialleiter nachzufragen, woher Produkte wirklich stammen, die als „Made in Israel“ ausgezeichnet sind. Außerdem sollen Verbraucher Lebensmittel, deren Herkunft unklar ist, dem bundesweiten Webportal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de) melden. Die Aktion richte sich nicht gegen Israel „und schon gar nicht gegen Israelis – unsere israelischen Partner teilen unser Anliegen –, sondern gegen die Siedlungspolitik, die ein gravierender Völkerrechtsverstoß ist, dem nicht Einhalt geboten wird“, sagt der Sprecher der Nahostkommission der Organisation Manfred Budzinski.

### **Argumente der Kritiker**

Das American Jewish Committee (AJC) in Berlin hat als eine der ersten Organisationen in Deutschland seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht. AJC-Leiterin Deidre Berger kritisiert die „Einseitigkeit“ der Kampagne zur

---

Kennzeichnung von Waren aus den Siedlungen. Weltweit seien Dutzende von Territorien politisch umstritten – sie nennt Korsika und das Baskenland –, aber die politischen Aktivisten sonderten nur ein Land auf der Welt aus. Berger vermutet, dass dies mit „Hass auf Israel“ zu tun hat, weil diese Einseitigkeit ansonsten schwer zu verstehen sei. Es sei „klar, dass damit israelische Produkte in Misskredit gebracht werden“. Die gesonderte Kennzeichnung von Produkten aus den israelischen Siedlungen, die Berger als „wirtschaftliche Selektion“ bezeichnet, könne sehr gefährliche Konsequenzen haben, warnt sie. Denn sie untermauere Stereotypen und könne leicht abgeleitet in anti-semitische Vorurteile, fürchtet Berger. Das müssten die Initiatoren solcher Kampagnen bedenken, fordert Berger, auch wenn sie nicht für alle Folgen verantwortlich seien.

### **Die Diskussion in Israel selbst**

Friedensaktivisten und Intellektuelle in Israel unterstützen die Kennzeichnung. Die israelische Organisation „Frauen für Frieden“ betreibt die Website „Who Profits“, auf der nachzulesen ist, welche israelischen und internationalen Firmen von der Besetzung wirtschaftlich profitieren. Der Ex-Präsident der Knesset und Vorsitzende der World Zionist Organisation, Avraham Burg, kauft keine Produkte aus den Siedlungen und sieht eine Kennzeichnung dieser Produkte in Europa weder als anti-israelisch noch anti-semitisch an. Die Grüne Linie, die vor dem Krieg von 1967 die Grenze zwischen Israel und den Palästinensergebieten markierte, sei von „entscheidender Bedeutung für den Friedensprozess“, lautet Burgs Argument. Sie sei die Basis für jede Friedensregelung, doch die israelische Siedlungspolitik verwische die Grenzen immer weiter und mache damit einen Frieden unmöglich. „Jeder, der die Grüne Linie verteidigt, ist ein Freund Israels“, meint Burg, dessen Vater schon Minister unter Staatsgründer Ben Gurion war. Andrea Nüsse (mit jdh)

### **■ KONKRET: Kauft nicht beim Judenstaat 9/2012 von Alex Feuerherdt**

Seit 2005 häufen sich weltweit Boykottaktivitäten gegen Israel. Sie geben sich einen humanitären Anstrich, doch ihre antisemitische Intention bleibt unübersehbar.

## **8. Hinweise auf Berichte in Funk und Fernsehen und Richtigstellungen**

### **■ Katholisch1tv**

brachte am 23.6.2012 einen Beitrag PAX-CHRISTI-AKTION "BESATZUNG SCHMECKT BITTER" über Aktionsaktivitäten in Augsburg

[http://www.katholisch1.tv/index.php/kath1/Programm/Magazin-Archiv/Magazin\\_KW\\_25\\_2012](http://www.katholisch1.tv/index.php/kath1/Programm/Magazin-Archiv/Magazin_KW_25_2012)

### **■ Radio Flux fm**

Superfrüh vom 28.8.2012 brachte einen Beitrag

<http://www.fluxfm.de/feature/superfruh-produkte-aus-den-israelischen-siedlungsgebieten-koalitionsstreit-und-schwuler-oldtimer-club/>

### **■ ndr-info**

brachte am 17.6. 2012 einen Beitrag „Boykott-Kampagne v. Pax Christi“ in Blickpunkt Diesseits mit längeren Interview-Auszügen mit dem Kommissions-Sprecher Manfred Budzinski und Dr. Ursula Rudnick, Hannover.

<http://www.ndr.de/info/audio117949.html> Link

### **■ Dradio.**

Der freie Journalist Thomas Klatt machte ein längeres Interview mit M. Budzinski, das er in verschiedenen Rundfunk-Beiträgen unterschiedlich benutzte. Z.B. in **dradio kultur** in der Reihe „Aus der jüdischen Welt“

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/ausderjuedischenwelt/1791320/>

■ **Streit um pax christi-Aktion: "Kaufverzicht" auf Waren aus von Israel besetzten Gebieten**

Von Thomas Klatt (keine Abdruckerlaubnis)

■ **26.6.2012**

**Betreff: Fragwürdiger Boykott: Deutsche Verbraucher sollen keine Lebensmittel aus dem West-Jordanland oder Ost-Jerusalem kaufen. (Bild: Stock.XCHNG / Maciej Lewandowski) Ein Boykott, der keiner sein will - Katholische Friedensorganisation sorgt mit einer Aktion für Zuspruch bei Neonazis - Von Thomas Klatt**  
An die Chefredaktion Dradio Kultur

Sehr geehrter Herr ...,

zu der in Ihrem Sender erhobenen Behauptung "Katholische Friedensorganisation sorgt mit einer Aktion für Zuspruch bei Neonazis" haben wir Nachfragen. Inwieweit liegen Ihnen Erkenntnisse vor, dass Neonazis, Organisationen oder Gremien, die pax christi Obsttütten-Aktion "Besatzung schmeckt bitter" unterstützen? Uns ist bislang kein solcher Fall bekannt. Wir haben aber ein großes Interesse daran, Aufklärung darüber zu erhalten.

Bekannt ist uns die unsägliche Hetze gegen einen prominenten Unterstützer unserer Aktion, den Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter, SPD, Bürgerrechtler und Kämpfer gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus, der wegen seines Engagements gegen Rechtsextremismus beispielsweise im Februar einen Farbbeutelanschlag auf sein Haus erdulden musste. Gegen ihn wurde folgendes Zitat aus einem Sitzungsbericht der NPD Jena verwendet: "Mit einem Schmunzeln nahmen die Anwesenden die Kritik an Oberbürgermeister Albrecht Schröter zur Kenntnis, die dieser sich durch seine Unterstützung des Boykott-Aufrufes der Organisation "pax christi" einhandelte - kann dieser doch damit am eigenen Leib einmal deutlich erfahren, was es bedeutet, von der Antisemitismus-Keule getroffen zu werden." <http://www.npd-thueringen.de/jena/?p=288>

Daraus eine Zustimmung der NPD Jena zur pax christi Aktion abzulesen, ist nicht nachvollziehbar. Bitte teilen Sie uns Belege für Ihre in dem Beitrag erhobene Behauptung mit.

Mit freundlichen Grüßen  
Wiltrud Rösch-Metzler  
pax christi Vizepräsidentin

■ ----- Original-Nachricht -----

Betreff: WG: Pax Christi Vizepräsidentin - Kritik: Aus der jüdischen Welt 12-06-22 - 'Ein Boykott, der keiner sein will - Katholische Friedensorganisation sorgt mit einer Aktion für Zuspruch bei Neonazis' v. Thomas Klatt  
Datum: Fri, 6 Jul 2012 15:28:44 +0200

Sehr geehrte Frau Rösch-Metzler,

vielen Dank für Ihre Zuschrift zum o. g. Beitrag. Tatsächlich stützt sich unser Autor mit seiner Aussage "Dass die aktuelle Aktion gerade etwa bei Neonazis in Thüringen Applaus findet, ärgert die Initiatoren sehr" auf den von Ihnen zitierten Text aus der NPD-Sitzung und dem, was im Internet daraus wurde. Unten in dieser Mail einige Belege.

Gerade der im Sitzungsprotokoll an das von Ihnen angeführte Zitat anschließende Satz ("Eine Stellungnahme unseres OB's, die abgesehen von den obligatorischen Solidaritätsbekundungen für Israel, doch recht mutig und couragiert "rüber kommt") kann nach unserer Meinung als "Applaus" für Schröters Unterstützung der Kampagne und damit als Applaus für die Kampagne gewertet werden.

Wir hoffen, damit Ihre Frage beantwortet zu haben; und dass Sie den Deutschlandradio-Programmen weiter gewogen bleiben.

---

Mit freundlichen Grüßen

<http://www.haolam.de/?site=artikeldetail&id=9286>

<http://www.npd-thuringen.de/jena/?p=288>

<http://www.jenapolis.de/2012/06/dekonstruktion-einer-kampagne-wie-feinde-israels-erfunden-werden/>

<http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/print/0026516>

<http://heplev.wordpress.com/tag/pax-christi/>

<http://medforth.wordpress.com/2012/06/04/npd-applaudiert-pax-christi-ob-albrecht-schroter-spd/>

■ **Antwort von Wiltrud Rösch-Metzler am 10. Juli 2012:**

„Vielen Dank für Ihre Antwort. Mit Interesse habe ich die von Ihnen angegebenen Internetseiten studiert und dabei, außer dem bereits zitierten Sitzungsprotokoll der NPD Jena keine Verbindungen zu rechtsextremen Gruppierungen gefunden. Es sind in der Mehrzahl Israel-freundliche Webportale, deren Berichte/Kommentare/Meinungen auf dieses Sitzungsprotokoll der Jenaer SPD zurück gehen bzw. keine Quelle nennen. Aus diesem Sitzungsprotokoll eine Unterstützung der Neonazis für die pax christi Obsttüten-Aktion zu konstruieren, entspricht nicht den journalistischen Standards, die ich sonst vom Dradio gewohnt bin.

Als Friedensorganisation sehen wir in der Einhaltung von Völkerrecht einen Weg für ein friedliches Miteinander der Völker. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten verstoßen gegen das Völkerrecht, weil eine Besatzungsmacht nach der Genfer Konvention nicht im besetzten Gebiet siedeln darf. Diese Siedlungen und diese Siedlungspolitik will pax christi nicht unterstützen. Mit unserer Kritik sind wir nicht allein. Bundeskanzlerin Angela Merkel und erst gestern wieder EU-Präsident Barroso kritisieren ebenfalls die israelische Siedlungspolitik.

Mit unserer Obsttüten-Aktion "Besatzung schmeckt bitter" möchten wir die Kennzeichnung dieser Produkte erreichen, damit Menschen, die diesen Völkerrechtsverstoß nicht unterstützen wollen, bewusst einkaufen können. Derzeit sind diese Waren in Deutschland mit dem Label "Israel" gekennzeichnet. Für den Verbraucher ist also nicht erkennbar, ob das Produkt aus einer Siedlung ist oder aus dem israelischen Staatsgebiet. In der Schweiz hat Migros angekündigt, Waren aus Siedlungen zu kennzeichnen, damit Verbraucher eine bewusste Kaufentscheidung treffen können.

Ich würde mir wünschen, dass Sie zukünftig über Kennzeichnung und Kaufverzicht von Siedlungsprodukten fair berichten, wie es ansonsten Standard im Deutschlandradio ist.“

■ **Auch M. Budzinski hatte sich als Interviewter am 12. Juli 2012 an dradio kultur gewandt:**

„am 18. Juni 2012 habe ich mich gerne im SWR-Studio in Stuttgart Herrn Thomas Klatt für ein Interview über die Aktion von pax christi Deutsche Sektion "Besatzung schmeckt bitter. Kaufverzicht für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel" als Sprecher der Nahost-Kommission von pax christi zur Verfügung gestellt, das er für einen Beitrag in dradio kultur mit mir machen wollte. Er hatte mir vorab einen Teil seiner Fragen gemailt und zum Schluss noch angemerkt: "Also Sie sehen, es läuft auf eine im öffentlich-rechtlichen Rundfunk übliche und seriöse Pro- und Contraberichterstattung hinaus."

Nach mehrmaligem Anhören der am 22. Juni 2012 um 18.07 Uhr bei dradio kulturausgestrahlten Sendung im Rahmen von "Aus der jüdischen Welt" und nach Nachlesen des unter dieser Sendung dankenswerterweise zur Verfügung stehenden Textes frage ich mich, wo das Seriöse in dem Beitrag von Herrn Klatt geblieben ist. Mein Eindruck ist, dass der Beitrag dazu diente, das Anliegen unserer Aktion und pax christi als Ganzes zu diskreditieren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies dem Anspruch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gerecht wird.

Ich möchte im Nachfolgenden mein Unbehagen, ja meine Beschwerde über diesen Beitrag belegen, wobei ich anmerken möchte, dass ich nicht davon ausgehe oder erwarte, dass ein Journalist für seinen Beitrag wertfrei

und ohne eigene persönliche Meinung ist, die natürlich in einem Beitrag auch durchschimmern kann, erst recht in einem so gekennzeichneten Kommentar. Der Beitrag am 22. Juni war jedoch kein Kommentar, sondern ein Bericht. Und nun zu meinen Punkten:

- Die Anmoderation durch eine Journalistin/Sprecherin (?) setzt ein anderes Signal als die Überschrift über den Beitrag "Ein Boykott, der keiner sein will. Katholische Friedensorganisation sorgt mit einer Aktion für Zuspruch bei Neonazis."
- Bei der zweiten Überschrift "Katholische Friedensorganisation..." stellt sich die Frage, ob solch ein reißerischer Titel dem journalistischen Anspruch im öffentlich-rechtlichen Rahmen gerecht wird, erst recht wenn er durch den nachfolgenden Text nicht gedeckt wird. Lediglich an einer Stelle heißt es: "Dass die aktuelle pax-christi-Aktion gerade etwa bei Neonazis in Thüringen Applaus findet, ärgert die Initiatoren sehr." Hier wird eine nicht belegbare Behauptung aufgestellt. Nach meinem Wissen gibt es lediglich ein Protokoll der NPD in Jena, in dem ein „schmunzelndes“ zur Kenntnis nehmen der Diffamierungskampagne gegen den Jenaer Oberbürgermeister Schröter steht. Den „Applaus“ für die „pax-christi-Aktion“ hat erst Herr Klatt daraus gemacht. Im 2. Satz nach diesen Überschriften sagt Herr Klatt: "Das erinnert an die Nazi-Parole von 1933 'Kauft nicht bei Juden'." Hier wird eine unzulässige Verbindung zwischen unserer Aktion und Nazis hergestellt, selbst wenn es gleich anschließend heißt: "Damit möchte pax christi allerdings nicht in Verbindung gebracht werden."
- Im Text wird in den ersten 7 Sätzen von Herrn Klatt dreimal eine gravierende Fehlinformation weitergegeben, was ich nicht mehr nur unter mangelnder journalistischer Sorgfaltspflicht einstufen kann, sondern als gezielte Täuschung:
- Unter dem Foto ganz oben heißt es: "Fragwürdiger Boykott: Deutsche Verbraucher sollen keine Lebensmittel aus dem West-Jordanland oder Ost-Jerusalem kaufen."
- Nach den zwei Überschriften (s.o.) heißt es: "In ihrer Aktion 'Besatzung schmeckt bitter' ruft die katholische Friedensorganisation pax christi zum Kaufverzicht auf - auf Produkte, die in von Israel besetzten Gebieten hergestellt werden."
- Im nächsten Absatz mit Originalton von Herrn Klatt lautet der 3. Satz: "Deutsche Verbraucher sollen keine Tomaten, Avocados oder Mangos aus dem West-Jordanland oder Ost-Jerusalem kaufen." Das ist schlichtweg falsch! Wir beziehen uns in unserer Aktion nur auf die Produkte aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und nicht auf Produkte von palästinensischen Bauern in den besetzten Gebieten außerhalb der Siedlungen! So steht es in unseren Unterlagen, so habe ich es auch in dem Interview deutlich gemacht.
- Im nächsten Satz von Herrn Klatt heißt es: "Genau wie jetzt schon in Südafrika, England und ab 2013 in der Schweiz will pax christi, dass auch in Deutschland Waren gekennzeichnet werden, die nicht 'made in Israel' sind, sondern von jüdisch-israelischen Siedlern in den besetzten Gebieten produziert werden." Hier ist bei ihm zum ersten Mal von Siedlern die Rede und ihrer Produktion in den besetzten Gebieten - bezogen auf die geforderte Kennzeichnung der Waren, aber auch hier gibt es keine Korrektur der Falschdarstellung.

Ich habe Deutschlandradio und Deutschlandradio Kultur bislang als seriösen Sender geschätzt und anderen weiter empfohlen. Diese Falschdarstellung unserer Aktion lässt aber nun große Zweifel bei mir aufkommen. Von Ihrer Antwort hängt für mich ab, ob und welche presserechtlichen Schritte wir in Erwägung ziehen."

#### ■ Und erhielt am 24. Juli folgende Antwort

„Zu ihrem Anliegen: Ich kann Ihr Unbehagen nachvollziehen. Allerdings teile ich nicht die Auffassung, im betreffenden Beitrag würden journalistische Sorgfaltspflicht oder Seriosität drangegeben.

- Die Behauptung, die Aktion sei in Kreisen Thüringer Neonazis auf Zustimmung gestoßen, ist gut belegbar: etwa durch das von Ihnen zitierte Protokoll ('Schmunzeln'), aber auch durch verschiedene Texte über den Streit, von denen ich hier nur auf einen hinweise: <http://heplev.wordpress.com/tag/pax-christi/>.
- Die Assoziation der umstrittenen Aktion mit der historischen NS-Parole gibt der Autor des Beitrags als die Assoziation der Kritiker der Aktion wider - namentlich als die des Theologen R. Münnich.

- 
- *Der Absatz nach dem ersten O-Ton ("Manfred Budzinski ... produziert werden.") macht insgesamt deutlich, dass von Produkten die Rede ist, die von jüdisch-israelischen Siedlern hergestellt wurden.*

*Insgesamt gibt der Beitrag m. E. beide Seiten der Kontroverse ausgewogen wider. In der Hoffnung, dass Sie diese Sicht nachvollziehen können und dass Sie unserem Programm gewogen bleiben verbleibe ich..."*

## 9. Reaktionen des Einzelhandels

Die Aktion wird seit Februar 2012 durch eine breit angelegte Briefaktion an alle großen deutschen Einzelhandelsketten, Discounter und Biomarkt-Ketten, die Lebensmittel mit der Herkunftsangabe "Israel" verkaufen, begleitet. Die Nahost-Kommission hat außerdem über zahlreiche Produktmeldungen und eine Forumsanfrage das Thema bereits im Verbraucherportal ([www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de)) verankert. Nun geht es darum, dass ganz rasch viele andere Verbraucherinnen und Verbraucher sich mit Rückfragen an ihre Händler und mit Produktmeldungen im Netz anschließen.

Ein erstes Zwischenfazit bezüglich der Firmen-Rückmeldungen lautet: Ein Teil der Ketten antwortet gar nicht oder gibt an, sich nicht politisch engagieren oder äußern zu wollen (wonach gar nicht gefragt war). Andere verweisen darauf, dass nur ihre Lieferanten Informationen über den genauen Warenursprung hätten. Einige Ketten haben signalisiert, die Sache zu überprüfen und weitere Informationen zu schicken. Nur ein kleiner Teil der angeschriebenen Handelsketten gibt an, ausschließlich Produkte aus dem Staatsgebiet Israels zu beziehen. Einige von ihnen haben uns schriftliche Erklärungen ihrer Zulieferer vorgelegt, dass sie nur Waren aus dem israelischen Staatsgebiet an die entsprechende deutsche Handelskette liefern. Die Tatsache, dass solche Erklärungen abgegeben werden, zeigt: Das Anliegen wird von den Unternehmen ernstgenommen und es gibt eine gewisse Sensibilisierung. Überprüfen können wir die Zusicherungen der Unternehmen nicht, da wir keinen Zugang zu Zolldokumenten haben. Auch ist nicht klar, ob die Zulieferer darüber informiert sind, dass Produkte aus Siedlungen und aus Israel teilweise in den Verpackungsfirmen vermischt werden. Wir sind daher nicht in der Lage, eine verlässliche "Positivliste" der Handelsketten vorzustellen, die keine Siedlungsprodukte in ihrem Sortiment führen. Wir haben aber auch Rückmeldungen von Firmen, die uns gegenüber erklärt haben, ausschließlich Waren aus dem Staatsgebiet Israels zu beziehen.

### Was bedeutet das für geplante Aktionen?

Wirkliche Klarheit kann uns als Verbrauchern/innen nur eine eindeutige Kennzeichnung geben, die sich an den zolltechnischen Angaben zu den Waren orientiert. Wir sollten also die genannten Unternehmen motivieren, sich für eine klare Kennzeichnung einzusetzen. Sie können dazu einen Beitrag leisten, indem Sie von den genannten Unternehmen schriftliche Erklärungen erbitten, dass sie tatsächlich keine Siedlungsprodukte führen. Die Unternehmen werden wenig Interesse daran haben, zahlreiche Einzelanfragen zum Thema zu bearbeiten. Ein klares Argument dafür, weshalb eine einheitliche Kennzeichnung her muss! Das zuständige Bundesministerium (BMELV) ist gefragt, eine solche Kennzeichnungspflicht für Siedlungsprodukte einzuführen – das ist im Interesse der Verbraucher/innen und der Unternehmen.

Mit der Obsttüten-Aktion möchten wir aber vor allem diejenigen Unternehmen erreichen, die über das Problem der irreführend gekennzeichneten Produkte noch nicht informiert sind oder es ignorieren. Und natürlich geht es darum, ein klares Signal an die Verbraucherzentralen und das BMELV zu senden, dass eine zunehmende Zahl von Verbrauchern/innen für Klarheit und eine verantwortliche Kaufentscheidung im Einklang mit geltenden Menschen- und Völkerrechtsstandards ist. Nutzen Sie deshalb in jedem Fall parallel zu Ihren Aktionen vor Ort das Verbraucherportal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de).

## Beispiele für Reaktionen von Unternehmen

■  
wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 16.05.2012 und möchten uns für die verspätete Antwort entschuldigen.

Leider können wir Ihnen zur Zeit noch keine neuen Informationen in dieser Angelegenheit geben.

## ■ **Klare Kennzeichnung von Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen Israels**

Sehr geehrter Herr Dr. Budzinski,

wir haben Ihr Schreiben hinsichtlich der Kennzeichnung von Waren aus Israel zur Kenntnis genommen und möchten Ihnen hiermit gerne antworten.

Der Anteil an Waren aus Israel, die wir in unseren Märkten anbieten, ist vergleichsweise gering und reduziert sich im Allgemeinen auf wenige Gemüseartikel, Nüsse und einige exotische Früchte. Wir beziehen diese Waren allerdings nicht direkt aus Israel, sondern nutzen dafür sogenannte Zwischenlieferanten mit Sitz in Deutschland und den Niederlanden. Die Kontakte stellen wir Ihnen bei Interesse gerne zur Verfügung. Die Kennzeichnung der Waren obliegt den Zwischenlieferanten bzw. den Importeuren, die auch die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben tragen. Bei einem Sortiment von bis zu 80.000 Artikeln ist es uns nicht möglich, jede Kennzeichnung separat zu prüfen. Wir werden Ihre Anregung dennoch gerne aufnehmen und bei Gelegenheit mit unseren Lieferanten diskutieren.

■  
Bei der Auswahl der Erzeuger stehen für uns die Einhaltung der Bio-Qualität, die Frage nach der Verfügbarkeit und das Sortiment im Vordergrund. Dabei verhalten wir uns politisch neutral und bewerten unsere Erzeuger nicht nach der politischen Situation vor Ort.

Unsere Bio-Produkte werden von bio-überzeugten Bauern angebaut. Dabei ist uns die enge Zusammenarbeit mit ihnen sehr wichtig, denn wir setzen auf langjährige und stabile Partnerschaften – für die feste Einhaltung der Bio-Qualität.

In vereinzelt Ländern kann es, wie in Israel, zu politischen Unruhen kommen. Grundsätzlich verurteilen wir jede Form von Gewalt. Unsere über Jahrzehnte gesammelte Erfahrung im Handel hat uns aber immer wieder gezeigt, dass aus der allgemeinen politischen Situation im Land nicht auf die politische Einstellung der gesamten Bevölkerung geschlossen werden kann. So gibt es auch in Israel sehr viele Menschen, die in Frieden mit ihren Nachbarn leben möchten.

Unsere Bio-Erzeuger sind an einem friedlichen Miteinander interessiert. Denn so bringen Sie ihr Land und ihre Wirtschaft am besten voran. Den Menschen vor Ort hilft es viel mehr, durch Aufträge Arbeitsplätze und damit eine Beschäftigung zu schaffen als den Handel zu beenden.

Wir pflegen schon seit Jahren vertrauensvolle Beziehungen mit Lieferanten in Israel. Im Bereich der Agrarproduktion zeichnet sich Israel durch viel Know-how und hochmoderne Produktionsweisen aus, welche keinen Vergleich mit den europäischen Standards zu scheuen brauchen. Mitarbeiter unseres Hauses waren schon mehrfach vor Ort und haben sich von den hohen Standards persönlich überzeugt. Dabei konnten Sie auch die Menschen kennenlernen, welche die Produkte erzeugen.

---

## 10. Reaktionen der Politik: EU und Kleine Anfrage im Bundestag

### Neues aus der EU

Die europaweiten Bemühungen um eine völkerrechtsgemäße Kennzeichnung für Waren aus israelischen Siedlungen haben im August 2012 Rückenwind erhalten:

Am 3. August 2012 hat die Europäische Kommission eine offizielle Mitteilung an die europäischen Importeure erlassen. Sie sollen künftig überprüfen, ob Waren mit der Herkunftsangabe „Israel“, die nach Europa eingeführt werden sollen, tatsächlich aus dem Staatsgebiet Israels stammen oder aus völkerrechtswidrigen Siedlungen. Seit 2005 dürfen – bekräftigt durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2010 – Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen nicht mehr von Zollvergünstigungen der Europäischen Union profitieren. Bislang hatten die europäischen Zollbehörden dies lediglich durch Stichproben überprüft. Nun werden die Importeure in die Pflicht genommen. Erstmals macht die EU zu diesem Zweck eine offizielle Liste der Postleitzahlen aller israelischen Siedlungen öffentlich (Official Journal of the European Union (2012/C 232/03)).

Damit kommt die Europäische Kommission der Forderung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen europaweit entgegen, den Unternehmen und Verbrauchern/innen endlich die Informationen zur Verfügung zu stellen, die den Zollbehörden seit langem vorliegen. Rechtlich steht der Einführung einer klaren Kennzeichnung von Siedlungsprodukten nichts entgegen. Das bestätigte die Bundesregierung im Sommer 2012 auf Anfrage aus dem Deutschen Bundestag (BT-Drucksache 17/10353). Sie ist in einem EU-Land sogar schon Praxis: Großbritannien hat die eindeutige Kennzeichnung für Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen bereits 2009 eingeführt. Weitere EU-Länder, wie etwa Dänemark, erwägen derzeit die Einführung der Kennzeichnung. Die EU-Entscheidung, der Öffentlichkeit amtliche Informationen über israelischen Siedlungen zur Verfügung zu stellen, schafft nun für alle Akteure volle Transparenz.

### Hinweis an die Einführer

#### Einführen aus Israel in die EU

#### (2012/C 232/03)

In einem früheren, am 25. Januar 2005 im Amtsblatt der Europäischen Union ( 1 ) veröffentlichten Hinweis an die Einführer, wurden die Wirtschaftsbeteiligten darüber informiert, dass Waren, die in den israelischen Siedlungen in den seit Juni 1967 unter israelischer Verwaltung stehenden Gebieten hergestellt werden, nicht unter die Zollpräferenzbehandlung nach dem Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel ( 2 ) fallen.

Es wird daran erinnert, dass gemäß der zwischen der EU und Israel zur Umsetzung von Protokoll Nr. 4 des Assoziationsabkommens EU-Israel getroffenen Vereinbarung ab 1. Februar 2005 auf allen in Israel ausgestellten bzw. ausgefertigten Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und Erklärungen auf der Rechnung die Postleitzahl und der Name der Stadt, des Dorfes oder des Industriegebietes angegeben werden, in der/dem die die Ursprungseigenschaft verleihende Herstellung stattgefunden hat. Gleiches gilt für alle Warenverkehrsbescheinigungen EUR-MED und Erklärungen auf der Rechnung EUR-MED, die auf Grundlage des Protokolls Nr. 4 des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel, geändert durch den Beschluss Nr. 2/2005 des Assoziationsrates EU-Israel ( 3 ), für die Ausfuhr in die EU in Israel ausgestellt bzw. ausgefertigt werden können.

Wirtschaftsbeteiligte, die beabsichtigen, zur Erwirkung einer Präferenzbehandlung für Waren mit Ursprung in Israel Ursprungsnachweise vorzulegen, werden darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Präferenzbehandlung abgelehnt wird, wenn auf dem Ursprungsnachweis der Waren angegeben ist, dass die die Ursprungseigenschaft verleihende Herstellung an einem Ort innerhalb der seit Juni 1967 unter israelischer Verwaltung stehenden Gebiete stattgefunden hat.

Obwohl die Regelung mit den bestehenden Verfahren angemessen angewendet werden kann, sollte ihre Umsetzung in der EU anhand der gewonnenen Erfahrung optimiert werden. Aus diesem Grund werden die Einführer darüber informiert, dass die aktualisierte Liste der nicht begünstigten Orte und ihrer Postleitzahlen ab sofort auf der thematischen Webseite der Europäischen Kommission zur Zollunion abgerufen werden kann ( 4 ). Außerdem ist die Liste bei den Zollbehörden der EU-Mitgliedstaaten erhältlich bzw. über deren Webseiten zugänglich.

Den Wirtschaftsbeteiligten wird geraten, diese Liste regelmäßig einzusehen, auf jeden Fall jedoch vor Abgabe einer Zollanmeldung zur Überführung von Waren in den zollrechtlich freien Verkehr, die sich auf einen in Israel ausgestellten bzw. ausgefertigten Nachweis des Präferenzursprungs stützen soll.

Dieser Hinweis ersetzt den am 25. Januar 2005 veröffentlichten Hinweis mit Wirkung vom 13. August 2012.

3.8.2012 DE Amtsblatt der Europäischen Union C 232/5

### EU-Liste der Siedlungen

(1): See notice to importers published in the Official Journal of the European Union No C 232 of 3/8/2012.

#### LIST OF NON ELIGIBLE LOCATIONS

The list below is drawn up for the purpose of determining whether products may be eligible for preferential tariff treatment under the EU-Israel Association Agreement(1). Such treatment will be refused to products for which the proof of origin indicates that the production conferring originating status has taken place in a locality within the territories brought under Israeli administration since June 1967.

The names of the localities appearing in this column have been converted from the Hebrew alphabet into the Latin one with all possible care but their transliteration has no legal value. They are thus of an indicative nature and only given in order to facilitate the clear designation of the locality indicated by the exporter as "the place where production conferring originating status to the product has taken place".

| Zip (Postal) Code | Name              | locality or I.Z. | Comments                               |       |                          |       |   |
|-------------------|-------------------|------------------|--|-------|--------------------------|-------|---|
| 10930             | Mechola           | 12473            | Odem                                   | 12946 | Giv'at Yo'av             | 44828 | Eli -   |
| 10931             | Rotem             | 12493            | Neve Ativ                              | 12948 | Ramot                    | 44829 | Kfar Tapuah                                       |
|                   | named Nahal Rotem | 12495            | Aniam                                  | 12949 | Ma'ale Gamla             | 44830 | Shilo   |
| 10932             | Shadmot           | 12900            | Katzrin Katzrin                        | 12950 | Had-Nes                  |       | Emek Shilo industrial zone - No official zipcode. |
|                   | Mechola           |                  | industrial zone - No official zipcode. | 37862 | Shaked Shahak            |       | industrial zone - Name changed from Shaked        |
| 10935             | Maskiot           |                  | official zipcode                       |       |                          | 44831 | Yitzhar   |
| 12410             | Keshet            | 12915            | Natur                                  |       |                          | 44832 | Shvut Rachel                                      |
| 12412             | Alonei Habashan   | 12917            | Ramat                                  | 37867 | Hinanit                  |       | Ahia - Part of Shvut                              |
| 12415             | Yonatan           |                  | Magshimim                              | 37870 | Rehan                    |       | Rachel, zipcode 44832                             |
| 12420             | Sha'al            | 12920            | Hispin                                 | 40700 | Ariel                    |       | Elon Moreh  |
| 12421             | Kidmat-Tzvi       | 12921            | Nov                                    |       | Ma'arav industrial zone  | 44833 | Itamar  |
| 12422             | Kela-Alon         | 12925            | Avnei Eitan                            |       | - No official zipcode.   | 44834 | Bracha Also                                       |
| 12426             | Ein-Zivan         | 12927            | Eli'ad                                 | 44810 | Sha'arei Tikva           | 44835 | Har Bracha  |
| 12430             | Ortal             | 12930            | Kanaf                                  | 44813 | Oranit                   |       | named Har Bracha                                  |
| 12432             | Ein Kinia         | 12932            | Kfar Haruv                             | 44814 | Elkana                   | 44839 | Revava  |
| 12435             | Mas'adeh          | 12934            | Mevo Hama                              | 44815 | Kiryat Netafim           | 44841 | Nofim   |
| 12436             | Merom Golan       | 12936            | Metzar                                 | 44816 | Etz Efrayim              | 44843 | Yakir   |
| 12437             | Bukata            | 12938            | Afik                                   | 44820 | Barkan                   | 44845 | Emmanuel industrial zone                          |
| 12438             | Majdal Shams      | 12940            | Ne'ot Golan                            |       | Barkan industrial zone - |       | (Also named Karnei                                |
| 12440             | Ghajar            | 12942            | Gshur                                  |       | No official zipcode.     |       |   |
| 12466             | El-Rom            | 12944            | Bnei Yehuda                            | 44825 | Ma'ale Levona            |       |   |

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| Shomron Emmanuel)<br>No official zipcode.<br>44851Alfei Menashe<br>Alfei Menashe industrial zone - No official zipcode.<br>44852Ma'ale Shomron<br>44855Karnei Shomron<br>Karnei Shomron industrial zone No official zipcode .<br>44856Kdumim Bar'on-Kdumim industrial zone<br>No official zipcode.<br>44857 Enav<br>44858 Shavei Shomron<br>44861Avnei Hefetz<br>44865Zufim<br>44890Mevo Dotan<br>44895Hermesh<br>45885Sal'it<br>71724Modi'in - Makkabim - Re'ut<br>71728Modi'in - Makkabim - Re'ut<br>71799Modi'in - Makkabim - Re'ut<br>71917Mattityahu<br>71919Modi'in Ilit Also named Kiryat Sefer<br>71930Nili<br>71932Na'aleh<br>71935Dolev<br>71937Talmon Zafon<br>Also named Neria<br>71938Nahli'el<br>71939Ateret<br>71940Pedu'el<br>71945Halamish Also named Neve Tzuf - Halamiosh's zipcode according to Postal Company<br>71946 Bruchin<br>71947 Beit Arye<br>71948 Ofarim<br>71949 Alei Zahav<br>73127 Hashmonaim<br>73133 Lapid | 73134 Kfar Ha'Oranim<br>Also named Menora<br>73188 Shilat -<br>73189 Shilat Industrial Zone<br>73196Kfar Ruth<br>79390Negohot<br>85334Sansana<br>85377Eshkolot<br>86983Mizpe' Shalem<br>90100Kiryat Arba Kiryat Arba industrial zone No official zipcode<br>90400 Karmeit Tzur<br>90401 Sussia<br>90404 Carmel<br>90406 Shim'a - Shim'a (also named Meitarim) industrial zone - No official zipcode.<br>90407 Otni'el<br>90408Tene' Omarim<br>Noted as Tene' in the postal Company guide<br>90409Telem<br>90410Ma'on<br>90415Adora<br>90420Ma'ale Hever<br>Also named Pnei Hever<br>90430 Hagai Also named Beit Hagai<br>90433 Alon Shvut Gush Etzion-Efrat industrial zone No official zipcode.<br>90435 Efrat Also named Efrata<br>90440 Beit Yatir Also named Metzadot Yehuda<br>90500 Beitar Illit<br>90612 Kedar<br>90618 Alon and Kfar Adumim Nofei Prat - No official zipcode part of Kfar Adumim.<br>90620 Anatot Also Anatot-Almon<br>90622 Kokhav Ya'acov<br>90624 Psagot | 90627 Ofra Ginot Arye' - Part of Ofra. No official zipcode.<br>90631 Beit El<br>90632 Geva Binyamin<br>Also named Adam<br>90634 Ma'ale Michmas<br>90636 Rimonim<br>90638 Ma'ale' Ephrayim Ma'ale' Ephrayim industrial zone - No official zipcode.<br>90641 Kokhav Hahahar<br>90642 Migdalim<br>90645 Gitit<br>90651 Mitzpe Yericho<br>90665 Almog<br>90666 Kalya<br>90668 Vered Yericho<br>90669 Na'ama Also named No'omi<br>90670 Yitav<br>90672 Na'aran Also named Niran<br>90674 Gilgal<br>90676 Netiv HaGdud<br>90680 Tomer<br>90682 Paza'el<br>90685 Yafit<br>90687 Beit Ha'arava<br>90690 Massua<br>90692 Argaman<br>90694Beqa'ot<br>90695Nahal Hemdat<br>Also named Hemdat<br>90696Ro'i<br>90697Hamra<br>90698Mechora<br>90836Har Adar<br>90901Giv'on<br>HaHadasha<br>90907Har Gilo<br>90908Tekoa<br>90909Neve Daniel<br>90912Kfar Etzion<br>90913Bat Ayin<br>90915Migdal Oz | 90916Nokdim Kfar Eldad - No official zipcode.<br>90917Giv'at Ze'ev<br>90935Beit Horon<br>90938Rosh Tzurim<br>90942Elazar<br>90965Metzad Also named Asfar<br>90966 Ma'ale Amos .<br>91000 P.O. Boxes starting with 91<br>93121 East Jerusalem<br>93122 East Jerusalem<br>93123 East Jerusalem<br>93124 East Jerusalem<br>93125 East Jerusalem<br>93126 East Jerusalem<br>93127 East Jerusalem<br>93128 East Jerusalem<br>93129 East Jerusalem<br>93130 East Jerusalem<br>93131 East Jerusalem<br>93132 East Jerusalem<br>93133 East Jerusalem<br>93134 East Jerusalem<br>93135 East Jerusalem<br>93136 East Jerusalem<br>93271 East Jerusalem<br>93281 East Jerusalem<br>93383 East Jerusalem<br>93386 East Jerusalem<br>93397 East Jerusalem<br>93399 East Jerusalem<br>93471 East Jerusalem<br>93543 East Jerusalem<br>93545 East Jerusalem<br>93550 East Jerusalem<br>93552 East Jerusalem<br>93554 East Jerusalem<br>93557 East Jerusalem<br>93571 East Jerusalem<br>93740 East Jerusalem<br>93742 East Jerusalem<br>93743 East Jerusalem<br>93744East Jerusalem<br>93745East Jerusalem<br>93746East Jerusalem<br>93747East Jerusalem<br>93748East Jerusalem |
|---|---|---|---|

|                     |                     |                       |                     |
|---------------------|---------------------|-----------------------|---------------------|
| 93750East Jerusalem | 93855East Jerusalem | 95910East Jerusalem   | 97273East Jerusalem |
| 93751East Jerusalem | 93856East Jerusalem | 95911East Jerusalem   | 97275East Jerusalem |
| 93752East Jerusalem | 93857East Jerusalem | 95912East Jerusalem   | 97276East Jerusalem |
| 93753East Jerusalem | 93858East Jerusalem | 95913East Jerusalem   | 97277East Jerusalem |
| 93754East Jerusalem | 93859East Jerusalem | 95915East Jerusalem   | 97278East Jerusalem |
| 93755East Jerusalem | 93860East Jerusalem | 97100East Jerusalem   | 97279East Jerusalem |
| 93757East Jerusalem | 93861East Jerusalem | 97101East Jerusalem   | 97280East Jerusalem |
| 93758East Jerusalem | 93890East Jerusalem | 97102East Jerusalem   | 97281East Jerusalem |
| 93759East Jerusalem | 93891East Jerusalem | 97103East Jerusalem   | 97282East Jerusalem |
| 93780East Jerusalem | 93892East Jerusalem | 97104East Jerusalem   | 97283East Jerusalem |
| 93781East Jerusalem | 93893East Jerusalem | 97105East Jerusalem   | 97284East Jerusalem |
| 93782East Jerusalem | 93894East Jerusalem | 97106East Jerusalem   | 97285East Jerusalem |
| 93783East Jerusalem | 93895East Jerusalem | 97107East Jerusalem   | 97286East Jerusalem |
| 93784East Jerusalem | 93896East Jerusalem | 97108East Jerusalem   | 97287East Jerusalem |
| 93786East Jerusalem | 93897East Jerusalem | 97109East Jerusalem   | 97289East Jerusalem |
| 93787East Jerusalem | 93898East Jerusalem | 97110East Jerusalem   | 97290East Jerusalem |
| 93801East Jerusalem | 93900East Jerusalem | 97111East Jerusalem   | 97291East Jerusalem |
| 93802East Jerusalem | 93901East Jerusalem | 97112East Jerusalem   | 97292East Jerusalem |
| 93803East Jerusalem | 93902East Jerusalem | 97113East Jerusalem   | 97293East Jerusalem |
| 93804East Jerusalem | 93903East Jerusalem | 97114East Jerusalem   | 97294East Jerusalem |
| 93805East Jerusalem | 93904East Jerusalem | Ataro Industrial Zone | 97295East Jerusalem |
| 93806East Jerusalem | 93905East Jerusalem | 97200East Jerusalem   | 97296East Jerusalem |
| 93807East Jerusalem | 93906East Jerusalem | 97202East Jerusalem   | 97297East Jerusalem |
| 93808East Jerusalem | 93907East Jerusalem | 97204East Jerusalem   | 97298East Jerusalem |
| 93809East Jerusalem | 93908East Jerusalem | 97225East Jerusalem   | 97299East Jerusalem |
| 93810East Jerusalem | 93911East Jerusalem | 97226East Jerusalem   | 97300East Jerusalem |
| 93811East Jerusalem | 93912East Jerusalem | 97227East Jerusalem   | 97301East Jerusalem |
| 93812East Jerusalem | 93913East Jerusalem | 97228East Jerusalem   | 97350East Jerusalem |
| 93813East Jerusalem | 93914East Jerusalem | 97229East Jerusalem   | 97351East Jerusalem |
| 93814East Jerusalem | 93920East Jerusalem | 97230East Jerusalem   | 97400East Jerusalem |
| 93815East Jerusalem | 94106East Jerusalem | 97231East Jerusalem   | 97415East Jerusalem |
| 93816East Jerusalem | 94116East Jerusalem | 97232East Jerusalem   | 97419East Jerusalem |
| 93825East Jerusalem | 94117East Jerusalem | 97233East Jerusalem   | 97420East Jerusalem |
| 93826East Jerusalem | 94543East Jerusalem | 97234East Jerusalem   | 97421East Jerusalem |
| 93839East Jerusalem | 94558East Jerusalem | 97235East Jerusalem   | 97422East Jerusalem |
| 93840East Jerusalem | 95105East Jerusalem | 97236East Jerusalem   | 97423East Jerusalem |
| 93841East Jerusalem | 95109East Jerusalem | 97237East Jerusalem   | 97424East Jerusalem |
| 93842East Jerusalem | 95111East Jerusalem | 97238East Jerusalem   | 97425East Jerusalem |
| 93843East Jerusalem | 95112East Jerusalem | 97239East Jerusalem   | 97426East Jerusalem |
| 93844East Jerusalem | 95113East Jerusalem | 97241East Jerusalem   | 97427East Jerusalem |
| 93845East Jerusalem | 95205East Jerusalem | 97242East Jerusalem   | 97428East Jerusalem |
| 93846East Jerusalem | 95347East Jerusalem | 97243East Jerusalem   | 97429East Jerusalem |
| 93847East Jerusalem | 95820East Jerusalem | 97244East Jerusalem   | 97430East Jerusalem |
| 93848East Jerusalem | 95821East Jerusalem | 97245East Jerusalem   | 97431East Jerusalem |
| 93849East Jerusalem | 95823East Jerusalem | 97246East Jerusalem   | 97432East Jerusalem |
| 93850East Jerusalem | 95825East Jerusalem | 97247East Jerusalem   | 97433East Jerusalem |
| 93851East Jerusalem | 95826East Jerusalem | 97248East Jerusalem   | 97434East Jerusalem |
| 93852East Jerusalem | 95835East Jerusalem | 97250East Jerusalem   | 97436East Jerusalem |
| 93853East Jerusalem | 95906East Jerusalem | 97261East Jerusalem   | 97437East Jerusalem |
| 93854East Jerusalem | 95909East Jerusalem | 97272East Jerusalem   | 97438East Jerusalem |

---

|                     |                     |                       |                     |
|---------------------|---------------------|-----------------------|---------------------|
| 97439East Jerusalem | 97543East Jerusalem | 97727East Jerusalem   | 97816East Jerusalem |
| 97440East Jerusalem | 97544East Jerusalem | 97728East Jerusalem   | 97821East Jerusalem |
| 97441East Jerusalem | 97545East Jerusalem | 97729East Jerusalem   | 97822East Jerusalem |
| 97442East Jerusalem | 97546East Jerusalem | 97730East Jerusalem   | 97823East Jerusalem |
| 97443East Jerusalem | 97547East Jerusalem | 97731East Jerusalem   | 97824East Jerusalem |
| 97444East Jerusalem | 97548East Jerusalem | 97732East Jerusalem   | 97826East Jerusalem |
| 97445East Jerusalem | 97549East Jerusalem | 97733East Jerusalem   | 97830East Jerusalem |
| 97446East Jerusalem | 97550East Jerusalem | 97734East Jerusalem   | 97831East Jerusalem |
| 97450East Jerusalem | 97551East Jerusalem | 97735East Jerusalem   | 97832East Jerusalem |
| 97451East Jerusalem | 97552East Jerusalem | 97759East Jerusalem   | 97833East Jerusalem |
| 97452East Jerusalem | 97553East Jerusalem | 97760East Jerusalem   | 97834East Jerusalem |
| 97453East Jerusalem | 97554East Jerusalem | 97761East Jerusalem   | 97836East Jerusalem |
| 97454East Jerusalem | 97555East Jerusalem | 97762East Jerusalem   | 97837East Jerusalem |
| 97455East Jerusalem | 97556East Jerusalem | 97763East Jerusalem   | 97841East Jerusalem |
| 97456East Jerusalem | 97557East Jerusalem | 97764East Jerusalem   | 97842East Jerusalem |
| 97457East Jerusalem | 97558East Jerusalem | 97765East Jerusalem   | 97843East Jerusalem |
| 97458East Jerusalem | 97559East Jerusalem | 97771East Jerusalem   | 97844East Jerusalem |
| 97459East Jerusalem | 97570East Jerusalem | Ataro Industrial Zone | 97851East Jerusalem |
| 97460East Jerusalem | 97571East Jerusalem | 97772East Jerusalem   | 97852East Jerusalem |
| 97470East Jerusalem | 97572East Jerusalem | Ataro Industrial Zone | 97853East Jerusalem |
| 97471East Jerusalem | 97573East Jerusalem | 97780East Jerusalem   | 97854East Jerusalem |
| 97472East Jerusalem | 97574East Jerusalem | 97781East Jerusalem   | 97855East Jerusalem |
| 97473East Jerusalem | 97579East Jerusalem | 97782East Jerusalem   | 97856East Jerusalem |
| 97480East Jerusalem | 97580East Jerusalem | 97783East Jerusalem   | 97860East Jerusalem |
| 97481East Jerusalem | 97581East Jerusalem | 97784East Jerusalem   | 97861East Jerusalem |
| 97482East Jerusalem | 97582East Jerusalem | 97785East Jerusalem   | 97862East Jerusalem |
| 97491East Jerusalem | 97583East Jerusalem | 97786East Jerusalem   | 97865East Jerusalem |
| 97492East Jerusalem | 97584East Jerusalem | 97787East Jerusalem   | 97872East Jerusalem |
| 97493East Jerusalem | 97585East Jerusalem | 97788East Jerusalem   | 97873East Jerusalem |
| 97494East Jerusalem | 97586East Jerusalem | 97789East Jerusalem   | 97875East Jerusalem |
| 97495East Jerusalem | 97587East Jerusalem | 97791East Jerusalem   | 97876East Jerusalem |
| 97500East Jerusalem | 97600East Jerusalem | 97792East Jerusalem   | 97877East Jerusalem |
| 97501East Jerusalem | 97601East Jerusalem | 97793East Jerusalem   | 97880East Jerusalem |
| 97502East Jerusalem | 97602East Jerusalem | 97794East Jerusalem   | 97881East Jerusalem |
| 97504East Jerusalem | 97605East Jerusalem | 97795East Jerusalem   | 97882East Jerusalem |
| 97505East Jerusalem | 97626East Jerusalem | 97796East Jerusalem   | 97886East Jerusalem |
| 97507East Jerusalem | 97627East Jerusalem | 97800East Jerusalem   | 97887East Jerusalem |
| 97508East Jerusalem | 97628East Jerusalem | Ataro Industrial Zone | 97888East Jerusalem |
| 97509East Jerusalem | 97629East Jerusalem | 97802East Jerusalem   | 97890East Jerusalem |
| 97520East Jerusalem | 97665East Jerusalem | 97803East Jerusalem   | 97891East Jerusalem |
| 97530East Jerusalem | 97666East Jerusalem | 97804East Jerusalem   | 97892East Jerusalem |
| 97531East Jerusalem | 97667East Jerusalem | 97805East Jerusalem   | 97907East Jerusalem |
| 97532East Jerusalem | 97669East Jerusalem | 97806East Jerusalem   | 97909East Jerusalem |
| 97533East Jerusalem | 97670East Jerusalem | 97807East Jerusalem   | 97912East Jerusalem |
| 97534East Jerusalem | 97701East Jerusalem | 97808East Jerusalem   | 97913East Jerusalem |
| 97535East Jerusalem | 97702East Jerusalem | 97811East Jerusalem   | 97914East Jerusalem |
| 97536East Jerusalem | 97703East Jerusalem | 97812East Jerusalem   | 97915East Jerusalem |
| 97537East Jerusalem | 97704East Jerusalem | 97813East Jerusalem   | 97916East Jerusalem |
| 97538East Jerusalem | 97725East Jerusalem | 97814East Jerusalem   | 97917East Jerusalem |
| 97539East Jerusalem | 97726East Jerusalem | 97815East Jerusalem   | 97950East Jerusalem |

|       |                             |       |                          |
|-------|-----------------------------|-------|--------------------------|
| 97955 | East Jerusalem              | 98533 | Ma'ale Adumim            |
| 97960 | East Jerusalem              | 98534 | Ma'ale Adumim            |
| 97966 | East Jerusalem              | 98535 | Ma'ale Adumim            |
| 97970 | East Jerusalem              | 98536 | Ma'ale Adumim            |
| 98310 | Ma'ale Adumim               | 98537 | Ma'ale Adumim            |
| 98311 | Ma'ale Adumim               | 98538 | Ma'ale Adumim            |
| 98320 | Ma'ale Adumim               | 98539 | Ma'ale Adumim            |
| 98321 | Ma'ale Adumim               | 98550 | Ma'ale Adumim            |
| 98322 | Ma'ale Adumim               | 98551 | Ma'ale Adumim            |
| 98330 | Ma'ale Adumim               | 98552 | Ma'ale Adumim            |
| 98331 | Ma'ale Adumim               | 98553 | Ma'ale Adumim            |
| 98340 | Ma'ale Adumim               | 98554 | Ma'ale Adumim            |
| 98341 | Ma'ale Adumim               | 98555 | Ma'ale Adumim            |
| 98350 | Ma'ale Adumim               | 98556 | Ma'ale Adumim            |
| 98351 | Ma'ale Adumim               | 98557 | Ma'ale Adumim            |
| 98360 | Ma'ale Adumim               | 98558 | Ma'ale Adumim            |
| 98361 | Ma'ale Adumim               | 98559 | Ma'ale Adumim            |
| 98370 | Ma'ale Adumim               | 99761 | Neveh Shalom             |
| 98371 | Ma'ale Adumim               | 99765 | Mevo Horon               |
| 98380 | Ma'ale Adumim               |       | No zip code. Z. Emmanuel |
| 98390 | Ma'ale Adumim               |       | (Also named Karnei       |
| 98400 | Ma'ale Adumim               |       | Shomron Emmanuel)        |
| 98410 | Ma'ale Adumim               |       | No zip code. Z. Sha'ar   |
| 98411 | Ma'ale Adumim               |       | Binyamin                 |
| 98412 | Ma'ale Adumim               |       | No known official        |
| 98420 | Ma'ale Adumim               |       | Zipcode                  |
| 98421 | Ma'ale Adumim               |       | No zip code Nimrod       |
| 98430 | Ma'ale Adumim               |       | No known official        |
| 98431 | Ma'ale Adumim               |       | Zipcode                  |
| 98440 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98450 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98451 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98452 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98460 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98470 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98471 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98480 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98481 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98490 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98491 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98500 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98501 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98502 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98510 | Mishor Edumim               |       |                          |
|       | I.Z. For all streets of the |       |                          |
|       | Industrial Zone.            |       |                          |
| 98520 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98530 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98531 | Ma'ale Adumim               |       |                          |
| 98532 | Ma'ale Adumim               |       |                          |

---

## **Kleine Anfrage im Bundestag zur Kennzeichnung und Antwort der Bundesregierung**

Deutscher Bundestag Drucksache 17/10205

17. Wahlperiode 28. 06. 2012

### **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Annette Groth, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Niema Movassat, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen in den von Israel 1967 besetzten Gebieten**

elektronische Vorab-Fassung\*

Deutscher Bundestag Drucksache 17/10353

17. Wahlperiode 19. 07. 2012

**Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 13. Juli 2012 übermittelt.**

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Annette Groth, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 17/10205 –

### *Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen in den von Israel 1967 besetzten Gebieten*

*Seit 1995 gewährt die Europäische Union (EU) Israel Zollvergünstigungen beim Export von Waren in Mitgliedstaaten der EU. Rechtsgrundlage dafür ist das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel, wie es die EU im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft mit fast allen Mittelmeeranrainerstaaten geschlossen hat. Gemäß Artikel 2 dieses Abkommens müssen alle Partner der EU die Menschenrechte und demokratischen Prinzipien respektieren (Menschenrechtsklausel). In allen Abkommen ist die Menschenrechtsklausel als wesentlicher Bestandteil des Abkommens definiert.*

*Gemäß Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention verstoßen die israelischen Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten gegen das humanitäre Völkerrecht. Das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 9. Juli 2004 bestätigte die Völkerrechtswidrigkeit dieser Siedlungen.*

*Auch die Bundesregierung erklärte wiederholt, dass sie Israels Siedlungen in den besetzten Gebieten für völkerrechtswidrig hält und unterscheidet entsprechend zwischen dem Gebiet des Staates Israel und den 1967 besetzten Gebieten.*

*In den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen werden Waren hergestellt, die auch nach Deutschland exportiert werden. Diese Waren werden von den israelischen Zollbehörden aber nicht als Produkte aus den besetzten Gebieten gekennzeichnet, sondern gelangen mit dem Label „Made in Israel“ nach Europa. Dadurch ist nicht erkennbar, ob die Waren in Israel oder in den von Israel besetzten Gebieten hergestellt wurden.*

*Dadurch entstand eine seit dem Inkrafttreten des EU-Israel-Assoziierungsabkommens stillschweigend geduldeten, aber rechtswidrigen Praxis: Die Waren aus den besetzten Gebieten gelangten ebenso in den Genuss von Zollvergünstigungen wie Waren aus Israel.*

*Angesichts wachsender Kritik an diesem Sachverhalt rangen die EU-Mitgliedstaaten der israelischen Regierung die Zusage ab, künftig ihre Exporteure anzuweisen, Zusatzangaben zu ihren Exportprodukten zu machen. Ende*

2005 trat eine informelle technische Vereinbarung in Kraft, der gemäß der Ursprungsort aller Waren mit der amtlichen Ursprungsangabe „Israel“ durch Postleitzahlen kenntlich gemacht werden muss. Dies gibt den europäischen Zollbehörden seither die Möglichkeit, zwischen den Waren aus dem Staatsgebiet Israels und denen aus völkerrechtswidrigen Siedlungen zu unterscheiden und Siedlungsprodukte von der Zollpräferenz auszuschließen.

Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 25. Februar 2010 (C- 386/08) entschieden, dass dieses Vorgehen der europäischen Zollbehörden rechtmäßig ist und dass die in den völkerrechtswidrigen Siedlungen produzierten Waren in der Tat keinen Anspruch auf EU-Zollvergünstigungen haben.

Bereits vor dieser rechtlichen Klärung hatte die britische Regierung im Dezember 2009 eine Verordnung erlassen, die die Geschäfte in Großbritannien auffordert, Waren aus Siedlungen und von palästinensischen Erzeugern als solche zu kennzeichnen, um Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, ob sie Waren aus den nach internationalem Recht illegalen Siedlungen kaufen wollen.

Ende Mai 2012 kündigten die Regierungen Südafrikas und Dänemarks an, Siedlungsprodukte in Zukunft als solche zu kennzeichnen, anstatt sie weiterhin unter dem Label „Made in Israel“ vermarkten zu lassen.

Auch die schweizerische Supermarktkette Migros gab den kritischen Verbraucherinnen und Verbrauchern vor wenigen Wochen recht: Sie hätten ein Recht darauf, zu wissen, woher die Produkte stammen. Daher will sie in Zukunft genau deklarieren, ob Produkte aus Israel oder den von Israel besetzten Gebieten stammen. In Deutschland sind solche Kennzeichnungen noch nicht erfolgt.

Nichtregierungsorganisationen haben die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, auch in Deutschland die Kennzeichnung von Produkten aus den besetzten Gebieten einzuführen. Die deutsche Sektion der internationalen Ärzteorganisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.) forderte bereits im April 2010 eine Kennzeichnungspflicht für Waren aus Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten. Die Friedensbewegung pax christi startete im Mai 2012 ihre Aktion „Besetzung schmeckt bitter“ und rät zum Kaufverzicht von Lebensmitteln, wenn es sich dabei um Siedlungsprodukte handeln könnte.

Israelische Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten sind ein Haupthindernis auf dem Weg zu einem gerechten Frieden in Nahost. Um diejenigen Kräfte in Israel und den palästinensischen Gebieten zu stärken, die sich mit gewaltfreien Mitteln für ein Ende der Besetzung und einen gerechten Frieden in Nahost einsetzen, sollten Konsumentinnen und Konsumenten darauf verzichten, Waren von Unternehmen zu kaufen, die in den besetzten Gebieten produzieren. Unternehmen haben die Wahl, wo sie investieren und produzieren wollen.

Bislang ist es für sie besonders profitabel, sich für Standorte in völkerrechtswidrigen Siedlungen zu entscheiden, da sie dafür staatliche Vergünstigungen erhalten. Für diese Unternehmen hat ihre Beteiligung an der Verletzung des Völkerrechts keinerlei praktische Konsequenzen. An diesem Punkt könnten kritische Konsumentinnen und Konsumenten ansetzen und ihre Kaufentscheidung im Sinne der Achtung des Völkerrechts treffen, wenn ihnen die dafür nötigen Informationen zur Verfügung stünden.

In seinem Rechtsgutachten von 2004 hat der IGH darüber hinaus an die sich aus der Vierten Genfer Konvention ergebende Drittstaatsverpflichtung aller Vertragsstaaten erinnert. Danach sind alle europäischen Staaten verpflichtet, für die Einhaltung und Durchsetzung des humanitären Völkerrechts in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten Sorge zu tragen.

1. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Kennzeichnung von Waren aus den 1967 von Israel besetzten Gebieten einzuführen? Wenn ja, wann und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

---

Nein. Die Anforderungen an die Kennzeichnung von Waren aus den 1967 von Israel besetzten Gebieten richten sich nach dem Recht der Europäischen Union (EU). Für Warenlieferungen aus Israel sieht eine Verwaltungsvereinbarung zwischen der EU und Israel vor, dass auf allen in Israel ausgestellten bzw. ausgefertigten Warenverkehrsbescheinigungen EUR. 1 und Erklärungen auf der Rechnung die Stadt, das Dorf oder das Industriegebiet anzugeben sind, in der die Ursprungseigenschaft verleihende Herstellung stattgefunden hat. Der Rat für Außenbeziehungen der EU hat in seinen Ratsschlussfolgerungen vom 14. Mai 2012 die Bereitschaft der EU und ihrer Mitgliedstaaten bekräftigt, das geltende EU-Recht und die bilateralen Vereinbarungen in Bezug auf Siedlungsprodukte vollständig und effektiv umzusetzen und die Bedeutung der Bemühungen der Europäischen Kommission in dieser Hinsicht unterstrichen.

*2. Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung einen Rechtsgrund, der die Kennzeichnung von Waren aus den besetzten Gebieten verbieten würde? Wenn ja, welchen?*

Ein Rechtsgrund für ein derartiges Verbot ist nicht ersichtlich. Die Zuständigkeiten der EU sind zu beachten.

*3. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass sie mit der Kennzeichnung von Produkten aus völkerrechtswidrigen Siedlungen ihrer eigenen, sich aus der Vierten Genfer Konvention ergebenden, Rechtspflicht, für die Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts Sorge zu tragen, nachkommen würde? Wenn ja, warum wurde die Kennzeichnung nicht bereits eingeführt? Wenn nein, warum nicht?*

Eine Produktkennzeichnungspflicht ist weder aus dem IV. Genfer Abkommen von 1949 noch aus der Haager Landkriegsordnung von 1907 oder dem Völkergewohnheitsrecht ableitbar. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

*4. Wie oft und in welchen konkreten Fällen haben nach Informationen der Bundesregierung bislang deutsche Zollbehörden die Präferenzbehandlung von Siedlungsprodukten verweigert?*

Die Einfuhrabfertigung von Waren erfolgt in Deutschland IT-gestützt über das Automatisierte Tarif- und Lokales Zoll-Abwicklungs-System „ATLAS“, das spezifisch auf die Einhaltung der zollrechtlichen Bestimmungen und der hiermit verbundenen Datenerfassung- und Informationspflichten sowie auf die Gewährleistung einer möglichst effizienten Zollabwicklung ausgerichtet ist. Sonderauswertungen, die außerhalb der für eine gesetzeskonforme und effiziente Zollabfertigung erforderlichen Rahmenbedingung liegen, können in diesem Verfahren nicht automatisiert recherchiert werden. Eine Auswertung des größtenteils in einer Archivdatenbank ausgelagerten immensen Datenbestandes kann im Hinblick auf die gestellte Frage nicht unmittelbar aus den vorhandenen Datensätzen generiert werden. Insofern sind keine entsprechenden Informationen verfügbar.

*5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass europäische Verbraucherinnen und Verbraucher zur Profitabilität von Produktionsstandorten in völkerrechtswidrigen Siedlungen beitragen, wenn sie Waren aus diesen Siedlungen kaufen?*

Die Profitabilität von Produktionsstandorten hängt von einer Vielzahl von Faktoren wie Lohn-, Rohstoff- und Finanzierungskosten, Steuern, Subventionen usw. ab. Eine Aussage, inwiefern der Konsum von Waren aus bestimmten Regionen deren Profitabilität beeinflusst, kann daher nicht getroffen werden.

*6. Verschafft die Vermarktung von Siedlungsprodukten unter der Ursprungsangabe „Israel“ aus Sicht der Bundesregierung Anbietern dieser Waren einen unlauteren Wettbewerbsvorteil, da diese Kennzeichnung geeignet ist, Verbraucherinnen und Verbraucher zu einer Kaufentscheidung zu veranlassen, die sie in voller Kenntnis der tatsächlichen Herkunft der betreffenden Produkte nicht getroffen hätten?*

*7. Hält die Bundesregierung es unter Verbraucherschutzgesichtspunkten für zulässig, Konsumentinnen und Konsumenten Informationen vorzuenthalten, die diesen eine informierte Kaufentscheidung in Bezug auf Waren, die unter völkerrechtswidrigen Umständen produziert worden sind, ermöglichen würden?*

Frage 6 und Frage 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die §§ 3 und 5 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb regeln unter anderem den Schutz des Verbrauchers gegen irreführende geschäftliche Handlungen. Ob eine unlautere geschäftliche Handlung vorliegt, ist dabei im Einzelfall von den Gerichten zu entscheiden. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse dazu vor, ob die Kennzeichnung eines Produkts aus den besetzten Gebieten als „Made in Israel“ geeignet wäre, Verbraucher oder Verbraucherinnen zu einer Kaufentscheidung zu veranlassen, die sie andernfalls nicht getroffen hätten.

*8. a) Hat die Bundesregierung Informationen darüber, wie viele Menschen in Deutschland derzeit wegen des Risikos, mit ihrem Einkauf illegale Siedlungen zu unterstützen, generell auf den Kauf von Waren mit der Herkunftsbezeichnung „Made in Israel“ verzichten?*

Nein.

*b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine Kennzeichnung der in den illegalen Siedlungen produzierten Waren es den deutschen Verbraucherinnen und Verbrauchern, die Produkte aus Israel kaufen wollen, überhaupt erst ermöglichen würde, dies zu tun, ohne Gefahr zu laufen, unwissentlich die völkerrechtswidrigen Siedlungen zu unterstützen? Wenn nein, warum nicht?*

Siehe dazu Antwort zu Frage 7.

*9. Wie viele und welche israelischen Firmen, die ihre Produkte innerhalb der EU vermarkten, produzieren nach Kenntnis der Bundesregierung in den besetzten Gebieten (bitte eine genaue Auflistung beifügen)?*

Der Bundesregierung liegen keine derartigen Daten vor.

*10. a) Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, dass die israelische Regierung einen Fonds eingerichtet haben soll, um Firmen mit einer Niederlassung in der Westbank für etwaige Steuerzahlungen zu entschädigen?*

Die EU-Kommission hat im Dezember 2009 mitgeteilt, dass das israelische Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit kurz nach Inkrafttreten einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der EU und Israel über die Umsetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens ein Verfahren zur Entschädigung von Exporteuren, deren in die EU exportierte Waren nicht von der Zollpräferenzbehandlung nach dem Assoziierungsabkommen erfasst sind, eingerichtet hätte.

*b) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die von der israelischen Regierung dafür bereitgestellten Mittel im Vergleich zu den durch den Export nach Europa gewonnenen Einnahmen Israels?*

Der Bundesregierung liegen keine aktuellen Informationen hierzu vor.

*11. Hat die Bundesregierung Informationen darüber, ob Firmen, die innerhalb Israels eine Niederlassung haben, aber auch in den besetzten Gebieten produzieren, für die Ausfuhr ihrer Produkte aus den besetzten Gebieten die Postleitzahl der Niederlassung innerhalb Israels angeben?*

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

*12. Wie viel Prozent der von Israel in die EU ausgeführten Waren stammen nach Informationen der Bundesregierung aus den besetzten Gebieten?*

*13. Um welche Waren aus den besetzten Gebieten handelt es sich dabei (bitte mit genauer Auflistung nach Art der Ware und des Anteils am Export nach Europa, inklusive des genauen Ursprungs angeben), und welche Waren davon werden nach Deutschland importiert?*

Frage 12 und 13 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

---

Der Bundesregierung liegen hierzu keine statistischen Angaben vor.

*14. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch die kontinuierliche Fehlanwendung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens den EU-Staatshaushalten sowie den Produzenten in EU-Ländern ein materieller Schaden entsteht? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, warum verfolgt die EU weiterhin aktiv eine Politik, die Israel die Rechtsfolgen für völkerrechtswidriges Handeln ersparen will?*

Die Bundesregierung teilt nicht die der Frage zu Grunde liegenden Wertung. Im Übrigen ist nach Aussagen der EU-Kommission die Anwendung der Verwaltungsvereinbarung, die seit 2005 zwischen der EU und Israel in Kraft ist, insgesamt zufrieden stellend im Hinblick auf die Verhinderung der Gewährung einer Zollpräferenzbehandlung nach dem EU-Israel-Assoziierungsabkommen für Waren aus den besetzten Gebieten. Ferner haben die Schlussfolgerungen des Rats für Außenbeziehungen der Europäischen Union vom 14. Mai 2012 die Bereitschaft der EU und ihrer Mitgliedstaaten bekräftigt, das geltende EU-Recht und die bilateralen Vereinbarungen in Bezug auf Siedlungsprodukte vollständig und effektiv umzusetzen, und die Bedeutung der Bemühungen.

*15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die stillschweigende Hinnahme der Völkerrechtsverstöße der israelischen Regierung durch viele Regierungen und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von vielen Menschenrechtsorganisationen in der Region als entscheidendes konfliktverschärfendes Element gesehen wird?*

Die Bundesregierung und die Europäische Union haben ihre Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt in zahlreichen öffentlichen Äußerungen zum Ausdruck gebracht, so z. B. in den Schlussfolgerungen des Rats für Außenbeziehungen der Europäischen Union vom 14. Mai 2012. Die Bundesregierung bezieht bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik auch die Bewertungen von Menschenrechtsorganisationen und anderen Nichtregierungsorganisationen als Erkenntnisquelle mit ein.

*16. a) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Israel in seiner Innen und Außenpolitik von der Achtung der Menschenrechte geleitet ist, die nach Artikel 2 des EU-Israel-Assoziierungsabkommens (Menschenrechtsklausel) „diesen Vertrag wesentlich konstituieren“?*

Die Bundesregierung verfolgt die Menschenrechtslage in Israel aufmerksam, interveniert – wo geboten und opportun – regelmäßig mit dem ihr zur Verfügung stehenden bewährten Instrumentarium und stimmt sich eng mit ihren EU-Partnern ab. Nach Auffassung der Bundesregierung sind insbesondere die auf der Grundlage des EU-Israel-Assoziierungsabkommens eingerichteten Kooperations- und Dialogmechanismen, u. a. die informelle Arbeitsgruppe zu Menschenrechten geeignet, Menschenrechtsfragen mit Israel zu thematisieren und zum Gegenstand des breiteren politischen Dialogs mit Israel zu machen.

*b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine Verletzung von Artikel 2 des EU-Israel-Assoziierungsabkommens durch die israelische Regierung zu Konsequenzen führen muss, und wenn nein, warum nicht?*

*c) Wenn ja, warum hatte die Verletzung von Artikel 2 bisher keine Konsequenzen?*

*d) Welche Konsequenzen sind für die Zukunft für die Bundesregierung denkbar?*

Die Bundesregierung teilt nicht die den Fragen zu Grunde liegende Annahme einer Verletzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens.

Die EU will zukünftig Siedlungsprodukte kennzeichnen, berichtete die israelische Zeitung Haaretz am 3. 10. 2012. Die Initiative würde von Dänemark ausgehen und von Frankreich und Großbritannien unterstützt werden.

“EU foreign ministers pushing to label all settlement products . A Foreign Ministry official in Jerusalem said the initiative is based on a decision by EU foreign ministers in May that was unanimously approved by all 27 foreign ministers.... The decision emphasizes that "the European Union and its members are obligated to fully and

effectively implement existing EU legislation and agreements with Israel regarding products from the settlements."

## 11. Schritte zur Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht

*Neben Gesprächen mit verschiedenen Ministerien setzt die Nahostkommission auf das Interesse der Importeure an einer Kennzeichnung.*

### ■ Brief an Handelsketten und Importeure vom 25. September 2012

#### **Klare Kennzeichnung von Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen Israels**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*wir hatten uns in dieser Angelegenheit bereits im Februar dieses Jahres an Sie gewandt und möchten Sie heute gern über den neuen Sachstand informieren: Israel exportiert viele Waren, insbesondere Obst, Gemüse, Kräuter, Gewürze, Blumen und vieles mehr aus völkerrechtswidrigen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten in die Europäische Union und deklariert sie als „Made in Israel“.*

*Am 3. August 2012 hat die Europäische Kommission eine offizielle Mitteilung an die europäischen Importeure erlassen. Sie sollen künftig überprüfen, ob Waren mit der Herkunftsangabe „Israel“, die nach Europa eingeführt werden sollen, tatsächlich aus dem Staatsgebiet Israels stammen oder aus völkerrechtswidrigen Siedlungen. Seit 2005 dürfen – bekräftigt durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2010 – Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen nicht mehr von Zollvergünstigungen der Europäischen Union profitieren. Bislang hatten die europäischen Zollbehörden dies lediglich durch Stichproben überprüft. Nun werden die Importeure in die Pflicht genommen. Erstmals hat die EU zu diesem Zweck eine offizielle Liste der Postleitzahlen aller israelischen Siedlungen öffentlich gemacht: Sie ist im Internet einsehbar unter [http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/customs/technical-arrangement\\_postal-codes.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/technical-arrangement_postal-codes.pdf).*

*Mit diesem begrüßenswerten Schritt kommt die Europäische Kommission der Forderung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen europaweit entgegen, den Unternehmen und Verbrauchern/innen endlich die Informationen zur Verfügung zu stellen, die den Zollbehörden seit langem vorliegen. Für uns als Verbraucherinnen und Verbraucher besteht aufgrund der unterschiedslosen Kennzeichnung von Waren aus dem Staatsgebiet Israels und von Waren aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen mit der Ursprungsangabe „Israel“ bislang keinerlei Transparenz. Mit der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ weist die Nahostkommission von Pax Christi seit Mai 2012 öffentlich auf dieses Problem hin und fordert eine eindeutige Kennzeichnung von Siedlungsprodukten.*

*Inzwischen ist klar: Rechtlich steht der Einführung einer klaren Kennzeichnung von Siedlungsprodukten nichts entgegen. Das bestätigte die Bundesregierung im Sommer 2012 auf Anfrage aus dem Deutschen Bundestag (BT-Drucksache 17/10353). Sie ist in einem EU-Land sogar schon Praxis: Großbritannien hat die eindeutige Kennzeichnung für Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen bereits 2009 eingeführt. Dort haben die Behörden alle Händler offiziell aufgefordert, Waren aus israelischen Siedlungen separat zu kennzeichnen (Technical Advice: Labelling of Produce Grown in the Occupied Palestinian Territories, 10.12. 2009). Sie sind an der Beschriftung „Westbank (Erzeugnis aus israelischer Siedlung)“ eindeutig zu erkennen. Weitere EU-Länder, wie etwa Dänemark, erwägen derzeit die Einführung der Kennzeichnung.*

*Im Dialog mit Verbraucherzentralen und dem Bundesverbraucherschutzministerium (BMELV) hoffen wir, bald auch für die Bundesrepublik eine entsprechende – sinnvollerweise europaweit einheitliche – Kennzeichnungspflicht für Siedlungsprodukte zu erwirken. Solange diese Bemühungen noch andauern, sind Kunden/innen, die*

---

*im Sinne eines kritischen Konsums auf den Kauf von Siedlungsprodukten verzichten möchten, auf transparente Angaben seitens der Handelsunternehmen angewiesen. Wir begrüßen es sehr, dass einige deutsche Unternehmen nach unserem Schreiben von Februar 2012 umgehend in diesem Sinne aktiv geworden sind, und bei Ihren Importunternehmen Informationen über die tatsächliche Herkunft der Waren mit der unklaren Ursprungsangabe „Israel“ in Ihrem Sortiment eingeholt haben. So liegen uns bereits jetzt einzelne schriftliche Erklärungen von Firmen vor, die nach eingehender Prüfung zusichern, keine Siedlungsprodukte in ihrem Sortiment zu führen.*

*Die offizielle Mitteilung der Europäischen Kommission hat nun die amtliche Informationsgrundlage dafür geschaffen, dass alle Importeure die tatsächliche Herkunft der Waren mit der Ursprungsangabe „Israel“ unkompliziert verifizieren können (Hinweis an die Einführer Einfuhren aus Israel in die EU, 3.8.2012, Amtsblatt der Europäischen Union, C 232/5). Wir freuen uns, wenn Sie Ihre(n) Importpartner zeitnah bitten, Ihnen nähere Informationen zur Zusammensetzung des entsprechenden Teils Ihres Sortiments bereit zu stellen, und uns über das Ergebnis informieren.*

*In den Begleitmaterialien zur Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ ruft die Nahostkommission die Verbraucher/innen ausdrücklich dazu auf, Waren aus Israel zu kaufen, wenn sie sicher sind, dass diese tatsächlich aus dem Staatsgebiet stammen. Wir möchten Sie bitten, mit zu helfen, dass das bisherige Verwirrspiel für die Verbraucher/innen rasch ein Ende findet und Ihre Kundinnen und Kunden in den Filialen Ihres Unternehmens künftig bedenkenlos zugreifen können, wenn sie die Ursprungsangabe „Israel“ lesen.*

*Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Dr. Manfred Budzinski*

*Sprecher der Nahost-Kommission*

## **Aktuelles zum Thema Siedlungsprodukte und Kennzeichnung**

■ **Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS)** setzt sich für eine Kennzeichnung von Siedlungsprodukten ein. In einem Themendossier werden hierzu Hintergründe wie auch die Bestrebungen zur Kennzeichnungspflicht in verschiedenen europäischen Ländern dargestellt.

<http://www.heks.ch/news-service/fragen-und-antworten-zu-produkten-aus-israelischen-siedlungen-in-den-besetzten-palaestinisches-gebieten/>

■ **Die United Civilians for Peace in den Niederlanden** fordern in einer Beschwerde-Aktion die Behörden auf, für eine Kennzeichnung von Siedlungsprodukten zu sorgen. "The goal is to mobilize as many people as possible in the Netherlands to write a complaint to the Netherlands Food and Consumer Product Safety Authority" (<http://www.vwa.nl/english>).

<http://www.unitedcivilians.nl/kom-in-actie/111-ucp-over-ucp/kom-in-actie/182-kom-in-actie-2>

■ **Der dänische Außenminister Villy Sovndal** plant, den Supermärkten seines Landes zu gestatten, Produkte aus Westbank-"Siedlungen" mit einem besonderen Etikett zu versehen. Mit dieser Ankündigung verhält Dänemark sich gleich wie Südafrika, das dieser Tage eine ähnliche Initiative lanciert hatte. "Dieser Schritt", erklärte Sovndal in einem Zeitungsinterview, "zeigt den Konsumenten klar, dass diese Produkte unter Bedingungen hergestellt werden, die nicht nur die dänische Regierung sondern auch andere europäische Regierungen nicht gut heißen. Es bleibt dann den Konsumenten überlassen, die betreffenden Produkte zu kaufen oder nicht." (<http://www.tachles.ch/> vom 21.5.)

■ **Ein Kabinettsbeschluss der südafrikanischen Regierung** vom 21. August 2012 sieht vor, Produkte, die aus israelischen Siedlungen kommen, in Zukunft gesondert zu kennzeichnen. Dazu bezog die israelische Regierung

Stellung: „Die heute von der südafrikanischen Regierung bekanntgegebene Maßnahme, der zufolge eine gesonderte Kennzeichnung für Produkte aus israelischen Siedlungen verlangt wird, ist beispiellos, da eine solche Maßnahme noch niemals in Südafrika oder einem anderen Land realisiert wurde: Sie stellt daher eine eklatante Diskriminierung da, die auf nationaler und politischer Ausgrenzung basiert.

Diese Art von Diskriminierung wurde – zu Recht – noch niemals in einem anderen territorialen oder ethnischen Konflikt angewandt. Israel und Südafrika haben politische Differenzen, und dies ist legitim. Was aber vollkommen inakzeptabel ist, ist der Einsatz von Mitteln, die per se diskriminierend sind, mit zweierlei Maß messen und einen allgemeinen Boykott fördern. Ein solches Ausschließen und diese Diskriminierung erinnern an Ideen rassistischer Natur, die die Regierung Südafrikas mehr als jede andere hätte zurückweisen müssen. Der Botschafter Südafrikas in Israel wird morgen in das Außenministerium in Jerusalem einbestellt werden.“

## 12. Die Diskussion um die Aktion innerhalb von pax christi

**pax christi-Präsidium | Bericht zur Delegiertenversammlung | Fulda 28.- 30. Oktober**  
(Auszug)

### **Die Obsttütten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“**

*Das Präsidium hat nach einem Gespräch mit Vertretern und Vertreterinnen der Nahostkommission der Obsttüttenaktion „Besatzung schmeckt bitter“ zugestimmt. Vorausgegangen waren diesem Gespräch verschiedenen Einzelkontakte zwischen Geschäftsführendem Vorstand, Generalsekretärin und der Nahostkommission.*

*Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Sorge um die mögliche Fehlinterpretation dieser Aktion. Die Nahostkommission legte dar, dass diese Obsttütten-Aktion sich grundlegend von einem generellen Boykott Israels, wie er der BDS-Kampagne eigen ist, unterscheidet. Die Aktion enthält demgegenüber ausdrücklich eine Empfehlung für den Kauf israelischer Produkte, wenn sichergestellt ist, dass diese aus dem israelischen Staatsgebiet stammen. Konzeption, Materialien und Pressemeldungen der Obsttütten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“, die dem Präsidium vorlagen, markieren diesen Unterschied sehr deutlich.*

*Für das Präsidium stand letztlich die Frage an: Nein zu dieser Aktion, weil dazu kein expliziter DV-Beschluss vorlag oder ja, weil diese Aktion einen inneren Bezug zur Erklärung aus dem Jahre 2010 hat. Die Mehrheit des Präsidiums gelangte schließlich zu der Auffassung, dass mit dieser Aktion eine Entwicklung auf der Grundlage der Erklärung eingeleitet wurde. Die Erklärung drängt auf gewaltfreie Handlungsoptionen und die Obsttütten-Aktion versteht sich als eine solche Aktion im Sinne der Erklärung verstanden.*

*Die Aktion hat eine heftige Erschütterung ausgelöst. pax christi wird des Antisemitismus und der Feindschaft zu Israel verdächtigt. Beiträge im Deutschlandradio, der Jerusalem Post, B.Z., der Jüdischen Allgemeinen rücken pax christi die Nähe des Antisemitismus und der Feindschaft zu Israel. Beiträge in der KNA, Welt, NDR-Info, Taz, Tagesspiegel und Publik-Forum blieben auf der sachlichen Ebene. Positiv war die Darstellung im Vatikan Fernsehen. Insbesondere wurde pax christi für diese Aktion in einem weitgespannten Blogger- und Zitierkartell des Internets als israelfeindlich diffamiert. Freie Journalisten bedienten sich dieser Quellen und publizierten u.a. in den oben erwähnten Medien.*

*Eine Reihe von Mitgliedern zeigte sich irritiert und verärgert über diese Aktion bis dahin, dass sie in pax christi für sich keine Heimat mehr sehen konnten. Diese Mitglieder sehen sich von außen mit für die Diffamierungen gegenüber pax christi in Anspruch genommen. Diese Betroffenheit und den Verlust von Mitgliedern bedauern wir sehr.*

---

Die Regionalstelle Osnabrück/Hamburg forderte das Präsidium in zwei Schreiben auf, die Aktion zu stoppen; die Bistumsstelle Trier verlangte vom Präsidium ebenfalls einen Stopp der Aktion. Regionalstelle wie Bistumsstelle sorgen sich um die politische Glaubwürdigkeit von pax christi und weisen auf das antisemitische Etikett hin, dass pax christi mit dieser Aktion von Kritikern angeheftet wird. Kritik an der Anlage der Aktion sowie die Sorge um die Glaubwürdigkeit bringt auch ein Schreiben der Bistumsstelle Hildesheim zum Ausdruck, ohne allerdings vom Präsidium einen Stopp der Aktion zu verlangen. Die Bistumsstelle Münster fragte das Präsidium an, ob wir über eine Beendigung der Aktion nachdenken würden. Die Bistumsstellen Augsburg, Aachen und Rottenburg/Stuttgart und Essen haben zustimmende Rückmeldungen zur Obsttüten-Aktion gegeben.

Die Reaktionen zeigen, dass es einen Riss in der Bewegung gibt, was die Umsetzung der Zielperspektive eines gerechten Friedens für Israel und Palästina angeht. Wie viel tatkräftige Solidarität mit dem palästinensischen Volk ist für die gesamte pax christi Bewegung möglich und wie viel praktische Solidarität mit dem israelischen Volk kann die pax christi Bewegung aufbringen? Was mit der Erklärung „Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden“ der Delegiertenversammlung von 2010 möglich war, scheint in der Praxis der Bewegung nicht einholbar zu sein. Das gemeinsame Ziel eines gerechten Friedens ist im Konsens zu formulieren, eine gemeinsame Praxis jedoch nicht zu erkennen. Vor dem Hintergrund muss das Präsidium seine Entscheidung zur Unterstützung der Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“ kritisch anfragen. Die überzeugenden Argumente der Nahostkommission in der Sache der Kennzeichnungspflicht ist das eine; die Akzeptanz einer solchen Aktion, noch dazu verbunden mit dem Appell zum Kaufverzicht, in der gesamten Bewegung das andere. Hier klafft eine Lücke, die nicht über eine Entscheidung des Präsidiums aus dem Frühjahr geschlossen werden konnte. Die „Schmerzgrenze“ verschiedener Bistumsstellen und einer Reihe von Mitgliedern in Bezug auf entschiedene politische Aktionen zum Israel-Palästina-Konflikt steht einem noch so begründeten Ja zu Aktionen scheinbar unauflöslich entgegen. Dieses Resümee muss das Präsidium nach den zurückliegenden Monaten ziehen.

Dies führt heute zu einer zerrissenen Situation unserer Bewegung. Das Präsidium ist sich seiner Verantwortung für diese Situation bewusst. Zugleich geht das Präsidium davon aus, dass ein „Nein“ zu der Initiative der Nahostkommission zu gleichen Erschütterungen in der Bewegung geführt hätte – nur mit anderen Vorzeichen. Das Präsidium nimmt diesen dieser Rechenschaftsbericht zum Anlass, um der Bewegung ein Dilemma zu spiegeln, in das wir mit unserer entschiedenen Solidarität für die Opfer der Shoa und der Not der Palästinenser hineingeraten sind. Wir meinen, dass wir nur über einen fortgesetzten, partnerschaftlichen Dialog aus diesem Dilemma heraus kommen. Daher gilt allen vorstehend genannten Bistumsstellen bzw. der Regionalstelle unser Dank, dass sie sich in dieser Sache mit Argumenten positioniert haben. Das Präsidium sieht darin eine Grundlage für den notwendigen bewegungsinternen Dialog.

In der öffentlichen Auseinandersetzung haben wir bei aller diffamierenden Kritik auch die Erfahrung gemacht, dass zu der Forderung einer Kennzeichnungspflicht kaum Widerspruch erhoben wurde. Vielleicht kann bei aller Kontroverse und Kritik die Obsttüten-Aktion etwas in Richtung eines überfälligen gesellschaftlichen Dialogs über die deutsche Politik auf Nahost hin bewegen. Vielleicht gelingt es, die Gräben der Einseitigkeiten zu überwinden und vielleicht tragen Gespräche dazu bei, in der deutschen Öffentlichkeit offener und ehrlicher über die Situation in Israel und Palästina sprechen zu können.

#### **Contra: Regionalstelle Osnabrück/Hamburg**

##### **■ 12.06.2012 Die Pax Christi Regionalstelle Osnabrück-Hamburg veröffentlicht eine Distanzierung zur Obsttüten-Aktion der Nahost-Kommission der Deutschen Sektion**

Liebe Christine, liebe Mitglieder des Präsidiums von Pax Christi, mit Verwunderung nehmen Mitglieder in der Regionalstelle Osnabrück / Hamburg einen Kampagnen-Aufruf der Nahostkommission „Bittere Obsttüten“, zur Kenntnis, in dem zum Kaufverzicht von Waren aus den besetzten Gebieten in Israel / Palästina aufgerufen wird, veröffentlicht in der pax zeit 1 / März 2012.

*Auch das Leitungsteam möchte sein Befremden über die Veröffentlichung dieses Aufrufs zum Ausdruck bringen, zu dem wir trotz der Problematik inhaltlich jetzt keine Stellung nehmen wollen. Erst vor 1 1/2 Jahren - auf der Bundesdelegiertenversammlung im Oktober 2010 in Fulda - haben sich die Delegierten der deutschen Sektion in ihrer Positionsbestimmung Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden nach kontroverser und langer Debatte bewusst dafür ausgesprochen, einen Warenboykott in die Nahostarbeit von Pax Christi nicht mit aufzunehmen.*

*Als deutsche Sektion von Pax Christi können wir uns im Bemühen um Aussöhnung und Verständigung im Nahostkonflikt nicht an einem Kaufboykott von Waren aus Israel beteiligen. Es ist uns völlig unverständlich, wie und warum die Kommission diese Positionsbestimmung ignoriert und als Kommission trotzdem zu dem Boykott aufrufen kann.*

*Wir bitten deshalb das Präsidium, den Kampagnen-Aufruf „Bittere Obsttüten“ nicht weiter zu verbreiten und die Kommission zu veranlassen, die Verbreitung zu unterlassen.*

*Mit herzlichen Grüßen,  
das Leitungsteam der Pax Christi Regionalstelle Osnabrück / Hamburg*

**■ 26.6.2012 Antwort des Präsidiums an die pax christi Regionalstelle Osnabrück-Hamburg**

*Liebes Leitungsteam,  
beim Präsidium am Wochenende haben wir euren offenen Brief besprochen und vereinbart, dass ich euch schreibe. Dies geht nicht ohne eine Bewertung der Siedlungen in der Westbank und Ostjerusalem und der darin hergestellten Waren. In unserer Positionsbestimmung heißt es dazu: „Heute ist eine Situation der Gewalt eingetreten, die kaum Hoffnung auf einen gerechten Frieden verspricht. Für die Menschen in Palästina ist die Politik des Staates Israel nahezu erdrückend. Dieser Politik wohnt eine systematische Gewalt inne, die u.a. zu Landnahme durch die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten...führt.“ Diese Völkerrechtsverletzung nicht zu unterstützen, darum geht es in der Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“.*

*Auch die Nahostkommission beteiligt sich nicht an einem Kaufboykott von Waren aus Israel. Sie empfiehlt sogar ausdrücklich den Kauf israelischer Produkte, wenn man sich sicher ist, dass diese aus dem israelischen Staatsgebiet stammen. In den Materialien und Pressemeldungen der Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ ist dies nachzulesen. Bei der Obsttüten-Aktion geht um einen Kaufverzicht von Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen. Siedlungen in der Westbank und Ostjerusalem gehören nach internationalem Recht nicht zum Staatsgebiet Israel. Da diese Waren nicht gekennzeichnet sind, sondern unter „Israel“ verkauft werden, ist es nur möglich, Waren aus Siedlungen zu umgehen, wenn man solange auf den Kauf von Waren mit der Kennzeichnung „Israel“ verzichtet, solange die korrekte Kennzeichnung fehlt.*

*Ihr seht in der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der Nahostkommission, die im Präsidium diskutiert und mehrheitlich angenommen wurde, einen Verstoß gegen unsere Nahostposition. In der Tat gibt es zu konkreten Aktionen keinen eigenen DV-Beschluss. Was es gibt, ist ein DV-Beschluss von 2005, in dem pax christi die Bundesregierung auffordert „sich bei der EU dafür einzusetzen, dass diese bei der israelischen Regierung auf eine genaue Herkunftsauszeichnung der Waren drängt, im Einklang mit den Völkerrechtspflichten der Bundesrepublik, die der Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten vom 9. Juli 2004 bekräftigt hat“.*

*Das Präsidium hatte im Vorfeld die Kommission zum Gespräch eingeladen. Ausdrücklich hat die Kommission darauf hingewiesen, dass sie nicht die Kampagne BDS unterstützt, wo es um einen Boykott aller israelischen Waren geht, bis die Besatzung beendet ist, gleiche Rechte innerhalb Israels gelten und die Flüchtlingsfrage gelöst ist. Bei der Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ geht es darum, die Kennzeichnungspflicht, die allgemein anerkannt ist, für Waren aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten einzuführen.*

---

*Wir haben auch über die Gefahr der Fehlinterpretation dieser Aktion gesprochen. Dabei hat uns insbesondere die sehr persönliche Haltung, die die anwesenden Kommissionsmitglieder dazu zum Ausdruck brachten, überzeugt. In den Begleitmaterialien zur Aktion „Besetzung schmeckt bitter“ hebt die Kommission unmissverständlich hervor: „Es darf in Deutschland niemals wieder einen Boykott geben, der die Menschenwürde mit Füßen tritt. Deshalb ist es gut und richtig, dass Kaufverzichtaktionen in der Öffentlichkeit mit besonders wachem und kritischem Blick verfolgt werden. Die Erinnerung an den von Gewalt und antisemitischen Hetzparolen begleiteten Boykott jüdischer Unternehmen im Jahr 1933 muss in unserer Gesellschaft immer Mahnung bleiben. Boykottmaßnahmen, die Menschen Unrecht antun, und zivilgesellschaftliche Aktionen, die Menschen Recht verschaffen wollen, sind jedoch zwei unterschiedliche Dinge. Menschen- und völkerrechtswidrigen Umständen seine Unterstützung zu verweigern, ist eine legitime ethische Entscheidung. Wer im Laden vor Waren steht, die möglicherweise aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen kommen, ohne dass dies kenntlich wäre, hat die Wahl, diese Produkte zu kaufen oder auf ihren Kauf zu verzichten. Der Verzicht auf den Kauf von Siedlungsprodukten ist für uns eine Form von kritischem Konsum: Es geht uns darum, die individuelle Kaufentscheidung im Einklang mit geltenden Menschen- und Völkerrechtsstandards zu treffen.“*

*Hier wird sehr viel von der Sorge der Kommissionsmitglieder für die betroffenen Menschen in Palästina und Israel deutlich. Auch von der Sorge um einen gerechten Frieden. Für das Präsidium stand letztlich die Frage an: Nein zu dieser Aktion, weil dazu kein expliziter DV-Beschluss vorliegt oder ja, weil diese Aktion einen inneren Bezug zur Erklärung aus dem Jahre 2010 hat. Das Präsidium hat sich hier von der Sorgfalt und der Glaubwürdigkeit der Kommission überzeugen lassen. Dies mögt ihr formal kritisieren. Wir möchten euch gegenüber deutlich machen, dass wir nicht über den Kern unserer Beschlusslage hinweg gegangen sind. In diesem Sinne werden wir uns auch auf der DV erklären.*

*Das Präsidium hat auf euren offenen Brief hin Briefe der Bistumsstellen Augsburg, Essen und Rottenburg-Stuttgart erhalten, die in dieser Aktion eine Chance sehen für einen neuen Dialog über die Situation in Nahost. „Besetzung schmeckt bitter“ ist eine gewaltfreie Aktion für einen gerechten Frieden, wie eine unserer Handlungsoptionen lautet. Aussöhnung und Verständigung im Nahen Osten sind nicht möglich, solange die Siedlungspolitik weitergeht und durch uns wirtschaftlich unterstützt wird.*

*Wiltrud Rösch-Metzler  
pax christi Vizepräsidentin i.A. des Präsidiums*

**■ Gesendet: Montag, 3. September 2012 11:44**

**Betreff: Antwortschreiben zur Mail vom 27.06.2012**

*Liebes Präsidium,*

*wir möchten hiermit auf euren Brief vom 27.6.12 an das Leitungsteam (und nachfolgende Mails) antworten.*

*Wir sind der Meinung, dass ein weiterer Austausch sachlicher Argumente zur Obsttüttenaktion die Konfliktlage nicht ent- sondern eher verschärft, weil diese Auseinandersetzung – auch aufgrund der Geschichte der Auseinandersetzung unserer Regionalstelle mit den Positionen der Nahostkommission – mittlerweile von Emotionalität stark überlagert wird. Wir möchten an dieser Stelle v.a. unseren Gefühlen Ausdruck verleihen: Da ist zunächst sehr viel Verärgerung wegen des – aus unserer Sicht unangemessenen – formalen Vorgehens – sowohl seitens der Nahostkommission (z.B. was die Rolle des M. Budzinski angeht) als auch des Präsidiums (Umgang mit DV-Beschluss 2010). Wir haben dem Eindruck, dass die DV – als oberstes beschlussfassendes Organ – nicht ernst genommen wird bzw. das Präsidium sich von der Nahostkommission instrumentalisieren lässt.*

*Zudem sind wir darüber verärgert, dass wir als Regionalstelle bzw. Mitglieder des Leitungsteams mit einer Position identifiziert werden, die von Organisationen und Einzelpersonen als antisemitisch beurteilt wird. Schriftlich*

begründete Austritte von PC-Mitgliedern zeigen uns, dass ihnen eine Gesamtidentifikation mit Pax Christi nicht mehr möglich ist.

Dazu kommt eine starke Enttäuschung, dass in euerm Brief und in den entsprechenden Mails nirgends ein selbstkritischer oder reflexiver Gedanke erkennbar wird, sondern ihr euch über die Richtigkeit eures Vorgehens anscheinend nicht anfragen lasst. Wir hätten uns außerdem gewünscht, dass ihr euch mit unserer Position inhaltlich auseinandersetzt. Leider seid ihr in eurem o.g. Brief mit keinem Wort auf unsere Kritik eingegangen. Neben den – oft genug beschriebenen – sachlichen Differenzen ist es diese Emotionalität, die uns diese Auseinandersetzung so schwer werden lässt. Für die DV im Oktober bitten wir um eine Aussprache (entsprechende Anträge werden folgen).

Mit freundlichen Grüßen

das Leitungsteam der Pax Christi Regionalstelle Osnabrück / Hamburg

im Auftrag

Franz-Josef Lotte

■ **14.07.2012: Boykott ist nicht sinnvoll. Das Leitungsteam der pax christi – Regionalstelle Osnabrück-Hamburg distanziert sich entschieden vom Aufruf zur Aktion „Besetzung schmeckt bitter“ und den Presseerklärungen der Nahost-Kommission von Pax Christi.**

Mit der Aktion wird zu einem „Kaufverzicht“ von Waren aufgerufen, „die möglicherweise aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen kommen, ohne dass dies kenntlich wäre“. Da eine Kennzeichnung der Waren aus israelischen Siedlungen in Deutschland derzeit nicht erfolgt, bedeutet dies, dass in der Aktion zu einem Boykott israelischer Produkte insgesamt aufgerufen wird. Dass bei dieser Sachlage bei nicht wenigen Menschen die Assoziation zum Aufruf der Nazis zum Kaufboykott vom 01. April 1933 „Kauft nicht beim Juden“ auftaucht mag nicht verwundern, sondern ist – im Gegenteil – naheliegend. Auch wenn der Sprecher der Nahostkommission, Dr. Manfred Budzinski, diese Gedankenverbindung „auf das Schärfste zurückweist“, wird das nicht verhindern, dass ein großer Teil der Menschen, die mit den von den Planern der Aktion ersonnenen Obsttüten in Berührung kommen, dies so wahrnimmt – und mit Pax Christi in Verbindung bringt. Das finden wir unerträglich.

Die Nahost-Kommission gibt als Ziel ihrer Aktion an, eine Kennzeichnung von Waren aus den israelischen Siedlungen erreichen zu wollen. In der Presseerklärung vom 22.05.2012 heißt es, „dass Obst und Gemüse mit der Ursprungsangabe ‚Israel‘ vielfach aus völkerrechtswidrigen Siedlungen stammen“. Der Boykott aller Waren aus Israel ist hierfür kein angemessenes Mittel, das die Verhältnismäßigkeit wahrt. Nach den Presseerklärungen vom 22.05.2012 und 31.05.2012 richtet sich die Aktion zum einen explizit gegen die strategische Entscheidung von Akteuren, in den israelischen Siedlungen zu investieren und zu produzieren, zum anderen gegen die Untätigkeit deutscher Behörden und hat das Ziel im Dialog mit Einzelhändlern, Handelsketten, Verbraucherzentralen und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine explizite Kennzeichnung von Siedlungsprodukten zu erreichen. Ein Boykott gegen Waren aus Israel schadet keinem dieser Adressaten oder setzt ihn unter Druck. Der Boykott soll sich angeblich nicht gegen Einzelpersonen und Unternehmen richten, aber genau die sind es, denen er schadet.

Die Aktion lässt eine ausgewogene und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Nahost-Konflikt und seinen Ursachen vermissen. Die israelischen Siedlungen in der Westbank und in Ostjerusalem werden als „das Haupthindernis auf einen gerechten Frieden in Nahost“ bezeichnet. Hier erfolgt eine einseitige Zuschreibung von Schuld und Verantwortung: die Israelis werden einseitig als Täter identifiziert, die Palästinenser einseitig als Opfer. Diese Verkürzung steht im Widerspruch zur Positionsbestimmung der Delegiertenversammlung von Pax Christi aus dem Jahr 2010.

---

*Dass dieser Boykottaufruf eine „Aktion zur Stärkung der Menschenrechte und des Völkerrechts“ ist, ist für uns nicht ersichtlich. Er trägt nicht zu einer Problemlösung bei. Da die Delegiertenversammlung 2010 sich mehrheitlich gegen die Aufnahme eines Boykotts gegen Israel in den Aktionsplan der Pax Christi Bewegung entschieden hat, fordern wir die Nahost-Kommission und das Präsidium dringend auf, die Aktion zurückzurufen und umgehend zu beenden.*

*Das Leitungsteam der Pax Christi-Regionalstelle Osnabrück/Hamburg*

**■ Antwort des Präsidiums vom 19.09.12 Lieber Franz-Josef, liebe Freundinnen und Freunde im Sprecherteam der Regionalstelle Osnabrück/Hamburg,**

*Ihr habt euch mit einem zweiten Antrag an das Präsidium gewandt, die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ einzustellen. Dabei habt ihr euch dem Schreiben der Bistumsstelle Trier vom 5. Juli 2012 an das Präsidium angeschlossen. Auf unserer Präsidiumssitzung am 7./8. September 2012 konnten wir uns mit euren kritischen Anmerkungen und dem Antrag beschäftigen. Ich antworte euch mit der Weitergabe meines Schreibens an die Bistumsstelle Trier und bitte um Verständnis, wenn dies mit einigen Tagen Verzögerung geschieht.*

*Im Nachgang habt ihr auf die eurer Meinung nach geringe Wertschätzung eures Anliegens durch das Präsidium hingewiesen. Euch war die Antwort auf den ersten Antrag zur Einstellung der Aktion nicht einfühlsam genug wie auch die persönliche Betroffenheit vieler Mitglieder eurer Meinung nach zu wenig berücksichtigt wurde. Ergänzend zu beiliegender Antwort möchte ich euch sagen, dass uns sehr wohl die Sorge der Mitglieder am Herzen liegt. Wir haben, soweit möglich, Mitgliedern persönlich geantwortet und Respekt vor ihren Bedenken bekundet. In gleicher Weise sind wir uns des Ringens in eurem Sprecherteam um eine angemessene Sprache zum Konflikt in Nahost bewusst. Dieses Suchen nach Sprachfähigkeit in der Sache des Nahostkonflikts respektieren wir so, wie wir es einzelnen Mitgliedern gegenüber zum Ausdruck gebracht haben.*

*So will ich auch an dieser Stelle euren Beitrag zur Auseinandersetzung um die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ würdigen und euch für die kritische und mahnende Stimme danken.*

*In diesem Sinne herzliche Grüße  
Johannes Schnettler, Vizepräsident*

I



**Antrag:** Nr. 6  
**Antragstellerin:** Regionalstelle Osnabrück/ Hamburg  
**Antragsgegenstand:** Obsttüttenaktion stoppen

■ **Die Delegiertenversammlung möge beschließen**

Die Nahost-Kommission und das Präsidium werden aufgefordert, die Obsttüttenaktion sofort zu stoppen. Den Bistumsstellen und Basisgruppen soll innerhalb des nächsten Jahres die Möglichkeit gegeben werden, die Aktion und ihr Folgen zu diskutieren, um bei der nächsten DV darüber abzustimmen, ob sie im Namen von pax christi weiterverbreitet werden soll.

■ **Begründung**

Die internen Reaktionen zeigen, dass es kritische Anfragen innerhalb der Bewegung gibt. Nachfragen zeigen, dass die Basis offensichtlich nicht genügend informiert ist und sich z.T. mit der Aktion noch nicht auseinandergesetzt hat.

Einer Aussprache und Abstimmung bei der diesjährigen DV steht entgegen, dass es sich um eine Wahl-DV handelt, die wenig Zeit für differenzierte Auseinandersetzung bietet.

Die öffentliche mediale Kommentierung der Aktion zeigt, dass die Auswirkungen dieser Kampagne nicht genügend berücksichtigt wurden.

Dieser Antrag wurde auf der Leitungsteamsitzung der Regionalstelle Osnabrück/Hamburg am 30.8.2012 in Osnabrück beraten und per Mail am 11.9.2012 einstimmig verabschiedet.

**Antrag:** Nr. 7  
**Antragstellerin:** Regionalstelle Osnabrück/ Hamburg  
**Antragsgegenstand:** Legitimität der Obsttützenaktion

■ **Die Delegiertenversammlung möge beschließen**

Dass die von der Nahostkommission durchgeführte - und vom Präsidium unterstützte - Obsttützenaktion im Widerspruch zum Positionspapier Nahost (DV 2010) steht.

■ **Begründung**

Bei der DV 2010 wurde bei der Erarbeitung des Positionspapiers zu Nahost nachweislich – siehe Aufzeichnungen von Hans-Jürgen Schwaratzki – der Passus, der sich auf die jetzt initiierte Obsttützenaktion bezieht, gestrichen, weil er inhaltlich nicht von den Delegierten mitgetragen wurde. Wenn es auch keine gesonderte Abstimmung über die Streichung / Ablehnung der Obsttützenaktion gab, wurde die Ablehnung dieser Aktion durch die Streichung des entsprechenden Passus deutlich markiert.

Dass die Nahost Kommission im Verbund mit dem Präsidium die Aktion trotzdem in Gang gesetzt hat, sehen wir als Missachtung des DV-Beschlusses und somit als Aushebelung der Statuten, nach denen die DV das höchste beschlussfassende Gremium von pax christi ist.

Dieser Antrag wurde auf der Leitungsteamsitzung der Regionalstelle Osnabrück/Hamburg am 30.8.2012 in Osnabrück beraten und per Mail am 11.9.2012 einstimmig verabschiedet.

**Contra: Bistumsstelle Trier**

■ **Gesendet: Freitag, 1. Juni 2012 09:27**

**Betreff: Re: pax christi weist Kritik an Obsttütten-Aktion "Besatzung schmeckt bitter" zurück**

*Liebe Christine! Liebe Kommission Nahost!*

*Wir haben am Mittwoch im Bistumsvorstand über die Aktion "Besatzung schmeckt bitter" kontrovers diskutiert. Wir haben seinerzeit auf der DV dazu beigetragen das die konkrete Boykott-Aktion aus dem DV-Beschluss Nahost heraus genommen wurde. Wir sind weiter der Meinung, dass eine solche Aktion für uns ein ungeeignetes und ungehöriges Mittel ist öffentlich auf Israel einzuwirken.*

*Wenn man seitenlange Erklärungen zur Abgrenzung einer Aktion (das ist nur im Täterland nötig!!!) abgeben muss, fühle ich mich in meiner Haltung, als Erbe der Täter ("Kauft nicht beim Juden"-Boykotteure und Mörder) beschämt zu schweigen, bestärkt.*

*Gruß Hope*

■ **Antwort der Nahostkommission Fri, 27 Jul 2012 23:35:04 +0200**

*Lieber Horst Peter Rauguth,*

*ich bitte um Entschuldigung für die verspätete Antwort auf Ihre Anfrage vom 1. Juni, die uns erst im Laufe des Juli erreichte. Wir haben trotz "Sommerloch" immer noch viel bezogen auf die Aktion "Besatzung schmeckt bitter" zu tun. Ihre kritischen Rückfragen an die Aktion sind uns wichtig und nicht bei uns untergegangen.*

*Deshalb danke ich Ihnen auch, dass Sie uns von Ihrem Gefühl der Scham schreiben, das Sie bei dieser Aktion haben. So wie wir Sie verstehen, sind Sie kein Unterstützer der israelischen Siedlungspolitik. Dennoch löst eine solche Kaufverzichts-Aktion bei Ihnen ein Gefühl der Scham aus. Wie Ihnen ist uns die Auseinandersetzung mit unserer deutschen Geschichte sehr wichtig. Der Nazi-Boykott richtete sich gegen Juden und jüdische Geschäfte, weil sie Juden waren, und endete in der schrecklichen Vernichtung der Juden in KZs. Wenn wir heute auf Waren verzichten, die unter menschen- und völkerrechtswidrigen Bedingungen hergestellt wurden, geht es auch darum, welche Schlüsse ziehen wir aus der Vergangenheit?*

*Der pax christi Freund Arik Aschermann von den Rabbinern für Menschenrechte sagte auf dem Katholikentag in Mannheim, ihm ist wichtig, dass bei Boykottaktionen deutlich wird, dass sie sich nicht insgesamt gegen das israelische Volk richten, weil dies das Gefühl verstärkt "Alle sind gegen uns", sondern gegen Unrecht, so wie es die Aktion "Besatzung schmeckt bitter" tut.*

*Es ist uns auch wichtig, dass wir uns mit unseren eigenen Gefühlslagen wie Scham, Wut, schlechtes Gewissen etc. auseinandersetzen. Professor Rolf Verleger von der Jüdischen Stimme hat es so gesagt: Die israelische Regierung verhält sich wie ein Kind, das gegenüber anderen keine Schranken kennt. Und alle lassen es aus schlechtem Gewissen gewähren. Die Gefahr ist, dass wir aus falsch verstandenem schlechten Gewissen uns reflexartig mit Besatzern und Militärs solidarisieren und die Freunde in Israel, die sich gegen die Besatzung einsetzen, im Stich lassen. Der jüdische US-Psychologe Mark Braverman sprach im Frühjahr bei einer pax christi Veranstaltung von "verhängnisvoller Scham", die Christen zum Schweigen bringt, wo sie ihre Stimme erheben müssen. Wir meinen, es darf nicht dazu führen, dass wir uns genötigt sehen, Unrecht zu unterstützen und Siedlungsprodukte zu kaufen, sondern gewaltlos dafür wirken, dass Recht eingehalten wird.*

*Wie Sie wissen, setzt sich Pax Christi seit langem gemeinsam mit israelischen und palästinensischen Partnern für einen gerechten Frieden in Nahost ein. Uns verbindet die Überzeugung, dass ein gerechter Frieden die konsequente Achtung des geltenden Völkerrechts verlangt. Daher fordern wir als deutsche Sektion von pax christi seit 2005 (vgl. DV-Beschluss) die Kennzeichnung von Waren, die aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen stammen.*

---

*Großbritannien hat diese Kennzeichnung bereits 2009 eingeführt. Die von der Nahostkommission getragene Aktion "Besatzung schmeckt bitter" möchte nun auch Interessierten in Deutschland Materialien an die Hand geben, um hierzu in einen Dialog mit Einzelhändlern, Handelsketten, Verbraucherzentralen und dem zuständigen Bundesministerium zu treten.*

*Es ist ermutigend zu sehen, dass das europaweit stärker werdende Engagement für die eindeutige Kennzeichnung von Siedlungsprodukten auch in Israel prominente Befürworter findet. So haben sich in den letzten Wochen Avraham Burg, ehemaliger Sprecher der Knesset, und Alon Liel, früherer Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, für eine klare Kennzeichnung ausgesprochen (vgl. Link und Datei anbei). Israels Regierung müsse gerade angesichts neuer Bauvorhaben eindringlich daran erinnert werden, dass Siedlungen nicht zum israelischen Staatsgebiet gehören, so beide. Die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten sei daher ein wichtiges politisches Signal – aber auch ein überfälliger Schritt, um den europäischen Verbrauchern/innen eine informierte Kaufentscheidung zu ermöglichen (Link bzw. Datei anbei).*

*Für weitere Informationen möchten wir gern auf die pax christi-Pressemitteilung „Frieden braucht die Achtung des Völkerrechts: Ja zu kritischem Konsum – Nein zum pauschalen Boykott israelischer Waren“ (PM4) vom 5. Juli 2012 verweisen. Selbstverständlich stehen wir gerne für ein Gespräch mit dem Bistumsvorstand bereit.*

*Mit besten Grüßen*

*Dr. Manfred Budzinski*

*Sprecher der Nahostkommission von pax christi Deutsche Sektion*

**■ Gesendet: Freitag, 20. Juli 2012 10:58 An: pax christi Deutsche Sektion, An die Nahostkommission Pax Christi - Nachrichtlich an die Mitglieder des Präsidium  
Stellungnahme der Bistumsstelle Trier zur Boykott-Kampagne der Nahostkommission und zur Nahostarbeit insgesamt**

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde in Pax Christi,*

*Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ bestätigt unsere Befürchtungen hinsichtlich der Neupositionierung von pax christi zur Nahostarbeit. Die sog. „Fortschreibung“ der Position der doppelten Solidarität erscheint uns letztlich als ihre Aufgabe und wir warnen vor einer unkritischen, verkürzten, einseitigen und letztlich gefährlichen Pro-Palästina-Position. Im Fokus von Kritik und Aktion steht einseitig die Besatzungspolitik Israels. Die Bedrohungslage Israels sowie das israelische Bedürfnis nach Sicherheit und Selbstverteidigung sind nicht im Blick. Gewalt und Ideologie auf palästinensischer Seite werden vernachlässigt. Die allgegenwärtige ideologische Instrumentalisierung des Nahostkonflikts wird ebenso ignoriert wie die weit verbreitete antisemitische Aufgeladenheit von vermeintlicher Kritik an Israel.*

*Hier zeigt sich für uns ein flagranter Mangel an Sensibilität für die Leidensgeschichte der Juden, die ihren Höhepunkt in der nationalsozialistischen Massenvernichtung fand. Ohne Rücksicht auf die Erfahrung von Auschwitz lässt sich für uns nicht über Israel und seine Politik sprechen. Die Bedeutung der Erfahrungen von Verfolgung, Bedrohung und Vernichtung für die Reaktion auf die aktuellen Bedrohungssituationen muss wahrgenommen werden. Daher nehmen wir die Boykott-Kampagne der Nahostkommission mit Unverständnis und vor allem mit großer Scham zur Kenntnis. Bezogen auf die Kampagne der Nahostkommission fragen wir uns zunächst, warum sich die Nahostkommission über die Bedenken der Mehrheit der Delegierten auf der DV 2010 hinwegsetzt, die sich gegen die Aufnahme eines Warenboykotts in das Positionspapier ausgesprochen hat?*

*Darüber hinaus stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Legitimität und Angemessenheit von Boykottaktionen gegen Israel: Zunächst gilt es sich der sich aufdrängenden Assoziation bewusst zu sein, die an das barbarische „Kauft-nicht-bei Juden“ der Nazis erinnert. Der Boykott jüdischer Geschäfte gehört zum Anfang der natio-*

nalsozialistischen Vernichtungspolitik. Es handelte sich nicht einfach um „Boycottmaßnahmen, die Menschen Unrecht antun“ (Text zu Kampagne „Besetzung schmeckt bitter“), sondern um gewalttätige Maßnahmen eines systematischen Ausschlusses, der in der organisierten Massenvernichtung endete. Die Verantwortlichen der Kampagne fühlen sich diffamiert und sehen die Kampagne als verunglimpft an, wenn sie mit dieser Assoziation konfrontiert werden. Wir hingegen halten es für höchst problematisch, wenn diese Assoziation ausbleibt oder für bedeutungslos erachtet wird. Von dieser historischen Last kann sich keine Boykottaktion gegen Israel einfach freisprechen – besonders dann nicht, wenn sie von Deutschland aus betrieben wird.

Des Weiteren ist folgendes zu bedenken: „Seit den Boykottaktionen gegen das südafrikanische Apartheidsregime“ hat sich der Boykott als „ultima ratio gegen ein Regime“ herausgebildet, „das in jeder, aber wirklich auch in jeder Hinsicht illegitim ist“ (Micha Brumlik). Ein Boykott aller israelischen Waren richtet sich nach Brumlik in der Konsequenz gegen den Staat Israel insgesamt. Einen gezielten Boykott, der sich zielgenau gegen in den besetzten Gebieten produzierte Waren und nicht gegen die Existenz Israels richtet, hält Brumlik für denk- und vertretbar. Einen solchen Boykott könnten wir mit viel gutem Willen vielleicht noch in der Aktion der Nahostkommission sehen, obwohl auch sie letztlich den zumindest zeitweiligen Boykott aller Waren aus Israel nahe legt. Doch es fragt sich, ob sich diese Unterscheidung praktisch durchhalten lässt. Voraussetzung dafür wäre ein hohes Problembewusstsein und eine eindeutige Abgrenzung von anderen Boykottaktionen, die sich nicht nur gegen Siedlungswaren richten, sondern kurz und bündig zum umfassenden Boykott Israels aufrufen und so Gefahr laufen, die Existenz Israels in Frage zu stellen bzw. dies ganz offen tun. Beides finden (sich) wir nicht bei der pax-christi-Kampagne. Vielmehr zeigt sich für uns eine bedenkliche und nur teilweise offen eingestandene Nähe zu umfassenden Boykottaktionen. Wir gehen davon aus, dass der Kampagnen-Text Bezug auf die internationale Boycott-Divestment-Sanctions-Kampagne nimmt, wenn davon die Rede ist, dass „Friedens- und Menschenrechtsorganisationen aus Palästina seit 2005“ dazu aufrufen, „dem IGH- Gutachten durch gewaltlose Maßnahmen Nachdruck zu verleihen“. Wenn dem so ist, warum wird dies nicht offen benannt?

Die Nähe zur BDS-Kampagne und deren Umfeld zeigen sich auch in der Bewerbung der Aktion der Nahostkommission auf den entsprechenden Internetseiten (BDS-Kampagne und Palästina-Portal). Die BDS-Kampagne und das Palästina-Portal fordern umfassende Boykotte gegen Israel – bis hin zu akademischen Boykotten. Von Differenzierungen, die Wert darauf legen, nur Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen boykottieren zu wollen, ist hier keine Rede. Auf Plakaten der BDS-Kampagne heißt es kurz und bündig: „Boycottiert Israel“. Vor allem die Internetseite „Palästina-Portal“ ist von einer unerträglichen Undifferenziertheit und einer aggressiven Einseitigkeit geprägt. Die Rede vom Apartheidsstaat Israel ist allgegenwärtig. Ebenso wird Israel als „der Schurkenstaat“ diffamiert und immer wieder als rassistischer Staat delegitimiert. Kritik an den eigenen Aktionen wird mit Hinweis auf die Antisemitismuskeule reflexartig abgewehrt und mit dem Hinweis auf den Rassismus des Staates Israels pariert. Man sieht in an Verschwörungstheorien grenzenden Ausführungen die Meinungsfreiheit – auch in Deutschland – durch Machenschaften Israels gefährdet. Auf diesen Seiten wird zu unserem Erschrecken auch die pax-christi-Kampagne beworben. Beide Homepages sind auf der Internetseite des Deutschen Koordinierungskreises Palästina Israels, in dem pax christi Deutsche Sektion Mitglied ist – eine Mitgliedschaft, die dringend aus oben genannten Gründen zu beenden wäre –, prominent verlinkt. In diesem Kontext sei auch an die unsägliche Äußerung der KoPI-Vertreterin auf der DV 2010 erinnert, die sich zu der Behauptung verstieg, bei Berichten über antisemitische Einstellungen und Gewalttaten handle es sich nur um Propaganda der israelischen Regierung. All dies ist sachlich völlig unangemessen, hoch ideologisch und gefährlich – und so sicher keiner Friedenslösung dienlich.

Angesichts der oben ausgeführten Zusammenhänge macht sich die pax-christi-Kampagne zum Teil der weltweiten Boycott-Divestment-Sanctions-Kampagne, deren umfassende Boykottaufrufe sich nicht nur auf Siedlungsprodukte beziehen, sondern auf alle Waren aus Israel und alle ökonomischen sowie kulturellen und akademischen Beziehungen. Warum findet sich nur ein verklausulierter Hinweis auf diese Kampagne im Kampagnenauf-ruf der Nahostkommission? Wie bewerten Kommission und Präsidium die BDS-Kampagne und das Palästina-Portal? Welche Beziehung gibt es hier?

---

*Auch im rechtsextremen und islamitischen Kontext finden sich Boykott-Forderungen gegen Israel, die sich auch gegen jüdische Geschäfte im Ausland richten können. So ist es z.B. in Rom geschehen, wo Neonazis jüdische Geschäfte überfielen und dabei zum Boykott Israels aufriefen.*

*Eine weitere kritische Anmerkung bezieht sich auf Folgendes: Die Kampagne gibt als ihr Ziel „eine Form des kritischen Konsums“ an: „Es geht uns darum, die individuelle Kaufentscheidung im Einklang mit geltenden Menschen- und Völkerrechtsstandards zu treffen.“ (Kampagnenaufruf) Dies ist sicher ein gutes Ziel. Doch die einzigen Produkte, deren Boykott aus menschenrechtlichen Gründen gefordert wird, sind Produkte aus den illegalen Siedlungen bzw. alle Produkte made in Israel, da ja erstere für den Verbraucher nicht zu separieren sind. So wird letztlich suggeriert, dass man menschenrechtskonform konsumiert, wenn man diese Produkte boykottiert. Sind alle anderen Produkte menschenrechtlich unbedenklich? Kaffee, Kakao, Schokolade, Bananen, Blumen, Öl, Getreide – alles in Ordnung und für den an Menschenrechten interessierten Konsumenten kein Problem? Wohl kaum. Systematische Menschenrechtsverletzungen von Arbeitern und Arbeiterinnen, Landraub und Vertreibungen gehören zum Alltagsgeschäft im globalisierten Kapitalismus. Für den grundsätzlich kritischen – und nicht nur Israelkritischen – Konsumierenden könnte sich eher die Frage stellen, welche Waren er überhaupt mit moralisch reinem Gewissen kaufen kann, als die Frage, welche einzelnen Produkte er aus moralischen Gründen nicht kaufen sollte, um dann ausgerechnet israelische Waren unter dem Beifall der NPD zum Gegenstand seiner moralischen Empörung zu machen.*

*Trotz aller Anfragen und Hinweise aus dem Jahr 2010 werden die Zusammenhänge zwischen Israelkritik und Antisemitismus nicht kritisch bedacht und in die Planung neuer Aktionen und Kampagnen einbezogen. Ganz im Gegenteil: Es wird eine Kampagne initiiert, die noch problematischer ist als die Gazaflotten-Beteiligung. Pax christi wird, wie aufgezeigt, immer mehr mit antiisraelischen Positionen und Aktionen verbunden und entsprechend öffentlich wahrgenommen. Das geht soweit, dass es pax christi zusammen mit den Piusbrüdern bis in Antisemitismusberichte schafft und Unterstützer von pax christi-Aktionen Beifall von der NPD erhalten. Dies erfüllt uns mit tiefer Scham und sollte Anlass sein zu einer längst überfälligen kritisch-nachdenklichen und sich irritieren lassenden Selbstreflexion. Diese ist dringend geboten und kann nicht ersetzt werden durch die mit heftiger Empörung vorgetragene Behauptung der eigenen moralischen Unangreifbarkeit. Diese Immunsierungsstrategie verschlimmert das Problem nur noch.*

*Als Vorstand der Bistumsstelle Trier können wir- mehrheitlich- die Boykott-Kampagne der Nahostkommission nicht mittragen und distanzieren uns von ihr. Wir schließen uns dem Anliegen des Leitungsteams der Pax-Christi-Regionalstelle Osnabrück/Hamburg an und bitten das Präsidium, den Kampagnen-Aufruf nicht weiter zu verbreiten und die Kommission zu veranlassen, die Verbreitung zu unterlassen.*

*Stellungnahmen und Aktionen im Kontext des Nahostkonflikts müssen Opfer und Leid, zu kritisierende Politik und legitime Rechte und Forderungen auf beiden Seiten im Blick haben. Jede Auflösung dieser „doppelten Solidarität“ zugunsten einer einseitigen Pro-Palästina-Position gerät leicht in hoch problematisches Fahrwasser. Sie kann antiisraelisch oder sogar antisemitisch verstanden oder vereinnahmt werden und so einer Delegitimierung Israels Vorschub leisten. Die mit der aktuellen Kampagne verbundenen Probleme zeigen dies deutlich.*

*Wir hoffen, dass solches in Zukunft verhindert wird und es pax christi wieder mehr gelingt, „zu einer differenzierten Wahrnehmung des Konflikts und seiner Parteien ... auch in unserer Gesellschaft beizutragen“ (Beschluss zu Israel und Palästina DV 1989).*

*Bistumsstelle Trier am 5.7.2012*

*Egbert Wisser (Sprecher)*

■ 19.09.2012 Antwort des Präsidiums

Lieber Egbert, liebe Freundinnen und Freunde im Vorstand der Bistumsstelle, ihr habt dem Präsidium einen Antrag auf Einstellung der Aktion „Besetzung schmeckt bitter“ zukommen lassen und diesen mit Schreiben vom 5. Juli 2012 ausführlich begründet. Auf unserer Präsidiumssitzung am 7./8. September 2012 konnten wir uns mit euren kritischen Anmerkungen und dem Antrag beschäftigen. Ich antworte euch im Auftrag des Präsidiums und bitte um Verständnis, wenn dies mit einigen Tagen Verzögerung geschieht.

Ich will euch zunächst herzlich danken für eure ausführliche Stellungnahme. Diesen Dank darf ich für das gesamte Präsidium an euch weiter geben. Aus eurem Brief spricht eine große Sorge um die Dialogfähigkeit unserer pax christi Bewegung im Hinblick auf die Sache des Friedens insgesamt und den Nahostkonflikt im Besonderen. Diese Sorge wird auch im Präsidium geteilt, und deshalb sehen wir in eurer kritischen Rückmeldung einen konstruktiven Beitrag zur Weiterarbeit an der pax christi Position „Für einen gerechten Frieden“.

Wir sind uns einig mit euch, dass wir diese Grundsatzposition nicht einseitig funktionalisieren dürfen. Die Position des „Gerechten Friedens“ ist keine Preisgabe einer doppelten Perspektive auf die Betroffenheit der Menschen in Israel und in Palästina. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, dass unsere kritische Beobachtung des Nahostkonflikts nicht auf eine, wie ihr anmahnt, „unkritische, verkürzte, einseitig und letztlich gefährliche Pro-Palästina-Position“ verkürzt wird.

Ihr vermisst in diesem Zusammenhang eine intensivere Beschäftigung mit der „Bedrohungslage Israels“ und der „Gewalt und Ideologie auf palästinensischer Seite“ und fordert eine grundsätzliche deutsche Perspektive zur Beurteilung der Politik Israels ein, wenn ihr die „Sensibilität für die Leidensgeschichte der Juden“ einfordert und drauf verweist, dass „ohne Rücksicht auf die Erfahrungen von Auschwitz sich für nicht über Israel und seine Politik sprechen (lässt)“. Das Präsidium folgt euch in dieser grundlegenden Voraussetzung zur Positionierung von pax christi im Nahost-Konflikt.

Wie aber reden wir über den Nahostkonflikt vor dem Hintergrund dieser historischen Vergewisserung, wenn die Erfahrung von Auschwitz auch darauf verweist, dass jedes Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung besitzt und das Miteinander der Völker sich in wechselseitiger Achtung voreinander vollzieht? An dieser Stelle gehen die Meinungen und politischen Positionierungen in unserer Bewegung auseinander. Zum Problem des Antisemitismus, das ihr ausführlich erläutert, möchte ich daher auf meinen Brief aus dem Juli und zur vermeintlichen Nähe der Aktion zur Kampagne BDS auf die verschiedenen Erläuterungen der Nahostkommission verweisen.

Als Präsidium haben wir im Frühjahr vor dem Hintergrund der völkerrechtlichen Bewertung der Siedlungspolitik Israels der Aktion „Besetzung schmeckt bitter“ zugestimmt. Die in der Folge eingegangenen Rückmeldungen von Mitgliedern und die kritischen Anfragen aus den Bistumsstellen Münster und Hildesheim sowie euer Antrag und der der Regionalstelle Osnabrück/Hamburg haben bei uns durchaus zu einer selbstkritischen Reflexion geführt – auch was die Frage anbelangt, ob das Präsidium auf der Grundlage der Positionsbestimmung des „Gerechten Friedens“ dieser Aktion zustimmen konnte.

Dennoch haben wir uns auch nach erneuter Beratung aufgrund eures Antrags und des abermaligen Antrag der Regionalstelle Osnabrück/Hamburg gegen eine Beendigung der Aktion „Besetzung schmeckt bitter“ ausgesprochen. Ausschlaggebend hierfür war die Unterstützung der Aktion durch verschiedene Bistumsstellen, die sachliche Argumentation der Nahostkommission auf die kritischen Einwände hin und die in den verschiedenen öffentlichen Reaktionen auch erkennbare Zustimmung zum Ziel der Aktion, der Kennzeichnungspflicht. Es soll nun der Delegiertenversammlung vorbehalten sein, angesichts der unterschiedlichen Bewertung der Aktion innerhalb der pax christi Bewegung hier zu entscheiden. Mit eurem Antrag habt Ihr ja die Voraussetzungen zur Aussprache dazu geschaffen.

---

*Wir haben unser Nachdenken über die unterschiedlichen Rückmeldungen aus der pax christi Bewegung im Bericht des Präsidiums zur Delegiertenversammlung zusammengefasst. Ich füge euch diesen Teil des Berichts als Auszug bei. Darin sprechen wir uns für einen intensiven Dialog über die Nahostpolitik in unserer Bewegung aus. Ihr habt mit eurem Brief dazu einen wichtigen Baustein geliefert.*

*In diesem Sinne herzliche Grüße  
Johannes Schnettler, Vizepräsident*

**■ Antwort der Nahostkommission vom 26.9.2012**

*Liebe Mitglieder des Vorstands der Bistumsstelle Trier, vielen Dank für Eure Mail an die Nahost-Kommission und das Präsidium vom 5. Juli 2012. Wir bitten um Entschuldigung, dass wir – bedingt durch die Sommerpause und die erst am 15. September stattgefundene Sitzung der Nahost-Kommission – leider erst jetzt dazu kommen, darauf in angemessener Weise zu reagieren. Den Brief, den ihr als Begründung für Euren Antrag bei der DV angebt, die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ zu stoppen, bedauern wir sehr; vor allem, weil viele Eurer Argumente sich nicht auf Texte und Verlautbarungen der Aktion beziehen, sondern auf von Euch unterstellte Intentionen und Verbindungen, die aus der Aktion selbst nicht abgeleitet werden können.*

*Die Vorwürfe, die Ihr in Eurem Schreiben teilweise erhebt, würden – wenn sie zutreffend wären – äußerst schwer wiegen, insbesondere der von Euch unterstellte „flagrante Mangel an Sensibilität für die Leidensgeschichte der Juden“. Wir hoffen, dass mit der Zwischenauswertung, die allen Bistumsstellen Mitte September über Christine Hoffmann zugegangen ist, die zugrunde liegenden Missverständnisse zumindest schon einmal angesprochen werden konnten.*

*Zum DV-Beschluss 2010: Hierzu verweisen wir auf den Brief von Vizepräsident Johannes Schnettler an Euch vom 18.9.2012 und den von ihm beigelegten Auszug aus dem vorl. Präsidiumsbericht für die DV, wonach das Präsidium nicht nur die Aktion gebilligt hat, sondern auch festgestellt hat, dass sie durchaus auf der Basis des DV-Beschlusses steht: „Für das Präsidium stand letztlich die Frage an: Nein zu dieser Aktion, weil dazu kein expliziter DV-Beschluss vorlag oder ja, weil diese Aktion einen inneren Bezug zur Erklärung aus dem Jahre 2010 hat. Die Mehrheit des Präsidiums gelangte schließlich zu der Auffassung, dass mit dieser Aktion eine Entwicklung auf der Grundlage der Erklärung eingeleitet wurde. Die Erklärung drängt auf gewaltfreie Handlungsoptionen und die Obsttüten-Aktion versteht sich als eine solche Aktion im Sinne der Erklärung.“ Und weiter heißt es: „In der öffentlichen Auseinandersetzung haben wir bei aller diffamierenden Kritik auch die Erfahrung gemacht, dass zu der Forderung einer Kennzeichnungspflicht kaum Widerspruch erhoben wurde.“*

*Das Präsidium hat die Kennzeichnungsforderung in der Planung der Aktion stets als berechtigtes und differenziert vorgebrachtes Sachanliegen wahrgenommen. Die kritischen Überlegungen von einigen Präsidiumsmitglieder bezogen sich auf die Vermittelbarkeit und Vermittlung des Anliegens im Kontext der katholischen Friedens- und Versöhnungsarbeit in Deutschland. Damit müssen wir uns auch weiterhin auseinandersetzen. Aber es hat uns erheblich irritiert, dass Ihr der Aktion grundsätzlich absprecht, eine differenzierte Strategie zu verfolgen, und ihr unterstellt, sie laufe schlicht auf einen undifferenzierten Boykottaufruf hinaus. Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Sie wurde mehrfach von externen Kritikern erhoben, die der Kernforderung unserer Aktion (Kennzeichnung und kritischer Konsum im Einklang mit geltendem Völkerrecht) nichts entgegen zu setzen hatten, und versucht haben, vom Inhalt und Ziel unserer Aktion abzulenken.*

*Die am 22. Mai 2012 gestartete Aktion*

- *macht auf das Problem aufmerksam, dass deutsche Verbraucherinnen und Verbraucher bislang unwissentlich dazu beitragen, dass völkerrechtswidrige Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten profitabel sind, und möchte sie dafür sensibilisieren, beim Kauf israelischer Produkte im Einklang mit geltendem Völkerrecht zu handeln;*

- *lädt Verbraucherinnen und Verbraucher dazu ein, eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln zu fordern, die aus israelischen Siedlungen stammen;*
- *verweist kritische Verbraucher/innen auf das bundesweite öffentliche Webportal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de), über das man mit wenigen Mausclicks Beschwerden über irreführende Produktkennzeichnungen einreichen kann;*
- *ruft dazu auf, im Sinne eines kritischen Konsums bis zur Umsetzung einer Kennzeichnungspflicht auf Lebensmittel mit der unklaren Ursprungsangabe „Israel“ zu verzichten, wenn es sich dabei um Siedlungsprodukte handeln könnte;*
- *empfiehlt, Produkte mit der Kennzeichnung „Israel“ nur zu kaufen, wenn man sicher ist, dass sie tatsächlich aus Israel stammen.*

*Wie in der Zwischenauswertung bereits kurz skizziert, wurde der Aktion trotz dieses in mehrfacher Hinsicht differenzierten Ansatzes dennoch unterstellt, sie betreibe unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes letztlich die Delegitimierung und die Infragestellung der Existenz Israels. Dieses Argument setzt die Ablehnung von völkerrechtswidrigen Siedlungen mit der Ablehnung Israels gleich und folgt daher der gleichen problematischen Logik wie die offizielle israelische Rechtsposition, die zwischen Siedlungen und Staatsgebiet keinen Unterschied macht. Das Argument, die Ablehnung von Siedlungen laufe auf eine Delegitimierung Israels hinaus, betreibt gerade die Nivellierung einer entscheidenden völkerrechtlichen Differenz – und dient nicht der Differenzierung, sondern (aus welchen Motiven auch immer) der Diskreditierung und Diffamierung. Als Sachargument ist es inakzeptabel. Das Völkerrecht delegitimiert völkerrechtswidrige Handlungen von Staaten, nicht diese Staaten als solche. Die Achtung dieser Unterscheidung in die Tat umzusetzen, darum geht es der Verbraucheraktion „Besatzung schmeckt bitter“.*

*Steht die Aktion auf dem Boden des DV-Beschlusses von 2010? Wir werden dies bei der DV in Fulda sicherlich noch einmal in größerem Kreis diskutieren können. Auch das Präsidium wird sich dazu ja erklären. Vielleicht ist es für die weitere Verständigung hilfreich, Euch noch einmal die kommissionsinterne Diskussion des DV-Beschlusses nachvollziehbar zu machen:*

*Klare Mehrheitsmeinung der DV 2010 war, dass die aktualisierte Nahost-Positionsbestimmung keine ausdrückliche Bezugnahme auf den BDS-Aufruf enthalten solle. Diese Vorgabe der Delegiertenversammlung hat innerhalb der Kommission zu sehr unterschiedlichen Reaktionen geführt. Ein Teil der NOK-Mitglieder empfand es als Entsolidarisierung mit den palästinensischen Friedensorganisationen und den christlichen Unterstützern des Kairos-Dokuments, beide Aufrufe gewissermaßen „unter den Tisch fallen“ zu lassen. Ein anderer Teil der Kommission sah es als Herausforderung an, die bisherigen Pax-Christi-Aktivitäten zur Nicht-Kooperation mit Besatzungsunrecht mit ihrer klar menschen- und völkerrechtlichen Begründung weiter zu führen, ohne dadurch in völlige Entfremdung von den Organisationen zu geraten, die die Forderungen der internationalen BDS-Bewegung ins Zentrum ihrer Argumentationen stellen. Diese letztgenannte Position, zweifelsohne eine Gratwanderung, hat sich schließlich innerhalb der Kommission mehrheitlich durchgesetzt. Die Strategie der konsequenten Nicht-Kooperation mit Besatzungsunrecht führt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den zentralen Kooperationsbereichen Handel, Auslandsinvestitionen, politische Kooperation – und damit zu ähnlichen strukturellen Ansatzpunkten wie die internationale Forderung nach Boykotten, Divestment und Sanktionen (BDS).*

*Genau deshalb hat die NOK das Votum der DV als Arbeitsauftrag aufgenommen, bei der Planung konkreter Aktionen streng darauf bedacht zu sein, den Leitlinien des Positionspapiers (Achtung von Menschen- und Völkerrechtsstandards) zu folgen statt der – mehrheitlich auch innerhalb der Nahostkommission als problematisch empfundenen – Argumentation und Rhetorik des BDS-Aufrufs. Dies hat der NOK harte Diskussionen innerhalb des deutschen Koordinationskreises Palästina Israel (KoPi) bereitet und letztlich dazu geführt, dass KoPi sich nicht an BDS-Aktivitäten beteiligt und sich ein eigenes deutsches BDS-Netzwerk gegründet hat. Die NOK hatte und hat somit einen eigenen – am Positionspapier orientierten – Handlungsansatz zu entwickeln:*

- konsequent menschen- und völkerrechtliche Begründung
- kein genereller Boykott, sondern gezielter kritischer Konsum
- öffentliche Sensibilisierung und Einbindung der Verbraucherzentralen über das neu eingerichteten Online-portal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de)

*Pax Christi setzt sich seit langem gemeinsam mit israelischen und palästinensischen Partnern für einen gerechten Frieden in Nahost ein. Uns verbindet die Überzeugung, dass ein gerechter Frieden die konsequente Achtung des geltenden Völkerrechts verlangt. Daher fordern wir als deutsche Sektion von Pax Christi seit 2005 (vgl. DV-Beschluss) die Kennzeichnung von Waren, die aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen stammen. Großbritannien hat diese Kennzeichnung bereits 2009 eingeführt. Die von der Nahostkommission getragene Aktion "Besatzung schmeckt bitter" hat sich zum Ziel gesetzt, nun auch Interessierten in Deutschland Materialien an die Hand geben, um hierzu in einen Dialog mit Einzelhändlern, Handelsketten, Verbraucherzentralen und dem zuständigen Bundesministerium zu treten.*

*Es ist unstrittig, dass uns als Friedensbewegung der Einsatz für die Achtung des Völkerrechts zu einer Parteilichkeit führt – allerdings nicht Parteilichkeit mit einer Konfliktpartei (dies wurde in der Formel von der „doppelten Solidarität“ unterstrichen), sondern mit den Regeln der Menschlichkeit, die in Konflikt- und Besatzungssituationen Menschen auf beiden Seiten des Konflikts schützen, insbesondere das humanitäre Völkerrecht. Es geht also um Parteilichkeit mit fundamentalen Rechtsnormen, die universale Geltung beanspruchen (dies wird in der Formel von der „ungeteilten Solidarität“ unterstrichen).*

*Dazu heißt es im Positionspapier der Deutschen Sektion von Pax Christi (2010): „Wenn wir von der Solidarität mit Menschen reden, die sich konsequent für Frieden einsetzen, dann ist diese Solidarität immer ungeteilt. (...) In diesem Sinne schreiben wir die Position der ‚Doppelte Solidarität‘ fort zu einer Position der ‚Ungeteilten Solidarität für einen gerechten Frieden‘. Es ist eine Solidarität mit den Menschen in Palästina und Israel, die in je unterschiedlicher Weise unter der Situation der Gewalt leiden und den Menschen, die sich in Friedens- und Menschenrechtsorganisationen für gewaltfreie Konfliktlösungen einsetzen.“ Darüber hinaus sprach sich die DV 2010 für eine „entschiedenere Sprache, wo angesichts eklatanter Menschenrechtsverletzungen Parteinahme erforderlich ist“ aus und stellte bei den Herausforderungen für Pax Christi fest, dass die Position der „Ungeteilten Solidarität für einen gerechten Frieden“ „unseren Einsatz, unsere kritische Wahrnehmung, unsere Kreativität, unsere Energie und unsere Beharrlichkeit“ fordert. „Dazu“, so heißt es weiter:*

*„widersprechen wir entschieden jedem Antisemitismus. Wir widersprechen aller Israelkritik, die sich mit antisemitischen Ressentiments verbindet. Ebenso verwahren wir uns gegen jede pauschale Verunglimpfung von Kritik an israelischer Politik als antisemitisch; (...)„unterstützen wir gewaltfreie Aktionen für einen gerechten Frieden.“*

*P.S. Hier noch einige Hintergrundinformationen zu dem von Euch kolportierten Vorwurf, die Aktion mache „ausgerechnet israelische Waren unter dem Beifall der NPD zum Gegenstand (ihr)er moralischen Empörung“.*

*Kurz vorweg: Zum einen ist die Berufung auf Menschenrechte und Völkerrecht keine moralische Empörung, für uns jedenfalls nicht. Zum anderen erhielt Pax Christi unseres Wissens nach keinen Beifall von der NPD. Lediglich das Engagement eines (!) Unterstützers der Aktion, des Jenaer Oberbürgermeisters Dr. Schröter, wurde – aus durchsichtigen parteipolitischen Motiven – kommentiert. Unseres Wissens gibt es lediglich ein Protokoll der NPD in Jena, in dem ein „schmunzelndes“ Zurkenntnisnehmen der Diffamierungskampagne gegen den Jenaer Oberbürgermeister Schröter vermerkt wird. Den „Applaus“ für die „pax-christi-Aktion“ hat erst der Journalist Thomas Klatt in seinem Beitrag in dradio kultur daraus gemacht. Als in dem Beitrag vom 22. Juni 2012 das Märchen vom angeblichen Beifall der NPD sogar in einer Überschrift/Schlagzeile (im wahrsten Sinne des Wortes) in dem abrufbaren Text der Sendung verbreitet wurde, fragten wir wie auch Vizepräsidentin Wiltrud Rösch-Metzler nach den Quellen für diese Behauptung. Daraufhin erhielten wir u.a. folgende Zeilen als Antwort von dradio kultur: „Die Behauptung, die Aktion sei in Kreisen Thüringer Neonazis auf Zustimmung gestoßen, ist gut beleg-*

*bar: etwa durch das von Ihnen zitierte Protokoll ('Schmunzeln'), aber auch durch verschiedene Texte über den Streit, von denen ich hier nur auf einen hinweise: <http://heplev.wordpress.com/tag/pax-christi/> ....“*

*Vielleicht schaut ihr Euch nur einmal kurz die erste Seite dieses Links an. Es behauptet jemand, es gebe Beifall von der NPD für die Pax Christi Aktion, und einige andere übernehmen diese „Meldung“ unbesehen. Um es an einem konkreten Parallelbeispiel zu verdeutlichen: Im Vorfeld der im Dezember 2009 veranstalteten Tagung des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin über das Verhältnis von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit kam es zu heftigen Attacken gegen den bekannten Leiter Zentrums und renommierten Historiker Wolfgang Benz, vor allem von einer „Gruppe von Autoren, unter ihnen Matthias Küntzel, Henryk M. Broder, Clemens Heni sowie der Berliner Korrespondent der Jerusalem Post, Benjamin Weinthal...“, wie es Prof. Brumlik in einer „Tagungszeitung“-Kolumne schrieb. Und weiter: „...Damit wurde – ohne nähere Begründung – der Veranstalter selbst zumindest in die Nähe des Antisemitismus gerückt...“ (zitiert nach Moshe Zuckermann, „Antisemit!“ Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument, 2010, S. 117).*

*Wir bitten Euch, diese Realität diffuser und zugleich gezielter Diffamierungsversuche wahrzunehmen. Aber nehmen wir einmal an, es gebe diesen „Beifall“ real. Dann fragt man sich einerseits schon, ob man bei einem solchen Beifall „von der falschen Seite“ selbst etwas falsch gemacht hat, und überprüft andererseits, ob die eigenen Ziele und Mittel richtig sind. Letzteres war sicher ausschlaggebend z.B. für die Ökologie-, für die Anti-AKW-Bewegung, für Arbeitslosen-Initiativen, weiterzumachen, trotz Beifall von der NPD, und sich davon nicht beeindrucken zu lassen.*

*Das Nicht-Hinnehmen-Können und -Wollen von Unrecht (in unserem konkreten Fall Besatzungsunrecht) ist ja keine einseitige Parteinahme. Das Vertrauensverhältnis zwischen Christen und Juden ist uns ebenso wichtig wie Euch. Zu einem solchen Vertrauensverhältnis gehören unserer Meinung nach nicht nur klare Worte, sondern auch klare Konsequenzen - sozusagen unter Freunden. Die Europäische Union beginnt gerade, die Spielräume für das Einfordern der Achtung von Menschen- und Völkerrechtsstandards, die sich gerade in einer soliden Partnerschaft ergeben, stärker auszuschöpfen. Dafür braucht es Signale aus der Zivilgesellschaft, dass es friedenspolitisch kontraproduktiv ist, angesichts systematischer Völkerrechtsverstöße auf „business as usual“ zu setzen. Manchmal, das ist zumindest unsere Überzeugung, ist das einzig Verantwortliche, was man tun kann, dem Rad in die Speichen zu fallen.*

*Selbstverständlich stehen wir für vertiefende Gespräche gerne zur Verfügung.*

*Es grüßt Euch im Namen der Nahost-Kommission  
Dr. Manfred Budzinski, Sprecher*

**Antrag:** Nr. 5  
**Antragstellerin:** Bistumsstelle Trier  
**Antragsgegenstand:** Beendigung „Besetzung schmeckt bitter“

■ **Die Delegiertenversammlung möge beschließen**

Die Delegiertenversammlung fordert die Nahostkommission auf, die Obsttüttenaktion „Besetzung schmeckt bitter“ zu beenden.

■ **Begründung**

Siehe Stellungnahme vom 5.7.2012 zu der Aktion der Nahostkommission.

Beschlossen vom Vorstand der Bistumsstelle Trier in seiner Sitzung am 22.8.2012

■ **Bistumsstelle Hildesheim**

**Aktion: Besetzung schmeckt bitter**

Lieber Jost,

die Aktion "Besetzung schmeckt bitter" hat in unserer Bistumsstelle zu einer kontroversen Diskussion geführt. Auslöser war der Austritt eines langjährigen Mitglieds aufgrund dieser Aktion, der gleichzeitig auch in der deutsch-jüdischen Gesellschaft aktiv ist.

Auch wenn wir die Reaktion unseres Mitglieds für überzogen halten, so gab es doch auch Kritik an der Nahostkommission.

Grundsätzlich, damit es hier keine Missverständnisse gibt, halten wir die israelische Politik in den besetzten Gebieten für kritikwürdig und sehen auch die Gleichbehandlung der Waren aus den besetzten Gebieten mit denen aus dem israelischen Stammland für mit EU-Recht nicht vereinbar, dennoch halten wir das Mittragen der Aktion "Besetzung schmeckt bitter" für die Deutsche Sektion von Pax Christi für unklug. Für unklug aus zweierlei Gründen.

1. Aus Gründen der deutschen Geschichte: Zwar assoziierten einige von uns sofort auch die Nähe zum Boykott von südafrikanischen Waren aufgrund der Apartheid, doch lässt sich die gedankliche Nähe zum "Kauft nicht bei Juden" der Nationalsozialisten gar nicht vermeiden, zumal der Kaufverzicht sich ausdrücklich auf alle Waren aus

*Israel bezieht, die nicht eindeutig deklariert sind und so auch aus den besetzten Gebieten stammen könnten. Diesen Aufruf können viele internationale Sektionen von pax christi mittragen, aber die Deutsche Sektion muss hier sensibler sein. Wäre hier nicht eine öffentliche Aktion direkt an die Bundesregierung verbunden mit einem Aufruf an die einzelnen Ladenketten sinnvoller und unverfänglicher gewesen, die auf eine klare Deklaration der Waren mit dem Hinweis auf die völkerrechtswidrigen Siedlungen und dem EU-Recht bestanden hätte?*

*2. Aus Gründen der Diskussionsprozesses um die "Doppelte Solidarität" in der Deutschen Sektion: Wir alle wissen um die Sensibilität der Israel-Palästinafrage in unserer Sektion, um die gegenseitigen Vorwürfe und Verdächtigungen, die es in den letzten Jahren gab. Da ist viel übertrieben worden, zu wenig hingehört worden und auch viel provoziert worden. Aber diese Diskussion, die uns von vielen anderen wichtigen zu behandelnden Themen abhält und die vor 2 Jahren ruhiger geworden war, wird jetzt wieder hochkochen. Wir halten deshalb das Mittragen der Aktion für mehr als unklug und von Seiten der Nahostkommission schon auch als provokant. Hätte es da nicht andere Wege gegeben (siehe Punkt 1.), um den inneren Frieden in der Sektion, ohne den wir nach außen nicht wirken können, zu halten?*

*Zurück zum Anfang. Grundsätzlich sind wir mit dem Ziel der Aktion einverstanden, aber das Mittel passt nicht zu uns als Deutsche Sektion. Bitte achtet darauf in Euren weiteren Aktionen und Erklärungen, damit die Bewegung nicht vor einer Zerreißprobe steht.*

*Mit freundlichen Grüßen and Dich und die gesamte Kommission  
Für die Bistumsstelle Hildesheim  
Joachim Hoffknecht*

**■ Brief der Nahostkommission Aktion "Besatzung schmeckt bitter"**

*Lieber Joachim!*

*Herzlichen Dank für Deinen freundlichen, gedanken- und sorgenvollen Brief. Du sprichst mich darin als Sprecher der Nahostkommission an. Das beruht auf einem Irrtum: ich war nie Sprecher; unser derzeitiger Sprecher ist Manfred Budzinski. Aber weil Du mich angeschrieben hast, möchte ich in Absprache mit der Kommission Deinen Brief beantworten.*

*Ich tue das sehr gern, weil ich unter der von Dir angesprochenen Konfrontation in Sachen Israel besonders leide, weil ich sie für völlig falsch halte und dazu beitragen möchte, dass unsere Bewegung aus dieser Falle herauskommt. Es ist fast, als ob die in der Westbank errichteten Mauern und Sperranlagen auch in unseren Köpfen existierten, und Mauern abzubauen oder zu überspringen sehe ich als ureigenstes Anliegen von Pax Christi an.*

*Wie ich es sehe, hat sich die israelische Politik in den besetzten Gebieten völlig festgefahren. Man will keine Einstaatenlösung, weil dann die Zahl der arabischen Bürger Israels um 4 Millionen wachsen würde. Man will keine Zweistaatenlösung, weil man nicht weiß, wo die halbe Million Israelis bleiben soll, die ihre Häuser in israelischen Siedlungen auf besetztem Gebiet gebaut haben und weil man die beiden großen Probleme Jerusalem und Rückkehrrecht der Flüchtlinge von 1948 nicht lösen kann. Weil man das Problem nicht lösen kann, hält man am Status-Quo der Besatzung fest, und das seit 45 Jahren, mit immer drückenderen Folgen. Den Gazastreifen hat Israel zwar geräumt, aber mit der Hamas-Regierung dort ("Terroristen") will man keinen Frieden schließen, also bleibt es beim Kriegszustand. Die Westbank hat man eingemauert, aber die Siedlungen wollte man nicht von Israel abtrennen, also wurden Mauern und Sperranlagen zum großen Teil auf besetztem Gebiet errichtet. Siedlungen und Sperranlagen sind nach der 4. Genfer Konvention, die den Besatzungsstatus regelt, illegal, was vom IGH 2006 bestätigt wurde, aber man hilft sich mit einem juristischen Trick: Es handele sich gar nicht um besetzte Gebiete, weil sie zu keinem anderen Staat gehörten; Jordanien habe ja darauf verzichtet (und diese Gebiete im übrigen 1948 illegal an sich gerissen). Aber praktisch gesehen sind es in jeder Hinsicht besetzte Gebiete, und die israelische Armee verwaltet sie mit harter Hand.*

---

*Fazit: Es gibt zur Zeit nicht den Hauch einer Chance, dass die israelische Politik von selbst eine andere Richtung einschlägt, wer immer die Regierung stellt; zu stark sind die genannten Gründe für die jetzige Politik. Aber das Festhalten an dem Unrechtszustand des Status Quo ist "äußerst gefährlich. Palästinensische Gruppen könnten wieder versuchen, diesen Zustand oder auch nur ihren Frust mit Gewalt zu beenden. Israel könnte sich von selbsternannten Fürsprechern der Palästinenser bedroht fühlen, und Israel oder die USA in Vertretung Israels könnten präventiv zuschlagen. Die gesamte Region könnte noch weiter ins Chaos gestürzt werden durch eine Politik des scharfen Unterscheidens zwischen Freund und Feind. Es könnte sogar zu einem Weltkrieg kommen. Die Aufrechterhaltung eines Unrechtszustandes könnte auf Dauer auch für uns selbst einen furchtbaren Preis haben. In der Tat hat sie bereits in den letzten 11 Jahren einen furchtbaren Preis gehabt (Al Quaida, Afghanistan, Irak, Pakistan, Iran, ...).*

*Natürlich wäre eine andere Politik, wie sie auch israelische und jüdische Friedensorganisationen fordern, möglich, aber sie würde großen Mut erfordern; zurzeit hält sie niemand für durchsetzbar. Deshalb kommen die palästinensischen Christen in dem "Kairos"-Dokument und viele Friedensgruppen zu der Einschätzung, dass Druck von außen ausgeübt werden muss, und sie appellieren, "sich für den Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besatzung hergestellten Güter einzusetzen". Ziel sei "die Beseitigung des bestehenden " Übels, die Befreiung der Täter und der Opfer des Unrechts" (Kairos Palästina, S.15).*

*Unsere Aktion steht in diesem Zusammenhang. Wir wenden uns gegen den bei uns sichtbaren Ausdruck der Besatzungspolitik: die israelischen Waren, die in den Siedlungen auf besetzten Gebieten hergestellt werden. Die Einschränkungen, die die israelische Siedlungspolitik den Palästinensern auferlegt, sind ja wohlbekannt: Ressourcenverbrauch (Land, Wasser), Einschränkung der Bewegungsfreiheit usw. Unsere Aktion ist genau begrenzt: Alles, was wir fordern, ist die Kennzeichnungspflicht, damit solche Waren von den in Israel hergestellten unterscheidbar werden. Auch die israelischen Firmen, die nicht in besetzten Gebieten produzieren, müssen daran ein Interesse haben. Jeder kann unsere Aktion sofort stoppen, indem er die Kennzeichnungspflicht erfüllt: die Hersteller, die Importeure, die Groß- und Einzelhändler, die Bundesregierung. Aber ich denke, der Druck muss durch die "Öffentlichkeit ausgeübt werden; nur durch Briefe an diese Personen würde sich wenig bewegen. Wir möchten die Aktion auch als Vehikel benutzen, das Problem der Besatzung und ihrer Waren "überhaupt in die "Öffentlichkeit zu bringen. Natürlich widerlegen diese Gründe noch nicht Eure beiden Einwände.*

*Einwand 1: die deutsche Geschichte: Einen Zusammenhang mit "Kauft nicht bei Juden" kann ich nicht sehen. Damals sollten bestimmte Leute fertig gemacht werden, wir wenden uns nicht gegen Leute, sondern gegen Waren, deren Herstellung auf einem unrechtmäßigen Zustand beruht, von dem wir als Verbraucher "über den günstigen Preis auch profitieren. Wir dürfen uns nicht selbst lähmen, mit dem Argument: Auf Grund des früheren ungeheuren Unrechts gegenüber den Juden müssen wir es heute akzeptieren, wenn der jüdische Staat anderen Unrecht tut. Auf dieser Basis kann kein Friede entstehen. Außerdem erwächst uns aus der Vergangenheit auch eine Verpflichtung gegenüber den Palästinensern. Ohne die deutsche Schuld wäre die jüdische Einwanderung nach Palästina langsamer abgelaufen und die Ablösung des britischen Mandats "über Palästina hätte weniger katastrophal erfolgen können. Die Leidtragenden dieser Entwicklung waren die Palästinenser.*

*Einwand 2: die Diskussion in der Deutschen Sektion: Ich meine, dass die Auseinandersetzung um diese Fragen gut und notwendig ist, wenn alle Seiten dabei bestimmte Formen einhalten. Nur durch Auseinandersetzung können wir gemeinsam weiter kommen. Ich bin mir darüber bewusst, dass die Diskussion um Israel in Deutschland hochemotional ist. Das muss auch so sein. Die Erinnerungsarbeit und die Aussöhnung mit den Juden gehörten und gehört zu den Kernthemen von Pax Christi, und so sind bei vielen Mitgliedern sehr enge emotionale Bindungen an das Judentum vorhanden oder entstanden. Der Staat Israel liegt in einer schwierigen Weltregion und sieht sich vielen Anfeindungen ausgesetzt.*

*Da liegt es nahe, "Flagge" zu zeigen und sich mit diesem angefeindeten kleinen Land zu solidarisieren, dessen Bewohner vielfach aus Familien stammen, die durch den Wahnsinn des deutschen Rassismus vernichtet wurden. Dieser Gedanke verbindet uns alle bei Pax Christi. Der Punkt der Auseinandersetzung ist, ob die Solidarität zum jüdischen Volk und zu Israel (die "ungeteilte Solidarität", die die Palästinenser einschließt) die scharfe politische Auseinandersetzung mit der Politik dieses Staates erträgt oder nicht. Auch dass uns als deutsche Sektion in Hinblick auf Israel stärkere Fesseln angelegt sind als anderen, dass größere Vorsicht in Wort und Tat geboten ist, ist unbestritten. Ich meine aber, wir haben mit unserer Aktion diese Einschränkung berücksichtigt, weil sich die Aktion eben nicht einfach in die BDS-Kampagne einreihet, sondern ein ganz schmales und gut vermittelbares Ziel verfolgt, das sich nur dagegen richtet, dass aus der Besetzungssituation Profit geschlagen wird. Wir haben uns auch in der Kommission mit diesen Fragen auseinandergesetzt und uns nach langer Diskussion zu dieser Aktionsform durchgerungen. Ich meine, Nichtstun und Gewähren Lassen kann in dieser gefährlichen Situation nicht unsere Aufgabe sein. Lieber Joachim, ich hoffe, Dir und der Bistumsstelle Hildesheim unsere Motivation ein bisschen deutlicher gemacht zu haben. Ihr werdet Eure Einwände nicht gleich fallen lassen, aber vielleicht kommen wir allmählich, allmählich zu gemeinsamem Denken und Handeln in dieser schwierigen Frage. Ohne Gespräch jedenfalls werden wir alle nur in unseren "Positionen" verharren und als "Bewegung" nicht weiter kommen. Ich möchte Dir und den anderen, die Deinen Brief mitangeregt haben, außerordentlich danken, dass Ihr mithelft, ein solches Gespräch in Gang zu setzen.*

*Mit herzlichen Grüßen  
Jost Eschenburg*

**■ Bistumsstelle Münster**

**28.06.2012 00:19, schrieb Veronika Huening**

*Liebe Mitglieder des GV,  
in der Sitzung am 27.6. hat sich die SprecherInnengruppe von pax christi im Bistum Münster mit der Kampagne "Besetzung schmeckt bitter" und den öffentlichen Reaktionen darauf befasst. Ich habe die Aufgabe übernommen, euch daraufhin zu schreiben.*

*Wir haben die Aktion und ihr Echo mit sehr gemischten Gefühlen verfolgt. Einerseits können wir die Zielrichtung der Kampagne und die Argumentationslinie mehrheitlich gut nachvollziehen und halten einige der Reaktionen für unqualifiziert und teilweise für völlig indiskutabel.*

*Andererseits sind wir nicht sicher, ob es strategisch klug war, sich als deutsche Sektion von pax christi an die Spitze einer solchen Kampagne zu stellen, zumal sie bei der Positionsbestimmung von 2010 "Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden in Nahost" gerade keinen Eingang in die sog. Herausforderungen im Schlussteil gefunden hatte. Es war vorauszusehen, dass die Aktion Gegenwehr hervorrufen würde und ihre Verteidigung nun die Energien bindet. Auf diese Weise wird das unsägliche "Entweder -- oder" der geteilten Solidaritäten im Israel-Palästina-Konflikt jedenfalls nicht überwunden.*

*Unsere Frage an den GV lautet: Wie gedenkt ihr mit der Situation umzugehen? Gibt es Überlegungen zusammen mit der Nahostkommission oder Entscheidungen des Präsidiums, die Kampagne zu beenden oder zu verändern? Oder soll die Diskussion darüber im Interesse unserer politischen Ziele irgendwie fruchtbar gemacht werden? Wir bitten euch herzlich um eine Antwort an die o.a. Adressen. Danke!*

*Mit herzlichen Grüßen  
Veronika Hüning*

---

■ **Antwort GV**

Liebe Veronika und alle,

herzlichen Dank für eure Mail. Wir haben beim Präsidium am Wochenende und beim erweiterten Präsidium uns noch einmal ausführlich mit der Obsttütten-Aktion "Besatzung schmeckt bitter" beschäftigt, auch nachdem uns unterschiedliche Reaktionen aus Bistumsstellen erreicht hatten. In unserer Antwort auf den offenen Brief aus Osnabrück findet ihr vielleicht einige eurer Fragen beantwortet.

Als GV werden wir uns auch in der nächsten Sitzung wieder mit den Obsttütten beschäftigen. Aus Sorge um Israel ist es wichtig für einen Frieden einzutreten, der die Rechte der Palästinenser respektiert. Wir können dazu unsere Regierungen bitten, die Völkerrechtsverletzung Siedlungsbau in den besetzten Gebieten nicht zu unterstützen. Diese politische Diskussion ist wichtig zu führen.

Herzliche Grüße

Wiltrud Rösch-Metzler

■ **Gesendet: Donnerstag, 5. Juli 2012 12:21**

**Betreff: Frieden und Völkerrecht**

Liebe Christine,

danke für die Kurzmeldung "Frieden braucht die Achtung des Völkerrechts"! Damit erfüllt die deutsche Sektion einen Wunsch unserer Bistumsstelle: die Abgrenzung der Obsttütten-Kampagne von "BDS" zu verdeutlichen.

Ich bin zu Hause von einem Kaplan angegangen worden, der aufgrund eines Artikels in der "Jüdischen Allgemeinen" pax christi in einem schlechten Licht sah. Ich habe ihm ausführlich geantwortet und finde in eurer Kurzmeldung meine Argumentation zu großen Teilen wieder, ebenso den Verweis auf A. Liel.

Herzliche Grüße aus Münster

Veronika

**Pro: Bistumsstelle Aachen**

■ **Aus einem Schreiben der Bistumsstelle**

Sehr geehrte Frau ...,

pax christi im Bistum Aachen hat sich der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der pax christi Nahost-Kommission angeschlossen, um die Kennzeichnung von Waren aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet zu fordern.

Wir haben diese Entscheidung intensiv diskutiert. Wir sind nicht für einen Boykott jüdischer Waren oder von Waren aus dem Staat Israel. Wohl sind wir aber dafür, dass der Verbraucher sich entscheiden kann, ob er Waren aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet kauft oder nicht. Diese Unterscheidung ist derzeit nicht möglich. Beim Kauf von Waren, die in Deutschland mit dem Herkunftsland „Israel“ deklariert sind, laufen Konsumenten derzeit Gefahr, Produkte aus den illegalen Siedlungen zu kaufen. Vor diesem Hintergrund rufen wir dazu auf, bis zur Umsetzung der klaren Herkunftskennzeichen wie sie Seitens der EU gefordert werden, auf den Kauf dieser Produkte zu verzichten. Dass dies möglich sein kann zeigt die Kennzeichnungspflicht, wie sie in Großbritannien praktiziert wird. In unserer Forderung sehen wir uns durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs und der Haltung der Bundesregierung bestärkt:

Der Europäische Gerichtshof hat 2010 geurteilt, dass Siedlungen nicht zum Staatsgebiet Israels zählen. Auch die Bundesregierung erklärt unmissverständlich, dass sie Israels Siedlungen für völkerrechtswidrig hält und unterscheidet strikt zwischen dem Gebiet des Staates Israel und den besetzten Gebieten. Als Friedensorganisation haben wir uns bewusst dafür entschieden, aktiv auf das Unrecht falsch deklarierter Waren zu reagieren. Wenn

*Sie weitere Anmerkungen, Informations- und Diskussionsbedarf haben, lade ich Sie ein, sich an die Nahost-Kommission von pax christi zu wenden, die die Initiatoren der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ sind und Ihnen besser Hintergründe zur Aktion erläutern können. Sie erreichen die Nahostkommission unter [nahost@paxchristi.de](mailto:nahost@paxchristi.de)*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Karen Siebert*

**Pro: Bistumsstelle Augsburg**

■ **Gesendet: Dienstag, 19. Juni 2012 12:14 Betreff: Besatzung schmeckt bitter**

*Liebe FreundInnen im pax christi Präsidium,*

*von der Bistumsstelle Hamburg/Osnabrück kam die Aufforderung an Euch, die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ abzubrechen. Wir als pax christi Bistumsstelle Augsburg möchten Euch mit Nachdruck bitten, diese differenziert angelegte Kampagne weiter zu führen. Seit Jahren arbeiten wir intensiv an der Thematik Israel-Palästina und haben regen Kontakt mit Friedens- und Menschenrechtsaktivisten, sowohl von israelischer als auch von palästinensischer Seite, die eine solch gewaltfreie Aktion als unterstützend empfinden.*

*Beim Bistumsstellentreffen in Essen wurde auch in der Arbeitsgruppe beschlossen, die Aktion durch zu führen. Die Bistumsstellen Essen, Rottenburg-Stuttgart und Augsburg hatten sich verpflichtet in ihrem Bereich die Kampagne zu realisieren. Der Vorstand der pax christi Bistumsstelle Augsburg hat in Absprache mit der Sachgruppe Israel-Palästina die Aktion klar befürwortet. Inzwischen ist ja auch schon die Presse informiert und es wäre ein unerklärbarer Schritt, wenn jetzt, da die Aktion schon angelaufen ist, sie wieder zurückgenommen werden würde. Auch das Präsidium hat ja vor dem endgültigen Start zugestimmt. In der Presseerklärung von Dr. Budzinski wird deutlich, dass der Aufruf „Kauft nicht bei Juden“ keineswegs auf die Aktion ‚Besatzung schmeckt bitter‘ bezogen werden kann. Die Inhalte dazu sind reichlich ausgetauscht, Wir haben prominente Unterstützer und rechtlich ein stabile Position. In Großbritannien gibt es diese Kennzeichnungspflicht bereits seit 2009, in anderen Ländern wird daran gearbeitet.*

*Für die pax christi Bistumsstelle Augsburg*

*Christian Artner-Schedler*

**Pro: Bistumsstelle Bamberg**

■ **24. Juli 2012 12:29 „unterstützen die Aktion zusammen mit regionalen Partnern“**

*Liebe Engagierte bei pax christi,*

*wir freuen uns, dass wir Euch gleich doppelt über Artikel zu pax-christi-Aktivitäten berichten können: In der Ausgabe der Kirchenzeitung im Bistum Bamberg "Heinrichsblatt" vom 15. 7. erschien*

*a) ein Artikel über die Kampagne "Besatzung schmeckt bitter" (siehe Anhang). Diese unterstützten wir durch das Verteilen von Obsttüten mit Begleitschreiben auf unserem diözesanen Heinrichsfest am 8. 7. und werden sie weiter unterstützen, zusammen mit regionalen Partnern.*

*b) Ein anderer Artikel beschreibt unsere aktuellen regionalen Aktivitäten beim Heinrichsfest (mit Foto)*

*Herzliche Grüße*

*Dr. Joachim Schneider*

**Pro: Bistumsstelle München**

■ **Rundbriefartikel: Obsttüten für Gerechtigkeit**

*Im letzten Rundbrief hat Gudrun Schneeweiß bereits die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ angekündigt, zu der die Nahostkommission von pax christi aufruft. Zur Erinnerung: Viele Lebensmittel mit der Ursprungsangabe „Israel“ werden auf besetztem palästinensischem Gebiet erzeugt, also in völkerrechtswidrigen Siedlungen. Mit einer „Obsttütenaktion“ soll auf dieses Unrecht aufmerksam gemacht und eine korrekte Kennzeichnung der*

---

Lebensmittel erreicht werden. Auf diese Weise können die KonsumentInnen entscheiden, ob sie auf den Kauf von Produkten aus den Siedlungen verzichten.

Inzwischen liegt das Material vor: Ein Handzettel, der die Problematik erläutert, und kleine Obsttüten mit Kurzinformationen.

Was kann man damit machen?

- Man kann sie zwischen Waren mit der Herkunftsbezeichnung „Israel“ auslegen
- Man kann mit der Leitung des Supermarktes sprechen, in der diese Waren angeboten werden
- Man kann auch mit der Marktleitung sprechen, wenn diese Waren nicht angeboten werden, und dieses Verhalten anerkennen
- Man kann vor dem Geschäft eine größere Info – Aktion starten, wie es vor Jahren mit Erfolg im Fall Südafrika geschehen ist
- Man kann Lebensmittel mit unklarer Herkunftsbezeichnung dem bundesweiten Webportal unter [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de) melden und auf die unklare Verwendung der Ursprungsangabe „Israel“ aufmerksam machen
- Man kann weitere Ideen entwickeln Obsttüten und Flyer können im pax christi – Büro in der Marsstraße nach vorheriger Terminabsprache abgeholt werden. Größere Mengen gibt es bei pax christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin [sekretariat@paxchristi.de](mailto:sekretariat@paxchristi.de)

Wer Zugang zum Internet hat: Das Vatikan – Fernsehen hat einen recht wohlwollenden Bericht ausgestrahlt, in dem Christian Artner-Schedler und Jost Eschenburg von pax christi Augsburg die Obsttütenaktion vorstellen: [www.katholisch1.tv/index.php/kath1/\(darstellung\)/video/\(beitrag\)/6471](http://www.katholisch1.tv/index.php/kath1/(darstellung)/video/(beitrag)/6471)

#### **Pro: Bistumsstelle Würzburg**

■ **Dienstag, 19. Juni 2012**

##### **Keine Produkte aus Israels Siedlungen im Westjordanland**

"Ich habe entschieden, keine Produkte aus Siedlungen zu kaufen." Das sagt Avraham Burg, Sprecher der Knesset von 1999 bis 2003, in einem lesenswerten Interview der NZZ. Und begründet, dass genau das im Sinne und Interesse Israels ist, denn: "Wenn, Gott bewahre, die Grüne Linie permanent ausradiert werden sollte, aus dem Bewusstsein wie auch aus dem Land, dann wird Israel verschwinden."

Das fügt sich in die neue Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ die Pax Christi bundesweit anschiebt. Auch im Bistum Würzburg haben wir über diese Frage diskutiert. Kein Boykott Israels, das wäre unserer Meinung nach ausgeschlossen. Sondern ein Boykott der ungesetzlichen Siedlungsaktivitäten, des Landraubs an den Palästinensern. Das ist, hier unterstützt uns Avraham Burg, ganz im Sinne Israels und nicht gegen seine Interessen.

von Stefan Silber um 10:52

Labels: Diözese Würzburg, Pax Christi, Salam / Shalom

#### **Pro: Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart**

■ **21. Juni 2012 Gerechter Frieden braucht gewaltfreie Aktionen**

**pax christi in den Diözesen Essen und Rottenburg-Stuttgart fordert Unterstützung der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“.**

Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der pax-christi-Nahost-Kommission hat erwartungsgemäß auch Ablehnung hervorgerufen. Dieser Ablehnung hat sich die pax christi Regionalstelle Osnabrück-Hamburg in Form eines offenen Briefes an Christine Hoffmann und das Präsidium angeschlossen, ohne diese Haltung inhaltlich zu begründen. Sie beruft sich dabei auf ihre Interpretation der pax-christi-Positionsbestimmung von 2010 „Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden“. In der Positionsbestimmung wird jedoch

*unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass pax christi gewaltfreie Aktionen für einen gerechten Frieden unterstützt.*

*Die pax-christi-Vorstände in Rottenburg-Stuttgart und Essen erklären ausdrücklich ihre Unterstützung der Aktion. Sie richtet sich nicht gegen den israelischen Staat, schon gar nicht gegen die Bevölkerung, sondern gegen die andauernde Besatzungs-, Enteignungs- und Besiedlungspolitik der israelischen Regierung, die eine politische Lösung des Konflikts unmöglich macht.*

*Solange Produkte aus völkerrechtswidrigen Siedlungen in besetztem palästinensischen Land nicht kenntlich gemacht werden, sollen europäische Konsumenten durch Kaufverzicht deutlich machen können, dass sie nicht zu Komplizen der Enteignungspolitik werden wollen. Die Aktion ist solidarisch mit dem Widerstand israelischer und palästinensischer Friedens- und Menschenrechtsorganisationen gegen die Kolonialpolitik der israelischen Regierung. Der Gastkommentar „Die wahren Feinde Israels“ von Avraham Burg, dem ehemaligen Sprecher der Knesseth, in der Neuen Zürcher Zeitung vom 14.06.2012 bringt in hervorragender Weise unsere Meinung und Argumentation zum Ausdruck (s. Anlage).*

*Wir fordern deshalb alle Mitglieder des pax-christi-Präsidiums auf, die Aktion der Nahostkommission weiterhin uneingeschränkt zu unterstützen. Statt Lippenbekenntnissen für Frieden braucht es Mut und aktives Engagement für Völkerrecht und Menschenrechte als Friedenszeugnis von pax christi.*

**Pro: Bistumsstelle Essen**

**■ 21. Juni 2012 Gerechter Frieden braucht gewaltfreie Aktionen**

***pax christi in den Diözesen Essen und Rottenburg-Stuttgart fordert Unterstützung der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“. (Text s. oben)***

**Antrag:** Nr. 4  
**Antragstellerin:** pax-christi Bistumsstelle Essen  
**Antragsgegenstand:** „Besatzung schmeckt bitter“

■ **Die Delegiertenversammlung möge beschließen**

pax christi Deutsche Sektion unterstützt die Aktion der Nahost-Kommission „Besatzung schmeckt bitter“.

■ **Begründung**

Die im Oktober 2010 verabschiedete Positionsbestimmung zur Nahost-Arbeit von pax christi „Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden“ bringt unmissverständlich zum Ausdruck, dass pax christi „die deutsche Öffentlichkeit über Menschen- und Völkerrechtsverletzungen... in der gesamten Region“ informiert und „gewaltfreie Aktionen für einen gerechten Frieden“ unterstützt.

Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ greift diese Herausforderungen auf. Sie richtet sich nicht gegen den israelischen Staat, schon gar nicht gegen die Bevölkerung, sondern gegen die andauernde Besatzungs- und Besiedlungspolitik der israelischen Regierung, die eine politische Lösung des Konflikts unmöglich macht.

Solange Produkte aus völkerrechtswidrigen Siedlungen in besetztem palästinensischem Land nicht kenntlich gemacht werden, sollen deutsche Konsumenten durch Kaufverzicht deutlich machen können, dass sie die fortgesetzte Besatzungs- und Siedlungspolitik der israelischen Regierung ablehnen. Die Aktion ist solidarisch mit dem gewaltfreien Widerstand israelischer und palästinensischer Friedens- und Menschenrechtsorganisationen.

Beschlossen vom Vorstand der Bistumsstelle Essen am 13.08.2012  
Alfred Keienburg, Norbert Richter, Gabriele Wulfers

## Weitere Pro und Contra-Stimmen

### ■ Basisgruppe Leipzig „Doppelte Solidarität“

*Liebe Schwestern und Brüder im Glauben.*

*Der Boykottaufruf von Pax Christi Deutschland keine Waren aus Israel zu kaufen, hat in Deutschland für Verstimmungen und z.T. zu scharfen Reaktionen von jüdischen Organisationen geführt. Wir haben in der Pax Christi Gruppe Leipzig über diesen Aufruf diskutiert und sind einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, dass wir ihn so nicht mittragen können. Wir sind der Meinung, dass Pax Christi wie bisher der Linie der "doppelten Solidarität" folgen und sowohl Solidarität mit dem jüdischen als auch mit dem palästinensischen Volk zeigen sollte. Dieser Aufruf verlässt nach unserer Einschätzung diesen Konsens.*

*Wir stimmen zwar zu, dass die jetzige Siedlungspolitik der israelischen Regierung völkerrechtswidrig ist und nicht hingenommen werden kann. Das rechtfertigt aber nicht, einen undifferenzierten Boykottaufruf, der so verstanden werden kann, dass die Existenz Israels in Frage gestellt werden soll. In der hochsensiblen, spannungsvollen Situation im Nahen Osten ist es überdies geradezu fahrlässig, durch eine einseitige Parteinahme eher zur Verschärfung derselben statt zur Deeskalation beizutragen.*

*Dieser Brief will keine politischen Einschätzungen vornehmen, die ohnehin in der deutschen als auch in der israelischen Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, sondern einen Beitrag dazu zu leisten, dass das mühsam erarbeitete Vertrauensverhältnis zwischen Christen und Juden nicht weiter belastet wird.*

*Für die Pax Christi Gruppe Leipzig  
Georg Pohler*

### ■ Auszüge aus der Antwort der Nahostkommission vom 26.9.2012

*Liebe Mitglieder der Pax Christi Gruppe Leipzig,*

*....*

*Als Pax Christi Gruppe Leipzig habt Ihr eine Presseerklärung der jüdisch-christlichen Arbeitsgemeinschaft Thüringens erhalten und diskutiert, daraufhin einen Brief formuliert und in der Nikolaikirche zum Friedensgebet verlesen lassen. Es ist gut, dass ihr Euch mit der vorgenannten Presseerklärung auseinandergesetzt habt. Uns würde interessieren, ob ihr auch die Gemeinsame Erklärung vom 10. Juni 2012 kennt und diskutiert habt, die – nach einem längeren Gespräch zwischen Vertretern der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Erfurt, Bodo Ramelow und dem Jenaer OB Dr. Schröter - herausgegeben wurde. Darin haben die Jüdische Landesgemeinde Thüringen und die DIG Erfurt OB Schröter aus dem Unterstützerkreis unserer Aktion gegen diffamierende Kritik, insbesondere den Antisemitismusvorwurf („Kauft nicht bei Juden“) in Schutz genommen und öffentlich erklärt, dass "nur die Einhaltung von Völker- und Menschenrechten den von allen ersehnten Frieden im Nahen Osten sichern wird". Die Errichtung von Siedlungen wird ausdrücklich kritisiert, Schröters Festhalten an der Kennzeichnungsforderung respektiert.*

*Doch nun zu Eurer in der Kirche verlesenen Stellungnahme. Uns erschien die Formulierung, die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ habe „ in Deutschland zu Verstimmungen und z.T. zu scharfen Reaktionen von jüdischen Organisationen geführt“ recht weit gegriffen: Uns sind Reaktionen des American Jewish Committee in Berlin und des Simon Wiesenthal Centers im internationalen Bereich bekannt, aber keine offiziellen Stellungnahmen von jüdischen Organisationen in Deutschland. Sehr wohl gab es kritische Reaktionen seitens der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) Erfurt und des evang. Präsidenten des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die aber beide keine jüdischen Organisationen sind. Uns war es wichtig – und Euch ist es bekannt –, dass die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ von prominenten Juden aus Deutschland (Iris Hefets, Prof. Dr. Fanny Michaela Reisin, Shir Hever und Prof. Dr. Rolf Verleger) unterstützt wird, so wie sie neben anderen Unterstützenden wie z.B. Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter aus Jena, in der Pax Christi Pressemitteilung vom 22. Mai 2012 aufgeführt sind. Zudem haben sich in den letzten Wochen*

---

*Avraham Burg, ehemaliger Vorsitzender der Jewish Agency und der World Zionist Organization sowie ehemaliger Sprecher der Knesset und dabei mehrere Wochen provisorischer Staatspräsident Israels, und Alon Liel, früherer Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, für eine klare Kennzeichnung ausgesprochen. Israels Regierung müsse gerade angesichts neuer Bauvorhaben eindringlich daran erinnert werden, dass Siedlungen nicht zum israelischen Staatsgebiet gehören, so die beiden.*

*Uns ist wichtig, dass diese Vielstimmigkeit der Reaktionen von jüdischer Seite bei unseren inhaltlichen Auseinandersetzungen anerkannt und mitbedacht wird.*

...

*In diesem Sinne stehen wir für vertiefende Gespräche gerne zur Verfügung.*

*Es grüßt Euch im Namen der Nahost-Kommission*

*Dr. Manfred Budzinski, Sprecher, 26.9.2012*

**■ 6. Juli 2012, Aus dem Mainzer Leitungsteam**

***„Ich möchte nicht, dass pax christi falsch verstanden wird“***

***Zum Boykottaufruf der Kommission „Nah-Ost“ von Pax Christi***

*Ich bedenke aus meiner Sicht als langjähriges Pax Christi Mitglied den Boykottaufruf. Wir sind angetreten mit dem Leitwort für eine doppelte Solidarität mit Israel und dem Palästinensischen Volk.*

*Ich unterstütze den Bundespräsidenten Joachim Gauck, der sich mit Vehemenz bei beiden Seiten für diese Verwirklichung einsetzt und das Unrecht deutlich benennt, ohne zu solchen Aktionen aufzurufen.*

*Ich halte an unserer Verantwortung aus der Geschichte fest, die uns Deutsche erst recht aufmerksam macht auf unsere Verantwortung für den Frieden in Nah Ost und für das jüdische Volk, was nicht nur in Israel lebt.*

*Ich sehe aber unsere Verantwortung für die Menschen im Nahen Osten grundsätzlich angemahnt.*

*Und da finde ich es so beschämend, dass wir uns seitens Pax Christi mit Aktionen wie den Boykott von Warten aus den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten abgeben. Ich möchte nicht, dass Pax Christi falsch verstanden wird.*

*Unser Bündnispartner sind Israel und das palästinensische Volk, und ich habe Pax Christi immer auch so verstanden, dass wir uns von keiner politischen Seite, erst recht nicht von extremen politischen Bewegungen auch in Deutschland nicht vereinnahmen lassen. Aber durch solche Aufrufe könnten wir leicht unfreiwillig mit denen zusammen gesehen werden, die auch gegen diese Politik Israels vorgehen, aber aus ganz anderen Gründen, weil sie nicht wollen, dass Israel weiterhin als autonomer Staat existiert.*

*Ich befürchte, dass unsere gute Absicht von denen aufs Papier geschrieben wird, die Israel überhaupt kein Existenzrecht zubilligen wollen. Hoffentlich haben wir in unseren politischen und geistig-spirituellen Ressourcen auch die der Unterscheidung der Geister bereit, die wir auf den Plan rufen könnten.*

*Zu Recht hat Bundespräsident Gauck, die Grenzen der Unterstützung der israelischen Politik insbesondere gegenüber dem Iran aufgezeigt. Wir von Pax Christi sollten alles unternehmen, um auf vernünftigen Weg und auf dem Herzensweg durch Beziehungen zu Gruppen in und Menschen in Israel und zu israelischen Politikern/Innen das deutlich machen, dass wir eine ungeteilte und ungestörte Zukunft Israels wollen und alles ablehnen, was durch provozierende Haltungen und Politik Israels gegenüber den palästinensischen Nachbarn und dem Iran selber zerstört wird.*

*Ich fordere aber auch, dass Pax Christi deutlich gegenüber unseren palästinensischen Freunden /Innen und Bündnispartner/Innen machen müssen, dass wir vorgeschobene Interessen anderer, die sich gerne die unbedingte Forderung nach gerechtem Zusammenleben des palästinensischen Volkes mit seinen Nachbarn, insbe-*

*sondere mit den Menschen und dem Staat Israel aufs eigne Panier umfassender politischer Forderungen schreiben, sich gegen eine Umklammerung der palästinensischen berechtigten Interessen durch den Iran, durch Syrien und durch andere Mächte außerhalb des Nahen Osten strikt wehren und diese ablehnen.*

*Solche politischen und ideologischen und wirtschaftlichen Okkupationen und Lockreize sind gute offene wie versteckte „Meilensteine“, den Staat Israel, die Menschen zu zerstören, aufzulösen und die Menschen zu vertreiben. Dass Pax Christi für die Unterstützung des Aufrufes prominenter israelischer staatstragende Männer zitiert, spricht eher dafür, was der deutsche Journalist Hendryk Broder beißend bemerkt, dass man endlich Auschwitz vergessen soll: Damit spricht er an, dass die Probleme Israels dort gelöst werden sollen, wo sie entstehen: die Welt hat gottweilß andere Probleme zu händeln.*

*Dem, stimme ich nur insoweit zu, dass der focussierte Blick auf das Problem Israel-Palästina nicht davon abhalten darf, die größeren Zusammenhänge auszumachen und die Verstrickungen Deutschlands darin nicht zu übersehen. Und davon haben wir genug, wie es durch die Aktion „Aufschrei“ zu Tage gefördert wird, dass sich unser Land durch seine beständigen und expansiven Exporte von Rüstungsgütern und rüstungsbereiten und kriegstauglichen Materialien einerseits wirtschaftlich gut hält und andererseits Regime und Systeme unterstützt, die das eigene Volk unterjochen, die expansiv nach außen wirken und die unserem Land tauglich dazu dienen, uns und unserer allgemeinen Versorgung und Interessenssicherung nützlich zu sein, auch durch gewaltsame Niederschlagung demokratischer Bewegungen. Wenn unser Land z.B. Saudi Arabien schweres Militärgerät liefert, gefährdet es die Existenz Israels erheblich mehr.*

*Israel und der gesamte Nahe Osten bleibt nun einmal die Region, die für Juden/Innen Christen/Innen und Muslime Heimat und Quellgrund ihres Glaubens an den Gott sind, der aus Knechtschaft befreit und Menschen die Kraft schenkt, Leben in Freiheit und In Gerechtigkeit aufzubauen und geschenkt zu bekommen.*

*„Das, was jetzt ist, kann doch nicht alles gewesen sein. In uns rumort eine Transzendenz, die sich nicht abspiesen lässt, und es wird auch einem wirtschaftlich stabilen Kapitalismus nicht gelingen, dieses Rumoren zu ersticken. Gott selber will ja in uns glauben, lieben, hoffen und mit der Liebe eins werden.“ (Dorothee Sölle, aus :Mutanfälle) Diese deutliche Linie von Dorothee Sölle möchte ich mir offen halten und mich nicht klein kriegen und klein reden lassen*

*Ich als Pax Christi Mitglied sehe, dass in einer solch schwierigen und komplexen Situation im Nahen Osten alles unterlassen werden sollte, was die Konflikte noch vergrößert und alles daran gesetzt werden muss, wirkungsvoll dazu beizutragen, die zivile und pacifischen Fähigkeiten der Menschen zu stärken.*

*Es ist beschämend in meinen Augen ,dass der syrische Staatspräsident Assad sein eigenes Volk weiter töten lassen, verletzen und niederbrennen kann, vor Kindern und jungen Menschen und Gebrechlichen dabei nicht zurückschreckt, und dass der russische Präsident Wladimir Putin an diesem Verbündeten und Tyrann festhält, der nicht davor zurückschreckt, mit lächelnder Mine sein eigenes Volk ermorden zu lassen und mit Verhörmethoden von KGB und CIA Menschen zu Geißeln seine Herrschaftswillens degradiert und mit unmenschlichen Methoden sich gefügig machen will.*

*Und wir gießen Feuer ins Öl, indem wir berechnete Interessen zu einem Zeitpunkt unterstützen, der von ganz anderen elementaren Herausforderungen von Leben und Sterben Fragen für den Prozess der Wahrheit in einem Land wie Syrien gewichtet ist.*

*Unser Land ist aufgewühlt vom Versagen staatlicher Organe und der demokratischen Wachsamkeit gegenüber rechtsgerichteten Gruppen und Kreisen, die sich durch alle Instanzen bis nach ganz oben arbeiten konnten, um einen Schutzschild für Verbrechen aus den rechtsextremen Bewegungen aufzubauen.*

---

*Ich sehe die Vernetzungsfahr all dieser ausländerfeindlichen Bewegungen mit einer Anti-Israel Stimmung sich verbinden.*

*Für die gerät unsere Boykottunterstützung doch gerade zu einem willkommenen Geschenk!  
Dazu möchte ich keinen Beitrag leisten. Dazu ist mir mein Verständnis für mein Engagement in Pax Christi zu wichtig!*

■ **Datum: 20. Juli 2012 22:18 Betreff: AW: pax christi Aktion "Besatzung schmeckt bitter"**

*Lieber Manfred Budzinski,  
vielen Dank für Ihre Nachricht.*

*Ich stehe mit beiden genannten Mitgliedern der Nah Ost Kommission im Gespräch, weil wir uns in der Sprecher/(Innengruppe unserer Bistumsstelle regelmäßig sehen.  
Sie kennen meine Position. Das bedeutet aber nicht, dass wir unsere unterschiedlichen Positionen uns um die Ohren hauen sondern sehr sorgfältig damit umgehen und schauen, wie es zivil und gewaltfrei weitergehen bzw. gehen kann. Ich glaube, dass wir hier in Mainz und Umgebung nichts unversucht lassen um Israelis und Palästinenser, die hier leben ins Gespräch zu bringen und sie zu bestärken, ihre dialogische Erfahrungen, dass es doch irgendwie geht, miteinander zu sprechen und Gemeinsames zu tun, zu einem Transfer in ihre Heimat – und Herkunftsländer zu transferieren.*

*Das sind ganz kleine Schritte auf einem ganz großen Weg, nicht mehr, nicht weniger.  
Gute Grüße*

■ **Austritt eines Mitglieds**

*Datum: 21. Juli 2012 22:37 Betreff: Ihr Schreiben vom Juli 2012 an das Präsidium von pax christi Deutsche Sektion*

*Liebe Frau ...,  
der GV hat uns Ihr Austrittsschreiben vom Juli 2012 an das Präsidium zur Kenntnis gegeben, und wir möchten gerne aus unserer Sicht darauf reagieren.*

*Sie erleben/erleben die Verlautbarungen der Nahostkommission als selbstherrlich. Ihr Maßstab ist dabei, was die Enkel der Täter den Enkeln der Opfer sagen dürfen. Sie beschreiben Ihren biographischen Zugang zu pax christi über die Begleitung der Zeugen in NS-Prozessen in Hamburg. Diese Ihre Begleitung war enorm wichtig für die Zeugen, weil sie so ein anderes Deutschland erleben konnten, als sie es in ihrer schrecklichen Geschichte erlebt hatten. Die Begleitung war aber auch für Sie und pax christi wichtig, weil dadurch Beziehungen in alle Welt entstanden.*

*Auch wir in der Nahostkommission schöpfen aus Beziehungen. Wir haben Kontakte und Freundschaften zu Menschen in Israel und Palästina, die wie wir in der Friedensbewegung aktiv sind. Daraus ergibt sich unser Eintreten für Menschenrechte und Völkerrecht. Immer wieder fordern wir von unserer Regierung, dass sie sich für Menschenrechte und Völkerrecht einsetzt. Mit unserer Obsttützen-Aktion wollen wir Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Möglichkeit aufzeigen, die völkerrechtswidrigen Siedlungen nicht zu unterstützen. "Läppisch, lächerlich" nennen Sie unsere Aktion. Sie empfinden als Provokation, was für uns der Ernst der Lage in Nahost gebietet. Ein partikulares Eintreten für Menschenrechte und Völkerrecht ist nicht im Sinne unserer Partner in Israel und Palästina. So sehen wir unsere Nahostarbeit in Verantwortung der deutschen Geschichte.*

*Wir bedauern es sehr, dass Sie diese pax christi Arbeit nicht mehr mittragen können.*

*Viele Grüße  
Manfred Budzinski  
Sprecher für die Nahostkommission*

■ pax christi-Mitglied aus Berlin

Betreff: Obsttüten

Liebe Christine,

erst jetzt komme ich dazu, eine Rückmeldung zu der Pressemitteilung vom Donnerstag zu geben. Ich halte die Aktion, die damit verteidigt wird, für unangemessen und die Rechtfertigung dafür so verschwurbelt, dass sie eine Steilvorlage für Kritiker wie H.M Broder darstellt.

Wenn ich die Nahostkommission recht verstehe, sind die "Waren (...), die mit Besatzung und Völkerrechtsbruch in Zusammenhang stehen", ja nicht mit einem entsprechenden Label für die kritischen Konsumenten versehen, sondern geben als Herkunftsland "Israel" an. Wenn ich als kritischer Konsument vor dem Regal stehe, kann ich also in keinem Falle ausschließen, dass ein Produkt mit dieser Herkunftsangabe "mit Besatzung und Völkerrechtsbruch in Zusammenhang" steht, so dass ich im Zweifel immer auf den "Kauf verzichten" muss, denn sonst bin ich kein "kritische Konsument", der ja gerade dadurch zu einem solchen wird, indem er immer und an allem zweifelt.

Ich kann also das Anliegen der Nahostkommission nur im vollen Umfang verwirklichen, wenn ich generell nix kaufe, das aus Israel kommt. Das, was die Kommission macht, ist also nichts anderes als ein Boykott-Aufruf, der sich nur nicht so nennt. Der Rest ist Lyrik, wenn auch nicht von Grass verreimt, und der obligate Jude, der das auch so sieht, darf als Kronzeuge natürlich auch nicht fehlen. Aber es darf ja nach der Logik der Nahost-Kommission "in Deutschland" auch nur niemals wieder einen solchen Boykott geben, "der die Menschenwürde mit Füßen tritt". Wenn er sie mit einem anderen Körperteil tritt oder seine Füße statt gegen die Menschenwürde gegen etwa anderes richtet, ist er also im Prinzip schon okay, vom Ausland aus sogar ohne diese feine Differenzierung. Es läuft auf die gängige Unterscheidung hinaus, dass es noch lange nicht dasselbe sei, wenn zwei das gleiche täten. Warum?

Wie der Lateiner sagt: Quod licet iovi, non licet bovi - in diesem Falle ist der "von Gewalt und antisemitischen Hetzparolen begleiteten Boykott jüdischer Unternehmen im Jahr 1933" der Ochse, und der kritische Konsument aus der Nahostkommission erklärt sich selbst zum Jupiter.

Ich rechne dir, liebe Christine, nicht jeden Unfug zu, der irgendwo bei Pax Christi gemacht wird, die Nahostkommission war ja bekanntlich auch schon im vorigen Jahr auf einem falschen "Dampfer" - so jedenfalls nicht nur aus meiner Sicht - und hat daraus offenbar nichts gelernt.

Dass dies dann auch noch "Chefinnensache" ist, macht das Umgehen damit intern sicher noch komplizierter. Wie dem auch sei - mit einer solchen Presseerklärung erreichen wir nur, dass die Medien auf eine fragwürdige Aktion aufmerksam gemacht werden, bei der Pax Christi am Ende nicht gut dasteht.

Ich sende diese Mail Cc. an einige Berliner Mitglieder, die vielleicht auch an der Diskussion interessiert sind.

Herzlichen Gruß

■ pax christi Mitglied aus Osnabrück

Gesendet: Montag, 11. Juni 2012 15:58

Betreff: Aktion Besatzung schmeckt bitter - mit Bitte um Weiterleitung

Liebe Christine,

ich protestiere mit Nachdruck gegen die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“, insofern sie mit der Empfehlung zum Kaufverzicht für Waren „mit der Ursprungsangabe ‚Israel‘“ verbunden ist, weil sie „vielfach aus völkerrechtswidrigen Siedlungen“ stammen. Ich bitte Dich, diesen Protest an alle Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands weiterzuleiten. Die Pressemitteilung vom 22.05.2012 und die darauf folgende vom 31.05.2012 wie

---

auch die Aktion selbst verstoßen gegen den eindeutigen Beschluss der Delegiertenversammlung 2010 und gegen die Statuten der deutschen Sektion pax-christi-Bewegung

Ich erinnere: Im Antrag, der im Oktober 2010 von der Nahostkommission und dem Präsidium hinsichtlich der Positionsbestimmung zur Nahostarbeit in pax christi gestellt wurde, wird unter den Herausforderungen unter anderem genannt: „...unterstützt pax christi auch gewaltfreie Aktionen wie den Verzicht auf den Kauf von Produkten aus den Siedlungsgebieten...“ Dieser Punkt wurde schließlich nach einer intensiven und kontroversen Diskussion durch Mehrheitsbeschluss dahin abgeändert, dass es nunmehr im letzten Spiegelstrich der Herausforderungen heißt: „unterstützen wir gewaltfreie Aktionen für einen gerechten Frieden“. „Der Verzicht auf den Kauf von Produkten aus den Siedlungsgebieten“ wurde dagegen als möglicher Handlungsauftrag gestrichen.

Die Aktion der Nahostkommission, die als Handlungsmethode den Konsumenten den Kaufverzicht empfiehlt bis das eigentliche Ziel der Warenkennzeichnung erreicht ist, verstößt gegen den unmissverständlichen DV-Beschluss, der so eindeutig gegen den Antrag steht, dass die Aktion nicht einmal aus einer weitergehenden Auslegung des letzten Spiegelstrichs gerechtfertigt werden kann.

Die Pressemitteilungen beginnen mit den Worten „pax christi fordert...“ bzw. „pax christi weist... zurück“. Somit ist davon auszugehen, dass die Pressemitteilung mit Einverständnis zumindest des geschäftsführenden Vorstands und nicht nur als eine partikuläre Äußerung einer Kommission veröffentlicht wurde. Der geschäftsführende Vorstand vertritt gemäß den Statuten (wie wohl das Präsidium) pax christi in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der DV, ist für deren Durchführung zuständig und kontrolliert u. a. die Arbeit der Kommissionen. Die Kommissionen dürfen nur im Rahmen ihres Arbeitsauftrags eigene Stellungnahmen abgeben. Öffentliche Stellungnahmen im Namen der Sektion dürfen sie nur mit Zustimmung des Präsidiums abgeben. Insofern verstößt der Vorstand gegen die Statuten, weil er öffentliche Bekundungen gegen einen DV-Beschluss von sich gibt und gleichzeitig eine Aktion einer Kommission billigt, die sich nicht an einen Beschluss der DV hält.

Ich erkenne nicht, dass für die Aktion zu den damals angeführten Begründungen der Antragsteller und ihrer Unterstützer irgendwelche neuen Argumente hinzugekommen wären, die nachvollziehbar auf Grund einer triftigen und akuten Dringlichkeit ein sich Hinwegsetzen über DV-Beschlüsse auch nur annähernd rechtfertigen würden. Ich will nicht alles kritisch durchleuchten, sondern nur an einem Beispiel andeuten, dass die Begründungen kritisch zu sehen sind – trotz „respektabler Unterstützer der Aktion“. Schon im zweiten Absatz steht: „...informiert Kommissionssprecher Dr. Manfred Budzinski und betont: „Das stillschweigende Hinnehmen von Völkerrechtsbruch kommt uns nicht länger in die Tüte. Angesichts der derzeitigen unklaren Kennzeichnung empfehlen wir Kaufverzicht...“ Wo lebt Herr Budzinski eigentlich, welche Nachrichten nimmt er wahr, welche will er nicht hören, wenn er von einem „stillschweigenden Hinnehmen“ aller unterlassenen oder gebilligten Aktivitäten der Netanyahu-Regierung im Zusammenhang mit der Siedlungspolitik spricht. Ich muss hier doch nicht alle die immer wieder öffentlich deutlich ausgesprochenen Missbilligungen der Siedlungspolitik (zuletzt bei Bundespräsident Gaucks Israelbesuch Ende Mai) aufzählen – die allerdings alle letztlich bei der israelischen (demokratisch etablierten) Regierung abgeprallt sind. Oder will Herr Budzinski und die Nahostkommission oder gar – solches billigend – pax christi Desinformationen streuen, unsachliche Polemik betreiben, wabernde Emotionen anheizen...?“

Ein gewichtiges Argument gerade gegen diese Aktionsform war die Befürchtung, dass damit nicht ein Eintreten für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästinensern ins Bewusstsein der deutschen Gesellschaft gerückt würde, sondern statt dessen Ressentiments, vor allem antisemitische, bedient würden, und hier vor allem das im kollektiven Gedächtnis verankerte „Kauft nicht bei Juden“. Das verhindern auch keine gegenteiligen noch so rationale Beteuerungen. Das müsste jeder wissen, der sich mit den Nachwirkungen der Relikte der jüngsten deutschen Geschichte und dem Potential des antisemitischen Denkens in unserer Gesellschaft beschäftigt hat, was ich bei pax christi doch stets vorausgesetzt hätte. Allerdings bin ich seit der denkwürdigen DV 2010 und durch die Art der Durchsetzung der hier kritisierten Aktion doch sehr ernüchert bin. Diese Aktion findet

*sicher nicht nur bei der NPD und den Rechtsextremen große Zustimmung, sondern, das darf man wohl stark vermuten, weit darüber hinaus in der Mitte unserer Gesellschaft.*

*Die Nahostkommission hätte alle Hände mehr als voll zu tun, wenn sie bemüht wäre, die im Positionspapier angeführten Herausforderungen nachhaltig umzusetzen. Statt dessen agiert sie m. E. aus dem einseitigen, verengten Blickwinkel vornehmlich der palästinensischen Christen und bezieht deren Position, gegründet auf dem theologisch, aber auch politisch höchst problematischem Kairos-Dokument. Insofern verengt die Kommission ihren Auftrag allein auf die Opferrolle der Palästinenser gegenüber Israel. Die Brisanz der Einbettung der Palästinenser (de facto gespalten: Hamas und Fatah) und Israels in die Gesamtregion Nahost und die daraus erwachsenden Wechselwirkungen werden nicht weiter verfolgt. So eine Sichtweise kann nur polarisieren.*

*Wir als pax christi diskreditieren uns dadurch nur selber bei unserer Absicht, für einen gerechten Frieden eintreten zu wollen, wenn wir nicht beider, der Palästinenser und der Israelis, Rechte auf Selbstbestimmung, Souveränität und Heimat gleichermaßen im Blick behalten. Dabei stimmt unser Programm doch, wie man es in der Einleitung zur den Herausforderungen im Positionspapier nachlesen kann: „Die Position der „Ungeteilten Solidarität für einen gerechten Frieden“ stellt uns selbst vor große Herausforderungen: Sie fordert unseren Einsatz, unsere kritische Wahrnehmung, unsere Kreativität, unsere Energie und unsere Beharrlichkeit. pax christi setzt sich für den Frieden in Nahost ein.“*

*Die Nahostkommission sollte sich auflösen bzw. aufgelöst werden und deren Mitglieder sollten ehrlicherweise als Interessenvertretung für die Sache der Palästinenser auftreten, wenn sie es so mit Einsatz, Energie und Beharrlichkeit wollen. Welchen Platz diese Verengung innerhalb von pax christi haben kann bzw. soll, müsste die Delegiertenversammlung entscheiden. Leider weiß man nicht genau, wer eigentlich der Nahostkommission angehört. Einzig die Mitglieder der Kommission für Globalisierung und soziale Gerechtigkeit sind bei pax christi im Internet zu finden. Wer Herr Budzinski, als Sprecher der Nahostkommission ausgewiesen, wirklich ist, musste ich erst googeln. Vielleicht ist mir das im Lauf der letzten drei Jahre entgangen, wenn es Informationen zu seiner Person gegeben haben soll. Er zählt jedenfalls nicht zu den im Jahr 2009 gewählten Mitgliedern. Anbei im Anhang sende ich den Screenshot einer Website als ich nach Manfred Budzinski googelte. Bemerkenswert ist das manipulierte Foto. Das so trotz der Übernahme der PM vom 22.05.2012. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich.*

*Damit kein Missverständnis auftritt: Die Siedlungspolitik der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten ist aufs heftigste zu kritisieren und anzuklagen. Ich sehe es auch so, dass sie eine Verständigung auf einen gerechten Frieden hin massiv behindert. Ich halte sie aber nicht für das Haupthindernis an sich. Die Aktion zum Boykott – was ja die übliche Bezeichnung für einen Kaufverzicht ist – halte ich nach wie vor für grundfalsch. Sie beschädigt m. E. das Ansehen von pax christi und beschneidet ihre Möglichkeiten, eine möglichst versöhnende Rolle auf dem Weg zu einem gerechten Frieden zu begleiten, bei dem die Rechte und Pflichten beider Konfliktpartner gleichwertig zum Zuge kommen.*

*Diesen Ausdruck meiner Verärgerung, Enttäuschung und Protestes gebe ich selbstverständlich zur Kenntnis an unsere Regionalstelle weiter.*

*Voll kritischer Wahrnehmung, aber weiterhin mit herzlichen Grüßen*

---

■ **Gesendet: Freitag, 6. Juli 2012 18:15**

**Betreff: Was man zur Aktion Besetzung schmeckt bitter auch noch finden kann**

Wichtigkeit: Hoch

Liebe Christine,

eigentlich habe ich keine Lust, meine Zeit mit solchen Recherchen zu verplempern. Bei der DV wurde auf einen möglichen Missbrauch hingewiesen. Und der sieht, wie man sehen kann, hässlich aus! Michael Mannheimer ist Euch sicher geläufig.

In der ersten Anlage kann gesehen werden, wie er den Kampagneaufruf in seinem Blog "verwertet" und das mit Bildmaterial drapiert, das für sich spricht. Die zweite Anlage geben MMs Auslassungen zur Berichterstattung über die gewaltsame Ausschreitungen bei der Gegendemonstration während des Neonazi-Auftritts in Hamburg am 02.06. d.J.

Die dritte Anlage ist Wikipedia entnommen, wo die Website Politically incorrect (PI) behandelt wird mit Verweis auf MM. Die vierte Anlage beinhaltet eine Recherche der FR zu PI und führt darin auch MM an. Im engeren Sinn kein Neonazi. Aber immerhin. Unternimmt die Nahostkommission was dagegen? Oder muss man damit leben? Man weiß, es: Was einmal im Internet ist, das bleibt.

Herzliche Grüße

■ **Strafanzeige**

Staatsanwaltschaft Berlin

Turmstraße 91

10559 Berlin-Moabit

Tübingen, den 12.7.2012 Unser Zeichen:

STRAFANZEIGE

der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi vertreten durch den Geschäftsführenden Vorstand Frau Wiltrud Rösch-Metzler, Herrn Johannes Schnettler und Herrn Georg Hörnschemeyer, mit Sitz in Hedwigskirchgasse 3, 100117 Berlin

- Anzeigerstatter -

g e g e n

eine/n oder mehrere unbekannte Verantwortliche/Urheber der Internet-Plattform haOlam.de (siehe Impressum der Website [www.haolam.de](http://www.haolam.de))

wegen:

Verleumdung, Beleidigung, Urkundenfälschungsschutzbestimmungen; sowie sonst aller in Betracht kommender Strafvorschriften.

Gleichzeitig stellen wir hiermit sämtliche erforderlichen

STRAFANTRÄGE

gemäß § 77 StGB hinsichtlich aller in Betracht kommenden Antragsstrafdelikte.

Sachverhalt:

Seit spätestens dem 1.7.2012 wird auf der Internetplattform haOlam.de, einem deutsch-israelischem Internet-Informationsmagazin das Original Logo von Pax Christi Deutsche Sektion, der offiziellen katholischen Friedensbewegung mit Bischof Heinz Josef Algermissen als Präsidenten und Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz wie folgt verwendet:



Das offizielle und zertifizierte Logo von Pax Christi in Deutschland sieht wie folgt aus und trägt erkennbar den Slogan: Internationale Katholische Friedensbewegung.



Durch die Verfälschung des Logos und des Slogans mit dem diffamierenden Titel: „Den Juden zeigen wo es lang geht“ werden tausende katholischer Christinnen und Christen als Mitglieder von Pax Christi diffamiert und beleidigt, weil sie in eine antisemitische und rechtsradikale Ecke öffentlich gestellt werden. Diese Darstellung ist auch nicht durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gem. § 193 StGB oder durch die Meinungsfreiheit nach Art. 5 des GG gedeckt, denn im Vordergrund steht keine inhaltlich kritische Auseinandersetzung, sondern eindeutig die Diffamierung und Herabwürdigung der Ehre ALLER Pax Christi Mitglieder. Hierzu ist es auf keinen Fall zulässig das Logo von Pax Christi, also eine Urkunde, zu verfälschen und damit die Öffentlichkeit über die inhaltliche Positionierung von Pax Christi bewusst zu täuschen.

---

Arbeit sowie mündliche und schriftliche Positionierungen der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi manifestieren zweifelsfrei, dass pax christi nie antisemitische Auffassungen vertreten oder unterstützt hat. Pax Christi arbeitet seit Jahrzehnten zusammen mit Partnern in Israel und Palästina. Die Nahostarbeit von pax christi ist beschrieben in folgenden Grundlagenbeschlüssen der Delegiertenversammlung:

Nahostkonflikt, Beschluss vom 26.10.1975. Dort heißt es u.a.: „Die Delegiertenversammlung der Pax Christi unterstützt die Forderung des Präsidiums nach diplomatischer Anerkennung des Staates Israel durch den Heiligen Stuhl.“ Im Jahre 1989 schrieb die Delegiertenversammlung mit dem Beschluss „Doppelte Solidarität“ die Positionierung von 1975 fort. Aus diesem Beschluss sei zitiert: Wir haben Freundinnen und Freunde unter Palästinensern und Juden hier, in Israel und Palästina, mit denen wir solidarisch sein wollen.“ und „Wir treten ein für das Recht der Juden auf eine sicherere Heimat im Staat Israel.“

Im Jahr 2010 wurde die Nahostpolitik von pax christi erneut beraten und weiterentwickelt im Beschluss: Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden – Zur Arbeit der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi“. Dort wird betont: „Die Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt konfrontiert uns mit deutscher Schuld an der Ermordung der europäischen Juden in den Jahren 1033 – 1945.“ ... „ Zugleich ist der Staat Israel für viele Juden weltweit zu einem Zufluchtsort geworden. Unser Eintreten für das Existenzrecht Israels in den Grenzen bis 1967 ist im Wesentlichen begründet in unserer Verantwortung gegenüber unserer eigenen Geschichte, damit die Menschen dort in Frieden und Sicherheit leben können. „ ... „Als Christ/innen verpflichtet uns unsere Geschichte zu Solidarität mit dem Judentum. Unsere Verbundenheit erwächst aus unseren Wurzeln, die für uns im Bund Gottes mit Israel liegen. Ein Beitrag zum Frieden ist es auch, allen Religionsfreiheit zu gewähren und für keine Religion einen Vorrang zu beanspruchen.“

Auf dem Katholikentag in Mannheim im Mai 2012 war der Präsident der deutschen Sektion Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda Hauptredner eines Podiums gegen Rechtsextremismus.

Als Verantwortlicher für die Website wird bei der Denic eG folgende Person benannt, die in Berlin ansässig scheint: Domaininhaber

Der Domaininhaber ist der Vertragspartner der DENIC und damit der an der Domain materiell Berechtigte.

Domaininhaber: F., J.

Adresse:

PLZ: 10437

Ort: Berlin

Für weitere Rückfragen stehen die Unterzeichneten gerne zur Verfügung. Es wird um Mitteilung eines Aktenzeichens gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Wiltrud Rösch-Metzler

Vizepräsidentin

Vorsitzende des gf. Vorstand

Johannes Schnettler

Vizepräsident

Georg Hörnschemeyer

